

**Ein neuer Aufbruch für Europa  
Eine neue Dynamik für Deutschland  
Ein neuer Zusammenhalt für unser Land**

**Koalitionsvertrag  
zwischen  
CDU, CSU und SPD**

ENTWURF

## Inhalt

<b>Präambel</b> .....	<b>4</b>
<b>I. Ein neuer Aufbruch für Europa</b> .....	<b>6</b>
<b>II. Eine neue Dynamik für Deutschland</b> .....	<b>11</b>
<b>III. Familien und Kinder im Mittelpunkt</b> .....	<b>19</b>
1. <i>Familien</i> .....	19
2. <i>Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz</i> .....	21
3. <i>Gleichberechtigung von Frauen und Männern</i> .....	23
4. <i>Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern</i> .....	25
5. <i>Seniorinnen und Senioren</i> .....	26
<b>IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung</b> .....	<b>28</b>
1. <i>Allgemeine Bildung und Schulen</i> .....	28
2. <i>Berufliche Bildung und Weiterbildung</i> .....	29
3. <i>Hochschulen und Wissenschaft</i> .....	32
4. <i>Forschung und Innovation</i> .....	34
5. <i>Digitalisierung</i> .....	37
<b>V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern</b> .....	<b>50</b>
1. <i>Gute Arbeit</i> .....	50
2. <i>Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben</i> .....	53
<b>VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen</b> .....	<b>55</b>
1. <i>Wirtschaft</i> .....	55
2. <i>Finanzen und Steuern</i> .....	66
3. <i>Energie</i> .....	71
4. <i>Verkehr</i> .....	74
5. <i>Landwirtschaft und Ernährung</i> .....	84
<b>VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten</b> .....	<b>91</b>
1. <i>Rente</i> .....	91
2. <i>Teilhabe von Menschen mit Behinderungen</i> .....	93
3. <i>Reform des Sozialen Entschädigungsrechts</i> .....	94
4. <i>Gesundheit und Pflege</i> .....	95
<b>VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen</b> .....	<b>103</b>
1. <i>Flüchtlingspolitik</i> .....	103
2. <i>Erwerbsmigration</i> .....	105
3. <i>Gelingende Integration</i> .....	105
4. <i>Effizientere Verfahren</i> .....	107
<b>IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen</b> .....	<b>109</b>
1. <i>Wohnraumoffensive</i> .....	109
2. <i>Mieten</i> .....	111
3. <i>Stadtentwicklung und Baukultur</i> .....	112
4. <i>Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen</i> .....	114
5. <i>Heimat mit Zukunft</i> .....	116

6.	<i>Lärmschutz und Bürgerbeteiligung</i> .....	120
7.	<i>Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum</i> .....	121
<b>X.</b>	<b>Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft</b> .....	<b>123</b>
1.	<i>Pakt für den Rechtsstaat</i> .....	123
2.	<i>Moderner Staat</i> .....	128
3.	<i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft</i> .....	130
4.	<i>Prävention</i> .....	133
5.	<i>Verbraucherschutz</i> .....	134
6.	<i>Sport</i> .....	136
<b>XI.</b>	<b>Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen</b> .....	<b>137</b>
1.	<i>Umwelt und Klima</i> .....	137
2.	<i>Raumordnung</i> .....	143
<b>XII.</b>	<b>Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt</b> .....	<b>144</b>
1.	<i>Europäische Außen- und Sicherheitspolitik</i> .....	145
2.	<i>Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften</i> .....	147
3.	<i>Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik</i> .....	148
4.	<i>Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt</i> .....	149
5.	<i>Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik</i> .....	153
6.	<i>Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe</i> .....	155
7.	<i>Moderne Bundeswehr</i> .....	156
8.	<i>Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung</i> .....	159
<b>XIII.</b>	<b>Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben</b> .....	<b>164</b>
1.	<i>Bürgerbeteiligung</i> .....	164
2.	<i>Kunst, Kultur und Medien</i> .....	164
<b>XIV.</b>	<b>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</b> .....	<b>175</b>
1.	<i>Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen</i> .....	175
2.	<i>Kooperation der Parteien</i> .....	175
3.	<i>Kooperation der Fraktionen</i> .....	175
4.	<i>Arbeit in der Bundesregierung</i> .....	176
5.	<i>Europapolitische Koordinierung</i> .....	176
6.	<i>Evaluierung</i> .....	176

## 1 **Präambel**

2 Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutsch-  
3 land – sowohl international als auch national. Deutschland ist weltweit ein anerkannter  
4 Partner, aber nur mit einem neuen Aufbruch für Europa wird Deutschland langfristig  
5 Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren können. Die Europäische Union  
6 muss ihre Werte und ihr Wohlstandsversprechen bewahren und erneuern. Nur eine  
7 starke Europäische Union ist der Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und  
8 Wohlstand.

9  
10 Wir wollen eine neue Dynamik für Deutschland. Nur so können wir das Erreichte si-  
11 chern und ausbauen. Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft boomt, noch nie  
12 waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäftigung. Das ist auch Ergebnis der  
13 Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und SPD. Unsere heutige wirtschaftliche  
14 Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Unser Ziel ist ein  
15 nachhaltiges und inklusives Wachstum, dessen Erträge allen zugutekommen. Wir  
16 wollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der  
17 Digitalisierung nutzen. Deutschland braucht wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt,  
18 an dem alle teilhaben.

19  
20 Wir wollen, dass der Wohlstand bei allen Menschen ankommt. Das Wahlergebnis hat  
21 gezeigt, dass viele Menschen unzufrieden und verunsichert sind. Daraus ziehen wir  
22 mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag und seiner Politik die entsprechenden  
23 Schlüsse. Wir wollen sichern, was gut ist, aber gleichzeitig den Mut zur politischen  
24 Debatte, zu Erneuerung und für Veränderung beweisen.

25  
26 Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, Sicherheit  
27 im Alltag, Bewahrung der kulturellen Identität, Stabilität, einem guten Miteinander und  
28 einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen  
29 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewe-  
30 gungen sowie in Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Kirchen und Religionsge-  
31 meinschaften für unser Gemeinwesen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unser Land  
32 besser, sicherer und gerechter machen.

33  
34 Wir werden die Probleme anpacken, welche die Menschen in ihrem Alltag bewegen,  
35 und setzen uns mutige Ziele für die nächsten vier Jahre. Wir arbeiten für Stabilität  
36 und Zusammenhalt, für Erneuerung und Sicherheit und für die Gleichwertigkeit der  
37 Lebensverhältnisse in unserem Land. Die besonderen Herausforderungen in Ost-  
38 deutschland erkennen wir als gesamtdeutschen Auftrag an.

39  
40 Den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wollen wir stärken und die entstande-  
41 nen Spaltungen überwinden. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und wollen  
42 ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit umfassend begegnen. Wir geben allen Kin-  
43 dern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen, damit Leistung und Talent über die  
44 persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir schaffen neue Per-  
45 spektiven für gute Arbeit und mehr Sicherheit im Alter.

46  
47 Wir wollen, dass die Menschen bei uns die vielfältigen Chancen nutzen und in Si-  
48 cherheit leben können. Familien stärken wir und sorgen dafür, dass Familie und Be-  
49 ruf besser vereinbar sind.

50

51 Unser gemeinsames Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland. Auch deshalb wollen  
52 wir Arbeit und Leben besser vereinbaren und unsere sozialen Sicherungssysteme  
53 modernisieren. Wir werden die Gesundheits- und Pflegeversicherung, die Alterssi-  
54 cherung und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit weiter verbessern und an verän-  
55 derte Rahmenbedingungen anpassen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in  
56 Zukunft verlässlich abgesichert sind.

57

58 Wir wollen unser Land erneuern, in die Zukunft investieren und Innovationen fördern,  
59 damit wir unseren Wohlstand erhalten und ausbauen können.

60

61 Wir investieren in unser Land. Wir sorgen für genügend Kitaplätze, digital ausgestat-  
62 tete Schulen und schnelles Internet in Stadt und Land. Wir machen Deutschland zur  
63 energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehör-  
64 den und gewährleisten dadurch bestmögliche Sicherheit.

65

66 Den digitalen Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft werden wir so gestal-  
67 ten, dass alle davon profitieren. Wir setzen auf Innovationen und wollen aus techni-  
68 schem sozialen Fortschritt machen.

69

70 Wir werden Migration in Zukunft besser steuern und ordnen sowie die Integration von  
71 Zugewanderten in unsere Gesellschaft umfassender fordern und unterstützen. Damit  
72 geben wir eine Antwort auf internationale Migrationsbewegungen auf der einen Seite  
73 und den Fachkräftebedarf in Deutschland auf der anderen Seite.

74

75 Mit unserem internationalen Engagement wollen wir einen größeren Beitrag leisten,  
76 um weltweit zu besseren Lebensbedingungen beizutragen sowie Frieden wiederher-  
77 zustellen und zu sichern.

78

79 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik wol-  
80 len wir wieder stärken, indem wir Erneuerung und Zusammenhalt in den Mittelpunkt  
81 unserer Arbeit stellen. Wir wollen eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden,  
82 die das Richtige tut. Dabei streben wir einen politischen Stil an, der die öffentliche  
83 Debatte belebt, Unterschiede sichtbar lässt und damit die Demokratie stärkt.

## 84 I. Ein neuer Aufbruch für Europa

85

86 Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt  
87 und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und Wohl-  
88 stand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäischen  
89 Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft nutzt, um  
90 Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen.

91

92 Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem  
93 Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste  
94 Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

95

96 So einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ist – selbstverständ-  
97 lich ist ihr Fortgang keineswegs. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische  
98 Union steht, sind enorm. Das Vereinigte Königreich hat sich zum Austritt aus der EU  
99 entschlossen. Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäi-  
100 sche Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Wachstum und Beschäfti-  
101 gung kommen zwar in Europa wieder besser in Schwung, die Folgen der Wirt-  
102 schaftskrise sind aber noch nicht vollständig überwunden. Die Jugendarbeitslosigkeit  
103 ist in Teilen Europas noch immer besorgniserregend hoch. Die freiheitlichen und de-  
104 mokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind,  
105 wollen wir gegen jeden Angriff durch politische Parteien und Bewegungen verteidig-  
106 en.

107

108 Hinzu kommt: Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren  
109 grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunkt-  
110 setzungen der USA, das Erstarren Chinas und die Politik Russlands machen deut-  
111 lich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur  
112 gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre ge-  
113 meinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte  
114 und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirt-  
115 schaft verbindet, verteidigen. Ein starkes, demokratisches, wettbewerbsfähiges und  
116 soziales Europa der Menschen muss unsere Antwort auf die Herausforderungen un-  
117 serer Zeit sein.

118

119 Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch:

120

### 121 **Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität**

122 • Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und  
123 rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen  
124 Solidarität stärken.

125 • Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU  
126 und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerin-  
127 nen und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in  
128 Europa beteiligen. Wir wollen dadurch Europa bürgernäher und transparenter ma-  
129 chen und neues Vertrauen gewinnen.

130 • Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parla-  
131 ment und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler und  
132 kommunaler Ebene.

- 133 • Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen die  
134 europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher innerhalb der  
135 EU durchgesetzt werden.  
136

### 137 **Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen**

- 138 • Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes.  
139 Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und  
140 Wohlstand in Europa verknüpft.  
141 • Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext  
142 der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu si-  
143 chern und neue zu schaffen: Das ist die Basis unseres künftigen Wohlstands.  
144 • Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpartner-  
145 schaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten Wohl-  
146 stands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung.  
147 • Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit  
148 und vollenden den digitalen Binnenmarkt.  
149 • Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Initiati-  
150 ven wie das Europäische Investitionsprogramm EFSI fortführen und ausbauen.  
151 • Wir brauchen weiterhin eine starke EU-Kohäsionspolitik in allen Regionen, insbe-  
152 sondere auch in den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regio-  
153 nen. Wir wollen die wichtigen Strukturfonds der EU erhalten. Das muss auch nach  
154 dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gelten.  
155

### 156 **Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit**

- 157 • Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie  
158 sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Eu-  
159 ropa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in  
160 Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften  
161 schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb  
162 wollen wir die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen und die Jugendar-  
163beitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen.  
164 • Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche  
165 Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wol-  
166 len faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine  
167 bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Revision der Entsenderichtlinie  
168 gilt es zügig und möglichst mit weiteren Verbesserungen zum Abschluss zu brin-  
169 gen.  
170 • Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsi-  
171 cherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Wer konsequent gegen Lohn-  
172 dumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Eu-  
173 ropa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft in  
174 Deutschland.  
175 • Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Sys-  
176 teme der sozialen Sicherheit unterbinden.  
177 • Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.  
178 • Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug, -vermeidung und Geldwäsche  
179 gleichermaßen international und in der EU.  
180 • Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der  
181 Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon.

- 182 • Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwort-  
183 tung entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen.  
184 Steuerdumping muss unterbunden werden.
- 185 • Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Min-  
186 destsätze bei den Unternehmenssteuern. Wir wollen mit Frankreich zusammen  
187 hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine europäische Antwort auf internatio-  
188 nale Veränderungen und Herausforderungen in diesem Bereich, nicht zuletzt in  
189 den USA, zu geben.
- 190 • Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Ab-  
191 schluss bringen.

### 192 **Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung**

- 194 • Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns einig  
195 in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus. Wir  
196 brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- 197 • Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb brau-  
198 chen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen  
199 und Ländern zu stärken.
- 200 • Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer  
201 Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs  
202 des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspan-  
203 nung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen die Zusammenar-  
204 beit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) stärken und mit Leben  
205 füllen.
- 206 • Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenar-  
207 beit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfä-  
208 higkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkans haben eine Beitrittsper-  
209 spektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwick-  
210 lung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Voraus-  
211 setzung für Fortschritte bei der Annäherung ist, dass die Staaten der Region die  
212 dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.
- 213 • In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwor-  
214 tung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wol-  
215 len Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU gemeinsam  
216 wirksamer schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU  
217 schaffen.
- 218 • Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika  
219 auf allen Ebenen ausbauen. Wir unterstützen einen Marshall-Plan für Afrika, um  
220 die Afrikanische Union bei der Umsetzung der Agenda 2063 zu unterstützen.
- 221 • Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zu Gute kommt und auf  
222 Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- 223 • Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für  
224 eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten.
- 225 • Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

226  
227 Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken,  
228 insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken,  
229 damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstel-  
230 lung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir  
231 auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Kon-  
232 vergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Aus-



233 gangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir  
234 sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen  
235 Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausge-  
236 richtet ist.

237  
238 Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frank-  
239 reich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, so dass der Euro globalen  
240 Krisen besser standhalten kann. Dabei bleibt der Stabilitäts- und Wachstumspakt  
241 auch in Zukunft unser Kompass. Stabilität und Wachstum bedingen einander und  
242 bilden eine Einheit. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und  
243 Haftungsverantwortung verbunden sind. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftli-  
244 che Koordinierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbe-  
245 trug und aggressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaa-  
246 ten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den  
247 Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch  
248 kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht  
249 verankert sein sollte. Die Rechte der nationalen Parlamente bleiben davon unberührt.

250  
251 Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mit-  
252 gliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip  
253 der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten.

254  
255 Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit  
256 ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische  
257 Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Élysée-Vertrag ist hierzu  
258 ein erster und wichtiger Schritt, der insbesondere auch die europapolitische Zusam-  
259 menarbeit weiter stärken sollte. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere  
260 auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung  
261 Künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen mög-  
262 lichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwi-  
263 ckeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig  
264 ist, vorangehen.

265  
266 Von besonderer Bedeutung ist für uns ebenfalls die deutsch-polnische Partnerschaft.  
267 Ihr Fundament bilden die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und die ge-  
268 meinsame Verantwortung für Europa. Dabei werden wir nicht vergessen, dass Polen  
269 und Ungarn den Grundstein für Europas und Deutschlands Wiedervereinigung in  
270 Freiheit gelegt haben. Auf dieser Basis wollen wir die Zusammenarbeit mit unserem  
271 Nachbarland Polen ausbauen. Dem zwischengesellschaftlichen Dialog kommt gera-  
272 de jetzt eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb werden wir Akteure, wie z. B.  
273 das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesver-  
274 band, das Deutsche Polen-Institut sowie die Jugendbegegnungsstätten in Kreisau  
275 und Auschwitz auch weiterhin in ihrer Arbeit stärken. Wir werden die Zusammenar-  
276 beit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivieren.

277  
278 Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union.  
279 Auch nach seinem Ausscheiden wünschen wir uns eine vertrauensvolle Zusammen-  
280 arbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich und  
281 der EU-27.

282

283 Wir treten gemeinsam dafür ein, dass Deutschland seiner europäischen Verantwor-  
284 tung in einem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidari-  
285 tät gerecht wird.

ENTWURF

## 286 **II. Eine neue Dynamik für Deutschland**

287

### 288 **Eine neue Dynamik für Deutschland**

289 Wir wollen, dass Deutschland ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land ist  
290 – und dass alle daran teilhaben. Wir wollen den Zusammenhalt in unserem Land  
291 stärken und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger sicher und gut leben  
292 können.

293

294 Wir wollen unser Land modernisieren, Innovationskräfte freisetzen und das Wohl-  
295 stands- und Sicherheitsversprechen unserer Sozialen Marktwirtschaft im digitalen  
296 Zeitalter erneuern.

297

298 Deutschland – das sind mehr als 80 Millionen Menschen: Ihnen wollen wir eine gute  
299 Zukunft bieten. Ihren Alltag wollen wir spürbar verbessern, ihre Sorgen ernst nehmen  
300 und ihnen neue Chancen eröffnen. Deshalb leitet uns bei jeder politischen Maßnah-  
301 me die Frage: Was erreichen wir ganz konkret für die Bürgerinnen und Bürger unse-  
302 res Landes?

303

304 Wir haben uns daher mutige und überprüfbare Ziele für die nächsten vier Jahre ge-  
305 setzt. Deutschland soll 2021 noch gerechter, wirtschaftlich stärker, sicherer und le-  
306 benswerter in allen Regionen sein. Wir wollen einen neuen Aufbruch für Europa und  
307 eine neue Dynamik für Deutschland – in allen Bereichen, unter anderem mit folgen-  
308 den Maßnahmen, die in den Fachkapiteln verbindlich beschrieben sind.

309

### 310 **Familien und Kinder im Mittelpunkt (Kapitel III)**

311 • **Wir unterstützen Familien:** Erhöhung Kindergeld um 25 Euro pro Monat und  
312 Kind und entsprechende Anpassung Kinderfreibetrag.

313 • **Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Mehr Geld für Kita-  
314 ausbau, Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit.  
315 Steigerung der Qualität in der Kinderbetreuung. Einführung Rechtsanspruch auf  
316 Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025. Zuschüsse für haushaltsnahe  
317 Dienstleistungen. Förderung von Familienfreundlichkeit.

318 • **Wir bekämpfen Kinderarmut:** Erhöhung und leichtere Beantragung Kinderzu-  
319 schlag für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende. Aufstockung  
320 Schulstarterpaket für Schulmaterial von Kindern aus einkommensschwachen Fa-  
321 milien.

322 • **Wir stärken die Rechte von Kindern:** Verankerung Kinderrechte im Grundge-  
323 setz. Stärkung Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

324 • **Wir sorgen für mehr Gleichstellung:** Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen  
325 und Männern in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025. Bessere Be-  
326 zahlung in Pflege- und Sozialberufen.

327 • **Wir bekämpfen Gewalt gegenüber Frauen und Kindern:** Aktionsprogramm zur  
328 Prävention und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Be-  
329 darfsgerechter Ausbau und adäquate finanzielle Absicherung der Arbeit von  
330 Frauenhäusern.

331

### 332 **Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung (Kapitel IV)**

333 • **Wir investieren auf Rekordniveau in bessere Bildung:** 2 Milliarden Euro für  
334 Ausbau Ganztagsschul- und Betreuungsangebote. Digitalpakt Schule mit  
335 5 Milliarden in fünf Jahren für starke Digital-Infrastruktur an allen Schulen, ge-  
336 meinsame Cloud-Lösung für Schulen und Qualifizierung der Lehrkräfte. Anpas-

337        sung der Rechtsgrundlage im Grundgesetz als Voraussetzung, um Länder bei In-  
338        vestitionen in die Bildungsinfrastruktur unterstützen zu können.

- 339        • **Wir stärken die berufliche Bildung:** Modernisierung Berufsbildungspakt mit digi-  
340        taler Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen. Bessere Leistungen durch  
341        Aufstiegs-BAföG für Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.  
342        Höhere Zuschüsse für Techniker, Meister und Fachwirte. Einführung einer Min-  
343        destausbildungsvergütung. Ausbildungsberufe werden modernisiert.
- 344        • **Wir stärken Hochschulen und Studium:** Mehr Investitionen in Studienplätze  
345        und Qualität in Forschung und Lehre, u. a. durch Verstetigung Hochschulpakt.  
346        Deutliche Verbesserung und Ausbau BAföG.
- 347        • **Wir investieren in Forschung und Entwicklung:** Ziel von 3,5 Prozent des Brut-  
348        toinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bis 2025. Pakt für Forschung  
349        und Innovation mit mehr Mitteln für Forschungsorganisationen. Weiterentwicklung  
350        High-Tech-Strategie, u. a. mit Schwerpunkt auf Digitalisierung und künstliche In-  
351        telligenz.
- 352        • **Wir bringen die Gigabit-Netze in alle Regionen:** 10 bis 12 Milliarden Euro für  
353        flächendeckende Glasfaser-Netze, möglichst direkt bis zum Haus. Beseitigung  
354        bestehender Funklöcher. Vorreiterrolle beim Aufbau des Echtzeit-  
355        Mobilfunkstandards 5G. Freies WLAN an allen öffentlichen Einrichtungen, Zügen  
356        und Bahnhöfen der Deutschen Bahn.
- 357        • **Wir schaffen eine bürgernahe, digitale Verwaltung:** Digitales Bürgerportal für  
358        Bürger und Unternehmen, das praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen elekt-  
359        ronisch verfügbar macht. Prinzip „Digital First“: Vorrang digitaler Verwaltungslei-  
360        stungen vor Notwendigkeit zu persönlichem Erscheinen oder Schriftform.
- 361        • **Wir unterstützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im digitalen Wandel:**  
362        Entwicklung Nationaler Weiterbildungsstrategie mit Sozialpartnern, die Antworten  
363        auf digitalen Wandel der Arbeitswelt gibt. Rechtlicher Rahmen für mobiles Arbei-  
364        ten. Sicherstellung des Beschäftigtendatenschutzes.
- 365        • **Wir fördern digitale Innovationen:** Unterstützung junger, innovativer Unterneh-  
366        men in der Wachstumsphase. Fonds für Games-Förderung. Bereitstellung von  
367        mehr Open Data.

#### 368        **Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern (Kapitel V)**

- 370        • **Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen:** Ziel der Vollbeschäftigung und Abbau  
371        von Langzeitarbeitslosigkeit. 4 Milliarden Euro zusätzlich für neue Chancen in ei-  
372        nem sozialen Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Bürgerinnen und Bürger.
- 373        • **Wir ermöglichen lebenslanges Lernen und fördern beruflichen Aufstieg:**  
374        Stärkere Ausrichtung Allianz für Aus- und Weiterbildung auf digitale Fort- und  
375        Weiterbildung. Recht auf Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Ar-  
376        beit. Initiativrecht für Betriebsräte für Weiterbildung wird gestärkt.
- 377        • **Wir haben einen wirklichen Durchbruch bei den Verhandlungen über die**  
378        **sachgrundlose Befristung und Kettenverträge erreicht:** Möglichkeiten der be-  
379        fristeten Beschäftigung werden reduziert. Sachgrundlose Befristungen werden  
380        wieder zur Ausnahme, das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel  
381        werden in Deutschland. Endlose Kettenbefristungen werden abgeschafft.
- 382        • **Wir schaffen ein Recht auf befristete Teilzeit:** Neuer Anspruch in Unternehmen  
383        mit mehr als 45 Mitarbeitern, nach Teilzeitphase wieder zur früheren Arbeitszeit  
384        zurückzukehren.
- 385        • **Wir schaffen breite finanzielle Entlastungen insbesondere für kleinere und**  
386        **mittlere Einkommen:** Abschaffung Solidaritätszuschlag in einem deutlichen ers-  
387        ten Schritt für rund 90 Prozent der Soli-Zahler durch Freigrenze. Keine Erhöhung

388 der Steuerbelastung der Bürger. Entlastung der Beschäftigten durch Wiederher-  
 389 stellung der Parität in der Krankenversicherung. Senkung des Beitrags zur Ar-  
 390beitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte. Entlastung Geringverdiener bei  
 391 Sozialbeiträgen.

392

### 393 **Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen (Kapitel VI)**

394 • **Wir stärken den Mittelstand und den Wirtschaftsstandort Deutschland:** Gi-  
 395 gabit-Anschlüsse für alle Gewerbegebiete. Innovationsprogramm „Digitalisierung  
 396 des Mittelstands“. Bürokratieabbau u. a. durch 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben,  
 397 Vereinheitlichung von Schwellenwerten und „One-in-one-out“ auch auf europäi-  
 398 scher Ebene.

399 • **Wir bekennen uns zur Industrie:** Strategische Industrie- und Innovationspolitik.  
 400 Ausbau der Industrie 4.0-Aktivitäten. Unterstützung von Schlüsseltechnologien,  
 401 insbesondere Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft, Mikroelektronik, Batterie-  
 402 zellfertigung, Leichtbau, neue Werkstoffe.

403 • **Wir fördern Innovationen:** Steuerliche Forschungsförderung insbesondere für  
 404 forschende kleine und mittelgroße Unternehmen. Allianz für schnelleren Transfer  
 405 von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte.

406 • **Wir setzen auf freien und fairen Handel:** Moderne und faire Freihandelsab-  
 407 kommen mit Drittstaaten abschließen. Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen  
 408 vertiefen. Schnelle Vollendung des digitalen Binnenmarkts.

409 • **Wir stärken die duale Berufsausbildung:** Abbau finanzieller Hürden beim Be-  
 410 rufseinstieg („Aufstiegs-BAföG“). Erstattung von bei der Meisterprüfung angefallenen  
 411 Gebühren ganz oder teilweise („Meisterbonus“).

412 • **Wir fördern die Gründungskultur:** Steuerliche Anreize für Mobilisierung von  
 413 Wagniskapital. Umsatzsteuerbefreiung in den ersten beiden Jahren nach Grün-  
 414 dung. Entbürokratisierung durch „One-Stop-Shop“ für Antrags-, Genehmigungs-  
 415 und Besteuerungsverfahren.

416

### 417 Finanzen und Steuern

418 • **Wir setzen auf stabile Finanzen:** Ziel weiterhin ausgeglichener Haushalt – keine  
 419 neuen Schulden. Keine Erhöhung der Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bür-  
 420 ger.

421 • **Wir schaffen den Soli schrittweise ab:** Abschaffung Solidaritätszuschlag in ei-  
 422 nem deutlichen ersten Schritt für rund 90 Prozent der Soli-Zahler durch Freigren-  
 423 ze.

424 • **Wir setzen uns für einen gemeinsamen Rahmen für Unternehmenssteuern  
 425 in Europa ein:** Deutsch-französische Initiative für gemeinsame Bemessungs-  
 426 grundlage und Mindeststeuersätze bei Körperschaftsteuer.

427 • **Wir kämpfen gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung:** Gerechte Besteue-  
 428 rung von Internetkonzernen. Verhinderung von Steuerhinterziehung durch Schlie-  
 429 ßung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen.

430 • **Wir stärken den Finanzplatz Deutschland und schützen Steuerzahler vor  
 431 riskanten Finanzmarkt-Spekulationen:** Attraktive Rahmenbedingungen und  
 432 Vorreiterrolle bei FinTech. Lehre aus Finanzmarktkrise ziehen: Überprüfung und  
 433 Überarbeitung von Regulierungsmaßnahmen; kein Finanzmarktakteur, kein Fi-  
 434 nanzprodukt und kein Markt soll in Zukunft ohne angemessene Regulierung blei-  
 435 ben. Neue internationale Initiative zur Aufsicht über Hedgefonds und Schatten-  
 436 banken.

437

## 438 Energie

- 439 • **Wir führen die Energiewende sauber, sicher und bezahlbar fort:** Zielstrebig, effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unter diesen Voraussetzungen: Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien auf 65 Prozent bis 2030. Modernisierung der Stromnetze.
- 441 • **Wir gestalten die Energiewende mit den Menschen, Kommunen und Unternehmen:** Stärkere Berücksichtigung des Naturschutzes und berechtigter Bürgerinteressen, u. a. durch mehr Erdverkabelung. Sicherung der Akteursvielfalt. Beteiligung Standortgemeinden an Wertschöpfung. Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.

## 448 Verkehr

- 449 • **Wir investieren auf Rekordniveau in unsere Infrastruktur.** Fortsetzung des Investitionshochlaufs für die Infrastruktur. Planungsbeschleunigungsgesetz, u. a. zur Vereinfachung von Verfahren und Digitalisierung von Planen und Bauen. Eine zusätzliche Milliarde für den regionalen Verkehr (GVFG). Mehr Investitionen in den Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger. Stärkung Schiene mit Schienenpakt 2030 und Elektrifizierung von 70 Prozent des Schienennetzes bis 2025.
- 451 • **Wir schaffen den Sprung zur Mobilität 4.0:** Entwicklung bundesweites eTicket im ÖPNV. Einrichtung neuer Digitaler Testfelder für automatisiertes Fahren. Rechtliche Voraussetzungen für Erprobung und Weiterentwicklung des autonomen Fahrens auf allen Verkehrsträgern. Öffnung Rechtsrahmen für neue Mobilitätsangebote wie Fahrgemeinschaften (Ride Pooling) mit Steuerungsmöglichkeiten durch die Kommunen.
- 453 • **Wir verbessern die Luftreinhaltung in Städten und wollen Fahrverbote vermeiden:** Anreize für emissionsarme Mobilität (pauschale Dienstwagenbesteuerung von 0,5 Prozent für E-Fahrzeuge). Stärkung sauberer ÖPNV. Förderung von Carsharing und alternativen Antrieben. Investitionen in Elektromobilität, u. a. in Wasserstoff- und Brennstoffzelle. Unterstützung Batteriezellproduktion in Deutschland. Aufbau Ladeinfrastruktur mit 100 000 Ladepunkten bis 2020.

## 468 Landwirtschaft

- 469 • **Wir stärken die heimische Landwirtschaft:** Klares Bekenntnis zur bäuerlichen und regional verwurzelten Landwirtschaft. Bundesweites Gentechnikanbau-Verbot. Ausbau des Ökolandbaus. Nutzung der Potenziale der Digitalisierung. Weiterentwicklung und Entbürokratisierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP).
- 471 • **Wir übernehmen eine Vorreiterrolle beim Tierwohl:** Weiterentwicklung Nutztierstrategie unter Beachtung von Tier- und Umweltschutz, Qualität und Marktorientierung. Einführung Tierwohllabel. Förderung besserer Haltungsbedingungen.
- 473 • **Wir fördern gute Lebensmittel und gesunde Ernährung:** Erhaltung der Vielfalt von Erzeugern und hochwertigen Lebensmitteln. Mehr Transparenz und Information über Nährwerte und Inhaltsstoffe. Eindämmung Lebensmittelverschwendung.

## 481 **Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten (Kapitel VII)**

- 482 • **Wir sorgen für Stabilität bei der Rente:** Absicherung der gesetzlichen Rente auf heutigem Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025. Haltelinie beim Beitragssatz von 20 Prozent. Einsetzung einer Rentenkommission zur langfristigen Stabilisierung von Beiträgen und Niveau der Rente für die Zeit nach 2025.
- 484 • **Wir honorieren Lebensleistung und bekämpfen Altersarmut:** Einführung einer Grundrente 10 Prozent über der Grundsicherung für alle, die ein Leben lang ge-

489 arbeitet haben, unter Einbeziehung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Bes-  
490 sere Verschonungsregel für selbstgenutztes Wohneigentum. Bessere Anerken-  
491 nung von Erziehungszeiten durch Mütterrente II. Verbesserungen bei der Er-  
492 werbsminderungsrente. Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Ren-  
493 tenversicherung mit Opt-out-Lösung und Altersvorsorgepflicht.

- 494 • **Wir stärken die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen:** Investitionen in  
495 Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und allen Bereichen des Alltags.
- 496 • **Wir verbessern spürbar die Pflege:** Sofortprogramm Pflege mit 8000 neuen  
497 Fachkraftstellen und besserer Bezahlung. „Konzertierte Aktion Pflege“ mit besse-  
498 rem Personalschlüssel und Ausbildungs Offensive für Pflegerinnen und Pfleger.  
499 Abbau finanzieller Ausbildungshürden bei der Pflegeausbildung. Unterstützung  
500 von Kindern pflegebedürftiger Eltern: Kein Rückgriff auf Einkommen bis 100 000  
501 Euro im Jahr. Stärkung ambulante Alten- und Krankenpflege im ländlichen Raum.
- 502 • **Wir schaffen eine gerechtere Finanzierung der GKV:** Wiederherstellung Parität  
503 bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Ab 1. Januar 2019  
504 werden Beiträge zur Krankenversicherung wieder in gleichem Maße von Arbeit-  
505 gebern und Beschäftigten geleistet.
- 506 • **Wir schaffen eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung:** Mehr Inves-  
507 titionen in Krankenhäuser. Mehr Medizinstudienplätze und Landarztquote. Ab-  
508 schaffung Schulgeld für alle Gesundheitsberufe. Förderung Telemedizin. Einfüh-  
509 rung elektronische Patientenakte bis 2021. Nationales Gesundheitsportal für  
510 schnelle und verlässliche Information zu medizinischen Fragen.
- 511 • **Wir verbessern die Versorgung der gesetzlich Versicherten:** Festzuschüsse  
512 für Zahnersatz werden erhöht. Sprechstundenangebot wird verbessert. Ärztinnen  
513 und Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räu-  
514 men praktizieren, werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. So-  
515 wohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung  
516 (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ)  
517 müssen reformiert werden.
- 518 • **Wir stärken die Apotheken vor Ort:** Einsatz für Verbot des Versandhandels mit  
519 verschreibungspflichtigen Arzneimitteln.

520

## 521 **Zuwanderung steuern, Integration fordern und unterstützen (Kapitel VIII)**

- 522 • **Wir bekennen uns zu unseren rechtlichen und humanitären Verpflichtun-**  
523 **gen:** Grundrecht auf Asyl wird nicht angetastet. Bekenntnis zur Genfer Flücht-  
524 lingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen,  
525 zur Bearbeitung jedes Asylantrags sowie zur UN-Kinderrechtskonvention und zur  
526 Europäischen Menschenrechtskonvention.
- 527 • **Wir wollen eine Wiederholung der Situation von 2015 vermeiden:** Deshalb  
528 Anstrengungen zu angemessener Steuerung und Begrenzung von Migrationsbe-  
529 wegungen, unter anderem Verbesserungen bei der Entwicklungszusammenar-  
530 beit, Ausbau humanitäres Engagement, Ausweitung Engagement Friedensmissi-  
531 onen, faire Handelsabkommen, verstärkter Klimaschutz und keine Rüstungsex-  
532 porte in Krisenregionen.
- 533 • **Wir stellen für die Zuwanderungszahlen fest,** dass sie basierend auf den Er-  
534 fahrungen der letzten 20 Jahre sowie mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen  
535 und den unmittelbar steuerbaren Teil der Zuwanderung die Spanne von jährlich  
536 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden.
- 537 • **Wir ordnen die Zuwanderung:** Klare Regeln für Familiennachzug und Härtefall-  
538 regelung. Fluchtursachenbekämpfung in Entwicklungszusammenarbeit. Erweite-  
539 rung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Wirksamer Schutz der Binnengren-

540 zen und Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) zu einer  
541 echten europäischen Grenzschutzpolizei.

542 • **Wir sorgen für schnelle, umfassende und rechtssichere Verfahren:** Schaf-  
543 fung von Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen für die Be-  
544 beschleunigung von Asylverfahren. Unabhängige und flächendeckende Asylverfah-  
545 rensberatung. Verbesserung von freiwilliger Rückkehr und konsequenter Ab-  
546 schiebung von vollziehbar Ausreisepflichtigen. Unterscheidung bei Ausreisepflich-  
547 tigen nach unverschuldetem oder zurechenbarem Ausreisehindernis, z. B. bei  
548 Bezug von Leistungen.

549 • **Wir regeln die Zuwanderung von Fachkräften:** Fachkräfteeinwanderungsge-  
550 setz, das den steigenden Bedarf an Fachkräften durch Erwerbsmigration neu und  
551 transparent regelt. Orientierung an volkswirtschaftlichen Erfordernissen als auch  
552 an Qualifikation, Alter, Sprache, Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und Si-  
553 cherung des Lebensunterhalts.

554 • **Wir setzen auf gelingende Integration:** Bundesweite Strategie nach Grundsatz  
555 „Fordern und Fördern“. Fortsetzung der Programme zur Entlastung von Ländern  
556 und Kommunen. Verbesserung von Qualität und Effizienz Integrations- und  
557 Sprachkurse. Für langjährig Geduldete Verbesserungen bei der Ausbildung und  
558 Arbeitsmarktintegration.

559

#### 560 **Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen (Kapitel IX)**

561 • **Wir stärken die Regionen:** Gemeinsame Kommission „Gleichwertige Lebens-  
562 verhältnisse“ aus Bund, Ländern und Kommunen. Neues gesamtdeutsches För-  
563 dersystem für strukturschwache Regionen. Überjährige Bündelung von Regional-  
564 fördermitteln für die Finanzierung von Regionalprojekten vor Ort. Fortführung der  
565 Entlastungen der Kommunen, u. a. bei Städtebau und Zuwanderung und Integra-  
566 tion.

567 • **Wir starten eine Wohnraumoffensive:** 1,5 Millionen neue Wohnungen und Ei-  
568 genheime. Prüfauftrag für Freibeträge für Familien beim Ersterwerb von Wohnei-  
569 gentum ohne Rückwirkung beim Länderfinanzausgleich. 2 Milliarden Euro für den  
570 sozialen Wohnungsbau. Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Im be-  
571 zahlbaren Mietsegment steuerliche Anreize für freifinanzierten Wohnungsneubau.

572 • **Wir unterstützen Familien beim Erwerb von Wohneigentum:** Baukindergeld in  
573 Höhe von 1200 Euro je Kind pro Jahr.

574 • **Wir sorgen für bezahlbare Mieten:** Dämpfung Mietanstieg, u. a. durch Verlänge-  
575 rung Bindungszeitraum des qualifizierten Mietspiegels. Absenkung Modernisie-  
576 rungsumlage auf 8 Prozent. Anpassung Wohngeld an individuelle Lebensbedin-  
577 gungen. Kappungsgrenze für Erhöhung von Mieten bei Modernisierungsmaß-  
578 nahmen.

579 • **Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt:** Entbürokratisie-  
580 rung Ehrenamt. Gründung Ehrenamtsstiftung. Ausbau Mehrgenerationenhäuser.  
581 Stärkung Bundes- und Jugendfreiwilligendienst.

582 • **Wir stellen die Grundsteuer auf eine feste Basis:** Sicherung als wichtige Ein-  
583 nahmequelle der Kommunen.

584

#### 585 **Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft (Kapitel X)**

586 • **Wir stärken die Sicherheit in Deutschland:** Pakt für den Rechtsstaat mit 15 000  
587 neuen Stellen für die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern und 2000 neuen  
588 Stellen in der Justiz. Stärkere Bekämpfung von Alltagskriminalität. Bessere Aus-  
589 stattung für die Polizei, konsequente Digitalisierung, Ausweitung DNA-Analyse.  
590 Effektive und moderne Verfahren in allen Bereichen. Bessere und schnellere



591 Rechtsdurchsetzung. Gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb. Aus-  
 592 bau der Cyberabwehr. Verbesserte Zusammenarbeit der Behörden bei der Be-  
 593 kämpfung von Terrorismus etwa durch mehr Sicherheitskooperation in Europa.  
 594 Musterpolizeigesetz für bundesweit einheitliche hohe Standards. Ausbau der Pro-  
 595 gramme gegen jede Form von Extremismus.

- 596 • **Wir verbessern die Rechte von Opfern von Kriminalität und Terror:** Neurege-  
 597 lung der Opferentschädigung. Besserer Schutz von Kindern im Internet. Einrich-  
 598 tung einer/s ständigen Opferbeauftragte/n – auch für die Angehörigen.
- 599 • **Wir bekämpfen konsequent Wirtschaftskriminalität, Einbruchdiebstahl und**  
 600 **organisierte Kriminalität:** Neues Sanktionsrecht für Unternehmen. Höhere  
 601 Geldsanktionen. Aufstockung des KfW-Programms „Prävention zur Einbruchsi-  
 602 cherung“.
- 603 • **Wir stärken die Rechte von Verbrauchern:** Einführung Musterfeststellungskla-  
 604 ge. Einrichtung bundesweites Verbraucherinformationsportal. Mehr Transparenz  
 605 bei digitalen Produkten und Dienstleistungen.

606

### 607 **Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen (Kapitel XI)**

- 608 • **Wir bleiben Vorreiter beim Klimaschutz:** Bekenntnis zu den nationalen, europä-  
 609 ischen und internationalen Klimazielen 2020, 2030 und 2050. Handlungslücke  
 610 beim Klimaschutz bis 2020 verkleinern. Gesetz zur Einhaltung der Klimaziele  
 611 2030.
- 612 • **Wir gestalten den Wandel gemeinsam mit betroffenen Regionen:** Einrichtung  
 613 einer Kommission für Aktionsprogramm zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels, zur  
 614 Reduzierung der Kohleverstromung und zur Absicherung des notwendigen Struk-  
 615 turwandels.
- 616 • **Wir bewahren unsere Umwelt für kommende Generationen:** Schutz der biolo-  
 617 gischen Vielfalt voranbringen. Wirksames Engagement gegen Insektensterben.  
 618 Initiativen für saubere Luft und den Schutz von Wasser, Böden und Weltmeeren  
 619 u. a. vor Vermüllung.
- 620 • **Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest:** Keine EU-Förderung für  
 621 neue Atomkraftwerke. Beendigung aller Beteiligungen staatlicher Fonds an AKWs  
 622 im Ausland.

623

### 624 **Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt** 625 **(Kapitel XII)**

- 626 • **Wir bleiben dem Frieden verpflichtet:** Gerechte Gestaltung der Globalisierung.  
 627 Nachhaltige Entwicklungspolitik. Mehr internationale Zusammenarbeit und Be-  
 628 kenntnis zur Abrüstung. Weitere Einschränkung von Rüstungsexporten.
- 629 • **Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und Allianzen:** Bekenntnis zu  
 630 internationalen Bündnissen NATO, UN und OSZE sowie zu transatlantischer  
 631 Partnerschaft. Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenpräven-  
 632 tion, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr – zusätzlich finanzielle Mittel  
 633 für diese Bereiche sollen im Verhältnis 1:1 prioritär erhöht werden.
- 634 • **Wir stärken unsere Bundeswehr und die europäische Verteidigungsstruktur:**  
 635 Mehr Personal, beste Ausbildung und moderne Ausstattung bei der Bundeswehr  
 636 durch einen höheren Verteidigungsetat. Ausbau der europäischen Verteidigungs-  
 637 union mit PESCO, europäischem Verteidigungsfonds und weiteren Schritten auf  
 638 dem Weg zur „Armee der Europäer“.
- 639 • **Wir setzen bei der EU-Erweiterung auf Gründlichkeit vor Schnelligkeit:** Klare  
 640 Erwartung der Kriterieneinhaltung vor EU-Beitritt der Westbalkanstaaten. Im EU-  
 641 Beitrittsprozess der Türkei keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen. Keine

- 642 Visaliberalisierung für die Türkei, bis Voraussetzungen erfüllt sind.
- 643 • **Wir schaffen Zukunftsperspektiven vor Ort und bekämpfen Fluchtursachen:**
- 644 Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Marshallplan mit Afrika umsetzen,
- 645 um mehr Chancen und Arbeitsplätze zu schaffen. Fairen Handel fördern. Investi-
- 646 tionen in Fluchtursachenbekämpfung und Umsetzung von Rückkehrerprogram-
- 647 men. Ausbau „Cash for Work“-Programm, das in Heimatländern gute Einkommen
- 648 ermöglicht.
- 649 • **Wir setzen uns ein für Menschenrechte und Religionsfreiheit in der Welt:**
- 650 Konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschen-
- 651 rechte. Einsetzung Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfrei-
- 652 heit.
- 653 • **Wir wollen fairen Welthandel:** Deutschland als Vorreiter für eine faire EU-
- 654 Handelspolitik: Eintreten für verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökolo-
- 655 gische Standards in EU-Handels-, -Investitions- und -
- 656 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Globale Nachhaltigkeitsstrategie Agenda
- 657 2030 als Richtschnur deutscher Politik.
- 658

### 659 **Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben (Kapitel XIII)**

- 660 • **Wir machen Kulturpolitik für das ganze Land:** „Agenda für Kultur und Zukunft“
- 661 mit Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft. Neues Programm „Kultur in den
- 662 Regionen“ für zeitgenössische Kunst und Kultur.
- 663 • **Wir wollen starke Kulturregionen und bessere Zugänge zu Kunst und Kul-**
- 664 **tur:** Mehr Unterstützung für Bibliotheken und Stadtteilkulturzentren. Regelmäßiger
- 665 freier Eintritt in bundesgeförderte Kultureinrichtungen.
- 666 • **Wir wollen das Gedenken wachhalten:** Kampf gegen Antisemitismus. Pro-
- 667 gramm „Jugend erinnert“ – Besuche von Gedenkorten und Workshops. Mehr Un-
- 668 terstützung auch für kleine zivilgesellschaftliche Initiativen.
- 669 • **Wir bekennen uns zur Medien- und Pressefreiheit:** Stärkung von Berufsge-
- 670 heimnis und Auskunftsrechten. Stärkung der Deutschen Welle.
- 671 • **Wir stärken den Kreativ-, Film- und Medienstandort:** Verstetigung Filmförde-
- 672 rung mit umfassender Förderung audiovisueller Inhalte. Neues „Zukunftspro-
- 673 gramm Kino“. Einführung von Games-Förderung auf international wettbewerbsfä-
- 674 higem Niveau. Verbesserung der sozialen Absicherung von Kreativen.
- 675

### 676 **Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen (Kapitel XIV)**

- 677 • **Wir stärken den Bundestag als zentralen Ort der politischen und gesell-**
- 678 **schaftlichen Debatte:** Regierungsbefragung reformieren, regelmäßige Befra-
- 679 gung der Bundeskanzlerin, Orientierungsdebatten zu den großen innen- und au-
- 680 ßenpolitischen Themen im Plenum.
- 681 • **Wir überprüfen die Einhaltung des Koalitionsvertrages:** Zur Mitte der Wahlpe-
- 682 riode Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages und Entscheidung, welche neu-
- 683 en Vorhaben vereinbart werden müssen.

### 684 **III. Familien und Kinder im Mittelpunkt**

685

#### 686 **1. Familien**

687 Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie zu stärken und zu entlasten ist  
688 unser Ziel. Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respek-  
689 tieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Wir werden alle Familien  
690 finanziell entlasten, die Kinderbetreuung verbessern und mehr Zeit für Familie er-  
691 möglichen. Dabei wollen wir mehr Transparenz über familienpolitische Leistungen,  
692 leichtere Antragstellung und schnellere Bearbeitung von Anträgen auch durch digita-  
693 le Angebote und Verfahren. Mehr Leistungen für Familien als bisher sollen noch in  
694 dieser Legislaturperiode online beantragt werden können.

695

696 Das Kindergeld als bewährte und wirksame familienpolitische Leistung werden wir in  
697 dieser Legislaturperiode pro Kind um 25 Euro pro Monat erhöhen – in zwei Teilschrit-  
698 ten (zum 1. Juli 2019 um zehn Euro, zum 1. Januar 2021 um weitere 15 Euro).  
699 Gleichzeitig steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.

700

701 Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu  
702 wollen wir zur Entlastung einkommensschwacher Familien, insbesondere auch Al-  
703 leinerziehender und kinderreicher Familien, den Kinderzuschlag erhöhen. Gemein-  
704 sam mit dem Kindergeld soll der Mindestbedarf des sächlichen Existenzminimums  
705 (derzeit 399 Euro) gedeckt werden. Wir werden die harte Abbruchkante abschaffen  
706 und sorgen so dafür, dass die Leistung bei steigendem Einkommen langsam aus-  
707 läuft, so dass vom Einkommen mehr übrig bleibt. Damit wollen wir die Leistungsbe-  
708 reitschaft fördern und Anreize zur Aufnahme und Steigerung von Erwerbsarbeit der  
709 Eltern setzen. Dabei müssen wir prüfen, wie Kinderzuschlag, Wohngeld, Kinderun-  
710 terhalt und/oder Unterhaltsvorschuss besser aufeinander abgestimmt werden kön-  
711 nen. Die Beantragung dieser Leistung für Familien wollen wir entbürokratisieren und  
712 die Antragstellung dort, wo es möglich ist, mit Anträgen auf weitere Leistungen zu-  
713 sammenführen. Wir wollen erreichen, dass Berechtigte die Leistung tatsächlich erhal-  
714 ten. Für Vermögen und Einkommen des Kindes aus Erwerbstätigkeit oder Ausbil-  
715 dungsvergütung werden wir einen Freibetrag schaffen.

716

717 Wir wollen, dass Kinder unabhängig vom Elternhaus die gleichen Chancen auf ge-  
718 sellschaftliche Teilhabe erhalten und ihre Fähigkeiten entwickeln können.

719

720 Auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden wir verbessern, Hemmnisse  
721 der Inanspruchnahme beseitigen, die Wirkung prüfen und gezielt erhöhen. Leistun-  
722 gen sollen künftig möglichst pauschal abgerechnet werden. Dort wo es möglich ist,  
723 wollen wir Einzelanträge reduzieren und z. B. Schulen ermöglichen, gesammelte An-  
724 träge für die berechtigten Kinder diskriminierungsfrei zu stellen. Unter anderem soll  
725 hierzu das Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaft-  
726 lichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.  
727 Im Rahmen des bestehenden Teilhabepaketes soll allgemeine Lernförderung auch  
728 dann möglich sein, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.

729

730 Gerade für Kinder und Familien in belastenden Lebenssituationen kommen Erholung  
731 und Entspannung häufig zu kurz. Für sie wollen wir die Familienerholung am Bedarf  
732 orientiert weiterentwickeln. Einrichtungen des Müttergenesungswerks sollen sich für  
733 Väter und pflegende Angehörige weiter öffnen können.

734

735 Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und die bessere Vereinbar-  
736 keit von Familie und Beruf. Dazu unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin  
737 beim Ausbau des Angebots und bei der Steigerung der Qualität von Kinderbetreu-  
738 ungseinrichtungen und dem Angebot an Kindertagespflege sowie zusätzlich bei der  
739 Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit. Dafür werden  
740 wir jährlich laufende Mittel zur Verfügung stellen (2019 0,5 Milliarden, 2020 eine Milli-  
741 arde, 2021 zwei Milliarden Euro). Hierbei wollen wir sowohl die Vielfalt der Betreu-  
742 ungsangebote beibehalten als auch die Länderkompetenzen wahren. Die Beschlüs-  
743 se der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) werden wir hierzu  
744 entsprechend umsetzen. Die von uns vereinbarten Ziele im Bereich der Kindertages-  
745 betreuung und der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern sind nur umsetzbar,  
746 wenn die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb sollen aus den  
747 Mitteln, die den Ländern zur Verfügung stehen, auch weitere Formen der berufsbe-  
748 gleitenden oder praxisintegrierten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ge-  
749 fördert werden können. Wir werden uns dafür stark machen, dass u. a. die Bundes-  
750 programme Sprachkitas, KitaPlus, Betriebliche Kinderbetreuung und Kindertages-  
751 pflege fortgeführt und weiterentwickelt werden.

752  
753 Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaf-  
754 fen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Viel-  
755 falt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der  
756 Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. Für die Aus-  
757 gestaltung wollen wir das Sozialgesetzbuch VIII nutzen. Um diesen Rechtsanspruch  
758 bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkreter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher  
759 Umsetzungsschritte, die wir in einer Vereinbarung von Bund und Ländern unter Ein-  
760 beziehung der kommunalen Spitzenverbände festlegen werden. Dabei wird der Bund  
761 sicherstellen, dass insbesondere der laufenden Kostenbelastung der Kommunen  
762 Rechnung getragen wird.

763  
764 Der Ausbau dient auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verein-  
765 barkeit wollen wir zudem mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“  
766 vorantreiben, mit dem wir uns gemeinsam mit unseren Partnern aus Wirtschaft und  
767 Gewerkschaften für eine familienfreundliche Arbeitswelt einsetzen.

768  
769 Die Digitalisierung hilft Eltern, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Diese Chan-  
770 ce für mobiles Arbeiten wollen wir nutzen.

771  
772 Die Zusammenarbeit von Verantwortlichen aus Kommunen, Wirtschaft und Verbän-  
773 den in lokalen Bündnissen für Familie wollen wir weiterführen.

774  
775 Wir wollen, dass Eltern und Kinder in einer Trennungsphase gut beraten und beglei-  
776 tet werden. Das Wohl der Kinder muss dabei im Zentrum stehen.

777  
778 Wir wollen ungewollt kinderlose Paare besser unterstützen und dazu die Maßnah-  
779 men der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“  
780 unter Beibehaltung der bestehenden Förderkriterien fortführen. Wir wollen die Zu-  
781 schüsse für Paare aus der Bundesinitiative in ganz Deutschland unabhängig davon  
782 gewähren, ob das jeweilige Bundesland sich an dem Programm beteiligt.

783

784 Wir wollen ein modernes Adoptionswesen in Deutschland. Unser Ziel ist es, die  
785 Strukturen der Beratung und Vermittlung im Adoptionsvermittlungsverfahren zu ver-  
786 bessern.

787  
788 Für die Integration von Familien mit Migrationshintergrund sind Mütter entscheidend.  
789 Deshalb müssen wir einen Fokus auf ihre Integration in Gesellschaft und Erwerbstätig-  
790 keit legen. Wir wollen daher das erfolgreiche Programm „Stark im Beruf“ fortset-  
791 zen.

792  
793 Wir respektieren geschlechtliche Vielfalt. Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer  
794 sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.  
795 Homosexuellen- und Transfeindlichkeit verurteilen wir und wirken jeder Diskriminie-  
796 rung entgegen. Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hierzu  
797 umsetzen. Wir werden gesetzlich klarstellen, dass geschlechtsangleichende medizi-  
798 nische Eingriffe an Kindern nur in unaufschiebbaren Fällen und zur Abwendung von  
799 Lebensgefahr zulässig sind.

## 800 801 **2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz**

802 Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind  
803 Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang. Wir werden ein Kin-  
804 dergrundrecht schaffen. Über die genaue Ausgestaltung sollen Bund und Länder in  
805 einer neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten und bis spätestens Ende 2019 ei-  
806 nen Vorschlag vorlegen.

807  
808 Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages werden wir in ihrer Arbeit stär-  
809 ken.

## 810 811 **Kinder und Jugendliche schützen und Familien unterstützen**

812 Wir werden die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln, den Kinderschutz verbes-  
813 sern und die Familien unterstützen. Das bestehende Kinder- und Jugendhilfegesetz  
814 hat sich in seiner Grundausrichtung bewährt und hohe Akzeptanz erfahren. Gesell-  
815 schaftliche Veränderungen und fachpolitische Erkenntnisse bringen es aber mit sich,  
816 dass es weiterentwickelt werden muss.

817  
818 Wir wollen das Kinder- und Jugendhilferecht auf Basis des in der letzten Legislatur-  
819 periode beschlossenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiterentwickeln. Ziel  
820 muss ein wirksames Hilfesystem sein, das die Familie stärkt und Kinder vor Gefähr-  
821 dungen schützt. Das Kindeswohl ist dabei Richtschnur. Die Unterstützung und Stär-  
822 kung der elterlichen Erziehungsverantwortung bleibt Anspruch und Auftrag der Ju-  
823 gendhilfe. Die enge Kooperation aller relevanten Akteure muss einen stärkeren Stel-  
824 lenwert einnehmen. Dazu gehört auch, dass im Interesse von fremduntergebrachten  
825 Kindern die Elternarbeit und die Qualifizierung und Unterstützung von Pflegeeltern  
826 gestärkt und gefördert werden. Ausgehend von den unterschiedlichen Bedarfen der  
827 Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern sollen die präventiven sozialräumlichen  
828 Angebote gestärkt werden. Die Verantwortung bleibt bei den Kommunen und Län-  
829 dern.

830  
831 Im Vorfeld einer Gesetzesinitiative werden wir einen breiten Dialog mit Akteuren aus  
832 Wissenschaft und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe und  
833 den Ländern und Kommunen führen. Darüber hinaus sollen Erfahrungen von Betei-  
834 ligten und Betroffenen mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie Familiengerichtsbarkeit

835 gesammelt und systematisch ausgewertet werden. Im Rahmen dieser unabhängigen  
836 wissenschaftlichen Begleitung sollen sich betroffene Eltern, Pflegeeltern, Kinder und  
837 andere vertraulich äußern können. Wir werden diese Auswertung mit Blick auf sys-  
838 temische und strukturelle Veränderungsbedarfe in das weitere Verfahren mit auf-  
839 nehmen.

840  
841 Wir wollen die Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie die Forschung im Bereich  
842 der Kinder- und Jugendhilfe, des Familienrechts und des Gutachterwesens voran-  
843 bringen. Dazu wollen wir rechtlich verbindlich sicherstellen, dass auch Verfahrens-  
844 beistände über die erforderliche Qualifikation und Eignung verfügen und der begon-  
845 nene Qualitätssicherungsprozess bei Gutachten, insbesondere im familiengerichtli-  
846 chen Verfahren, in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden verbindlich ausgebaut  
847 wird. Von allen an familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Berufsgruppen erwarten  
848 wir kontinuierliche Fortbildung in fachlicher und methodischer Hinsicht für ihre an-  
849 spruchsvolle Tätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

850  
851 Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Die Belange und Bedürfnisse von Kindern  
852 und Jugendlichen bedürfen der besonderen Berücksichtigung im Gesundheitssys-  
853 tem, in Medizin und Forschung.

854  
855 Wir wollen die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern verbessern. Die  
856 Schnittstellenprobleme bei ihrer Unterstützung werden wir mit dem Ziel einer besse-  
857 ren Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Hilfesysteme beseitigen.

858  
859 Gerade die Jüngsten bedürfen des besonderen Schutzes durch Staat und Gesell-  
860 schaft. Für junge Eltern in Problemlagen haben wir mit der Bundesstiftung „Frühe  
861 Hilfen“ ein Frühwarnsystem und Unterstützungsnetz etabliert. Dies wollen wir fortfüh-  
862 ren.

863  
864 Gewalt jeglicher Art (auch seelische Gewalt), sexuellen Missbrauch und sexualisierte  
865 Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden wir konsequent bekämpfen. Dazu wol-  
866 len wir die Forschung verbessern und die Verfahrensabläufe weiter optimieren.

867  
868 Neben den wichtigen präventiven Maßnahmen auf allen Ebenen ist es für einen wirk-  
869 samen Opferschutz unerlässlich, die konsequente Verfolgung pädokrimineller Täter,  
870 die im Netz aktiv sind, zu intensivieren. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz  
871 soll härtere Konsequenzen nach sich ziehen, Schutzlücken müssen geschlossen  
872 werden.

873  
874 In familiengerichtlichen Verfahren muss bei Hinweisen auf (sexualisierte) Gewalt zur  
875 Einschätzung der Gefährdungslage eine Stellungnahme von Fachleuten für Gewalt-  
876 schutz und – soweit relevant – der Rechtsmedizin eingeholt werden. Das Umgangs-  
877 recht darf dem Gewaltschutz nicht zuwiderlaufen.

878  
879 Wir wollen die Stelle des/der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen  
880 Kindesmissbrauchs (UBSKM) einschließlich der wertvollen Arbeit des Betroffenen-  
881 rats verstetigen.

882  
883 Der Bund wird weiterhin seiner Verantwortung gegenüber den Betroffenen sexuellen  
884 Missbrauchs mit dem „Fonds Sexueller Missbrauch“ Rechnung tragen und darauf  
885 hinwirken, dass alle Länder ihren finanziellen Beitrag leisten.

886

887 Wir werden weitere Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung ergreifen.

888

### 889 **Kinder- und Jugendmedienschutz**

890 Die digitalen Medien eröffnen für Kinder und Jugendliche viele Chancen. Gleichzeitig  
891 sind sie ständig und ortsunabhängig ansprechbar und dadurch massiven neuartigen  
892 Risiken ausgesetzt. Der Anstieg von Cybermobbing, Grooming und sexualisierter  
893 Gewalt, Suchtgefährdung und Anleitung zu Selbstgefährdung im Netz ist besorgnis-  
894 erregend. Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss den Schutz von Kindern und Ju-  
895 gendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellen, den Schutz ihrer Persönlich-  
896 keitsrechte und ihrer Daten gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Me-  
897 dienkompetenz weiterentwickeln. Daher werden wir einen zukunftsfähigen und kohä-  
898 renten Rechtsrahmen – unter Berücksichtigung der kompetenzrechtlichen Zuständig-  
899 keiten der Länder – für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmediens-  
900 schutzstaatsvertrag und Jugendschutzgesetz schaffen.

901

902 Wir dämmen Interaktionsrisiken ein (z. B. bei Chatfunktionen) und sorgen unter Wah-  
903 rung der Kompetenzen der Länder für eine wirkungsvolle Durchsetzung des Kinder-  
904 und Jugendmedienschutzes auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Ange-  
905 boten.

906

### 907 **Eigenständige Jugendpolitik**

908 Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der es darum geht,  
909 selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu  
910 finden. Dafür wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine ge-  
911 meinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln.

912

913 Ziel soll sein, bei politischen Maßnahmen für jugendpolitische Belange zu sensibili-  
914 sieren. Die Teilhabe von jungen Menschen wollen wir auf allen Ebenen stärken und  
915 weitere Beteiligungsformate unterstützen.

916

917 Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie  
918 stärken. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bil-  
919 dung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung. Hierzu wollen wir mehr  
920 Mittel zur Verfügung stellen.

921

922 Internationale Austausche vermitteln Sprachkenntnisse, fördern die interkulturelle  
923 Kompetenz und befähigen junge Menschen, sich in einer globalisierten Welt zu ori-  
924 entieren. Sich begegnen und einander zu verstehen sind wichtige Voraussetzungen  
925 für ein gutes Zusammenleben in Europa und weltweit. Deshalb wollen wir den inter-  
926 nationalen Jugendaustausch weiter stärken, damit junge Menschen unabhängig von  
927 Herkunft und Bildung die Chance haben, an einem internationalen Jugendaustausch  
928 teilzunehmen. Wir wollen die internationale und europäische Jugendarbeit unterstüt-  
929 zen und fortentwickeln und mit adäquaten Mitteln ausstatten.

930

### 931 **3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern**

932 Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie ist Vo-  
933 raussetzung und Motor für nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit unserer  
934 Gesellschaft, national und international.

935

936 Für uns sind die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, Förderung der  
937 Familienfreundlichkeit, die Werteordnung des Grundgesetzes und die von uns ratifi-  
938 zierten internationalen Vereinbarungen eine Verpflichtung, die sich durch die gesam-  
939 te Regierungsarbeit ziehen muss. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode viel  
940 erreicht. Daran knüpfen wir an. Wir wollen noch vorhandene strukturelle Hemmnisse  
941 abbauen und werden dazu eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie entwi-  
942 ckeln und mit einem Aktionsplan umsetzen.

943  
944 Frauen sind in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Mit dem Gesetz  
945 für mehr Frauen in Führungspositionen haben wir in der vergangenen Legislaturperi-  
946 ode einen Meilenstein gesetzt. Diesen Weg werden wir weitergehen und bei der re-  
947 gelmäßigen Berichterstattung der Bundesregierung ein besonderes Augenmerk auf  
948 Unternehmen ohne Frauen in Führungspositionen legen, die sich eine Zielgröße  
949 „Null“ geben. Wir wollen die Wirksamkeit des Gesetzes verbessern, indem wir die  
950 Nichteinhaltung der Meldepflicht für Zielvorgaben für Vorstände und Führungsebe-  
951 nen und die Begründungspflicht bei der Angabe Zielvorgabe „Null“ sanktionieren ent-  
952 sprechend den Bestimmungen des § 335 Handelsgesetzbuch (HGB).

953  
954 Dem öffentlichen Dienst kommt für die Gleichstellung von Frauen und Männern eine  
955 Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und  
956 Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes bis 2025 erreichen. Dazu  
957 werden wir dieses Ziel für den Geltungsbereich des Bundesgleichstellungsgesetzes  
958 festschreiben. Im Bundesgremienbesetzungsgesetz werden wir regeln, dass der  
959 Bund bereits für Gremien, für die er lediglich zwei Mitglieder zu bestimmen hat, die  
960 geltende Quotierungsregelung beachten soll.

961  
962 Gleichzeitig werden wir die Teilzeittätigkeit in Führungspositionen stärker als bisher  
963 ermöglichen. Bei der Feststellung von Kompetenzen im Rahmen dienstlicher Beurtei-  
964 lungen sind Erfahrungen und Fähigkeiten aus Erziehung und Pflege zu berücksichti-  
965 gen.

966  
967 Wir wollen prüfen, wie eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes für die  
968 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der  
969 Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf Unternehmen mit wesentlicher Bun-  
970 desbeteiligung und Körperschaften des Öffentlichen Rechts auf Bundesebene umge-  
971 setzt werden kann.

972  
973 Strukturelle Ungleichgewichte von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke  
974 wesentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu wollen wir u. a. finanzielle  
975 Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen und streben Ausbil-  
976 dungsvergütungen an.

977  
978 Beschäftigte in Unternehmen ab 200 Beschäftigten können seit dem 6. Januar 2018  
979 erstmals einen individuellen Auskunftsanspruch geltend machen und Auskunft über  
980 die Entgeltstrukturen im Unternehmen verlangen. Für Betroffene wollen wir bei der  
981 Antidiskriminierungsstelle des Bundes gezielte Beratungs- und Unterstützungsange-  
982 bote schaffen sowie zertifizierte Prüfverfahren für Unternehmen anbieten.

983  
984 Im Juli 2019 ist eine erste Evaluation zur Wirksamkeit des Gesetzes durch die Bun-  
985 desregierung vorzulegen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Erfül-  
986 lung der entsprechenden Berichtspflichten und Auskunftsansprüche legen. Auf



987 Grundlage der ersten Erfahrungen ist über weitere erforderliche Schritte zu entschei-  
988 den.

989  
990 Auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht gibt es noch keine gleichberechtigte politi-  
991 sche Teilhabe von Frauen. Aktuell ist der Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag  
992 zurückgegangen. Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen  
993 Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind und deshalb verstärkt Frauen für die politische  
994 Beteiligung gewinnen. Um eine höhere Repräsentanz von Frauen in der Politik zu  
995 erreichen und mehr Frauen den Weg in die Politik zu ebnen, werden wir bewährte  
996 politische Programme – wie das Helene-Weber-Kolleg und den Helene-Weber-  
997 Preis – verstetigen. Wir wollen eine Bundesstiftung gründen, die sich wissenschaft-  
998 lich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesell-  
999 schaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmet.

1000  
1001 Sexismus begegnet uns täglich und überall – in Medien und Kultur, in der Werbung,  
1002 am Arbeitsplatz und in der Politik. Sexismus würdigt Menschen aufgrund ihres Ge-  
1003 schlechts herab. In einer offenen, modernen und gleichberechtigten Gesellschaft hat  
1004 Sexismus keinen Platz. Wir wollen Sexismus bekämpfen, Maßnahmen dagegen ent-  
1005 wickeln und erfolgreiche Projekte fortführen.

1006  
1007 Die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen bei der Prävention und Beilegung von  
1008 Konflikten wird eine wichtige Rolle spielen.

1009  
1010 Deutschland wird im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und als Partner der  
1011 Triopräsidentschaft die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU weiter  
1012 vorantreiben und sichtbar machen.

1013  
1014 Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von erwerbstätigen Eltern,  
1015 Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegenden Angehörigen durch Zuschüsse  
1016 für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen. Gleichzeitig fördern  
1017 wir damit legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, insbesondere von  
1018 Frauen.

1019  
1020 Wir wollen die Teilhabe von Frauen im ländlichen Raum befördern und sie wirtschaft-  
1021 lich stärken. Dabei wollen wir auch kleinere Familienbetriebe in den Blick nehmen.

1022  
1023 Im Deutschen Digitalen Frauenarchiv wird derzeit die Geschichte der deutschen  
1024 Frauenbewegung digitalisiert und verfügbar gemacht. Dies wollen wir verlässlich ab-  
1025 sichern.

1026  
1027 Zeitgemäße Gleichstellungspolitik nimmt auch Jungen und Männer in den Blick. Auch  
1028 sie müssen sich auf gesellschaftliche Entwicklungen und neue Anforderungen ein-  
1029 stellen. Dies wollen wir politisch unterstützen.

1030  
1031 **4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern**  
1032 Wir werden die Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention umsetzen und dazu ein  
1033 Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen  
1034 und Kindern auflegen und die Hilfestrukturen verbessern. Um von Gewalt betroffenen  
1035 Frauen und Kindern den gesicherten Zugang zu Schutz und Beratung in Frauenhäu-  
1036 sern zu ermöglichen, werden wir einen Runden Tisch von Bund, Ländern und Kom-  
1037 munen einberufen. Ziel der Beratungen ist der bedarfsgerechte Ausbau und die adä-

1038 quate finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und entsprechenden  
1039 ambulanten Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen. Wir wollen in diesem Zusammen-  
1040 hang, ein Investitions-, Innovations- und Sanierungsprogramm auflegen, Weiterquali-  
1041 fizierungsmaßnahmen und Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter-  
1042 stützen und spezifische psychosoziale Hilfen für traumatisierte Kinder und Frauen  
1043 sicherstellen.

1044  
1045 Um für die betroffenen Frauen den Zugang zu ermöglichen und ihnen bei der Tra-  
1046 gung der Unterbringungskosten zu helfen, werden wir prüfen, ob und inwieweit ana-  
1047 log zum Unterhaltsvorschussgesetz eine vorläufige Übernahme der Kosten bei  
1048 gleichzeitigem Übergang der Unterhaltsforderung auf den Kostenträger verankert  
1049 werden kann.

1050  
1051 Wir wollen das bundesweite Hilfetelefon für von Gewalt betroffenen Frauen aus-  
1052 bauen, besser bewerben und die Online-Beratungsangebote erweitern. Die anony-  
1053 misierte Beweissicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen werden wir in ganz  
1054 Deutschland ermöglichen.

1055  
1056 Wir werden prüfen, welche weiteren Maßnahmen im Bereich Gewaltschutz von  
1057 Frauen erforderlich sind.

1058  
1059 Wir wollen eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne zur Ächtung von Gewalt ge-  
1060 gen Frauen sowie zur Sensibilisierung und Information der breiten Öffentlichkeit zu  
1061 Hilfe, Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten dagegen durchführen.

1062  
1063 Darüber hinaus wollen wir Sensibilisierungsmaßnahmen für Unternehmen und öffent-  
1064 liche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber entwickeln und mit den beteiligten Akteuren  
1065 eine gemeinsame Strategie gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erarbeiten.

1066  
1067 Gegen Menschenhandel muss entschieden vorgegangen werden, deshalb wollen wir  
1068 die Strukturen zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Unterstützung der  
1069 Opfer stärken.

1070

## 1071 **5. Seniorinnen und Senioren**

1072 Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Nach dem Erwerbsle-  
1073 ben liegt meist ein langer Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität vor ihnen. Sie  
1074 unterstützen ihre Kinder und Enkelkinder. Sie engagieren sich in Vereinen, Verbän-  
1075 den und Nachbarschaften.

1076  
1077 Auf die Beiträge und Potentiale, die ältere Menschen für unsere Gesellschaft leisten,  
1078 können, dürfen und wollen wir nicht verzichten. Ihre Lebenserfahrung und ihr Rat  
1079 sind wichtig. Sie sollen möglichst lange gesund und aktiv bleiben, am gesellschaftli-  
1080 chen und kulturellen Leben teilhaben und selbstbestimmt in Würde alt werden kön-  
1081 nen. Dabei helfen wir auch denjenigen, die unsere besondere Unterstützung brau-  
1082 chen. Wir wirken Altersdiskriminierung entschieden entgegen.

1083  
1084 Wir wollen die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels nach-  
1085 haltig unterstützen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die Rahmenbedin-  
1086 gungen vor Ort wie auch auf Bundesebene wollen wir weiter verbessern und Verein-  
1087 samung entgegenwirken.

1088

1089 Das bedeutet vor allem eine gute Infrastruktur in unseren Kommunen und den Auf-  
1090 bau eines seniorenrechtlichen Wohnumfelds und einer entsprechenden Nachbar-  
1091 schaft. Wir setzen auf einen weiteren Ausbau unterschiedlicher und ortsnaher Bera-  
1092 tungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote sowie unterschiedlicher Wohnformen,  
1093 um den vielfältigen Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen gerecht zu wer-  
1094 den und die Selbstbestimmung im Alter zu ermöglichen. Dazu wollen wir das bewähr-  
1095 te Programm „Demografiewerkstatt Kommune“ ausbauen. Wir wollen Hürden beim  
1096 Ausbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen – wie z. B. bei der steuerrecht-  
1097 lichen Bewertung von „Wohnen für Hilfe“ – beseitigen und Senioren-genossenscha-  
1098 ften stärken.

1099  
1100 Die Mehrgenerationenhäuser stellen bundesweit, besonders für den ländlichen  
1101 Raum, eine unverzichtbare soziale Infrastruktur dar und leisten damit einen wichtigen  
1102 Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog und zur Herstellung gleichwertiger  
1103 Lebensverhältnisse. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen, insbesondere im  
1104 ländlichen Raum.

1105  
1106 Wir lassen ältere Menschen bei der Digitalisierung nicht allein. Der Zugang zu digita-  
1107 len Medien, die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung und lebensbegleitendes  
1108 Lernen sind für ältere Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür, möglichst lange  
1109 aktiv zu bleiben. Deshalb ist eine Weiterbildung auch im Rahmen der Digitalisierung  
1110 für die Älteren unverzichtbar.

1111  
1112 Wir wollen den Bundesaltenplan zusammen mit den Seniorenorganisationen weiter-  
1113 entwickeln und ausbauen.

1114  
1115 Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Demenz und ihre Angehörigen benö-  
1116 tigen neben guter medizinischer Versorgung vor allem soziale Anbindung. Wir wer-  
1117 den die Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“ zusammen mit den Bun-  
1118 desländern, allen relevanten Akteuren und unter Einbezug von Menschen mit De-  
1119 menz weiterentwickeln.

## 1120 **IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung**

1121  
1122 Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Schlüsselthemen für Deutschlands  
1123 Zukunft. Es gilt, technologische, wissenschaftliche und soziale Innovationen zu för-  
1124 dern, gerechte Bildungschancen für alle zu gewährleisten und ein hohes Qualifikati-  
1125 onsniveau zu sichern. Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns konstitutiv. Für das  
1126 Chancenland Deutschland wollen wir zusätzliche Mittel mobilisieren. Dabei sind fol-  
1127 gende Projekte wichtig:

### 1128 1129 **1. Allgemeine Bildung und Schulen**

1130 Wir wollen die Bildungschancen in Deutschland im gemeinsamen Schulterschluss  
1131 von Bund und Ländern verbessern. Dafür wollen wir nach dem Vorbild des Wissen-  
1132 schaftsrates einen Nationalen Bildungsrat einrichten. Der Nationale Bildungsrat soll  
1133 auf Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge  
1134 für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen und  
1135 dazu beitragen, sich über die zukünftigen Ziele und Entwicklungen im Bildungswesen  
1136 zu verständigen und die Zusammenarbeit der beteiligten politischen Ebenen bei der  
1137 Gestaltung der Bildungsangebote über die ganze Bildungsbiographie hinweg zu för-  
1138 dern. Über Mandatierung, Zusammensetzung, institutionelle Anbindung und Ausstat-  
1139 tung des Nationalen Bildungsrates entscheiden Bund und Länder gemeinsam.

1140  
1141 Zur Verbesserung der Bildung werden wir eine Investitionsoffensive für Schulen auf  
1142 den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden Schulsanierungspro-  
1143 gramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruk-  
1144 tur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und be-  
1145 rufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c  
1146 Grundgesetz (GG) durch die Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf  
1147 die Kommunen anpassen. Die Kultushoheit bleibt Kompetenz der Länder.

1148  
1149 Wir werden ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und  
1150 Schüler im Grundschulalter ermöglichen. Wir werden deshalb einen Rechtsanspruch  
1151 auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter schaffen. Dafür werden wir  
1152 gemeinsam mit den Ländern die Angebote so ausbauen, dass der Rechtsanspruch  
1153 im Jahre 2025 erfüllt werden kann. Der Bund stellt für Investitionen in Ganztagsschul-  
1154 und Betreuungsangebote zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Bei der Umsetzung  
1155 des Rechtsanspruchs werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen  
1156 und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmög-  
1157 lichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen  
1158 und darauf aufbauen. Für die Ausgestaltung wollen wir das Sozialgesetzbuch (SGB)  
1159 VIII nutzen. Um diesen Rechtsanspruch bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkre-  
1160 ter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher Umsetzungsschritte, die wir in einer Verein-  
1161 barung von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbän-  
1162 de festlegen werden. Dabei wird der Bund sicherstellen, dass insbesondere der lau-  
1163 fenden Kostenbelastung der Kommunen Rechnung getragen wird.

1164  
1165 Wir wollen Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben und Arbeiten in der digi-  
1166 talen Welt vorbereiten und zugleich das Lernen in der Schule verbessern und mo-  
1167 dernisieren. Deshalb werden wir unsere Schulen im Rahmen des gemeinsamen Digi-  
1168 talpaktes Schule von Bund und Ländern so ausstatten, dass die Schülerinnen und  
1169 Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen kön-  
1170 nen, um die notwendigen Kompetenzen in der digitalen Welt zu erwerben. Bund,

1171 Länder und Schulträger werden gemeinsam die erforderliche IT-Infrastruktur und die  
1172 für digitales Lernen erforderlichen Technologien aufbauen. Ausgangspunkte für die  
1173 Gestaltung des Digitalpakts Schule sind die digitalen Bildungsstrategien von Bund  
1174 und Ländern sowie der bereits vorliegende Eckpunkteentwurf einer Bund-Länder-  
1175 Vereinbarung. In diesem Zusammenhang wollen wir auch eine gemeinsame Cloud-  
1176 Lösung für Schulen schaffen. Der Bund stellt für diese Aufgaben fünf Milliarden Euro  
1177 in fünf Jahren zur Verfügung, davon 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode,  
1178 die die Länder- und Kommunalinvestitionen ergänzen, nicht ersetzen.

1179  
1180 Die Vergabe der Bundesmittel wird an einvernehmlich mit den Ländern vereinbarte  
1181 Bedingungen gebunden, insbesondere werden die Länder die erforderliche Qualifika-  
1182 tion der Lehrkräfte sicherstellen, die Bildungs- und Lehrpläne aller Bildungsgänge im  
1183 Sinne des Kompetenzrahmens der Kultusministerkonferenz (einschließlich Medien-  
1184 kompetenz) überprüfen und weiterentwickeln sowie dafür Sorge tragen, dass Betrieb,  
1185 Wartung und Interoperabilität der Infrastrukturen durch die Antragsteller sichergestellt  
1186 werden. Über den Fortschritt der Investitionsoffensive und die Zielerreichung werden  
1187 Bund und Länder regelmäßig berichten.

1188  
1189 Nach dem Vorbild der gemeinsamen Initiative zur Förderung leistungsstarker und  
1190 leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler wollen wir gemeinsam mit den Ländern  
1191 die besonderen Herausforderungen von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen  
1192 und mit besonderen Aufgaben der Integration aufgreifen. Der Bund sorgt dabei für  
1193 die Förderung der begleitenden Forschung sowie die Evaluierung der Wirksamkeit  
1194 der getroffenen Maßnahmen. Die Länder sorgen für die Begleitung und Förderung  
1195 der teilnehmenden Schulen.

1196  
1197 Mit der Investitionsoffensive Schule und dem Digitalpakt Schule tragen wir auch zur  
1198 inklusiven Bildung bei. In der Bildungsforschung soll die inklusive Bildung entlang der  
1199 gesamten Bildungsbiographie zu einem Schwerpunkt gemacht werden.

1200  
1201 Weitere Schwerpunkte in der Bildungsforschung sollen bei der Qualitätsverbessere-  
1202 rung des Unterrichts, der Digitalisierung, der sozialen Integration und dem Abbau von  
1203 Bildungsbarrieren liegen.

1204  
1205 Wir wollen die kulturelle Bildung durch das Programm „Kultur macht stark“ weiter för-  
1206 dern und ausbauen. Die Zusammenarbeit bei der kulturellen Bildung von schuli-  
1207 schem und außerschulischem Raum ist zu verstärken. Außerdem wollen wir die För-  
1208 derung der Bildung für nachhaltige Entwicklung intensivieren.

1209  
1210 Wir wollen die MINT-Bildung stärken, beginnend mit der Elementarbildung über die  
1211 Initiative „Haus der Kleinen Forscher“. Die Potentiale von Mädchen und Frauen wol-  
1212 len wir besonders fördern. Wir unterstützen den Aufbau eines bundesweiten MINT-E-  
1213 Portals für mehr Transparenz und Information sowie die Entwicklung von Qualitätskri-  
1214 terien. Zudem wollen wir Wettbewerbe im MINT-Bereich weiter fördern.

## 1215 1216 **2. Berufliche Bildung und Weiterbildung**

1217 Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Für die Unternehmen ist  
1218 sie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs unverzichtbar. Für die Jugendlichen schafft  
1219 sie verlässlich gute Chancen für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Auch deshalb  
1220 haben junge Menschen bei uns das geringste Arbeitslosenrisiko im europäischen

1221 Vergleich. Wir steigern die Attraktivität der beruflichen Bildung, sie ist für uns gleich-  
1222 wertig mit der akademischen Bildung.

1223  
1224 Den Transformationsprozess in der Arbeitswelt wollen wir zum Nutzen aller gestal-  
1225 ten. Insbesondere die berufliche Aus- und Weiterbildung muss mit der wachsenden  
1226 Dynamik veränderter Qualifikationsanforderungen Schritt halten und langfristig den  
1227 Qualifizierungsbedarf der Wirtschaft und des öffentlichen Bereichs decken.

1228  
1229 Die berufliche Bildung werden wir mit einem Berufsbildungspakt modernisieren und  
1230 stärken. Dazu gehören im Rahmen der Investitionsoffensive für Schulen nach Art.  
1231 104c Grundgesetz (GG) eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen vor dem  
1232 Hintergrund der Digitalisierung.

1233  
1234 Im Rahmen der Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) werden wir eine Min-  
1235 destausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz verankern. Das Gesetz soll bis  
1236 zum 1. August 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. In  
1237 diesem Rahmen wollen wir die Modernisierung der Ausbildungs- und Aufstiegsord-  
1238 nungen u. a. im Hinblick auf eine digitale Ausbildungsstrategie sowie eine Verbesse-  
1239 rung der Rahmenbedingungen erreichen.

1240  
1241 Wir wollen die Berufsorientierung im Zusammenwirken von Bund und Ländern an  
1242 allen allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe weiter stärken, auch an allen  
1243 Gymnasien. In Zusammenarbeit mit den Ländern wollen wir sie durch qualitativ  
1244 hochwertige Angebote ausbauen und in gemeinsamen Vereinbarungen mit den Län-  
1245 dern verankern. Darüber hinaus wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufs-  
1246 agenturen ausweiten.

1247  
1248 Wir wollen zudem die „Initiative Berufsbildung 4.0“ ausbauen, die Weiterbildung von  
1249 Ausbilderinnen und Ausbildern stärken sowie das Sonderprogramm zur Digitalisie-  
1250 rung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) ausweiten. Wir wollen Hilfen für  
1251 stärkere und schwächere Jugendliche fortentwickeln und wollen mehr Betriebe für  
1252 die Ausbildung gewinnen, besonders auch Klein- und Kleinstbetriebe. Wir wollen  
1253 Probleme bei der Passgenauigkeit auf dem Ausbildungsmarkt insbesondere durch  
1254 verbesserte Mobilitätshilfen reduzieren. Wir stärken regionale Ausbildungsmärkte  
1255 außerdem durch die Mobilisierung der Akteure vor Ort durch Wettbewerbe. Die At-  
1256 traktivität von Berufslaufbahnen erhöhen wir auch mit einem Innovationswettbewerb  
1257 in der beruflichen Bildung.

1258  
1259 Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Aufstiegs-BAföG“) fi-  
1260 nanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen mit dem Ziel einer weiteren  
1261 deutlichen Verbesserung beim Unterhaltszuschuss, Erfolgsbonus und bei der Famili-  
1262 enfreundlichkeit. Darüber hinaus werden wir den Maßnahmenzuschuss erhöhen.  
1263 Damit leisten wir einen weiteren Beitrag, um finanzielle Hürden für angehende Tech-  
1264 nikerinnen und Techniker, Meisterinnen und Meister sowie Fachwirtinnen und Fach-  
1265 wirt im Sinne der vollständigen Gebührenfreiheit zu beseitigen.

1266  
1267 Wir schaffen transparente berufliche Fortbildungsstufen und stellen Aufsteigerinnen  
1268 und Aufsteiger auf allen drei Stufen ein finanzielles Förderangebot zur Verfügung.  
1269 Zudem wollen wir innovative Qualifizierungswege wie die höhere Berufsbildung und  
1270 das duale Studium stärken, indem wir hochschulisches und berufsbildendes Lernen  
1271 in gemeinsamen Qualifizierungsangeboten zusammenführen und so die Übergänge

1272 zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung besser gestalten. Die  
1273 Durchlässigkeit und Synergien zwischen beruflicher und akademischer Bildung in  
1274 beide Richtungen wollen wir fördern, um die Ausbildung zu verbessern und Ausbil-  
1275 dungszeiten effizienter zu nutzen. Hierzu wollen wir die Anzahl der Aufstiegs- und  
1276 Weiterbildungsstipendien steigern.

1277  
1278 Wir wollen die Aus- und Weiterbildung in Sozial- und Pflegeberufen attraktiver ma-  
1279 chen und mehr junge Menschen für dieses Berufsbild gewinnen, um Fachkräfte zu  
1280 sichern. Deshalb werden wir auch hier finanzielle Ausbildungshürden abbauen und  
1281 Ausbildungsvergütungen anstreben.

1282  
1283 Wir wollen die Allianz für Aus- und Weiterbildung fortsetzen und mit dem Ziel weiter-  
1284 entwickeln, allen jungen Menschen einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz  
1285 garantiert anzubieten. Die assistierte Ausbildung, bei der neben den Jugendlichen  
1286 auch Eltern, Schulen und Unternehmen unterstützt werden, wollen wir bundesweit  
1287 ausbauen. Gleichzeitig wollen wir das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen  
1288 stärken, um so Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozia-  
1289 len Umfeld zu ermöglichen. Wir drängen weiter auf die bundesweite ausbildungs-  
1290 freundliche Umsetzung der wichtigen 3+2-Regelung für den Arbeitsmarktzugang ge-  
1291 mäß § 60a Aufenthaltsgesetz.

1292  
1293 Die internationale Mobilität von Auszubildenden der beruflichen Bildung wollen wir  
1294 ausbauen und besser fördern.

1295  
1296 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und mehr Menschen die Aus-  
1297 bildung zu ermöglichen, wollen wir eine Initiative zur stärkeren Nutzung der Teilzeit-  
1298 ausbildung starten.

1299  
1300 Außerdem wollen wir die qualifikationsadäquate Beschäftigung von Menschen mit  
1301 ausländischen Berufsabschlüssen weiter fördern. Die Informations-, Beratungs- und  
1302 Unterstützungsangebote zum Anerkennungsgesetz wollen wir weiterentwickeln und  
1303 den Anerkennungszuspruch ausbauen.

1304  
1305 Da ein Grund für schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt mangelnde Grundbildung  
1306 ist, wollen wir die nationale Dekade für Alphabetisierung ausbauen und insbesondere  
1307 die arbeitsplatz- und familienorientierte Grundbildung in den Blick nehmen.

1308  
1309 Menschen müssen in jedem Alter und in jeder Lebenslage die Chance haben, am  
1310 digitalen Wandel teilzuhaben, digitale Medien für ihr persönliches Lernen und ihre  
1311 Bildung zu nutzen und Medienkompetenz zu erwerben. Wir wollen die Entwicklung  
1312 von attraktiven, niedrighwelligen Lernangeboten fördern, vor allem im Bereich der  
1313 Volkshochschulen, und die Qualitätssicherung in der digitalen Weiterbildung durch  
1314 Bildungsforschung unterstützen.

1315  
1316 Aufgrund der Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft werden wir eine Enquete-  
1317 Kommission des Deutschen Bundestags zur „Stärkung der beruflichen Bildung zur  
1318 Sicherung des Fachkräftebedarfs“ einrichten.

1319  
1320 Neben dem Ausbau der individuellen Förderinstrumente für den beruflichen Aufstieg  
1321 wie das Aufstiegs-BAföG, die Bildungsprämie sowie die Stipendienprogramme für  
1322 beruflich Qualifizierte (Aufstiegs- und Weiterbildungsstipendien) werden wir die

1323 Transparenz auf dem vielfältigen Weiterbildungsmarkt für Menschen und Unterneh-  
1324 men erhöhen und Information und Beratung ausbauen.

1325  
1326 Gleichzeitig wollen wir die Weiterbildungsangebote der Hochschulen ausweiten und  
1327 ein Programm für beruflichen Aufstieg durch Bildung auf den Weg bringen, um beruf-  
1328 lichen Aufstieg noch attraktiver zu machen.

1329  
1330 Wir wollen die wissenschaftliche Weiterbildung intensivieren und Netzwerke von  
1331 Hochschulen und Unternehmen, insbesondere von Fachhochschulen und kleinen  
1332 und mittleren Unternehmen, fördern.

### 1333 1334 **3. Hochschulen und Wissenschaft**

1335 Die Bundesaufwendungen für Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes sind  
1336 für die Hochschulen unverzichtbar. Um vor dem Hintergrund der anhaltend hohen  
1337 Studiennachfrage eine qualitativ hochwertige Lehre sicherzustellen, werden wir die  
1338 Bundesmittel auf Grundlage des neu geschaffenen Art. 91b Grundgesetz (GG) dau-  
1339 erhaft verstetigen. Die konkreten Förderkriterien können alle sieben Jahre periodisch  
1340 mit den Ländern und Hochschulen ausverhandelt werden. Dabei sind im Sinne guter  
1341 Arbeit Kontinuität und Verlässlichkeit wichtige Kriterien und sollen mit qualitativen  
1342 und quantitativen Aspekten in der Hochschulbildung verbunden werden. Die zielge-  
1343 richtete Verwendung der Bundesmittel wird regelmäßig überprüft. Für uns stehen die  
1344 Qualität von Forschung und Lehre und die Berufschancen der Studierenden (Absol-  
1345 ventenstudien) im Mittelpunkt.

1346  
1347 Den Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen und in Anlehnung an die Empfehlun-  
1348 gen des Wissenschaftsrates weiterentwickeln und u. a. die innovative Hochschulleh-  
1349 re, den hochschulübergreifenden Austausch und die Übertragung erfolgreicher Kon-  
1350 zepte wettbewerblich fördern.

1351  
1352 Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern wollen wir fortsetzen  
1353 und um die Schwerpunkte Digitalisierung und Lehrerinnen- und Lehrerausbildung für  
1354 die beruflichen Schulen erweitern.

1355  
1356 Die Programmpauschalen werden nach 2020 fortgeführt und zur Administrierung  
1357 dem Grundhaushalt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zugewiesen.  
1358 Dabei bleibt bis 2025 der bisherige für Programmpauschalen geltende Finanzie-  
1359 rungsschlüssel erhalten. Die Finanzierungsanteile von Bund und Ländern werden für  
1360 die Zeit nach 2025 neu verhandelt. Perspektivisch streben wir eine Erhöhung der  
1361 Programmpauschalen auf 30 Prozent an.

1362  
1363 Wir wollen die Fachhochschulen stärken. Wir wollen die Projektförderung des Bun-  
1364 des für Forschung an Fachhochschulen ausbauen und insbesondere den Transfer  
1365 und damit die regionale Innovationsfunktion stärken. Wir wollen gemeinsam mit den  
1366 Ländern eine breit angelegte Initiative starten, um Karrierewege bis zur Fachhoch-  
1367 schulprofessur aktiv zu gestalten und Fachhochschulen bei deren Rekrutierung zu  
1368 unterstützen. Zudem wollen wir Strategien der Fachhochschulen zur Internationalisie-  
1369 rung gezielt unterstützen.

1370  
1371 Das Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes (BAföG) wird ausgebaut und die Leis-  
1372 tungen werden deutlich verbessert. Unser gemeinsames Ziel ist es, die förderbedürf-  
1373 tigen Auszubildenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine Trendumkehr zu



1374 erreichen. Wir wollen die Stipendienkultur und Begabtenförderwerke in Deutschland  
1375 weiter stärken. Die Schüler- und Leistungswettbewerbe wollen wir ausbauen.

1376

1377 Auch die Schaffung studentischen Wohnraums, u. a. auch Wohnheimplätze, wollen  
1378 wir fördern.

1379

1380 Die Digitalisierung bietet für unsere Hochschulen große Chancen. Wir wollen sie un-  
1381 terstützen, diese Chancen umfassend zu nutzen und damit die Qualität von Studium,  
1382 Lehre, Forschung sowie der Verwaltung und den wissenschaftlichen Austausch zu  
1383 verbessern. Mit einem Wettbewerb werden wir digital innovative Hochschulen oder  
1384 Hochschulverbünde fördern. Wir wollen dabei insbesondere hochschulübergreifende,  
1385 vernetzte Konzepte, z. B. Lehr- und Lernplattformen fördern. Wir wollen den Fern-  
1386 hochschulen mit dem „Open University Network“ eine Plattform zur Koordinierung  
1387 anbieten.

1388

1389 Wir wollen mit einer nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur wissenschaftliche Da-  
1390 tenbestände systematisieren und einen nachhaltigen Zugang sicherstellen. So stär-  
1391 ken wir unser Wissenschaftssystem auch für den internationalen Wettbewerb. Wir  
1392 werden mit den Ländern eine auf Dauer angelegte Strategie für Nationales Hochleis-  
1393 tungsrechnen nach Art. 91b Grundgesetz (GG) auflegen und diese gemeinsam fi-  
1394 nanzieren.

1395

1396 Die Forschungsinfrastrukturen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungs-  
1397 einrichtungen wollen wir – auch in internationaler Kooperation – ausbauen.

1398

1399 Wir wollen eine nationale Open-Access-Strategie entwickeln. Wir werden offene Ka-  
1400 näle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern und Empfänger  
1401 von Fördermitteln im Rahmen der Projektförderung des Bundes daher regelhaft ver-  
1402 pflichten, ihre Publikationen mittels offener Lizenzen frei verfügbar zu machen und im  
1403 Rahmen der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung  
1404 die entstehenden Overhead-Kosten in einem angemessenen Umfang zu überneh-  
1405 men.

1406

1407 Wir werden die Regelungen im Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz für den  
1408 Bildungs- und Wissenschaftsbereich umfassend evaluieren und unter Abwägung al-  
1409 ler Interessen über eine Verstetigung entscheiden.

1410

1411 Exzellenz ist ein Leitelement in der Wissenschaftspolitik. Hierfür wollen wir neben der  
1412 Exzellenzstrategie neue Maßnahmen entwickeln, um Spitzenwissenschaftlerinnen  
1413 und Spitzenwissenschaftler in Deutschland zu halten und internationale Spitzenwis-  
1414 senschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler zu gewinnen.

1415

1416 Wir wollen prüfen, wie wir die neuen Möglichkeiten des Art. 91b Grundgesetz (GG)  
1417 nutzen können, um ausgewählte forschungsstarke und exzellente Institute an Hoch-  
1418 schulen bundesseitig mitfördern zu können, ohne sie aus der Hochschule herauslö-  
1419 sen zu müssen.

1420

1421 Wir wollen den wichtigen Weg für gute Arbeit in der Wissenschaft fortsetzen und die  
1422 Evaluationsergebnisse der letzten Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes  
1423 auswerten, um Karrierewege in der Wissenschaft attraktiv zu halten.

1424

1425 Wir wollen die Umsetzung des „Masterplans Medizinstudium 2020“ zur Neustrukturierung und Verbesserung der Mediziner Ausbildung, zur Stärkung der Allgemeinmedizin, zur Anpassung des Zulassungsverfahrens und zur besseren flächendeckenden hausärztlichen Versorgung gerade in ländlichen Regionen eng begleiten. Der Bund wird die Länder bei der Novellierung der Hochschulzulassung zum Medizinstudium begleiten, die im Zuge des Bundesverfassungsgerichtsurteils notwendig geworden ist.

1432  
1433 Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen, indem wir die Zugangsvoraussetzungen im Bundesrecht künftig auch stärker an gewonnenen berufspraktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orientieren und beispielsweise den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen.

1439  
1440 Wir wollen dazu beitragen, dass Frauen vermehrt Führungspositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen übernehmen. Orientiert am Kaskadenmodell müssen Wissenschaftseinrichtungen auf eine Steigerung des Frauenanteils verpflichtet werden. Wir werden als Kriterium für die Förderung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen die Vorlage von Gleichstellungs- und Personalentwicklungskonzepten mit verbindlichen Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils sowie die Einhaltung von Gleichstellungsstandards einführen. Einen wichtigen Beitrag wird das erneuerte Professorinnenprogramm leisten. Daneben liefert insbesondere die Geschlechterforschung wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse über Ursachen und Mechanismen, die die Gleichstellung behindern.

#### 1450 1451 **4. Forschung und Innovation**

1452 Deutschland muss ein Innovationsland bleiben. Deshalb vereinbart der Bund gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

1455  
1456 Für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland, in denen es an unternehmerischer Innovationskraft fehlt, wollen wir mit einem Rahmenprogramm „Innovation und Strukturwandel“ zielgenaue Förderinstrumente entwickeln, z. B. durch das Programm „WIR – Wandel in der Region durch Innovation“ sowie weitere Maßnahmen zum Ausbau der Innovationskompetenz an regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und zur Vernetzung von Innovationsakteuren vor Ort. Die östlichen Bundesländer wollen wir bei ihren Anstrengungen in der Wissenschafts- und Innovationspolitik besonders unterstützen.

1464  
1465 Die Hightech-Strategie (HTS) wird als ressortübergreifende Forschungs- und Innovationsstrategie weiterentwickelt und auf die großen Herausforderungen Digitalisierung, Gesundheit, Klima und Energie, Mobilität, Sicherheit, soziale Innovationen und die Zukunft der Arbeit fokussiert. Umfassende Technologieoffenheit in der Forschungsförderung ist ein wichtiges Grundprinzip unserer Forschungspolitik. Den Transfer wollen wir als zentrale Säule unseres Forschungs- und Innovationssystems nachhaltig stärken und substantielle Steigerungen erreichen. Zur Förderung von Sprunginnovationen wollen wir neue Instrumente schaffen und die direkte Forschungsförderung des Bundes stärker auf den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft ausrichten. Wir wollen Forschungscampi ausbauen. Auf ausgewählten Forschungsfeldern wollen wir starke Anreize für die Zusammenarbeit der Forschungs- und Wissen-

1476 schaftseinrichtungen setzen. Das heißt: Konzepte für Zukunftscluster entwickeln und  
1477 umsetzen sowie rechtliche Barrieren für Wissenschaftskooperationen abbauen und  
1478 den Transfer in einer konzertierten Aktion der relevanten Akteure umsetzen. Die lau-  
1479 fende Hochtemperatur-Plasmaforschung in Deutschland wollen wir angemessen fi-  
1480 nanziell absichern. Wir wollen Open-Innovation-Ansätze, soziale Innovationen sowie  
1481 inter- und transdisziplinäre Ansätze fördern und Experimentierräume einrichten, um  
1482 innovative technische Systeme und neue Geschäftsmodelle zu erproben. Die Validie-  
1483 rung des Innovationspotenzials von Forschungsergebnissen wollen wir ebenso för-  
1484 dern wie Start-ups und Gründungen aus der Forschung. Wir wollen den Dialog von  
1485 Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft intensivieren, neue Beteiligungs-  
1486 formen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erproben und die Wissenschafts-  
1487 kommunikation stärken. Wir wollen auch die Internationalisierung der HTS vorantrei-  
1488 ben.

1489  
1490 Technologische Basis und Triebfeder der Digitalisierung sind Mikroelektronik, mo-  
1491 derne Kommunikationstechnik, künstliche Intelligenz, Robotik, Datenwissenschaften,  
1492 IT-Sicherheit und Quantentechnologien. Wir wollen die Forschung zu diesen Schlüs-  
1493 selstechnologien intensiv fördern, inklusive sozialer und geisteswissenschaftlicher Be-  
1494 gleitforschung. Insbesondere wollen wir Deutschland zu einem weltweit führenden  
1495 Standort bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz machen. Hierzu wollen wir  
1496 aus der Plattform Lernende Systeme heraus ein Nationales Forschungskonsortium  
1497 für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen aufbauen und konsequent auf  
1498 Anwendungen in allen Feldern der Forschungs- und Innovationsstrategie ausrichten.  
1499 Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwor-  
1500 tetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten. Gemeinsam mit Polen wollen wir  
1501 ein Zentrum für digitale Innovationen in der Systemforschung einrichten.

1502  
1503 Wir wollen die Gesundheitsforschung ausbauen und die Patientinnen und Patienten  
1504 in den Mittelpunkt stellen. Hierzu wollen wir die Hochschulmedizin, insbesondere  
1505 auch die Versorgungsforschung und die Medizininformatik, stärken. Deutschland soll  
1506 zum Vorreiter bei der Einführung digitaler Innovationen in das Gesundheitssystem  
1507 werden. Wir werden eine Roadmap zur Entwicklung und Umsetzung innovativer  
1508 E-Health-Lösungen erarbeiten. Die Translation von Forschungsergebnissen zu den  
1509 großen Volkskrankheiten wollen wir durch den Ausbau der Deutschen Zentren für  
1510 Gesundheitsforschung beschleunigen. Wir wollen eine Nationale Wirkstoffinitiative  
1511 starten und eine Nationale Dekade gegen den Krebs ausrufen. Die Forschung zur  
1512 Demenz, zu psychischen Erkrankungen, Lungenerkrankungen, Immunerkrankungen,  
1513 Kinder- und Jugendmedizin und zur Prävention wollen wir ebenso ausbauen, wie  
1514 unser Engagement in der Forschung für globale Gesundheit. Zur Verbesserung der  
1515 medizinischen Forschung wollen wir ein Förderprogramm für forschende Ärztinnen  
1516 und Ärzte (clinical scientists) und klinisch tätige Forscherinnen und Forscher aufle-  
1517 gen.

1518  
1519 Wir werden die Nutzung von Prinzipien der Natur vorantreiben und eine ressortüber-  
1520 greifende Agenda „Von der Biologie zur Innovation“ gemeinsam mit Wirtschaft, Wis-  
1521 senschaft und Zivilgesellschaft erarbeiten. Wir wollen überdies die Entwicklung neuer  
1522 Werkstoffe und intelligenter, programmierbarer Materialien fördern.

1523  
1524 In der Energie- und Klimaforschung wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und  
1525 zivilgesellschaftlichen Akteuren Systemlösungen erforschen, insbesondere für die

1526 Sektorkopplung von Strom-Mobilität-Wärme. Gleiches gilt für die Erdsystemfor-  
1527 schung.  
1528

1529 Wir wollen ein Mobilitätsforschungsprogramm inklusive der Erforschung der autono-  
1530 men Mobilität auflegen, die Förderung der Batterieforschung intensivieren und den  
1531 Aufbau einer Batteriezellproduktion in Deutschland unterstützen. Wir wollen die Er-  
1532 forschung synthetischer Kraftstoffe stärken und diese pilothaft zum Einsatz bringen.  
1533

1534 Um Sicherheit und Ordnung auch in der vernetzten Welt zu fördern, legen wir ein  
1535 neues Rahmenprogramm für die zivile Sicherheitsforschung auf. Wir wollen die  
1536 Kompetenzzentren der IT-Sicherheitsforschung zu international sichtbaren For-  
1537 schungs- und Beratungszentren, auch für technologieorientierte Unternehmensgrün-  
1538 dungen, weiterentwickeln. Wissenschaft, Wirtschaft, Sicherheitsbehörden und Ein-  
1539 satzkräfte sollen zusammenarbeiten.  
1540

1541 Mit unserem Programm „Zukunft der Arbeit“ wollen wir Antworten auf die Frage ge-  
1542 ben, wie die Arbeitswelt mit den neuen Technologien sinnvoll gestaltet werden kann.  
1543 Hierzu wollen wir die modellhafte Erarbeitung neuer Arbeitsformen in regionalen  
1544 Kompetenzzentren der Arbeitsforschung fördern.  
1545

1546 Die Küsten-, Polar- und Meeresforschung wollen wir stärken und die Forschungsflot-  
1547 te weiter erneuern. Wir wollen das Meeresforschungsprogramm MARE:N weiterent-  
1548 wickeln und gemeinsam mit den Ländern eine Deutsche Allianz für Meeresforschung  
1549 gründen.  
1550

1551 Den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) setzen wir ab dem Jahr 2021 mit einem  
1552 jährlichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent auf Basis der bewährten Bund-  
1553 Länder-Schlüssel fort. Ziele und Instrumente des PFI, insbesondere zum Transfer,  
1554 zur Gleichstellung, zur Nachwuchsförderung und zur Kooperation mit Hochschulen,  
1555 wollen wir weiterentwickeln und über die Fortschritte jährlich berichten. Die For-  
1556 schungsmuseen leisten einen wichtigen Beitrag zur Wissenschaftskommunikation.  
1557

1558 Wir erweitern die Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften für wissen-  
1559 schaftsgetriebene und grundlagenorientierte Forschungsprojekte. Im Fokus unserer  
1560 Förderung wird die Forschung zu Migration, zu Integration und zu gesellschaftlichem  
1561 Zusammenhalt, zu Demokratie und Frieden, zu Konfliktursachen und  
1562 -bewältigungsstrategien und die Förderung der kleinen Fächer stehen.  
1563

1564 Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit und  
1565 den europäischen Forschungsraum und werden Exzellenz und Subsidiarität als  
1566 Grundprinzipien der europäischen Forschungsförderung weiterhin einfordern und  
1567 verankern. Die Länder Mittel- und Osteuropas („EU 13“) wollen wir stärker in den eu-  
1568 ropäischen Forschungsraum integrieren.  
1569

1570 Wir setzen uns dafür ein, dass der nächste mehrjährige EU-Finanzrahmen stärker  
1571 auf Zukunftsthemen wie Bildung, Forschung und Innovation ausgerichtet ist. Die fi-  
1572 nanzielle Ausstattung des 9. EU-Forschungsrahmenprogramms sollte mindestens  
1573 denselben Umfang haben wie der ursprüngliche Haushaltsansatz für „Horizon 2020“.  
1574

1575 Der Europäische Forschungsrat muss auch in der künftigen EU-  
1576 Forschungsförderung eine herausgehobene Stellung einnehmen und weiter gestärkt

1577 werden. Wir werden uns an der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung der fran-  
1578 zösischen Initiative zu europäischen Hochschulen mit einer „bottom up“-Strategie  
1579 beteiligen.

1580  
1581 Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems  
1582 konsequent weiter ausbauen und wir intensivieren auf Basis der Strategie der Bun-  
1583 desregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung die  
1584 internationale Vernetzung. Die Internationalisierung der Hochschulen treiben wir wei-  
1585 ter voran und wollen die erfolgreichen Programme unsere Mittlerorganisationen Ale-  
1586 xander von Humboldt-Stiftung und Deutscher Akademischer Austauschdienst stär-  
1587 ken. Wir wollen deren Förderung für geflüchtete Studierende und gefährdete For-  
1588 scherinnen und Forscher an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen  
1589 fortführen. Erfolgreiche ausländische Studienabsolventinnen und Studienabsolven-  
1590 ten, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Spitzen-  
1591 forschnerinnen und Spitzenforscher wollen wir besser als bisher für den Forschungs-  
1592 standort Deutschland gewinnen und hier halten. Wir stärken die europäische und  
1593 internationale Mobilität in Schule, beruflicher Bildung und Hochschule. Dazu trägt ein  
1594 gestärktes Programm Erasmus+ bei. Wir schaffen Anreize auch für Lehr- und Lern-  
1595 aufenthalte außerhalb Europas.

1596  
1597 Wir wollen unsere internationalen Forschungs- und Innovationspartnerschaften aus-  
1598 bauen und insbesondere die internationale Kooperation mit den Ländern Afrikas in  
1599 Bildung, Wissenschaft und Forschung intensivieren, z. B. bei der Erforschung von  
1600 armutsbedingten Krankheiten.

## 1601 1602 **5. Digitalisierung**

1603 Die Digitalisierung bietet große Chancen für unser Land und seine Menschen. Chan-  
1604 cen für Wohlstand und sozialen Fortschritt. Unsere Aufgabe ist es, die richtigen  
1605 Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jeder daran teilhaben kann.

1606  
1607 Angesichts der Dynamik der Veränderung müssen wir große Schritte wagen, um an  
1608 die Spitze zu kommen. Wir wollen unser Land in allen Bereichen zu einem starken  
1609 Digitalland entwickeln.

1610  
1611 Dafür setzen wir uns anspruchsvolle Ziele:

- 1612 • eine flächendeckende digitale Infrastruktur von Weltklasse,
- 1613 • die Vermittlung von digitalen Fähigkeiten als Schlüsselkompetenz für alle Alters-  
1614 gruppen,
- 1615 • eine Arbeitswelt, die Menschen im digitalen Wandel befähigt, sichert und mehr  
1616 Lebensqualität ermöglicht,
- 1617 • eine Regulierung, die Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit schafft,
- 1618 • mehr Sicherheit im Cyberraum,
- 1619 • mehr Bürgernähe durch eine moderne, digitale Verwaltung,
- 1620 • einen Rechtsrahmen, der Bürgerrechte garantiert, einen Ausgleich von Freiheit  
1621 und Sicherheit leistet und gleichzeitig mehr Innovationen ermöglicht.

1622  
1623 Wir wollen Neugier auf digitale Technologien wecken und Souveränität im Umgang  
1624 mit ihnen schaffen. Wir sind überzeugt, dass sie das Leben der Menschen verbes-  
1625 sern können und brauchen sie als Antwort auf die großen und globalen Herausforde-  
1626 rungen. Um sie zu lösen, wollen wir Deutschland und Europa beispielgebend für die

1627 Leistungsfähigkeit und Strahlkraft freier Gesellschaften im digitalen Zeitalter gestalten.  
1628

1629

### 1630 **An die Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur**

1631 Wir gestalten den Weg in die Gigabit-Gesellschaft mit höchster Priorität. Deshalb  
1632 wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 erreichen. Wir  
1633 wollen den Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser. Unser Ziel lautet: Glasfaser in  
1634 jeder Region und jeder Gemeinde, möglichst direkt bis zum Haus. Schulen, Gewerbegebiete,  
1635 soziale Einrichtungen in der Trägerschaft der öffentlichen Hand und Krankenhäuser werden wir  
1636 bereits in dieser Legislaturperiode direkt an das Glasfasernetz anbinden.  
1637

1638

1639 Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Telekommunikationsanbietern und  
1640 Staat erforderlich. Wir gehen von einem öffentlichen Finanzierungsbedarf von zehn  
1641 bis zwölf Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode aus, die wir in einem Gigabitinvestitionsfonds  
1642 verlässlich bereitstellen. Hierfür werden wir die Erlöse aus der Vergabe der UMTS- und 5G-Lizenzen  
1643 zweckgebunden bereitstellen und wollen bis 2021 im Haushalt sicherstellen, dass das Fördervolumen  
1644 insgesamt erreicht wird.  
1645

1646

1647 Diese öffentlichen Fördermittel werden wir so einsetzen, dass ausschließlich Ausbauabschnitte  
1648 förderfähig sind, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden. Die Förderverfahren werden wir  
1649 so gestalten, dass unterversorgte Gebiete in ländlichen Regionen systematisch ausgebaut werden.  
1650 Dafür werden wir unsere Förderbedingungen vereinfachen und so verändern, dass eine zeitnahe  
1651 Realisierung möglich wird. Die Aufgreifschwelle werden wir für eine Förderung an diese Zielvorgaben  
1652 anpassen. Bei der Förderung wollen wir Synergien mit den Ländern sicherstellen.  
1653

1654

1655 Ferner wollen wir neue Anreize für den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau schaffen.  
1656 Um den Aufbau solcher Netze zu erleichtern, werden wir statt einer detaillierten ex-ante-Regulierung  
1657 wie bisher im Kupfernetz auf ein Modell des diskriminierungsfreien Zugangs (im Sinne des Open-Access)  
1658 setzen. Dieses Modell wollen wir zunächst für Kooperationen nutzen und weiter ausbauen. Die  
1659 Regulierungsbehörde stellt den Wettbewerb sicher und führt eine ex-post-Kontrolle in Streitfällen durch.  
1660

1661

1662 Die Netzallianz „Digitales Deutschland“ mit den innovations- und investitionswilligen  
1663 Telekommunikationsunternehmen setzen wir unter Einbeziehung der Länder fort.

1664

1665 Mit dem hier dargestellten Maßnahmenpaket werden wir das Ziel eines flächendeckenden  
1666 Zugangs zum schnellen Internet aller Bürgerinnen und Bürger erreichen. Dazu werden wir einen  
1667 rechtlich abgesicherten Anspruch zum 1. Januar 2025 schaffen und diesen bis zur Mitte der  
1668 Legislaturperiode ausgestalten.

1669

1670 Wir forcieren den Ausbau der Mobilfunkversorgung und entwickeln Deutschland zum  
1671 Leitmarkt für 5G. Die Frequenzpolitik und die frequenzregulatorischen Festlegungen  
1672 der Regulierungsbehörde müssen sicherstellen, dass es zu einer verlässlichen und lückenlosen  
1673 Mobilfunkversorgung insbesondere im ländlichen Raum kommt. Um den Ausbau in bisher  
1674 unterversorgten Gebieten wirtschaftlicher zu machen, wollen wir den Mobilfunkanbietern für ein  
1675 nationales Roaming durch entsprechende Änderungen im Telekommunikations- und Kartellrecht  
1676 Absprachen erlauben.

1677 Die Lizenzvergabe werden wir mit Ausbauauflagen kombinieren, um bestehende  
1678 Funklöcher zu schließen und 5G dynamisch aufzubauen. Es muss die Vorgabe gel-  
1679 ten: Neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung. Denn innovative,  
1680 zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen im ländlichen Raum  
1681 nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G)  
1682 an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordne-  
1683 ten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

1684  
1685 Forschung und Testversuche mit 5G wollen wir fortführen und intensivieren. Wir wol-  
1686 len eine 5x5G-Strategie auflegen. Fünf Regionen sollen prioritär mit einem entspre-  
1687 chenden Mobilfunkstandard ausgestattet sein, um Forschung zu intensivieren und  
1688 Infrastrukturaufbau zu beschleunigen. Auch ländliche Regionen sollen davon profitie-  
1689 ren.

1690  
1691 Wir werden bestehende Funklöcher und weiße Flecken beim Mobilfunk und mobilen  
1692 Internet zügig schließen und dazu mit den Ländern und den Mobilfunkanbietern eine  
1693 bundesweite Gesamtstrategie erarbeiten. Die Regulierungsbehörde wird die Erfül-  
1694 lung festgelegter Versorgungsaufgaben durchsetzen, indem sie mit einem Prüfk-  
1695 onzept und mit bundesweiten Mobilfunknetztests die Erfüllung von Versorgungsauf-  
1696 lagen überwacht und im Einzelfall Sanktionen verhängt. Wir werden die Bundesnetza-  
1697 gentur beauftragen, ihre App zur Mobilfunknetzmessung so zu erweitern, dass Bür-  
1698 gerinnen und Bürger einfach und unbürokratisch Funklöcher an die Behörde melden  
1699 können. Diese Meldungen sollen in einer Mobilfunkversorgungskarte zusammenge-  
1700 führt und veröffentlicht werden. Die Bundesnetzagentur wird jährlich einen Monito-  
1701 ringbericht über die Sicherstellung der zugesagten Netzabdeckung veröffentlichen  
1702 und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen aussprechen.

1703  
1704 WLAN ist wichtiger Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir haben die Störer-  
1705 haftung abgeschafft und damit den Ausbau von WLAN ermöglicht. Nun machen wir  
1706 an allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes sowie in der Deutschen Bahn in Zü-  
1707 gen und Stationen offene und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar. Durch die An-  
1708 erkennung der Gemeinnützigkeit des Betriebs und der Unterhaltung offener WLAN-  
1709 Netze stärken wir Freifunk-Initiativen und verbessern die Netzabdeckung.

1710  
1711 Wir werden die Einrichtung einer Digitalagentur prüfen, die die Bundesregierung als  
1712 nachgeordnete Behörde in der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt. Dazu gehö-  
1713 ren z. B. die Telekommunikations- und Plattformregulierung oder Marktbeobachtung.

1714  
1715 **Digitale Kompetenzen für alle Bürgerinnen und Bürger in einer modernen Wis-**  
1716 **sensgesellschaft**

1717 Wir brauchen eine Digitale Bildungsoffensive, die die gesamte Bildungskette in den  
1718 Blick nimmt und das gesunde Aufwachsen, die digitale Selbstbestimmung und indivi-  
1719 duelle aktive Teilhabe, den Umgang mit Daten sowie die hervorragende berufliche  
1720 Bildung zum Ziel hat. Dafür müssen Bund und Länder verbindliche Vereinbarungen  
1721 zu Zielen, Umsetzung und Finanzierung treffen.

1722  
1723 Mit dem mit fünf Milliarden dotierten Digitalpakt#D zielen Bund und Länder auf die  
1724 flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen, damit die Schülerinnen und  
1725 Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen kön-  
1726 nen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine nationale Bildungsplattform schaffen,  
1727 die auch eine offene Schnittstelle für das Zusammenwirken mit bestehenden Lern-

1728 plattformen und Cloudlösungen anbietet. Im Rahmen einer umfassenden Open Edu-  
1729 cational Resources-Strategie wollen wir die Entstehung und Verfügbarkeit, die Wei-  
1730 terverbreitung und den didaktisch fundierten Einsatz offen lizenzierter, frei zugängli-  
1731 cher Lehr- und Lernmaterialien fördern und eine geeignete Qualitätssicherung etab-  
1732 lieren. Auch werden wir regionale Kompetenzzentren für Digitalisierung etablieren  
1733 und diese mit bestehenden Akteuren und Initiativen vor Ort vernetzen. Ziel der Zen-  
1734 tren ist es, technisches und pädagogisches Know-how zu vermitteln sowie Best Prac-  
1735 tice vorzustellen.

1736  
1737 Wir wollen umfassende Maßnahmen zur digitalen Fort- und Weiterbildung von Leh-  
1738 rern und Berufsschullehrern, auch in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, ergrei-  
1739 fen.

1740  
1741 Die Förderung außerschulischer Medien- und Digitalbildungsprojekte für Kinder und  
1742 Jugendliche wollen wir ausbauen. Wir werden in einem jährlichen Wettbewerb be-  
1743 sondere Medien- und Digitalbildungsprojekte auszeichnen.

1744  
1745 Im Bereich der beruflichen Bildung kommt neben dem praxisnahen Einsatz digitaler  
1746 Elemente im Unterricht der Ausstattung zeitgemäßer Lehrwerkstätten eine besonde-  
1747 re Bedeutung zu. Wir wollen eine zukunftsfähige Ausbildung für die Entwicklung der  
1748 vernetzten Produktion unterstützen und den Einsatz adaptiver Lernsysteme und  
1749 „Serious Games“ in der Berufsbildung schaffen. Die Ausbildungsordnungen und die  
1750 Befähigungen der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder müssen die fortschrei-  
1751 tende digitale Entwicklung kontinuierlich nachvollziehen. Auch dazu werden wir das  
1752 Berufsbildungsgesetz weiterentwickeln.

1753  
1754 In der Erwachsenenbildung wollen wir Programme und digitale Angebote für Men-  
1755 schen jeden Lebensalters fördern, die dem Erwerb von Digitalkompetenzen dienen,  
1756 z. B. auch an Volkshochschulen und in Mehrgenerationenhäusern.

1757  
1758 Wir wollen dafür sorgen, dass auch an Hochschulen mehr Online-Lernangebote und  
1759 digitale Inhalte entstehen. Alle Studierenden brauchen künftig digitale Kompetenzen.  
1760 Sie sollen digitale Wissens- und Lernangebote selbstständig nutzen und gestalten  
1761 können sowie Datenanalyse und grundlegende Programmierkenntnisse beherr-  
1762 schen. Wir wollen, dass sich die Universitäten und Hochschulen öffnen und auf digi-  
1763 tale Lehr- und Lernangebote zugreifen sowie selber bereitstellen. Dabei sollen z. B.  
1764 Nano-Degrees (auch im Rahmen von Weiterbildungsstudienangeboten) an staatli-  
1765 chen Hochschulen erworben werden können.

1766  
1767 Deutschland muss ein Innovationsland bleiben. Deshalb vereinbart der Bund ge-  
1768 meinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des  
1769 BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

1770  
1771 Den Pakt für Forschung und Innovation setzen wir ab dem Jahr 2021 mit einem jähr-  
1772 lichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent auf Basis der bewährten Bund-Länder-  
1773 Schlüssel fort.

1774  
1775 Die Hightech-Strategie wird weiterentwickelt und auf die großen gesellschaftlichen  
1776 Herausforderungen fokussiert. Dabei werden wir neue Instrumente zur Förderung  
1777 von Sprunginnovationen und des Wissenstransfers in die Wirtschaft entwickeln. Um-  
1778 fassende Technologieoffenheit in der Forschungsförderung ist ein wichtiges Grund-



1779 prinzip unserer Forschungspolitik. Wir brauchen eine Ausbildungs- und Forschungs-  
1780 offensive in allen Digitalisierungsfeldern. Als besonders wichtig erachten wir Innova-  
1781 tion, digitale Souveränität und Interdisziplinarität. Die Schwerpunkte der Mikropro-  
1782 zessortechnik und IT-Sicherheit wollen wir weiter stärken. Dazu kommen weitere  
1783 Forschungsschwerpunkte wie künstliche Intelligenz, Data Science, Digital Humanities  
1784 sowie Blockchaintechnologie, Robotik und Quanten-Computing. Es gilt heute Data  
1785 Science in allen Bereichen, insbesondere aber in den Hochschulen, auszubauen.  
1786 Dazu muss der Umgang mit Daten zu einem zentralen eigenen Wissenschaftsfeld  
1787 und einer eigenen Disziplin werden. Den digitalen Wandel als gesamtgesellschaftli-  
1788 chen Entwicklungs- und politischen Gestaltungsprozess begleiten wir u. a. mit der  
1789 Arbeit des Weizenbaum Instituts.

1790

#### 1791 **Gute digitale Arbeit 4.0**

1792 Die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, die Digitalisierung weiterhin  
1793 aktiv und unter Einbeziehung der Sozialpartner zu gestalten. Weiterbildung ist der  
1794 Schlüssel, damit die Beschäftigten sich den Herausforderungen der digitalen Ar-  
1795 beitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden Qualifikationsanforde-  
1796 rungen gerecht werden können.

1797

1798 Wir werden mit allen Akteuren eine Nationale Weiterbildungsstrategie für Arbeitneh-  
1799 mer und Arbeitssuchende entwickeln, um alle Weiterbildungsprogramme des Bundes  
1800 und der Länder zu bündeln und eine neue Weiterbildungskultur zu etablieren. Über  
1801 die Bundesagentur für Arbeit erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein  
1802 Recht auf Weiterbildungsberatung. Wird ein Weiterbildungsbedarf jenseits der be-  
1803 trieblichen Weiterbildung festgestellt, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleicher-  
1804 maßen in der Verantwortung, diesem zu entsprechen. Dies wollen wir fördern, indem  
1805 zukünftig Zuschüsse des Arbeitgebers zur Weiterbildung generell dann keinen Lohn  
1806 oder geldwerten Vorteil darstellen, wenn sie der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit  
1807 dienen.

1808

1809 Arbeitnehmer brauchen mehr Möglichkeiten, ihre berufliche Weiterentwicklung auch  
1810 in Eigenverantwortung zu organisieren. Wir werden gemeinsam mit den Sozialpart-  
1811 nern prüfen, wie das Instrument der Langzeitkonten mehr Verbreitung finden kann.  
1812 Sie können ebenso wie andere Guthaben ein Instrument sein, die für Qualifizierung  
1813 genutzt werden können. Wir werden neue Finanzierungsformen für außerbetriebliche  
1814 Weiterbildung prüfen, die in Modellversuchen erprobt werden sollen. Betrieblicher  
1815 Mitbestimmung kommt auch im digitalen Wandel große Bedeutung zu. Das allgemei-  
1816 ne Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung werden wir stärken.

1817

1818 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-  
1819 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung  
1820 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr  
1821 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu  
1822 Modelle entwickeln, mit denen mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden  
1823 kann. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um den Beschäftigten mehr  
1824 Zeitsouveränität zu ermöglichen.

1825

1826 Wir wollen mobile Arbeit fördern und erleichtern. Dazu werden wir einen rechtlichen  
1827 Rahmen schaffen. Zu diesem gehört auch ein Auskunftsanspruch der Arbeitnehmer  
1828 gegenüber ihrem Arbeitgeber über die Entscheidungsgründe der Ablehnung sowie

1829 Rechtssicherheit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber im Umgang mit privat genutzter  
1830 Firmentechnik. Auch die Tarifpartner sollen Vereinbarungen zu mobiler Arbeit treffen.

1831

1832 Arbeitsschutz und Innovation wollen wir zusammen denken. Deutschland soll zu ei-  
1833 nem führenden Markt für Assistenzsysteme werden, die Inklusion ermöglichen sowie  
1834 lern- und gesundheitsförderlich sind. Daher wird ein Anwendungsprogramm „Assis-  
1835 tenzsysteme für kleine und mittlere Unternehmen“ aufgelegt.

1836

1837 Die Einführung digitaler Arbeitsprozesse wie die E-Akte führen zu mehr Transparenz.  
1838 Dadurch können zum einen Steuerungsinstrumente zur Optimierung entwickelt wer-  
1839 den und zum anderen besteht die Sorge vor dem gläsernen Mitarbeiter. Daher wollen  
1840 wir Klarheit über Rechte und Pflichten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Ar-  
1841 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen sowie die Persönlichkeitsrechte der Be-  
1842 schäftigten sicherstellen (Beschäftigtendatenschutz).

1843

1844 Das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige wollen wir vereinfachen und zwi-  
1845 schen den unterschiedlichen Zweigen der Sozialversicherung widerspruchsfrei aus-  
1846 gestalten.

1847

### 1848 **Wettbewerbsfähige Wirtschaft**

1849 Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland, indem wir etwa im ersten Jahr der  
1850 Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzieren und die Bedingun-  
1851 gen für Wagniskapital verbessern.

1852

1853 Wir wollen, dass Unternehmen etwa mit Hilfe eines „One-Stop-Shop“ und mehr  
1854 Transparenz in der Förderlandschaft schnell und unbürokratisch gegründet werden  
1855 können. Wir werden Hürden für den Gründungsprozess abbauen und prüfen Anpas-  
1856 sungen im Insolvenzrecht.

1857

1858 Familie und Unternehmensgründung sollen in Zukunft besser vereinbar sein. Um  
1859 Gründungen aus der Beschäftigung zu erleichtern, prüfen wir die Einführung einer  
1860 Gründerzeit ähnlich der Familienpflegezeit. Eltern in der unternehmerischen Grün-  
1861 dungsphase wollen wir unterstützen, z. B. mit der Möglichkeit der Inanspruchnahme  
1862 von Zuschüssen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Wir wollen, dass mehr Frauen  
1863 Gründerinnen werden und entwickeln dafür Unterstützungsinstrumente.

1864

1865 Bestehende Instrumente zur Finanzierung von Gründungen und Wachstum junger  
1866 Unternehmen wollen wir fortführen, weiterentwickeln und wo passend auch für Nicht-  
1867 Akademiker öffnen (u. a. EIF, INVEST-Zuschuss Wagniskapital, EXIST, KfW, High-  
1868 tech-Gründerfonds) und um neue Instrumente wie den Tech Growth Fund ergänzen.  
1869 Mit dem Tech Growth Fund wollen wir die staatlichen Finanzierungsinstrumente in  
1870 der Wachstumsphase ergänzen, indem wir Kredite als VentureDebt zur Verfügung  
1871 stellen.

1872

1873 Wir werden die Investitionsbereitschaft in Wachstumsunternehmen erhöhen und hier  
1874 die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen, dass Ideen aus Deutschland  
1875 auch mit Kapital aus Deutschland finanziert werden können. Deshalb wollen wir  
1876 mehr privates Kapital sowie institutionelle Anleger für Investitionen in Startups. Ge-  
1877 meinsam mit der deutschen Industrie wollen wir die Auflage eines großen nationalen  
1878 Digitalfonds initiieren.

1879

- 1880 Social Entrepreneurship spielt bei der Lösung aktueller gesellschaftlicher und sozia-  
1881 ler Herausforderungen eine zunehmend wichtige Rolle. Social Entrepreneurship wol-  
1882 len wir noch stärker als bisher fördern und unterstützen.  
1883
- 1884 Wir setzen uns für einheitliche Regelungen im digitalen Binnenmarkt ein, um die  
1885 Gründungskultur in Europa zu stärken. Wir werden mehr als bisher auf die einheitli-  
1886 che Anwendung von Unionsrecht drängen. Auf europäischer Ebene wollen wir uns  
1887 für eine einheitliche Europäische Startup Definition einsetzen, um spezielle zielge-  
1888 naue Fördermaßnahmen zu ermöglichen.  
1889
- 1890 Freier und sicherer Datenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen ist eine Grund-  
1891 voraussetzung für den Erfolg der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft. Wir  
1892 wollen den transatlantischen Datenaustausch auf Grundlage des EU/US-Privacy-  
1893 Shield erhalten. Gleichzeitig werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen,  
1894 entsprechende wirksame Abkommen zum Schutz des Datenaustausches auch mit  
1895 anderen Weltregionen anzustreben.  
1896
- 1897 Wir wollen insbesondere den Mittelstand auf dem Weg in die Digitalisierung unter-  
1898 stützen. Deswegen wollen wir die Digital Hub Initiative fortsetzen und ausbauen. Den  
1899 Austausch zwischen Mittelstand und Gründern wollen wir systematisch fördern, z. B.  
1900 durch Austauschprogramme, Ausbau der Kompetenzzentren, Informationsprogram-  
1901 me wie Breitband@Mittelstand oder Mentoringprogramme.  
1902
- 1903 Wir werden prüfen, inwieweit Förderprogramme für technologische Innovationen  
1904 auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie z. B.  
1905 das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM).  
1906
- 1907 Wir wollen eine bessere Unterstützung insbesondere des Mittelstandes bei IT-  
1908 Sicherheit. Es gilt, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) als  
1909 Beratungsstelle für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen, Investitionen in IT-  
1910 Sicherheit besser zu fördern und das IT-Sicherheitsgesetz weiterzuentwickeln.  
1911
- 1912 Für kleine und mittlere Unternehmen bieten die intelligenten, digitalen Produktions-  
1913 verfahren der Industrie 4.0 große Chancen. Die Entwicklung gemeinsamer globaler  
1914 Standards und Normen muss vorangetrieben werden.  
1915
- 1916 Wir werden prüfen, inwieweit wir eine Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben „Re-  
1917 gionale Wirtschaftsförderung“ um Digitalisierung in der Fläche erreichen. Wir wollen  
1918 eine Plattform von Verbänden, Mittelstand, Kammern (IHK, HWK) und Plattform In-  
1919 dustrie 4.0, um die Akteure gezielt zu vernetzen und um zielgruppenspezifische An-  
1920 gebote zu erarbeiten, u. a. Co-Working-, Gründer- und Maker-Zentren.  
1921
- 1922 Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein Zentrum für künstli-  
1923 che Intelligenz errichten. Dies verbinden wir mit einem Masterplan „Künstliche Intelli-  
1924 genz“ auf nationaler Ebene.  
1925
- 1926 Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III werden wir insbesondere die Statis-  
1927 tiktspflichten verringern. Wir schaffen Strukturen, die Neugründer und Nachfolger in  
1928 der Start- und Übergangsphase unterstützen. Europäische Vorgaben werden wir  
1929 nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen versehen. Auf europäischer Ebe-  
1930 ne setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „One in, one out“ ein.

1931  
1932 Auch eine kohärente Regulierung und Aufsicht sollen dazu beitragen, Deutschlands  
1933 Rolle als einer der führenden Digitalisierungs- und FinTech-Standorte zu stärken. Wir  
1934 werden unnötige bürokratische Hemmnisse beseitigen und dafür sorgen, dass Ge-  
1935 schäfte mit gleichen Risiken auch gleich reguliert werden. Um das Potential der  
1936 Blockchain-Technologie zu erschließen und Missbrauchsmöglichkeiten zu verhin-  
1937 dern, wollen wir eine umfassende Blockchain-Strategie entwickeln und uns für einen  
1938 angemessenen Rechtsrahmen für den Handel mit Kryptowährungen und Token auf  
1939 europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Die Möglichkeiten der bargeldlo-  
1940 sen Zahlung sollen im digitalen Zeitalter erweitert werden. Anonymes Bezahlen mit  
1941 Bargeld muss weiterhin möglich bleiben.

1942  
1943 Dort, wo erforderlich, werden wir das Kartellrecht modernisieren, um exzellente regu-  
1944 latorische Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Digitalwirtschaft  
1945 zu schaffen. Dazu gehören auch die Verfahrensbeschleunigung und eine Neufas-  
1946 sung der Marktabgrenzung, um der Entwicklung der Plattformökonomie Rechnung zu  
1947 tragen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Dazu  
1948 werden wir die Marktbeobachtung verstärken und durch spezialisiertes Personal in-  
1949 tensivieren.

1950  
1951 Unser Ziel sind starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie,  
1952 deshalb wollen wir vorhandene Hemmnisse abbauen. Wir setzen uns für ein level  
1953 playing field ein, dazu gehören auch die Rechte von Beschäftigten und Verbrau-  
1954 chern. Dazu werden wir die Mitwirkung der Plattformen einfordern.

1955  
1956 Mit Blick auf vergleichbare europäische Länderförderungen und im Interesse eines  
1957 level playing fields wollen wir eine Förderung von Games zur Entwicklung hochwertiger  
1958 digitaler Spiele einführen, um den Entwicklerstandort Deutschland zu stärken und  
1959 international wettbewerbsfähig zu machen.

#### 1960 1961 **Sicheres Leben in Deutschland – auch online**

1962 Damit Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen die Potenziale der  
1963 Digitalisierung wahrnehmen, braucht es ein grundlegendes Vertrauen in die Sicher-  
1964 heit und Vertraulichkeit von Kommunikation, Daten und IT-Strukturen.

1965  
1966 In einem Nationalen Pakt Cybersicherheit werden wir alle gesellschaftlich relevanten  
1967 Gruppen, Hersteller, Anbieter und Anwender sowie die öffentliche Verwaltung in ge-  
1968 meinsamer Verantwortung für digitale Sicherheit einbinden. Ein Cyberbündnis mit der  
1969 Wirtschaft soll bestehende Strukturen bündeln; die vertrauensvolle Zusammenarbeit  
1970 von Staat und Wirtschaft wird ausgebaut. Zur Abwehr von Gefahren des Cyberraums  
1971 werden wir die Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kleinunterneh-  
1972 men zielgruppenspezifisch intensivieren.

1973  
1974 Wir werden das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und den Ordnungsrahmen erwei-  
1975 tern, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Wir wollen das BSI  
1976 als nationale Cybersicherheitsbehörde ausbauen und in seiner Rolle als unabhängige  
1977 und neutrale Beratungsstelle für Fragen der IT-Sicherheit stärken. Die Aufgaben  
1978 des BSI werden wir im BSI-Gesetz konkretisieren. Die Beratungs- und Unterstüt-  
1979 zungsangebote des BSI für Bund und Länder, für Unternehmen und Einrichtungen  
1980 sowie für Bürgerinnen und Bürger wollen wir ausbauen, den Verbraucherschutz als

1981 zusätzliche Aufgabe des BSI etablieren und das BSI als zentrale Zertifizierungs- und  
1982 Standardisierungsstelle für IT- und Cyber-Sicherheit stärken.

1983  
1984 Wir wollen einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und  
1985 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für jedermann verfügbar machen und es den Bürge-  
1986 rinnen und Bürgern ermöglichen, verschlüsselt mit der Verwaltung über gängige  
1987 Standards zu kommunizieren (PGP/SMIME). Wir werden sicherheitsrelevante  
1988 Schlüsseltechnologien besser vor einem Ausverkauf oder einer Übernahme schützen  
1989 und die nationalen und europäischen Außenwirtschaftsinstrumente ergänzen.

1990  
1991 Wir wollen die Verbreitung sicherer Produkte und des Entwicklungsprinzips „Security  
1992 by Design“ fördern. Zusammen mit der Wirtschaft werden wir IT-Sicherheitsstandards  
1993 für internetfähige Produkte entwickeln. Die Einhaltung dieser über die gesetzlichen  
1994 Mindeststandards hinausgehenden IT-Sicherheitsstandards werden wir Verbrauche-  
1995 rinnen und Verbrauchern mit einem Gütesiegel für IT-Sicherheit transparent machen.  
1996 Dabei muss gekennzeichnet werden, wie lange sie mit sicherheitsrelevanten Updates  
1997 versorgt werden. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen  
1998 müssen Sicherheitslücken bekanntmachen und schnellstmöglich beheben. Wir wer-  
1999 den klare Regelungen für die Produkthaftung in der digitalen Welt aufstellen. Risiko-  
2000 und Verantwortungssphären für Verbraucher, Hersteller, Provider werden wir dabei  
2001 ausgewogen abgrenzen und prüfen, wie wir den Rechtsrahmen für Versicherungs-  
2002 modelle gegen Cyber-Schäden verbessern können.

2003  
2004 **Auf dem Weg in die digitale Verwaltung**  
2005 Wir werden in einem digitalen Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unter-  
2006 nehmen einen einfachen, sicheren und auch mobilen Zugang zu allen Verwaltungs-  
2007 dienstleistungen ermöglichen. Dazu vernetzen wir geeignete zentrale und dezentrale  
2008 Verwaltungsportale in einem Portalverbund. In dem damit verknüpften Bürgerkonto  
2009 hat der Bürger Einblick, welche Daten beim Staat vorliegen, welche Behörde darauf  
2010 Zugriff genommen hat und kann den Umgang mit seinen persönlichen Daten steu-  
2011 ern. Für die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Ver-  
2012 waltungsleistungen (OZG) wollen wir 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

2013  
2014 Wir errichten eine E-Government-Agentur, die gemeinsam schneller als bisher für  
2015 alle föderalen Ebenen Standards sowie Pilotlösungen entwickelt. Die Initiative För-  
2016 derale IT-Kooperationen (FITKO) kann damit verbunden werden. Mit der Agentur  
2017 wollen wir einen Think Tank einrichten, regionale Open Government Labore ermögli-  
2018 chen und einen Incubator/Accelerator für innovative E-Government-Lösungen ansie-  
2019 deln.

2020  
2021 In der Bundesregierung werden wir innovative Technologien wie Distributed Ledger  
2022 (Blockchain) erproben, so dass basierend auf diesen Erfahrungen ein Rechtsrahmen  
2023 geschaffen werden kann.

2024  
2025 Wir werden alle bisherigen und zukünftigen Gesetze auf ihre Digitaltauglichkeit über-  
2026 prüfen und E-Government-fähig machen (Normen-Screening plus). Dazu gehört die  
2027 erneute, ehrgeizige Überprüfung der Schriftformerfordernisse. Außerdem wollen wir  
2028 verbindliche Regelungen für Standards, Systemarchitekturen und Interoperationalität.

2029  
2030 Die Bundesregierung wird einen Digitalrat berufen, der einen engen Austausch zwi-  
2031 schen Politik und nationalen sowie internationalen Experten ermöglicht.

2032  
2033 Wir führen eine vollständig elektronische Vorgangsbearbeitung in der öffentlichen  
2034 Verwaltung (E-Akte) zügig ein.

2035  
2036 Wir werden eine Beteiligungsplattform für alle veröffentlichten Gesetzentwürfe der  
2037 Bundesregierung schaffen, die der transparenten Beteiligung von Bürgern und Ver-  
2038 bänden dient und zu denen die Bundesregierung dann Stellung nimmt.

2039  
2040 Der elektronische Personalausweis wird zu einem universellen, sicheren und mobil  
2041 einsetzbaren Authentifizierungsmedium. Der praktische Einsatz muss deutlich benut-  
2042 zerfreundlicher werden. Wir wollen weitere private und öffentliche Einsatzbereiche  
2043 erschließen. Wir verankern eine Opt-in-Lösung, die das Zustimmungsrecht der Bür-  
2044 gerinnen und Bürger festschreibt. Damit ermöglichen wir Behörden, Daten über ge-  
2045 meinsame Register und eindeutige, registerübergreifende Identifikationen zu ver-  
2046 knüpfen („once only“-Prinzip). Wir werden die öffentlichen Register modernisieren  
2047 und dafür die Vorschläge des Normenkontrollrates prüfen.

2048  
2049 IT-Kompetenzen sollen eine stärkere Gewichtung in den Anforderungsprofilen und  
2050 damit bei der Einstellung und bei der Auswahl von Führungskräften bekommen. Wir  
2051 werden die Ausbildungs- und Studienordnungen der Verwaltungsausbildungen und  
2052 der Weiterbildungsangebote modernisieren. Wir wollen innovations- und mitarbeiter-  
2053 freundliche Arbeitsbedingungen mit wettbewerbsfähigen Löhnen, Gehältern und Auf-  
2054 stiegsmöglichkeiten schaffen.

2055  
2056 Die bereits begonnene IT Konsolidierung werden wir mit großem Einsatz fortführen  
2057 und die Steuerung und das Controlling des Projekts weiter verbessern. Die Bundes-  
2058 regierung stärkt die Rolle des IT-Beauftragten der Bundesregierung. Dieser managt  
2059 und steuert zentral die IT Konsolidierung, Standardisierung und Beschaffung. Die  
2060 Umwandlung des Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) in eine Anstalt des  
2061 öffentlichen Rechts werden wir zügig umsetzen und damit Planungssicherheit für die  
2062 Kundenbehörden schaffen.

2063  
2064 Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung grundsätzlich kosten-  
2065 frei zur Verfügung stehen. Damit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung  
2066 innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.

### 2067 **Daten – Rohstoff und sensibles Gut**

2068  
2069 Daten sind der Treibstoff für Innovationen und neue Dienste. Diese wollen wir ermög-  
2070 lichen und gleichzeitig den hohen und weltweit angesehenen Datenschutzstandard  
2071 Europas und Deutschlands halten.

2072  
2073 Um die Chancen und den Nutzen behördlicher Verwaltungsdaten für Wirtschaft und  
2074 Bürgerinnen und Bürger noch weiter zu verbessern, werden wir im Rahmen eines  
2075 zweiten Open Data Gesetzes die Bereitstellung von Open Data ausweiten.

2076  
2077 Wir wollen ein hohes Schutzniveau für die Vertraulichkeit von Kommunikationsdaten  
2078 bei der E-Privacy-Verordnung und zugleich den Spielraum für Innovation und digitale  
2079 Geschäftsmodelle erhalten. Wir wollen erreichen, dass z. B. Start-ups und Unter-  
2080 nehmen bei digitalen Innovationen einen beratenden Ansprechpartner für Daten-  
2081 schutzfragen erhalten und deutschlandweit geltende Entscheidungen einholen kön-  
2082 nen. Wir wollen ein Innovationsboard auf EU-Ebene einrichten, um konkrete Vor-

2083 schläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Datenschutzregelungen zu erarbei-  
2084 ten.

2085  
2086 Wir wollen uns für eine Stärkung der Kompetenz der Nutzerinnen und Nutzer sowie  
2087 für mehr Transparenz und „Privacy by Default“ und „Privacy by Design“ auf Seiten  
2088 der Anbieter einsetzen und die Entwicklung von innovativem Einwilligungsmanage-  
2089 ment fördern und unterstützen.

2090  
2091 Wir setzen uns für eine innovationsfreundliche Anwendung der Datenschutzgrund-  
2092 verordnung ein. Verbraucher müssen ihre persönlichen Daten einfach und unkompli-  
2093 ziert von einer Plattform zu einer anderen Plattform transferieren können. Daher wol-  
2094 len wir die Datenportabilität und Interoperabilität sowie die Rechte der Nutzer stär-  
2095 ken.

2096  
2097 Diskriminierungsverbote der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt der  
2098 Algorithmen gelten. Wir setzen uns für Transparenz bei Online-Vergleichs- und Bera-  
2099 tungsportalen ein.

2100  
2101 Wir werden zeitnah eine Daten-Ethikkommission einsetzen, die Regierung und Par-  
2102 lament innerhalb eines Jahres einen Entwicklungsrahmen für Datenpolitik, den Um-  
2103 gang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen vorschlägt.  
2104 Die Klärung datenethischer Fragen kann Geschwindigkeit in die digitale Entwicklung  
2105 bringen und auch einen Weg definieren, der gesellschaftliche Konflikte im Bereich  
2106 der Datenpolitik auflöst.

2107  
2108 **Besseres Leben durch Fortschritt**  
2109 Wir werden das bestehende E-Health-Gesetz im Zuge technologischer Innovationen  
2110 im Dialog mit allen Akteuren weiterentwickeln und einen konkreten Aktionsplan bis  
2111 2020 mit Maßnahmen und Meilensteinen aufstellen. Als erste Maßnahme schaffen  
2112 wir die Möglichkeit, den Impfpass, den Mutterpass und das Untersuchungsheft digital  
2113 zu speichern, das Zahnbonusheft digital zu verwalten sowie die Möglichkeiten von  
2114 „Mobile Health“ zu nutzen. Außerdem wollen wir die Möglichkeit der digitalen Re-  
2115 zeptvergabe auch ohne Arztbesuch schaffen.

2116  
2117 Grundlagen für den sicheren Austausch sensibler Daten und Informationen sowie die  
2118 digitale Patientenakte sind eine verlässliche und vertrauenswürdige Telematikinfra-  
2119 struktur und höchste Datenschutz- und Datensicherheitsstandards. Die Nutzung der  
2120 digitalen Angebote erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis (Opt-In).

2121  
2122 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Vorteile von Smart City und Smart Rural  
2123 Area für die Menschen nutzbar machen. Dazu wollen wir ein Bundesprogramm  
2124 „Smarte Modellregionen“ auflegen, das insbesondere ländliche Regionen und mittlere  
2125 Städte in den Fokus rückt und die Vernetzung von Stadt und Umland verfolgt so-  
2126 wie den demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten hilft. Wir wollen mit  
2127 Smart Grids und der Smart Meter-Technologie eine nachhaltige Energieerzeugung  
2128 und -versorgung sicher und bedarfsgerecht gestalten. Wir wollen Städte und Regio-  
2129 nen dabei unterstützen, im Rahmen der Smart Cities Initiative der EU europäische  
2130 Projekte im Bereich Smart City zu initiieren und sich an internationalen Wettbewer-  
2131 ben zu beteiligen.

2132

2133 Wir wollen, dass Mobilität über alle Fortbewegungsmittel (z. B. Auto, ÖPNV, E-Bikes,  
2134 Car- und Ride Sharing, Ruftaxen) hinweg geplant, gebucht und bezahlt werden kann  
2135 und führen deshalb eine digitale Mobilitätsplattform ein, die neue und existierende  
2136 Mobilitätsangebote benutzerfreundlich miteinander vernetzt. Um dies zu erreichen,  
2137 müssen einheitliche, offene Standards entwickelt und eingehalten werden. Damit  
2138 können Echtzeitdaten über Verkehrsträger und -situation frei und zwischen allen öf-  
2139 fentlichen und privaten Betreibern von Verkehrssystemen und Anbietern von Informa-  
2140 tionssystemen ausgetauscht werden, um die Einführung von bundesweiten eTickets  
2141 zu ermöglichen.

2142  
2143 Wir wollen Ruf- und Bürgerbusse stärken und etwaige Regelungshindernisse beseiti-  
2144 gen. Wir wollen digital organisierte private Mitfahrgelegenheiten unterstützen (insbe-  
2145 sondere von Pendlern). Wir werden das Personenbeförderungsgesetz mit Blick auf  
2146 neue digitale Mobilitätsangebote modernisieren. Wir wollen einen Rechtsrahmen für  
2147 das autonome Fahren schaffen, der Datenschutz und Datensicherheit ebenso ge-  
2148 währleistet wie ein Höchstmaß an Sicherheit.

2149  
2150 Wir werden die Regelungen zur Interoperabilität in § 48 Telekommunikationsgesetz  
2151 (TKG) angesichts der veränderten Anforderungen an den digitalen Hörfunk weiter-  
2152 entwickeln, um das Digitalradio als niedrigschwelliges Medium zu stärken. Wir wer-  
2153 den unter Einbeziehung aller Akteure im Digitalradio Board Maßnahmen entwickeln,  
2154 um die Digitalisierung des Hörfunks weiter voranzutreiben.

2155  
2156 Wir werden prüfen, wie ein „Zivilgesellschaftliches Digitalisierungsprogramm“ für eh-  
2157 renamtliches Engagement ausgestaltet und auf den Weg gebracht werden könnte.  
2158 Dabei werden wir auch prüfen, wie die Finanzierung von zivil- und ehrenamtlichen  
2159 Initiativen mit gemeinnützigen Zwecken über in Deutschland ansässige Spenden-  
2160 oder Crowdfunding-Plattformen gefördert werden kann.

2161  
2162 Auch in politischen Parteien wollen wir digitale Möglichkeiten stärken, damit diese  
2163 digitale Beteiligung unabhängig vom Ortsprinzip auf der Höhe der Zeit anbieten kön-  
2164 nen. Wir werden prüfen, ob es hierfür eine Änderung der rechtlichen Grundlagen be-  
2165 darf.

2166  
2167 Wir wollen innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes eine neue Variante analog zum  
2168 „Freiwilligen Sozialen Jahr Digital“ einführen, bei dem Menschen ihre technischen  
2169 Fertigkeiten und Fähigkeiten in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen stel-  
2170 len.

2171  
2172 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an.  
2173 Da E-Sport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeu-  
2174 tung sind, Training und Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig voll-  
2175 ständig als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht anerkennen und bei der  
2176 Schaffung einer olympischen Perspektive unterstützen.

## 2177 2178 **Digitales Europa**

2179 Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hängt entscheidend von der Verwirklichung des  
2180 einheitlichen digitalen Binnenmarkts ab. Deshalb wollen wir grundsätzlich auf einsei-  
2181 tige, nationale Regulierungen verzichten, um die europaweite Umsetzung von digita-  
2182 len Geschäftsmodellen zu erleichtern. Wir streben an, die Freizügigkeit von Daten als  
2183 fünfte Dimension der Freizügigkeit zu verankern.



2184  
2185 Im Rahmen der Zukunftsdebatte um Europa wollen wir auch eine Diskussion über die  
2186 Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen Ebene und der Ebene der Mit-  
2187 gliedstaaten anstoßen, die die vordringliche Verwirklichung des einheitlichen Bin-  
2188 nenmarkts in den Branchen ermöglicht, in denen eine besonders hohe Wertschöp-  
2189 fung durch Digitalisierung absehbar ist.

2190  
2191 Wir werden darauf achten, das europäische Innovation am Markt eine faire Chance  
2192 erhält und die Regeln des Binnenmarktes helfen, Beschäftigung, Rechtsstaatlichkeit,  
2193 Demokratie und die Ausübung von Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger zu  
2194 stärken.

2195  
2196 Wir werden auch im Trilog die Revision der Richtlinie über audiovisuelle Medien-  
2197 dienste in enger Abstimmung mit den Ländern vorantreiben und die gemeinsamen  
2198 Ziele (insbesondere die Einbeziehung von sozialen Netzwerken) zur Schaffung eines  
2199 Single Market im Audio-Visuellen-Bereich umsetzen. Die Weiterentwicklung des Ur-  
2200 heberrechts auf europäischer Ebene soll im Sinne eines fairen Ausgleichs der Inte-  
2201 ressen gestaltet werden.

2202  
2203 An der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität halten wir fest. Netzneutralität  
2204 und diskriminierungsfreier Netzzugang sind entscheidend für das offene und freie  
2205 Internet sowie für Teilhabe, Innovation und fairen Wettbewerb. Die nach europarecht-  
2206 lichen Vorgaben möglichen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität müssen eng  
2207 begrenzt bleiben. Sie müssen streng beaufsichtigt werden. Die Einschränkung der  
2208 Netzneutralität kann auch die inhaltliche Vielfalt beeinträchtigen. Daher soll die Regu-  
2209 lierungsbehörde eng mit den Medienanstalten der Länder zusammenarbeiten und  
2210 diese in die Aufsicht über die Medienvielfalt einbeziehen.

2211  
2212 Bei der Revision der E-Commerce-Richtlinie werden wir prüfen, ob es – vor dem Hin-  
2213 tergrund der Rechtsprechung des EuGH – eine Weiterentwicklung der Hostprovider-  
2214 haftung und einer Konkretisierung des Notice-and-Takedown-Verfahrens bedarf. Am  
2215 Grundsatz der bewährten abgestuften Haftungsprivilegierung halten wir fest.

2216  
2217 Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern, um von Nutzern  
2218 hochgeladene Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, lehnen  
2219 wir als unverhältnismäßig ab. Negative Auswirkungen auf kleinere und mittlere Ver-  
2220 lage müssen vermieden werden. Die Daten-Souveränität werden wir auf europäi-  
2221 scher Ebene im Rahmen der E-Privacy-Verordnung stärken.

2222  
2223 Wir werden die Weiterentwicklung innovativer Rundfunksysteme im digitalen Zeitalter  
2224 auch auf europäischer Ebene absichern (Sicherung Übertragungskapazitäten, 5G).

2225  
2226 Wir setzen uns für eine Interoperabilitätsverpflichtung für Digitalradiogeräte auch auf  
2227 europäischer Ebene ein.

2228  
2229 Im digitalen Zeitalter sind universelle Spielregeln wichtig. Um den Grundrechtenschutz  
2230 auch im digitalen Zeitalter sicherzustellen, begleitet die Bundesregierung das Projekt  
2231 einer europäischen digitalen Grundrechtecharta. Durch diese Charta sollen die  
2232 Chancen und Risiken der Digitalisierung zu einem gerechten Ausgleich gebracht  
2233 werden.

## 2234 **V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern**

2235

### 2236 **1. Gute Arbeit**

2237 Wir bekennen uns zum Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu gehört auch, dass Men-  
2238 schen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Ar-  
2239 beitsmarkt eröffnet wird.

2240

2241 Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Rein-  
2242 tegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Unser Ziel ist,  
2243 bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen die ganze Familie in den Blick zu neh-  
2244 men.

2245

2246 Die Teilhabe am Arbeitsmarkt erfolgt dabei sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt als  
2247 auch auf dem sozialen Arbeitsmarkt z. B. durch Lohnkostenzuschüsse. Das schließt  
2248 Arbeitgeber der freien Wirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen und Kommunen ein.  
2249 Bei den sozialversicherungspflichtig bezuschussten Arbeitsverhältnissen im sozialen  
2250 Arbeitsmarkt orientiert sich der Zuschuss am Mindestlohn. Dazu schaffen wir u. a. ein  
2251 neues unbürokratisches Regelinstrument im Sozialgesetzbuch II „Teilhabe am Ar-  
2252 beitsmarkt für alle“. Wir stellen uns eine Beteiligung von bis zu 150.000 Menschen  
2253 vor. Die Finanzierung erfolgt über den Eingliederungstitel, den wir hierfür um vier Mil-  
2254 liarden Euro im Zeitraum 2018 bis 2021 aufstocken werden. Wir ermöglichen außer-  
2255 dem den Passiv-Aktiv-Transfer in den Ländern. Der Bund stellt dazu die eingespar-  
2256 ten Passiv-Leistungen zusätzlich für die Finanzierung der Maßnahmen zur Verfü-  
2257 gung.

2258

2259 Wir erhöhen die Restmittelübertragung für das Sozialgesetzbuch II auf 400 Millionen  
2260 Euro jährlich und entfristen die Regelung.

2261

2262 Lebensbegleitendes Lernen wird eine Grundvoraussetzung sein, um der Digitalisie-  
2263 rung der Wirtschafts- und Arbeitswelt erfolgreich zu begegnen. Die arbeitsmarkt- und  
2264 bildungspolitischen Instrumente der Fachkräftesicherung wollen wir enger verzahnen.  
2265 Wir begrüßen die vielfältigen Anstrengungen, die bereits heute von den Sozialpart-  
2266 nern und in den Unternehmen unternommen werden, um eine zeitgemäße betriebli-  
2267 che Weiterbildung der Mitarbeiter zu ermöglichen. Mit dem Ziel, breiten Bevölke-  
2268 rungsteilen einen beruflichen Aufstieg zu erleichtern, die Fachkräftebasis zu stärken  
2269 und die Beschäftigungsfähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt nachhaltig zu  
2270 fördern, wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern und in enger Abstimmung mit  
2271 den Ländern (und allen anderen Akteuren) eine Nationale Weiterbildungsstrategie  
2272 entwickeln. Ein Ziel ist, alle Weiterbildungsprogramme des Bundes und der Länder  
2273 zu bündeln, sie entlang der Bedarfe der Beschäftigten und der Unternehmen auszu-  
2274 richten und eine neue Weiterbildungskultur zu etablieren. Über die Bundesagentur  
2275 für Arbeit erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Recht auf Weiterbil-  
2276 dungsberatung.

2277

2278 Innerhalb von drei Monaten nach entstandener Arbeitslosigkeit soll die Bundesagen-  
2279 tur für Arbeit mit den betroffenen Menschen Maßnahmen entwickeln, um ihre Be-  
2280 schäftigungsfähigkeit nachhaltig zu fördern.

2281

2282 Wir werden die Anspruchsvoraussetzung für die Förderung der beruflichen Weiterbil-  
2283 dung im § 81 Sozialgesetzbuch III im Sinne von Erweiterungsqualifizierungen anpas-  
2284 sen. Dabei muss sich die Weiterbildung an den Bedarfen der Beschäftigten und Ar-

2285 beitslosen, der Wirtschaft und des regionalen Arbeitsmarktes orientieren. Dazu wol-  
2286 len wir die bestehenden Instrumente evaluieren.

2287  
2288 Wir wollen die Arbeitsmarktinstrumente stärker auf die digitale Weiterbildung ausrich-  
2289 ten und wir wollen finanzielle Anreize für die Weiterbildung schaffen. Zusätzlich wol-  
2290 len wir die bestehende Allianz für Aus- und Weiterbildung stärker auf die digitale Fort-  
2291 und Weiterbildung ausrichten.

2292  
2293 Wir werden das allgemeine Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung stärken.  
2294 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Betriebsrat haben über Maßnahmen der Ber-  
2295 ufbildung zu beraten. Können sich beide nicht verständigen, kann jede Seite einen  
2296 Moderator anrufen mit dem Ziel, eine Einigung zu erreichen. Ein Einigungszwang  
2297 besteht nicht.

2298  
2299 Durch einen erleichterten Datenaustausch einschließlich der Schülerdaten soll die  
2300 Transparenz am Übergang von der Schule in Ausbildung erhöht und die Zusammen-  
2301 arbeit der beteiligten Institutionen verbessert werden, um so einen erfolgreichen be-  
2302 ruflichen Werdegang zu unterstützen. Dies ist z. B. für die Jugendberufsagenturen  
2303 wichtig, um den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich begleiten zu kön-  
2304 nen.

2305  
2306 Die Gruppe der schwer zu erreichenden Jugendlichen soll in dieser Legislaturperiode  
2307 im Fokus stehen. Für eine Anwendung des § 16h Sozialgesetzbuch II wollen wir ab  
2308 2019 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellen.

2309  
2310 Auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden wir verbessern, Hemmnisse  
2311 der Inanspruchnahme beseitigen, die Wirkung prüfen und gezielt erhöhen. Leistun-  
2312 gen sollen künftig möglichst pauschal abgerechnet werden. Dort wo es möglich ist,  
2313 wollen wir Einzelanträge reduzieren und z. B. Schulen ermöglichen, gesammelte An-  
2314 träge für die berechtigten Kinder diskriminierungsfrei zu stellen. Unter anderem soll  
2315 hierzu das Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaft-  
2316 lichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.  
2317 Im Rahmen des bestehenden Teilhabepaketes soll allgemeine Lernförderung auch  
2318 dann möglich sein, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.

2319  
2320 Wir werden prüfen, wie die bei Wahrnehmung des Umgangsrechts zusätzlich entste-  
2321 henden Bedarfe bei der Leistungsgewährung künftig einfacher berücksichtigt werden  
2322 können. Damit entlasten wir Alleinerziehende.

2323  
2324 Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und gemeinsam mit den Sozialpartnern die  
2325 Sozialwahlen modernisieren.

2326  
2327 Das Zeitalter der Digitalisierung wollen wir als Chance für mehr und bessere Arbeit  
2328 nutzen. Wir wollen deshalb neue Geschäftsmodelle fördern und gleichzeitig die Ta-  
2329 rifbindung stärken.

2330  
2331 Wir wollen die Gründung und Wahl von Betriebsräten erleichtern. Dazu werden wir  
2332 das vereinfachte Wahlverfahren für alle Betriebe mit 5 bis 100 wahlberechtigten Ar-  
2333 beitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtend machen. Für Betriebe mit 101 bis  
2334 200 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen wir die  
2335 Wahl zwischen dem vereinfachten und allgemeinen Wahlverfahren.

2336

2337 Wir setzen uns dafür ein, dass auch bei grenzüberschreitenden Sitzverlagerungen  
2338 von Gesellschaften die nationalen Vorschriften über die Mitbestimmung gesichert  
2339 werden.

2340

2341 Wir wollen nicht länger unendlich lange Ketten von befristeten Arbeitsverhältnissen  
2342 hinnehmen. Eine Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist dann nicht zulässig, wenn  
2343 mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere be-  
2344 fristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren be-  
2345 standen haben. Wir sind uns darüber einig, dass eine Ausnahmeregelung für den  
2346 Sachgrund nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 Teilzeit- und Befristungsgesetz wegen der Eigen-  
2347 art des Arbeitsverhältnisses (Künstler, Fußballer) zu treffen ist.

2348

2349 Auf die Höchstdauer von fünf Jahren wird bzw. werden auch eine oder mehrere vor-  
2350 herige Entleihung(en) des nunmehr befristet eingestellten Arbeitnehmers durch ein  
2351 oder mehrere Verleihunternehmen angerechnet. Ein erneutes befristetes Arbeitsver-  
2352 hältnis mit demselben Arbeitgeber ist erst nach Ablauf einer Karenzzeit von drei Jah-  
2353 ren möglich.

2354

2355 Wir werden über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentierräume  
2356 für tarifgebundene Unternehmen schaffen, um eine Öffnung für mehr selbstbestimm-  
2357 te Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend  
2358 digitalen Arbeitswelt zu erproben. Auf Grundlage von diesen Tarifverträgen kann  
2359 dann mittels Betriebsvereinbarungen insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich  
2360 flexibler geregelt werden.

2361

2362 Arbeit auf Abruf nimmt zu. Wir wollen jedoch sicherstellen, dass die Arbeitnehmerin-  
2363 nen und Arbeitnehmer ausreichend Planungs- und Einkommenssicherheit in dieser  
2364 Arbeitsform haben. Deshalb werden wir gesetzlich festschreiben, dass der Anteil ab-  
2365 zurufender und zu vergütender Zusatzarbeit die vereinbarte Mindestarbeitszeit um  
2366 höchsten 20 Prozent unterschreiten und 25 Prozent überschreiten darf. Fehlt eine  
2367 Vereinbarung zur wöchentlichen Arbeitszeit gilt eine Arbeitszeit von 20 Stunden. Im  
2368 Krankheitsfall und an Feiertagen werden wir den Durchschnittsverdienst der letzten  
2369 drei Monate als verpflichtende Grundlage festschreiben.

2370

2371 Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2020 evaluieren.

2372

2373 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-  
2374 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung  
2375 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr  
2376 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu  
2377 Modelle entwickeln, mit denen mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden  
2378 kann.

2379

2380 Im Teilzeit- und Befristungsrecht wird ein Recht auf befristete Teilzeit eingeführt. Ins-  
2381 besondere für Frauen ist es wichtig, nach einer Familienphase ihre beruflichen Pläne  
2382 voll verwirklichen zu können. Gegenüber dem Referentenentwurf zur Weiterentwick-  
2383 lung des Teilzeitrechts werden folgende Änderungen vereinbart:

2384 1. Es besteht kein Anspruch auf Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit oder  
2385 vorzeitige Rückkehr zur früheren Arbeitszeit während der zeitlich begrenzten  
2386 Teilzeitarbeit.

- 2387 2. Der neue Teilzeitananspruch nach diesem Gesetz gilt nur für Unternehmen, die in  
2388 der Regel insgesamt mehr als 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.  
2389 3. Für Unternehmensgrößen von 46 bis 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird  
2390 eine Zumutbarkeitsgrenze eingeführt, dass lediglich einem pro angefangenen 15  
2391 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anspruch gewährt werden muss. Bei der Be-  
2392 rechnung der zumutbaren Zahlen an Freistellungen werden die ersten 45 Mitar-  
2393 beiterinnen und Mitarbeiter mitgezählt. Bei Überschreitung dieser Grenze kann  
2394 der Arbeitgeber einen Antrag ablehnen.  
2395 4. Der Arbeitgeber kann eine befristete Teilzeit ablehnen, wenn diese ein Jahr un-  
2396 ter- oder fünf Jahre überschreitet. Die Tarifvertragsparteien erhalten die Möglich-  
2397 keit, hiervon abweichende Regelungen zu vereinbaren.  
2398 5. Nach Ablauf der zeitlich begrenzten Teilzeitarbeit kann die Arbeitnehmerin oder  
2399 der Arbeitnehmer frühestens nach einem Jahr eine erneute Verringerung der Ar-  
2400 beitszeit verlangen.

2401  
2402 Angesichts der Herausforderungen und Veränderungen durch die Digitalisierung und  
2403 die Globalisierung in unserer Gesellschaft wollen wir eine neue Arbeitsweltberichter-  
2404 stattung entwickeln, die Sozialstaatsforschung wieder verstärken und die sozialpart-  
2405 nerschaftlich ausgerichtete „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ fördern und fortentwi-  
2406 ckeln.

2407 Wir wollen den Sozialstaat modernisieren und fortlaufend an neue Herausforderun-  
2408 gen anpassen. Dazu wollen wir u. a. die gesetzliche Unfallversicherung und das Be-  
2409 rufskrankheitenrecht weiterentwickeln.

2410  
2411 Wir wollen den Arbeitsschutz insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen der  
2412 Digitalisierung überprüfen. Die vorliegenden Studien der Bundesanstalt für Arbeits-  
2413 schutz und Arbeitsmedizin, besonders mit Blick auf psychische Erkrankungen, sollen  
2414 dazu ausgewertet werden.

2415  
2416 Um weltweit gute Arbeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen, wollen wir  
2417 die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen – insbeson-  
2418 dere der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – vertiefen und die Zusammenar-  
2419 beit in den G7 und G20 im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik weiter vo-  
2420 ranbringen. Unsere Strategie zur Bekämpfung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und  
2421 Arbeitsausbeutung soll fortgesetzt, verstetigt und intensiviert werden.

2422  
2423 **2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben**  
2424 Wir werden insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag  
2425 entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem  
2426 Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro  
2427 beginnen. Dadurch werden rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags  
2428 durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet.

2429  
2430 Wir werden die Steuerbelastung der Bürger nicht erhöhen. Wir halten an der bewähr-  
2431 ten Übung fest, alle zwei Jahre einen Bericht zur Entwicklung der kalten Progression  
2432 vorzulegen und den Einkommensteuertarif im Anschluss entsprechend zu bereini-  
2433 gen. Wir prüfen zudem eine Anpassung der pauschalen Steuerfreibeträge für Men-  
2434 schen mit einer Behinderung.

2435

- 2436 Geringverdienerinnen und Geringverdiener werden wir bei Sozialbeiträgen entlasten  
2437 (Ausweitung Midi-Jobs). Dabei wird sichergestellt, dass die geringeren Rentenversi-  
2438 cherungsbeiträge nicht zu geringeren Rentenleistungen im Alter führen.  
2439  
2440 Wir werden den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte  
2441 senken.

ENTWURF

## 2442 **VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen**

2443

### 2444 **1. Wirtschaft**

2445 Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung. Das Gütesiegel „Made in Germany“  
2446 steht für alles, was die Wirtschaft dieses Landes ausmacht: Ideen, Innovationen und  
2447 Qualität. Damit das so bleibt, muss die Wirtschaft durch Stärkung von privaten und  
2448 öffentlichen Investitionen, durch Stärkung der Innovationen und einen verbesserten  
2449 Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse in hochwertige Produkte und Verfah-  
2450 ren, durch weitere Modernisierung der Infrastruktur und gezielte Qualifikation der Be-  
2451 schäftigten zukunftsfest gemacht werden. Auch in Zukunft wollen wir unsere interna-  
2452 tionale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Deutschland braucht ein weltweit wettbewerbs-  
2453 fähiges Steuer- und Abgabensystem. Offene Märkte und freier und fairer Handel sind  
2454 Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung, Protektionismus lehnen wir ab. Wir  
2455 setzen uns im Rahmen der Welthandelsorganisation für ein regelbasiertes, multilate-  
2456 rales Handelssystem ein.

2457

2458 Die Soziale Marktwirtschaft ist der Motor, der unser Land wirtschaftlich nach vorn  
2459 gebracht hat. Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und abnehmender gesell-  
2460 schaftlicher Zusammenhalt stellen uns vor zahlreiche Herausforderungen. Wir wollen  
2461 mit Hilfe der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie fairen Wettbewerb, Unter-  
2462 nehmerversantwortung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und gerechter Verteilung  
2463 des erwirtschafteten Wohlstands, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir auch  
2464 in zehn, fünfzehn Jahren noch Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung haben. Ei-  
2465 ne starke Wirtschaft bedeutet für uns immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen  
2466 beteiligt werden. Wir brauchen ehrbare Kaufleute als Vorbilder unternehmerischen  
2467 Handelns. Eigentum und Haftung gehören dabei zusammen.

2468

2469 Inklusives Wachstum schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle an den Erfolgen  
2470 beteiligt werden. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist eine wichtige Grundla-  
2471 ge für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Ein ökonomisch starkes, innovatives,  
2472 zukunftsorientiertes Europa ist für uns politisch und ökonomisch von zentraler Bedeu-  
2473 tung. Eine der zentralen Grundlagen dafür ist ein funktionierender EU-Binnenmarkt,  
2474 den wir sichern und weiterentwickeln müssen. Ein zentrales Ziel muss dabei sein,  
2475 den digitalen Binnenmarkt in Europa endlich zu vollenden. Wir brauchen gemeinsa-  
2476 me Anstrengungen einer koordinierten Industrie- und Forschungspolitik, um Wettbe-  
2477 werbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb zu  
2478 sichern.

2479

2480 Wir werden mit Frankreich konkrete Schritte zur Verwirklichung eines deutsch-  
2481 französischen Wirtschaftsraums mit einheitlichen Regelungen vor allem im Bereich  
2482 des Unternehmens- und Konkursrechts und zur Angleichung der Bemessungsgrund-  
2483 lage der Körperschaftsteuer vereinbaren. Gemeinsam mit Frankreich werden wir uns  
2484 für eine entsprechende Harmonisierung der Regelungen zur Vollendung des europä-  
2485 ischen Binnenmarkts einsetzen.

2486

2487 Eine gute Zukunft braucht Investitionen und Innovationen. Investitionen in die Infra-  
2488 struktur und in Schlüsseltechnologien müssen daher oben auf der Agenda stehen.  
2489 Sie sind wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Jetzt geht es aber  
2490 auch zusätzlich um Investitionen in Vernetzungs- und Digitalisierungsstrategien, um  
2491 moderne Geschäfts- und Managementprozesse, eine moderne, schlanke öffentliche

2492 Verwaltung, um Investitionen in Forschung und Entwicklung und die Qualifikation der  
2493 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2494

2495 Digitalisierung ist der ökonomische Basistrend unserer Zeit. Über Länder-, Sektoren-,  
2496 Markt- und Unternehmensgrenzen hinweg findet eine immer intensivere technische  
2497 und ökonomische Vernetzung statt. Die daraus gerade für Deutschland entstehenden  
2498 Wachstumschancen sind groß, vor allem im Bereich Wirtschaft 4.0. Diese Chan-  
2499 cenen werden wir nur nutzen können, wenn wir die digitale Transformation aktiv gestal-  
2500 ten, die dafür notwendigen Infrastrukturen bereitstellen und eine digitale Ordnungs-  
2501 politik entwickeln. Insbesondere die Digitalisierung und Wirtschaft 4.0 bringen eine  
2502 neue Arbeitswelt mit neuen Qualifikationsanforderungen mit sich. Bildung, Ausbil-  
2503 dung und Weiterbildung sind Schlüsselemente, um den Wandel der Industrie, der  
2504 Unternehmen und Beschäftigten zukunftsfähig zu machen.

2505

2506 Wir brauchen eine zukunftsorientierte Industriepolitik als Antwort auf den stattfindenden  
2507 Strukturwandel. In Deutschland und Europa ist das Ziel, auf den entscheidenden  
2508 Technologiefeldern der Zukunft über eigene Forschungs-, Produktions- und Kompe-  
2509 tenzstrukturen zu verfügen.

2510

2511 Kommunale und andere öffentliche Unternehmen sind wichtige Säulen der Sozialen  
2512 Marktwirtschaft und der Daseinsvorsorge. Sie bieten sichere und gute Arbeit, stärken  
2513 die regionale Identität und sind unverzichtbar für die Bereitstellung öffentlicher Güter.  
2514 Sie sind von großer Bedeutung für die lokale Wertschöpfung. Dabei muss die Wett-  
2515 bewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen sichergestellt  
2516 werden.

2517

2518 Mit einem kohärenten Zusammenspiel von privaten und öffentlichen Investitionen,  
2519 einer Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen, dem gezielten Ausbau moder-  
2520 ner Infrastrukturen und einer Qualifikationsoffensive wollen wir, dass Deutschland  
2521 auch in den nächsten Jahren auf Wachstumskurs bleibt und somit die Bedingungen  
2522 für mehr Beschäftigung weiter verbessert werden. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung.  
2523 Insbesondere Langzeitarbeitslose gilt es, besser zu fördern und zu aktivieren und  
2524 ihnen den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Veränderung  
2525 der Arbeitswelt führt dazu, dass neue Flexibilitätskonsense in der Arbeit notwendig  
2526 werden. Die Sozialabgaben wollen wir im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Ar-  
2527 beitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei unter 40 Prozent stabili-  
2528 sieren.

2529

### 2530 **Industrie**

2531 Deutschland hat mit einem Anteil von 24 Prozent der Bruttowertschöpfung eine star-  
2532 ke und leistungsfähige Industrie. Sie ist Träger von Investition, Innovation und Be-  
2533 schäftigung und der harte Kern des deutschen Wirtschaftsstandortes. Diese Stärke  
2534 unserer Industrie und der Erhalt möglichst vollständiger Wertschöpfungsketten am  
2535 Standort Deutschland sind wichtige Fundamente unserer Wettbewerbsfähigkeit und  
2536 eines breiten gesellschaftlichen Wohlstands. Wir wollen die in Deutschland beste-  
2537 henden geschlossenen Wertschöpfungsketten von der energieintensiven Grundstoff-  
2538 industrie bis zur Herstellung von High-Tech-Produkten erhalten und ausbauen,  
2539 ebenso die gewachsenen Clusterstrukturen aus leistungsfähigen Klein-, Mittel- und  
2540 Großunternehmen und Forschungseinrichtungen. Bei der Weiterentwicklung der  
2541 Rahmenbedingungen gilt es, Kosteneffizienz und Verhältnismäßigkeit zu gewährleis-  
2542 ten sowie „Carbon Leakage“ zu verhindern. Dazu brauchen die Unternehmen Pla-



2543 nungs- und Rechtssicherheit im Planungs- und Umweltrecht, z. B. durch schnellere,  
2544 einfachere Genehmigungsverfahren und eine konsequente 1:1-Umsetzung von EU-  
2545 Vorgaben.

2546  
2547 Die Digitalisierung der Produktionsprozesse, die Modernisierung der Mobilität und die  
2548 Nutzung vollkommen neuer Materialien und Produktionstechnologien werden Wert-  
2549 schöpfungsketten nachhaltig verändern und neue, datenbasierte Geschäftsmodelle  
2550 hervorbringen. Notwendig ist eine zukunftsorientierte Industriepolitik für die Trans-  
2551 formation in eine digitale, nachhaltige und wachstumsorientierte Wirtschaft und Ge-  
2552 sellschaft.

2553  
2554 Um die ehrgeizigen umwelt- und klimaschutzpolitischen Ziele zu erreichen, brauchen  
2555 wir moderne Produkte und Verfahren. Wir wollen ein Förderprogramm Dekarbonisie-  
2556 rung in der Industrie auflegen. Es dient der langfristigen Sicherung des Industrie-  
2557 standorts Deutschland, stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Un-  
2558 ternehmen und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland.

2559  
2560 Wir wollen das Bündnis „Zukunft der Industrie“ und die Branchendialoge fortsetzen,  
2561 um wesentliche industriepolitische Belange auch künftig unter Beteiligung von Sozi-  
2562 alpartnern, Wissenschaft und Gesellschaft zu erörtern und abzustimmen.

2563  
2564 Wir stehen mit intelligenten Fabriken am Beginn der vierten industriellen Revolution.  
2565 Deutschland hat sich in den letzten Jahren weltweit als führendes Land im Bereich  
2566 Industrie 4.0 positioniert. Zu diesem Zweck wollen wir die Aktivitäten der Plattform  
2567 Industrie 4.0 ausbauen und dabei auch spezifische Zukunftsthemen aufgreifen. Zent-  
2568 rale Ziele sind u. a. die Schaffung offener und interoperabler Standards für Indust-  
2569 rie 4.0 und tragfähige Lösungen für die IT-Sicherheit.

2570  
2571 Um in der Digitalisierung erfolgreich zu sein, müssen Europa und Deutschland si-  
2572 cherstellen, dass digitale Technologien und das Know-how in Wirtschaft, Wissen-  
2573 schaft, Produktion und Verfahren vorhanden sind. Dazu wollen wir den Aufbau von  
2574 digitalen Schlüsseltechnologien, digitalen Forschungs- und Entwicklungszentren ge-  
2575 zielt unterstützen. Es bedarf einer engen Koordination und Kooperation von europäi-  
2576 schen und nationalen Initiativen.

2577  
2578 Wir wollen die bestehenden Technologieprogramme für anwendungsnahe Forschung  
2579 zur Förderung digitaler Spitzentechnologien wie Quantencomputing, Robotik, auto-  
2580 nome Systeme, Augmented Reality (3D Virtualisierung), Blockchain, Visible Light  
2581 Communication und Smart Home fortführen und ausbauen. Gleichzeitig werden wir  
2582 gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zent-  
2583 rum für künstliche Intelligenz errichten.

2584  
2585 Die Mikroelektronik als eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Wirt-  
2586 schaft, für das 5G-Breitbandnetz, für die Elektromobilität und für das automatisierte  
2587 und vernetzte Fahren wollen wir bei Forschung und Investitionen auch im Europäi-  
2588 schen Rahmen weiterhin unterstützen. Wir wollen die Industrie dabei unterstützen,  
2589 die gesamte Wertschöpfungskette der Elektromobilität in Deutschland und Europa  
2590 vorzuhalten. Die Ansiedlung einer Batteriezellfertigung ist für Deutschland und Euro-  
2591 pa ein wichtiges wirtschafts- und industriepolitisches Handlungsfeld. Die Überlegun-  
2592 gen der EU-Kommission, im Bereich Batteriezellfertigung ein Programm (IPCEI) auf-  
2593 zulegen, wollen wir unterstützen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und

2594 Europas zu erhöhen, beteiligt sich Deutschland auch an weiteren Vorhaben von ge-  
2595 meinsamem europäischen Interesse.

2596  
2597 Der Leichtbau trägt maßgeblich zu einer höheren Material- und Energieeffizienz und  
2598 damit zu einem besseren Umwelt- und Klimaschutz bei. Deshalb wollen wir die För-  
2599 derung dieser Schlüsseltechnologie mit dem Ziel einer breiteren industriellen Anwen-  
2600 dung konsequent fortsetzen und ausbauen sowie branchenübergreifende Kooperati-  
2601 onen prüfen. Wir wollen den „Neuen Werkstoffen“ – wie bionisch optimierte Werkstof-  
2602 fe und Adaptive Werkstoffe – verstärkte Aufmerksamkeit widmen und vor allem die  
2603 branchenübergreifende Forschungsförderung mit dem Schwerpunkt Mittelstand in  
2604 diesem Bereich ausbauen. Der Wandel zu einer auf erneuerbaren Ressourcen beru-  
2605 henden Wirtschaft soll mit Hilfe der Bioökonomie weiter vorangetrieben werden. Da-  
2606 zu werden wir frühzeitig einen Dialog zwischen der Industrie und den gesellschaftli-  
2607 chen Akteuren über die Anforderungen an eine veränderte Rohstoffbasis im Rahmen  
2608 einer Plattform initiieren.

2609  
2610 Die Mobilität – und damit die Automobilwirtschaft – steht aktuell vor enormen Heraus-  
2611 forderungen. Klimaschutz, Luftreinhaltung, neue Mobilitäts- und Geschäftsmodelle  
2612 sowie sich stark divergent entwickelnde Weltmärkte sind hierbei bedeutende Aspek-  
2613 te. Das gemeinsame Ziel, das sich die Weltgemeinschaft u. a. mit dem Pariser Ab-  
2614 kommen gesetzt hat, ist die Realisierung einer emissionsarmen und klimaneutralen  
2615 Mobilität. Hierzu müssen alle Potenziale genutzt werden. Es ist daher von besonde-  
2616 rer Bedeutung, dass der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität technologieoffen und  
2617 ohne politische Technologiefestlegung erfolgt. Die Politik ist gefordert, die richtigen  
2618 Rahmenbedingungen und Grenzwerte zu setzen und deren Einhaltung zu überwa-  
2619 chen. Die Wirtschaft ist gefordert, die richtigen Technologien zu entwickeln und mit  
2620 innovativen Produkten und Geschäftsmodellen die gemeinsam gesetzten Ziele um-  
2621 zusetzen. Das Gelingen dieses Wandels ist wichtig für die Sicherheit der Arbeitsplät-  
2622 ze in der Automobilindustrie.

2623  
2624 Die Luft- und Raumfahrtindustrie hat eine strategische Bedeutung für den Hightech-  
2625 Standort Deutschland. Wir wollen die Mittel der hierfür zentralen Forschungspro-  
2626 gramme auf nationaler Ebene und insbesondere des Luftfahrtforschungsprogramms  
2627 verstetigen und erhöhen. Um die Beteiligung an internationalen Luftfahrzeug- oder  
2628 Triebwerkprogrammen zu ermöglichen, wollen wir die Entwicklung neuer, innovativer  
2629 Produkte am Standort Deutschland weiter unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die  
2630 Europäische Weltraumorganisation (ESA) als eigenständige internationale Organisa-  
2631 tion zu erhalten und wollen sie weiter stärken. Wir wollen die Beteiligung innovativer  
2632 mittelständischer Unternehmen bei Luft- und Raumfahrtprojekten erhöhen. Wir wer-  
2633 den ein Weltraumgesetz auf den Weg bringen, um Investitions- und Rechtssicherheit  
2634 für nicht-staatliche Raumfahrtaktivitäten zu schaffen.

2635  
2636 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine leistungsstarke, in-  
2637 ternational wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von großer gesamtwirtschaftlicher  
2638 Bedeutung. Die Ziele der Maritimen Agenda 2025 wollen wir umsetzen und Förde-  
2639 rungs- sowie Finanzierungsinstrumente ausbauen. Wir werden auf faire und chan-  
2640 cengleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Schiffbauindustrie im interna-  
2641 tionalen Umfeld hinwirken. Den Überwasserschiffbau werden wir als Schlüsseltech-  
2642 nologie Deutschlands einstufen. Wir wollen Flüssiggas (LNG), Landstrom und Was-  
2643 serstoff als umweltfreundliche Antriebe für Schiffe durch Verstärkung der Förderung  
2644 im Bereich der See- und Binnenschifffahrt etablieren. Wir streben die zügige Ratifi-

2645 zierung der Work in Fishing Convention (Bekämpfung der illegalen Fischerei) und der  
2646 Hongkong-Convention (Umwelt- und Sozialstandards im Schiffsrecycling) an. Die  
2647 Schwerpunkte des Nationalen Masterplans Maritime Technologien (NMMT) werden  
2648 durch Pilot- und Referenzprojekte sichtbar gemacht.

2649  
2650 Im Eckpunktepapier zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von 2015 hat die  
2651 Bundesregierung den Stellenwert der Branche betont und Schlüsseltechnologien de-  
2652 finiert. Dabei gewinnt die europäische Ebene immer mehr an Bedeutung. Dies drückt  
2653 sich in einer Vielzahl von Initiativen der Industrie, der Mitgliedstaaten und der Euro-  
2654 päischen Institutionen zur Stärkung von Schlüsseltechnologien in diesem Bereich  
2655 aus. Wir wollen über die weitere Harmonisierung des Bedarfs in den Mitgliedstaaten  
2656 der Europäischen Union die gegenwärtige Vielfalt militärischer Systeme reduzieren  
2657 und durch Anreize für gemeinsame Entwicklung und Fertigung die Kooperationen  
2658 und die Konsolidierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa sowie  
2659 innerhalb der NATO und vergleichbarer verbündeter Staaten fördern. Diesen Weg  
2660 wollen wir in Europa begleiten und unterstützen. Vor dem Hintergrund der europäi-  
2661 schen Initiativen in diesem Bereich werden wir die Eckpunkte der Bundesregierung  
2662 weiterentwickeln.

2663

### 2664 **Innovationen**

2665 Unser Wohlstand hängt maßgeblich auch von der Innovationsfähigkeit der deutschen  
2666 Wirtschaft ab. Wir wollen alle vorhandenen Innovationspotenziale nutzen und die Un-  
2667 ternehmen, insbesondere auch den innovativen Mittelstand, weiter stärken. Wir wol-  
2668 len eine Transfer-Initiative starten, die die Unternehmen darin unterstützt, die Ergeb-  
2669 nisse der wissenschaftlichen Forschung in Produkte und Verfahren umzusetzen. Wir  
2670 wollen insbesondere für forschende kleine und mittelgroße Unternehmen eine steuer-  
2671 liche Förderung einführen, die bei den Personal- und Auftragskosten für Forschung  
2672 und Entwicklung ansetzt. Die Projektförderung für die kleinen und mittleren Unter-  
2673 nehmen bleibt davon unbenommen. Die Projektförderungen wie z. B. das Zentrale  
2674 Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF)  
2675 und die Forschungs- und Entwicklungs-Förderung externer Industrieforschungsein-  
2676 richtungen (Innovationskompetenz – INNO-KOM) werden weitergeführt sowie trans-  
2677 parenter und unbürokratischer gestaltet. Soziale Innovationen haben unsere Unter-  
2678 stützung.

2679

2680 Investitionen von Unternehmen in die Digitalisierung wollen wir unterstützen. Dazu  
2681 werden wir überprüfen, ob zugunsten digitaler Innovationsgüter die Abschreibungs-  
2682 tabellen überarbeitet werden.

2683

2684 Es ist wichtig, die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für den Innovations-  
2685 standort Deutschland zu nutzen. Wir wollen den German Motion Picture Funds stär-  
2686 ken.

2687

### 2688 **Rohstoffpolitik**

2689 Die Versorgung mit und der sichere Zugang zu Rohstoffen sind entscheidende Fak-  
2690 toren für den Wirtschaftsstandort. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit im  
2691 Rohstoffbereich weiter stärken, u. a. auf WTO-Ebene und in bilateralen Handelsver-  
2692 trägen sowie auf der Ebene der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.  
2693 Wir wollen das bestehende Rohstoffmonitoring durch die Deutsche Rohstoffagentur  
2694 weiter ausbauen mit einem besonderen Fokus auf Rohstoffe und Zwischenprodukte  
2695 für Zukunftstechnologien (z. B. Elektromobilität, Leichtbau). Wir unterstützen die EU-

2696 Kommission beim Aufbau eines EU-weiten Rohstoffinformationssystems. Die beste-  
2697 henden Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in den Deutschen Außenhan-  
2698 delskammern in rohstoffreichen Ländern wollen wir stärken und im Rahmen der Au-  
2699 ßenwirtschaftsförderung finanziell dauerhaft absichern sowie die Einrichtung weiterer  
2700 Kompetenzzentren an geeigneten Standorten prüfen. Vor dem Hintergrund des  
2701 wachsenden Bedarfs an Hochtechnologie-Rohstoffen wollen wir Projekte im Tiefsee-  
2702 bergbau vorantreiben und unterstützen die Durchführung von Pilot-Mining-Tests. Wir  
2703 setzen uns dafür ein, dass heimische Bodenschätze in Deutschland weiterhin wirt-  
2704 schaftlich abgebaut werden können und die dafür notwendige langfristige Investiti-  
2705 ons- und Planungssicherheit bestehen bleibt. Wir unterstützen Bemühungen der In-  
2706 dustrie, Ressourceneffizienz und Recycling (z. B. von „kritischen“ Metallen) weiter zu  
2707 steigern und wollen das nationale Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) nach  
2708 dem Grundsatz „Freiwilligkeit vor Regulierung“ fortentwickeln.

2709

### 2710 **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

2711 Wir werden ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ent-  
2712 wickeln, das allen Bundesländern gerecht wird und das Fördergefälle zu Nachbar-  
2713 staaten Deutschlands berücksichtigt. Die künftige Strukturförderung soll für eine brei-  
2714 tere Verwendung geöffnet werden. Neben dem bekannten Instrumentarium müssen  
2715 Produktivitätssteigerung, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Breitbandversorgung  
2716 und vor allem die verstärkte Förderung unternehmerischer Aktivitäten in Forschung  
2717 und Entwicklung in den Vordergrund gerückt werden. Um die flächendeckende Struk-  
2718 turschwäche insbesondere in den neuen Bundesländern zu überwinden, ist die För-  
2719 derung in den struktur-schwächsten Regionen durch eine Abstufung der Fördersätze  
2720 zu intensivieren und bei der Mittelverteilung angemessen zu berücksichtigen. Um  
2721 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu gewährleisten, wollen wir  
2722 nicht abgerufene Fördermittel aus diesen Bundesprogrammen überjährig bündeln  
2723 und für Regionalprojekte in strukturschwachen Regionen einsetzen.

2724

2725 Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“  
2726 (GRW) soll weiterhin auch und gerade die wirtschaftlichen Strukturprobleme ländli-  
2727 cher und städtischer Räume adressieren. Sie soll auch zum Abbau des Strukturgefäl-  
2728 les innerhalb von Bundesländern beitragen. Ebenfalls wollen wir weitere Bundespro-  
2729 gramme im Rahmen der Konzipierung des gesamtdeutschen Fördersystems darauf-  
2730 hin überprüfen, ob und wie sie zur Förderung strukturschwacher Regionen beitragen  
2731 können. Dabei wollen wir die fachpolitischen Zielrichtungen der Programme wahren.

2732

2733 Wir setzen uns für eine starke EU-Kohäsionspolitik ein, die auch künftig alle Regio-  
2734 nen angemessen berücksichtigt und gleichzeitig notwendige Strukturreformen in den  
2735 Mitgliedstaaten besser unterstützt. Das europäische Beihilferecht ist eine gewichtige  
2736 Rahmenbedingung für die Ausgestaltung der künftigen Strukturförderung und darf  
2737 diese nicht konterkarieren. Wir werden den Prozess der Erstellung der neuen Regio-  
2738 naleitlinien auf europäischer Ebene eng begleiten mit dem Ziel, eine beihilferechtl-  
2739 iche Flankierung des gesamtdeutschen Strukturfördersystems zu erreichen.

2740

### 2741 **Digitalisierung**

2742 Auf EU-Ebene werden wir uns für eine rasche Vollendung des digitalen Binnen-  
2743 markts einsetzen – mit flächendeckend leistungsfähigen Breitbandnetzen, einem  
2744 schnellen und einfachen Zugang zu digitalen Innovationen und Rahmenbedingun-  
2745 gen, die Unternehmen und Startups eine unbürokratische Skalierung von digitalen  
2746 Geschäftsmodellen ermöglicht. Wir werden uns auf EU-Ebene außerdem für eine E-

2747 Privacy-Verordnung einsetzen, die im Einklang mit der EU-Datenschutz-  
2748 Grundverordnung die berechtigten Interessen von Verbraucherinnen und Verbrau-  
2749 chern und Wirtschaft angemessen und ausgewogen berücksichtigt.

2750  
2751 Wir brauchen eine Modernisierung des Kartellrechts in Bezug auf die Digitalisierung  
2752 und Globalisierung der Wirtschaftswelt. Wir wollen das Wettbewerbsrecht für digitale  
2753 Geschäftsmodelle ergänzen. Wir wollen die Verfahren im allgemeinen Wettbewerbs-  
2754 recht spürbar beschleunigen, ohne dabei rechtsstaatliche Garantien einzuschränken.  
2755 Ein wichtiger Schritt sollte dabei die Stärkung des Instrumentariums der einstweiligen  
2756 Maßnahmen sein. Für die Wettbewerbsbehörde soll ein vorläufiges Einschreiten  
2757 schon vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens erleichtert werden, damit irreparable  
2758 Schäden für den Wettbewerb wirksam verhindert werden. Wir benötigen neben dem  
2759 allgemeinen Wettbewerbsrecht eine kompetentere und aktivere systematische  
2760 Marktbeobachtung. Die Wettbewerbsbehörde muss Missbrauch von Marktmacht vor  
2761 allem auf sich schnell verändernden Märkten zügig und effektiv abstellen können.  
2762 Dazu werden wir die wettbewerbsbehördliche Aufsicht weiterentwickeln, insbesonde-  
2763 re im Hinblick auf Missbräuche von Plattformunternehmen.

2764  
2765 Gleichzeitig wollen wir im Wettbewerbsrecht alle Voraussetzungen dafür schaffen, in  
2766 Deutschland und Europa die Entstehung von Digitalkonzernen zu ermöglichen, die  
2767 international eine wettbewerbsfähige Größe erreichen. Um Eckpunkte für entspre-  
2768 chende Reformen zu entwickeln, setzen wir eine Kommission „Wettbewerbs-  
2769 recht 4.0“ ein. Wir streben die Harmonisierung und Zusammenführung der rechtli-  
2770 chen Grundlagen im Digitalbereich an.

2771  
2772 Wir wollen die Einrichtung einer Digitalagentur prüfen, die die Bundesregierung als  
2773 nachgeordnete Behörde in der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt. Dazu gehö-  
2774 ren z. B. die Telekommunikations- und Plattformregulierung oder Marktbeobachtung.

2775  
2776 Die Digitalisierung hat zu gravierenden Veränderungen auf den klassischen Post-  
2777 dienstleistungsmärkten geführt. Daher werden wir die bestehenden Regulierungen  
2778 überprüfen und vor dem Hintergrund der aktuellen Marktentwicklungen anpassen.  
2779 Unser Ziel ist es, weiterhin eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und er-  
2780 schwingliche Grundversorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Es gilt, die  
2781 Qualität und die Effizienz auf den Postdienstleistungsmärkten zum Wohle der Ver-  
2782 braucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten und zu erhöhen.

### 2783 **Mittelstand**

2784  
2785 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und steht weltweit für hohe Quali-  
2786 tätsstandards. Selbstständige, Familienunternehmen, Freie Berufe und Handwerk  
2787 schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit  
2788 einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir wollen ihre Leistung künftig noch  
2789 stärker öffentlich anerkennen und fördern. Der Mittelstand prägt Kultur und Selbst-  
2790 verständnis der deutschen Wirtschaft und leistet einen starken Beitrag zur internatio-  
2791 nalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

2792  
2793 Viele kleine und mittlere Unternehmen sind weltweit Innovationsführer. Das zeigen  
2794 die ca. 2000 deutschen „Hidden Champions“ mit ihrer Spitzenstellung auf bestimm-  
2795 ten Technologiefeldern. Eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es daher,  
2796 die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen so zu gestalten, dass  
2797 ihre Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Unternehmensgründun-

2798 gen ermöglicht werden. Dazu wollen wir beispielsweise die Exportfinanzierung bei  
2799 kleinen Kreditsummen (Small Tickets) unbürokratischer und passgenauer gestalten.  
2800 Wir wollen mittelständische Unternehmen fördern und durch stärkere Vernetzung  
2801 Innovationen in diesem Bereich unterstützen.

2802  
2803 Das deutsche Handwerk bildet mit rund einer Million Betriebe und mehr als 5,3 Milli-  
2804 onen Erwerbstätigen eine tragende Säule des deutschen Mittelstands. Es ist hoch  
2805 innovativ, regional verankert und erschließt durch seine leistungsfähigen Unterneh-  
2806 men auch erfolgreich neue Märkte auf europäischer und internationaler Ebene. Auf  
2807 europäischer Ebene setzen wir uns weiter für den Fortbestand bewährter Qualifikati-  
2808 onsstandards ein und lehnen die Einführung des Herkunftslandprinzips ab. Das  
2809 Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“ wollen wir fortführen.

2810  
2811 Freie Berufe sind ein wichtiges Element unserer Wirtschaft. Sie stehen für Vielfalt  
2812 und unternehmerische Verantwortung. Wir werden uns für die Belange der Freien  
2813 Berufe einsetzen und darauf hinwirken, dass die hohen Qualitätsstandards und die  
2814 Unabhängigkeit freiberuflicher Dienstleistungen auch im europäischen Kontext an-  
2815 gemessen berücksichtigt werden.

2816  
2817 Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung für den Einzelhandel. Es soll ein  
2818 Kompetenzzentrum Handel geschaffen werden, um konkrete Hilfestellungen für den  
2819 kleinen und mittleren Einzelhandel zu leisten.

2820  
2821 Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Mittelstand auf breiter  
2822 Front die Chancen der Digitalisierung ergreifen kann und die digitale Transformation  
2823 des Mittelstands mit gezielten Maßnahmen der Information, Beratung und dem An-  
2824 gebot von Testanwendungen fördern. Dazu wollen wir im Rahmen von Mittelstand-  
2825 Digital unser bestehendes Netzwerk an Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren und Mit-  
2826 telstand 4.0-Agenturen weiter ausbauen. Mit dem neuen bundesweiten Förderpro-  
2827 gram go-digital wollen wir kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetrie-  
2828 be auf den Feldern IT-Sicherheit, digitale Markterschließung und digitalisierte Ge-  
2829 schäftsprozesse mit konkreten Maßnahmen unterstützen. Darüber hinaus wollen wir  
2830 ein neues Investitionsprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“ auflegen, um ge-  
2831 zielt in digitale Technologien und Know-how zu investieren.

### 2832 2833 **Gründungen**

2834 Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland und wollen deshalb unsere erfolgrei-  
2835 chen Programme wie EXIST fortführen. Wir schaffen Strukturen, die Neugründungen  
2836 und Nachfolge in der Start- und Übergangsphase unterstützen. In der Start- und  
2837 Übergangsphase werden wir die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzie-  
2838 ren. In den ersten beiden Jahren nach Gründung werden wir die Unternehmen von  
2839 der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer befreien. Zudem werden wir die  
2840 Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Antrags-, Genehmigungs- und  
2841 Besteuerungsverfahren werden wir vereinfachen. Ziel sollte ein „One-Stop-Shop“  
2842 sein. Wir brauchen in Deutschland eine deutliche Ausweitung des Volumens des  
2843 Wagniskapitalmarktes, um insbesondere Unternehmen in der Wachstumsphase zu  
2844 unterstützen. Deshalb wollen wir die Einführung steuerlicher Anreize zur Mobilisie-  
2845 rung von privatem Wagniskapital über die bisherigen Maßnahmen hinaus prüfen. An  
2846 diesen Wagniskapitalfinanzierungen sollen sich Privatwirtschaft, öffentliche Hand,  
2847 KfW und europäische Finanzpartner beteiligen. Die klassische Mittelstandsfinanzie-

2848 rung über Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, Privatbanken, För-  
2849 derbanken sowie Bürgerschaftsbanken wollen wir sichern und stärken.

2850  
2851 Wir wollen die Zusammenarbeit von Start-ups mit der etablierten Wirtschaft in geeig-  
2852 neten Formaten weiter unterstützen und den internationalen Austausch von Start-  
2853 ups, auch im Rahmen der Digital Hub-Initiative und des German Israeli Start-up  
2854 Exchange Program (GISEP), fördern. Wir werden neue Möglichkeiten der Mitarbei-  
2855 terbeteiligung prüfen.

### 2856 2857 **Bürokratieabbau**

2858 Wir treiben den Abbau von Bürokratie weiter voran und stärken damit die Wirtschaft.  
2859 Deshalb wollen wir für diese durch Entlastungen neue Freiräume für ihr Kerngeschäft  
2860 und neue Investitionen schaffen. Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III wer-  
2861 den wir insbesondere die Statistikpflichten weiter verringern. Darüber hinaus werden  
2862 wir weiterhin u. a. die Vereinheitlichung von Grenz- und Schwellenwerten in ver-  
2863 schiedenen Rechtsbereichen, die Harmonisierung, z. B. von handels- und steuer-  
2864 rechtlichen Vorschriften, zeitnahe Betriebsprüfungen durch die Finanzbehörden, die  
2865 Vermeidung von Doppelmeldung zur Berufsgenossenschaft, die Überprüfung von  
2866 Schwellenwerten vor allem im Steuer- und Sozialrecht sowie bei Berichtspflichten  
2867 und der Verwendungspflicht bestimmter Formulare anstreben. Wir setzen eine ress-  
2868 ortübergreifende Bund-/Länder-Arbeitsgruppe ein, die zur signifikanten Reduzierung  
2869 der Statistikpflichten bis Ende 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet. Europäische  
2870 Vorgaben werden wir nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen versehen.  
2871 Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „one in, one  
2872 out“ ein. National kann die Bürokratie- und Kostenbremse „one in, one out“ nur er-  
2873 folgreich sein, wenn die laufenden Kosten erfasst werden. Wir werden uns bei der  
2874 EU für eine angemessenere Abgrenzung für kleine und mittlere Unternehmen einset-  
2875 zen, die zukünftig bis zu 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassen soll, damit  
2876 mehr Unternehmen von europäischen Berichtspflichten entlastet werden. Verwal-  
2877 tungsmodernisierung und E-Government bergen enorme Potenziale, um die Bürokrati-  
2878 tielasten zu reduzieren und die Verfahren zu beschleunigen.

2879  
2880 Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung und wollen ein zentrales, einheitliches  
2881 digitales Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen schaffen. Die Um-  
2882 setzung werden wir mit großer Dynamik in dieser Legislaturperiode vorantreiben.

2883  
2884 Wir wollen das Onlinezugangsgesetz um einen Digitalisierungspakt zwischen Bund,  
2885 Ländern und Kommunen ergänzen. Darin bekennen wir uns zu einer vertrauensvol-  
2886 len Zusammenarbeit und regeln die Verteilung der notwendigen Investitionskosten.  
2887 Damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Daten nur einmal angeben  
2888 müssen, entwickeln wir ein behördenübergreifendes Datenmanagement, das die  
2889 Weitergabe von Daten zwischen Behörden erleichtert und gleichzeitig das hohe  
2890 deutsche Datenschutzniveau erhält. Wir nutzen das Konzept, die 100 wichtigsten  
2891 Verwaltungsleistungen online anzubieten. Schwerpunkte setzen wir dabei in den Be-  
2892 reichen Steuern und Abgaben, Bilanzierung und Buchführung, Personal, Ausschrei-  
2893 bungen und öffentliche Aufträge, Unternehmensübergang sowie Bauen und Immobi-  
2894 lien und erarbeiten die hierfür notwendigen Angebote in enger Abstimmung mit den  
2895 Nutzerinnen und Nutzern aus den Unternehmen. Hierfür definieren wir verbindliche  
2896 Meilensteine, innerhalb derer umfassende Angebote in der Legislaturperiode etabliert  
2897 sein müssen. Dabei ist ein angemessener Ausgleich zwischen den Anforderungen  
2898 eines modernen E-Governments und einer Digitalisierung der unternehmerischen

2899 Geschäftsprozesse erforderlich. Im Interesse einer besseren Rechtsetzung erproben  
2900 wir die Potenziale von alternativen, insbesondere datengestützten Regulierungsin-  
2901 strumenten („smarte Regulierung“) in Reallaboren.

2902  
2903 Langwierige und bürokratische Planungs- und Genehmigungsverfahren sind ein  
2904 massives Hindernis für neue Investitionen in Betriebe und neue Infrastrukturen. Dies  
2905 wirkt sich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutsch-  
2906 lands aus, gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen. Wir werden das Pla-  
2907 nungs- und Genehmigungsrecht daher umfassend auf Beschleunigungs- und Entbü-  
2908 rokratisierungsmöglichkeiten überprüfen. EU-Regelungen werden wir 1:1 umsetzen.  
2909 Ebenso wollen wir uns auf EU-Ebene für eine Reduzierung von Bürokratiebelastun-  
2910 gen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren einsetzen.

2911  
2912 Die öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Öffentliche Aufträge  
2913 müssen mittelstandsfreundlich ausgeschrieben werden. Zur weiteren Vereinheitli-  
2914 chung des Vergaberechts prüfen wir die Zusammenführung von Verfahrensregeln für  
2915 die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen einerseits und von Bauleistungen an-  
2916 dererseits in einer einheitlichen Vergabeverordnung.

### 2917 **Genossenschaften, Kammern und Tourismus**

2918 Wir wollen Genossenschaften als nachhaltige und krisenfeste Unternehmensform in  
2919 den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen stärken. Dazu benötigen wir Maßnah-  
2920 men, die eine starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleinere Genossenschaf-  
2921 ten Orientierungshilfen bieten. Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit dem Ge-  
2922 nossenschaftswesen, das wir stärken wollen, werden wir die entsprechenden Bedin-  
2923 gungen schaffen und dafür Leitlinien für die Vereinbarkeit mit dem deutschen Kartell-  
2924 recht entwickeln.

2925  
2926  
2927 Wir bekennen uns zu den Kammern und den rechtlichen Grundlagen des bestehen-  
2928 den Kammerwesens. Die Kammern müssen einen spürbaren Beitrag zur Stärkung  
2929 ihrer Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten. Wir bestärken sie darin, ihre  
2930 Leistungen inklusive der Servicequalität für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwi-  
2931 ckeln und zu verbessern.

2932  
2933 Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland, auch in ländlichen  
2934 Räumen. Wir wollen die touristische Entwicklung nachhaltig stärken. Wir vereinbaren  
2935 unter Beachtung der föderalen Grundsätze der Tourismuspolitik (gemeinsam mit den  
2936 Ländern) und den Kompetenzen des Bundes für die Tourismuswirtschaft einen  
2937 ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz in Form einer nationalen Tourismusstra-  
2938 tegie. Dabei wollen wir die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland  
2939 weiter verbessern, von der Werbung im Ausland über einheitliche Qualitätskriterien  
2940 und eine Fachkräfteoffensive mit der Branche bis hin zur Barrierefreiheit. Die Förder-  
2941 instrumente von EU, Bund und Ländern müssen enger miteinander verzahnt werden.

### 2942 **Fachkräftebedarf**

2943 Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, werden wir eine Fachkräf-  
2944 testrategie aufbauend auf der bestehenden „Partnerschaft für Fachkräfte“ entwickeln  
2945 und stellen sie auf drei Säulen: die inländischen, die innereuropäischen und die in-  
2946 ternationalen Potenziale. Im Inland setzen wir uns vor allem für eine Qualifizierung  
2947 von geringqualifizierten Beschäftigten und bessere Rahmenbedingungen für ältere  
2948 Beschäftigte ein. Diese Aufgaben erfordern eine stärkere gemeinsame Verantwor-  
2949



2950 tung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen sowie Arbeit-  
2951 nehmern für die berufsbezogene Weiterbildung. Zudem wollen wir durch Qualifizie-  
2952 rung und Weiterbildung Langzeitarbeitslosen und Bildungsabbrechern bessere  
2953 Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Vor dem Hintergrund der demografi-  
2954 schen Entwicklung und den Herausforderungen der Digitalisierung wird das lebens-  
2955 begleitende Lernen immer wichtiger. Die Entwicklung einer Nationalen Weiterbil-  
2956 dungsstrategie ist daher von großer Bedeutung. Die Ausbildungsinitiativen innerhalb  
2957 der Europäischen Union zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wollen wir stär-  
2958 ken. Um Deutschland für qualifizierte internationale Fachkräfte noch attraktiver zu  
2959 machen, wollen wir ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschieden, mit dem wir  
2960 den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland ordnen und steuern.

2961  
2962 Wir wollen den Anteil der Frauen im Erwerbsleben in Deutschland erhöhen. Damit  
2963 leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Daher werden  
2964 wir Frauen und Männern die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermögli-  
2965 chen. Wir wollen vor allem auch Frauen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern.  
2966 Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen wollen wir wei-  
2967 terentwickeln und ausbauen sowie erfolgreiche Gründerinnen und Unternehmerinnen  
2968 in ihrer Vorbildfunktion stärken.

2969  
2970 Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Wir bekennen uns zur  
2971 dualen Ausbildung in Betrieb und Schule und werden sie stärken. Kooperationen von  
2972 Wirtschaft und Schulen wollen wir unterstützen, um Selbstständigkeit, Unternehme-  
2973 rum und die Vermittlung von handwerklichen Berufsbildern weiter zu fördern. Wir  
2974 werden den Meisterbrief erhalten und verteidigen. Wir werden prüfen, wie wir ihn für  
2975 einzelne Berufsbilder EU-konform einführen können. Um die berufliche Bildung gera-  
2976 de im Handwerk weiter aufzuwerten, soll sie durch die öffentliche Finanzierung der  
2977 Meisterprüfung dem kostenlosen Hochschulstudium stärker angeglichen werden.

2978  
2979 Die Berufliche Bildung werden wir mit einem Berufsbildungspakt modernisieren und  
2980 stärken. Dazu gehören eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen vor dem  
2981 Hintergrund der Digitalisierung und eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes. In die-  
2982 sem Rahmen werden wir eine Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsge-  
2983 setz verankern. Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Auf-  
2984 stiegs-BAföG“) finanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen und Meiste-  
2985 rinnen und Meistern in einem ersten Schritt im Handwerk bei bestandener Meister-  
2986 prüfung die angefallenen Gebühren ganz oder teilweise erstatten (Meisterbonus). Wir  
2987 wollen die digitalen Kompetenzen in der beruflichen Bildung stärken. Notwendig ist  
2988 eine schnellere Modernisierung der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder.

## 2989 **Außenhandel**

2990  
2991 Wir wollen freien und fairen Handel in der Welt. Es gilt, in Zeiten der Globalisierung  
2992 als Europäische Union stärker und einheitlicher in der Handelspolitik aufzutreten. In-  
2993 ternationale Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorgani-  
2994 sation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie  
2995 Weltbank haben sich in den letzten Jahren zu zentralen Foren der Gestaltung multila-  
2996 teraler Standards und Regeln entwickelt. Sie wollen wir weiter unterstützen und stär-  
2997 ken. Protektionismus lehnen wir ab und setzen vorrangig auf multilaterale Vereinba-  
2998 rungen. Wir sind fest davon überzeugt, dass neben den Verhandlungen auf multilate-  
2999 raler Ebene bilateralen und plurilateralen Abkommen eine entscheidende Bedeutung  
3000 für eine aktive Gestaltung der Globalisierung zukommt. Im europäisch-kanadischen

3001 Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von  
3002 Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für  
3003 einen fortschrittlichen Investitionsschutz vereinbart worden. Dies muss auch für künf-  
3004 tige Handelsabkommen gelten. Wir wollen in Deutschland die Voraussetzungen dafür  
3005 schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann. Wir wollen um-  
3006 fassende, moderne bilaterale Freihandelsabkommen mit Drittstaaten insbesondere  
3007 im asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika abschließen und unterstützen  
3008 gleichzeitig das Ziel einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbe-  
3009 ziehungen.

3010  
3011 Wir wollen das Außenwirtschaftsförderinstrumentarium, insbesondere in Bezug auf  
3012 neue Märkte und mit dem Schwerpunkt Afrika, weiterentwickeln. Wir nehmen be-  
3013 wusst die Zukunftsthemen des afrikanischen Kontinents in den Fokus – Digitalisie-  
3014 rung, Innovation und Ausbildung – und setzen zu diesem Zwecke das Eckpunktepa-  
3015 pier zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas um, u. a. durch die Stärkung privater  
3016 Investitionen, Hermes-Bürgschaften und innovativer Finanzierungsinstrumente. Das  
3017 Netzwerk der Deutschen Außenhandelskammern ist ein wichtiger Pfeiler unserer  
3018 Außenwirtschaftspolitik, das wir weiter stärken und ausbauen wollen.

3019  
3020 Wir werden Deutschland als einen offenen Investitionsstandort erhalten, achten aber  
3021 auf faire Wettbewerbsbedingungen. Wir unterstützen die EU-Initiative für ein verbes-  
3022 sertes Investitions-Screening.

3023

## 3024 **2. Finanzen und Steuern**

3025

### 3026 **Solide Finanzen**

3027 Wir wollen die finanziellen Spielräume des Bundes, die aufgrund der guten wirt-  
3028 schaftlichen Lage bestehen, verantwortlich und sozial ausgewogen für politische Ge-  
3029 staltung nutzen. Wir sind uns über das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne  
3030 neue Schulden und unter Einhaltung der entsprechenden grundgesetzlichen Vorga-  
3031 ben einig. Wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen, wollen wir die ge-  
3032 samtstaatliche Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
3033 zurückführen.

3034

3035 Das 2011 eingeführte Eckwerteverfahren („Top-Down“) zur Haushaltsaufstellung hat  
3036 sich bewährt und wird fortgesetzt. Die bestehenden Beteiligungsrechte des Deut-  
3037 schen Bundestags und seines Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Ent-  
3038 scheidungen auf europäischer Ebene werden gewahrt.

3039

3040 Auf Grundlage des ausgeglichenen Haushalts wollen wir mit den vorhandenen Mit-  
3041 teln noch mehr für die Bürgerinnen und Bürger bewirken. Hierzu gehört auch, durch  
3042 umfassende Aufgabenkritik sowie durch die regelmäßige Überprüfung der Maßnah-  
3043 men auf Effektivität und Effizienz zusätzliche Spielräume zu erarbeiten. Dazu werden  
3044 die Ansätze zur Verbesserung der Wirkungsorientierung des Haushalts, z. B. ein-  
3045 nahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalysen, gestärkt und weiterentwickelt.

3046

3047 Für die Jahre 2018 bis 2021 sind nach der Finanzplanung des Bundes für die Haus-  
3048 haltsaufstellung (51. Finanzplan) Ausgaben von 1,392 Billionen Euro vorgesehen.  
3049 Über die dort eingeplanten Maßnahmen hinaus wollen wir den absehbaren finanziel-  
3050 len Spielraum der nächsten vier Jahre für prioritäre Ausgaben in den folgenden  
3051 Schwerpunkt-Bereichen nutzen:

3052

3053

**Prioritäre Ausgaben in den folgenden Schwerpunkt-Bereichen**

3054

**1. Investitionen in Zukunft: Bildung, Forschung, Hochschulen, Digitalisierung**

<b>Maßnahme</b>	<b>Summe 2018-21</b>
Programm Ganztagschule / Ganztagsbetreuung	2,0
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	0,35
Reform BAföG	1,0
Nachfolge Hochschulpakt (ab 2021)	0,6
Anteil Bund am schrittweisen Erreichen 3,5-Prozent-Ziel Forschung und Entwicklung bis 2025	2,0
Breitbandausbau, Digitalpakt Schulen (Infrastruktur <sup>1</sup> )	Fonds
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>5,95</b>

3055

**2. Familien, Kinder und Soziales**

<b>Maßnahme</b>	<b>Summe 2018-21</b>
Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibetrag (Anteil Bund)	3,5
Kita (Gebühren und Qualität)	3,5
Bekämpfung Kinderarmut durch Kinderzuschlag	1,0
Eingliederungstitel SGB II: Sozialer Arbeitsmarkt / Soziale Teilhabe	4,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>12,0</b>

3056

**3. Bauen und Wohnen**

<b>Maßnahme</b>	<b>Summe 2018-21</b>
Weitere Förderung sozialer Wohnungsbau durch Bund in 2020/2021	2,0
Steuerliche Förderung von mehr Wohneigentum (AfA, energetische Gebäudesanierung, Förderung Eigentum für Familien)	2,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>4,0</b>

3057

**4. Gleichwertige Lebensverhältnisse, Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen**

<b>Maßnahme</b>	<b>Summe 2018-21</b>
Erhöhung der Mittel Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) 2020/21	1,0
Regionale Strukturpolitik / Strukturwandel Kohlepolitik	1,5
Ländliche Räume / Landwirtschaft	1,5
Fortsetzung kommunaler wie auch Landesprogramme	8,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>12,0</b>

3058 **5. Internationale Verantwortung bei Sicherheit und Entwicklung**

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung Etats für Verteidigung und ODA-Quote	2,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>2,0</b>

3059 **6. Entlastung der Bürger**

Maßnahme	Summe 2018-21
Solidaritätszuschlag	10,0
<b>Summe (Mrd.)</b>	<b>10,0</b>

3060 <sup>1</sup> Die weiteren Maßnahmen werden im Rahmen der Haushaltsaufstellungen 2018/2019 geklärt.

3061

3062 Weitere Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können finanziert werden,  
3063 wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende un-  
3064 mittelbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung sichergestellt ist.

3065

3066 Mit den Versteigerungserlösen der 5G-Lizenzen wollen wir einen Investitionsfonds  
3067 einrichten, der für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Verfügung steht.

3068

3069 Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von  
3070 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten  
3071 der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit  
3072 insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam – wo  
3073 erforderlich – effizienter neu aus.

3074

3075 Wir wollen durch die konkrete Programmgestaltung sicherstellen, dass die Mittel, die  
3076 der Bund für definierte Aufgaben, z. B. den sozialen Wohnungsbau, an andere Ge-  
3077 bietskörperschaften gibt, auch vollständig für genau diese Zwecke eingesetzt wer-  
3078 den.

3079

3080 **Steuerpolitik**

3081 Wir werden insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag  
3082 entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem  
3083 Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro  
3084 beginnen. Dadurch werden rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags  
3085 durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet.

3086

3087 Steuervereinfachung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges politisches Ziel, hier  
3088 Schritt für Schritt voranzukommen und dabei insbesondere auch die technischen  
3089 Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung zu nutzen. Wir werden das Angebot  
3090 an die Bürger für eine elektronische Kommunikation mit der Finanzverwaltung aus-  
3091 bauen. Wir streben die Einführung einer vorausgefüllten Steuererklärung für alle  
3092 Steuerpflichtigen bis zum Veranlagungszeitraum 2021 an.

3093

3094 Wir wollen eine gerechte Verteilung der Steuerlast bei Ehegatten. Wir wollen Ehegat-  
3095 ten über das Faktorverfahren besser informieren und die Akzeptanz stärken. Perso-  
3096 nen mit Steuerklassenkombination III/V sollen in den Steuerbescheiden regelmäßig  
3097 über das Faktorverfahren informiert und auf die Möglichkeit des Wechsels zur Steu-  
3098 erklassenkombination IV/IV mit Faktor hingewiesen werden.

3099  
3100 Wir unterstützen in Europa eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindest-  
3101 sätze bei den Unternehmenssteuern. Hier wollen wir mit Frankreich Initiativen ergrei-  
3102 fen, um auch eine Antwort auf internationale Veränderungen und Herausforderun-  
3103 gen, nicht zuletzt in den USA, zu geben.

3104  
3105 Die Abgeltungsteuer auf Zinserträge wird mit der Etablierung des automatischen In-  
3106 formationsaustausches abgeschafft; Umgehungstatbestände werden wir verhindern.  
3107 An dem bisherigen Ziel der Einführung einer Finanztransaktionsteuer im europäi-  
3108 schen Kontext halten wir fest.

3109  
3110 In Deutschland wollen wir einen gerechten Steuervollzug – von der Steuererhebung  
3111 bis zur Steuerprüfung. Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und  
3112 alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden.

3113  
3114 Das Erhebungs- und Erstattungsverfahren der Einfuhrumsatzsteuer stellt einen gra-  
3115 vierenden Wettbewerbsnachteil für die deutschen Industrie- und Handelsunterneh-  
3116 men sowie für die deutschen Flug- und Seehäfen dar. Wir werden daher diese Ver-  
3117 fahren in Kooperation mit den Bundesländern optimieren.

3118  
3119 Wir werden die Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern mit entsprechender Aus-  
3120 stattung stärken und weiterentwickeln. Es soll für Gebietsfremde zur zentralen An-  
3121 laufstelle für steuerliche Fragen und verbindliche Auskünfte werden.

### 3122 3123 **Steuerfairness**

3124 Wir wollen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, unfairen Steuerwettbewerb und  
3125 Geldwäsche effizient und unbürokratisch im nationalen, europäischen und internatio-  
3126 nalen Rahmen bekämpfen.

3127  
3128 Wir unterstützen ausdrücklich alle Bemühungen für eine gerechte Besteuerung gro-  
3129 ßer Konzerne, insbesondere auch der Internetkonzerne. Dabei setzen wir weiterhin  
3130 auf internationalen Konsens. Durch weltweit möglichst breite Implementierung der  
3131 OECD-BEPS-Verpflichtungen sowie -Empfehlungen schaffen wir faire steuerliche  
3132 Wettbewerbsbedingungen für grenzüberschreitende unternehmerische Tätigkeiten.  
3133 Wir werden unsere Verpflichtungen aus der EU-Anti-Steuervermeidungsrichtlinie im  
3134 Interesse des Standorts Deutschland umsetzen, die Hinzurechnungsbesteuerung  
3135 zeitgemäß ausgestalten, Hybridregelungen ergänzen und die Zinsschranke anpas-  
3136 sen.

3137  
3138 Wir werden Maßnahmen für eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft  
3139 ergreifen. Zur weiteren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs beim Handel mit Wa-  
3140 ren im Internet werden wir gesetzliche Regelungen schaffen, um Betreiberinnen und  
3141 Betreiber von elektronischen Marktplätzen, die den Handel unredlicher Unternehme-  
3142 rinnen und Unternehmer über ihren Marktplatz nicht unterbinden, für die ausgefallene  
3143 Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Die Betreiberinnen und Betreiber werden wir  
3144 dazu verpflichtet, über die auf ihren Plattformen aktiven Händlerinnen und Händler  
3145 Auskunft zu erteilen.

3146  
3147 Der Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, von  
3148 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, von Finanz- und Steuerbetrug sowie von  
3149 Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Wir werden den Zoll in allen Aufgabenbe-

3150 reichen, auch bei der Abfertigung internationaler Handelsströme, insbesondere durch  
3151 Personalmaßnahmen (Stellen, Besoldung) stärken.

3152

### 3153 **Finanzmarkt und Digitalisierung**

3154 Unsere Finanzmarktpolitik gibt der realwirtschaftlichen Dienstleistungsfunktion des  
3155 Finanzsektors Vorrang. Indem wir Transparenz schaffen, nachhaltige Wachstumsstrategien fördern und die Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure stärken, verbessern wir die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte. Risiko und Haftung gehören zusammen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht mehr für die Risiken des Finanzsektors eintreten müssen. Für uns gilt deshalb der Grundsatz: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft ohne angemessene Regulierung bleiben. Dies trägt auch zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte bei.

3163

3164 Wir setzen uns für eine zielgenaue, wirksame und angemessene Finanzmarktregulierung ein. Daher wollen wir die (Wechsel-)Wirkungen der nach der Finanzmarktkrise beschlossenen Regulierungsmaßnahmen untersuchen. Dabei wollen wir prüfen, ob ihre Ziele erreicht wurden und ob die Regulierung und die Aufsicht nach dem Grundsatz der doppelten Proportionalität ausgerichtet sind. Dort, wo es notwendig ist, werden wir auf eine Nachjustierung auch auf europäischer und internationaler Ebene hinwirken. Wir wollen dabei insbesondere kleine Institute entlasten, soweit von ihnen geringe Risiken für die Finanzstabilität ausgehen.

3172

3173 Regional tätige Finanzinstitute wie Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt. Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Förderbanken bzw. kleine und mittlere Privatbanken mit risikoarmen Geschäftsmodellen handelt oder um systemrelevante Großbanken.

3180

3181 Im Rahmen einer europäischen oder internationalen Lösung streben wir für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, z. B. für Hedgefonds und Schattenbanken, einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung für das Finanzsystem an. Systemrelevante Finanzinstitute sollen verbindlichen Regulierungsanforderungen und einer Aufsicht unterliegen. Gleiches Geschäft muss gleich reguliert werden.

3187

3188 Wir werden uns für attraktive Rahmenbedingungen am Finanzplatz Deutschland einsetzen und die digitale Infrastruktur für die Finanzmärkte weiter stärken. Angesichts des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wollen wir den Standort Deutschland für Finanzinstitute attraktiver gestalten. Dazu werden wir es möglich machen, Risikoträger im Sinne von § 2 Abs. 8 Institutsvergütungsverordnung, deren jährliche regelmäßige Grundvergütung das Dreifache der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung überschreitet, im Kündigungsschutzgesetz leitenden Angestellten gleichzustellen.

3196

3197 Auch eine kohärente Regulierung und Aufsicht sollen dazu beitragen, Deutschlands Rolle als einer der führenden Digitalisierungs- und FinTech-Standorte zu stärken. Wir werden unnötige bürokratische Hemmnisse beseitigen und dafür sorgen, dass Geschäfte mit gleichen Risiken auch gleich reguliert werden. Um das Potential der

3200

3201 Blockchain-Technologie zu erschließen und Missbrauchsmöglichkeiten zu verhin-  
3202 dern, wollen wir eine umfassende Blockchain-Strategie entwickeln und uns für einen  
3203 angemessenen Rechtsrahmen für den Handel mit Kryptowährungen und Token auf  
3204 europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Die Möglichkeiten der bargeldlo-  
3205 sen Zahlung sollen im digitalen Zeitalter erweitert werden. Anonymes Bezahlen mit  
3206 Bargeld muss weiterhin möglich bleiben.

3207  
3208 Die Sicherheit der IT-Systeme ist sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für die  
3209 Stabilität der Finanzmärkte von großer Bedeutung. Die Abwehr von Cyber-Angriffen  
3210 stellt auch für Finanzdienstleister eine wesentliche Herausforderung dar. Wir wollen  
3211 die Fähigkeiten der Finanzaufsicht im Bereich Digitalisierung und IT-Sicherheit stär-  
3212 ken und auch die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Aufsichts- und Sicherheits-  
3213 behörden intensivieren.

3214  
3215 Wir wollen die bisherigen Maßnahmen zum finanziellen Verbraucherschutz evaluie-  
3216 ren.

### 3217 **3. Energie**

3218 Wir wollen im Energiebereich die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Energie-  
3219 wende zum Treiber für Energieeffizienz, Modernisierung, Innovationen und Digitali-  
3220 sierung im Strom-, Wärme-, Landwirtschafts- und Verkehrssektor wird, ohne die in-  
3221 ternationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu gefähr-  
3222 den. Die dafür erforderliche Versorgungssicherheit muss durch entsprechende Rah-  
3223 menbedingungen auch am deutschen Energiemarkt zuverlässig gewährleistet sein.  
3224 Die Einbettung der Energiewende in den europäischen Zusammenhang eröffnet die  
3225 Chance, die Kosten zu senken und Synergien zu nutzen. Wir wollen zusätzliche  
3226 Wachstums- und Beschäftigungschancen in Deutschland und Exportchancen für  
3227 deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten. Zentrale Orientierung bleibt das  
3228 energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, verlässlicher Bezahlbarkeit  
3229 und Umweltverträglichkeit.

3230  
3231 Wir werden die internationale Energiezusammenarbeit ausbauen, um die Vorreiter-  
3232 rolle Deutschlands bei der Energiewende international zu nutzen und die Wettbe-  
3233 werbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu unterstützen. Um die deutsche Wirtschaft  
3234 weltweit zu vernetzen, werden wir verstärkt die internationalen Formate (z. B. G7,  
3235 G20) sowie die internationalen Energieinstitutionen (z. B. IEA, IRENA) nutzen. Wir  
3236 werden weitere bilaterale Energiepartnerschaften entwickeln, mit dem Ziel, der deut-  
3237 schen Industrie den Marktzugang zu erleichtern und die weltweite Energiewende vo-  
3238 ranzubringen.

3239  
3240 Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und Klimaschutzpolitik ist ein  
3241 weiterer zielstrebigere, effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter  
3242 Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unter diesen Voraussetzungen streben wir ei-  
3243 nen Anteil von etwa 65 Prozent Erneuerbarer Energien bis 2030 an und werden ent-  
3244 sprechende Anpassungen vornehmen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien  
3245 muss deutlich erhöht werden, auch um den zusätzlichen Strombedarf zur Erreichung  
3246 der Klimaschutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie zu decken.

3247  
3248  
3249 Vorgesehen sind Sonderausschreibungen, mit denen acht bis zehn Millionen Tonnen  
3250 CO<sub>2</sub> zum Klimaschutzziel 2020 beitragen sollen. Hier sollen je vier Gigawatt Onsho-  
3251 re-Windenergie und Photovoltaik sowie ein Offshore-Windenergiebeitrag zugebaut

3252 werden, je zur Hälfte wirksam in 2019 und 2020. Voraussetzung ist die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze.

3253  
3254 Die Herausforderung besteht in einer besseren Synchronisierung von Erneuerbaren Energien und Netzkapazitäten. Wir halten an dem Ziel der einheitlichen Stromgebotzone in Deutschland fest. Wir werden eine bessere regionale Steuerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien einführen und für die Ausschreibungen südlich des Netzengpasses einen Mindestanteil über alle Erzeugungsarten festlegen. Wir werden die Akteursvielfalt auch künftig sicherstellen, aber ausschließlich bundesimmissionsschutzrechtlich genehmigte Projekte an Ausschreibungen teilnehmen lassen.

3263  
3264 Wir wollen durch eine stärkere Marktorientierung der Erneuerbaren Energien Investitionen in Speichertechnologien und intelligente Vermarktungskonzepte fördern. Ziel ist es, die Versorgungssicherheit in allen Teilen Deutschlands weiterhin sicherzustellen und die EEG- und Systemkosten so gering wie möglich zu halten.

3268  
3269 Offshore-Wind-Energie hat eine industriepolitische Bedeutung für Deutschland und kann auch zur Kostensenkung beitragen. Wir setzen uns deshalb für ein nationales Offshore-Testfeld ein, mit dem wir die Offshore-Potenziale in der Energiewende erforschen werden.

3273  
3274 Wir werden:

- 3275 • Anstrengungen zum Ausbau und zur Modernisierung der Energienetze unternehmen. Zu diesem Zweck werden wir einen ambitionierten Maßnahmenplan zur Optimierung der Bestandsnetze und zum schnelleren Ausbau der Stromnetze erarbeiten. Es geht darum, mit neuen Technologien und einer stärkeren Digitalisierung, aber auch mit einer besseren Zusammenarbeit der Netzbetreiber die vorhandenen Netze höher auszulasten. Wir werden das Netzausbaubeschleunigungsgesetz novellieren und vereinfachen. Notwendig sind auch ökonomische Anreize für eine Optimierung der Netze;
- 3283 • mehr Akzeptanz für den Netzausbau schaffen und zu dessen Beschleunigung beitragen, indem wir mehr Erdverkabelung insbesondere im Wechselstrombereich und dort vor allem an neuralgischen Punkten, soweit technisch machbar, ermöglichen. Die politischen Vereinbarungen unserer Parteivorsitzenden („Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“) vom 1. Juli 2015 gelten fort;
- 3288 • die Verordnung zur Umsetzung der bereits beschlossenen bundesweit einheitlichen Übertragungsnetzentgelte unverzüglich erarbeiten;
- 3290 • mit einer Reform der Netzentgelte die Kosten verursachergerecht und unter angemessener Berücksichtigung der Netzdienlichkeit verteilen und bei Stromverbrauchern unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit mehr Flexibilität ermöglichen;
- 3293 • unter Anerkennung der zunehmenden Verantwortung der Stromverteilnetzbetreiber den Regulierungsrahmen weiterentwickeln, um Investitionen in intelligente Lösungen (Digitalisierung) – gerade auch im Bereich der Verteilnetze – zu flankieren;
- 3296 • im Rahmen des gesetzlichen Monitorings die Bezahlbarkeit von Energie und die Versorgungssicherheit regelmäßig bewerten. Außerdem werden wir jedes Jahr überprüfen, wie sich die Netzengpässe entwickeln, und ab Anfang 2019 daraus den notwendigen Handlungsbedarf ableiten (Stresstests);
- 3300 • beim weiteren Ausbau der Windenergie an Land einen besseren Interessenausgleich zwischen Erneuerbaren-Branche einerseits und Naturschutz- und Anwohneranliegen andererseits gewährleisten;



- 3303 • durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren  
3304 Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-  
3305 Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen  
3306 und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim  
3307 EE-Ausbau führt. Wir werden die bestehende Mieterstromregelung optimieren, in-  
3308 dem der Verlust der tradierten gewerbesteuerlichen Behandlung von Wohnungs-  
3309 baugenossenschaften vermieden wird, um nachhaltige Mieterstrommodelle zu er-  
3310 möglichen;
- 3311 • die Kopplung der Sektoren Wärme, Mobilität und Elektrizität in Verbindung mit  
3312 Speichertechnologien voranbringen. Dafür müssen die Rahmenverbindungen an-  
3313 gepasst werden. Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber haben durch ihre Nähe zu  
3314 Energieversorgern und Verbrauchern sowie dem öffentlichen Nahverkehr eine  
3315 Schlüsselposition in der Sektorkopplung. Für Speicher wollen wir entsprechende  
3316 Forschungs- und Fördermittel bereitstellen. Deutschland soll wieder Standort für  
3317 Batteriezellproduktion werden. Wir wollen ein Fraunhofer-Institut für Speichertechno-  
3318 logien einrichten und vorhandene Kompetenzen einbinden. Die Wasserstoff-  
3319 technologie wollen wir stärken;
- 3320 • prüfen, inwieweit zukünftig nicht mehr benötigte Kraftwerksstandorte für große  
3321 thermische Speicher-Kraftwerke genutzt werden können. Wir werden die unter-  
3322 schiedliche Belastung von gespeicherter Energie prüfen und vereinheitlichen. Wir  
3323 werden Speichern die Möglichkeit eröffnen, mehrere Dienstleistungen gleichzeitig  
3324 zu erbringen, etwa Regelenergie und Mieterstrom. Wir werden Wärmespeicher  
3325 insbesondere für Quartiers- und Siedlungslösungen unterstützen;
- 3326 • die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) weiterentwickeln und umfassend modernisie-  
3327 ren, so dass sie im Rahmen der Energiewende eine Zukunft hat. Wir werden die  
3328 Kraft-Wärme-Kopplung CO<sub>2</sub>-ärmer ausgestalten und flexibilisieren. Wir wollen  
3329 KWK-Anlagen und die Fernwärmeinfrastruktur ausbauen und effizienter machen;
- 3330 • die Planung und Finanzierung von Energieinfrastrukturen – einschließlich der be-  
3331 stehenden Gas- und Wärmeinfrastruktur für die Sektorkopplung – so reformieren,  
3332 dass die verschiedenen Infrastrukturen koordiniert energiewendetauglich und kos-  
3333 teneffizient weiterentwickelt werden;
- 3334 • Deutschland zum Standort für LNG-Infrastruktur machen.

3335  
3336 Wir werden unter breiter Beteiligung eine ambitionierte und sektorübergreifende  
3337 Energieeffizienzstrategie des Bundes erarbeiten und darin das Leitprinzip „Efficiency  
3338 First“ verankern mit dem Ziel, den Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 um  
3339 50 Prozent zu senken. Den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) werden  
3340 wir basierend auf den Ergebnissen des Grünbuchs Energieeffizienz weiterentwickeln  
3341 und schnellstmöglich umsetzen. Bestehende Programme zur Förderung der Energie-  
3342 effizienz wollen wir evaluieren und bei Bedarf nutzergerecht optimieren. Wir wollen  
3343 die Fördermittel auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren.

3344  
3345 Wir werden die Energieforschung vermehrt auf die Energiewende ausrichten. Ge-  
3346 meinsam mit der Wirtschaft und der Wissenschaft werden wir neue Formate der Ver-  
3347 netzung schaffen, die uns helfen, die Wertschöpfung und die klügsten Köpfe in  
3348 Deutschland zu halten. Dazu wollen wir u. a.:

- 3349 • im Rahmen der Energieforschung gezielt öffentliche Mittel zur Entwicklung CO<sub>2</sub>-  
3350 armer Industrieprozesse bzw. zur CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft bereitstellen,
- 3351 • den Übergang von Forschung zu Demonstration und Markteinführung unterstützen  
3352 und die „Reallabore“ (z. B. Power to Gas/Power to Liquid) als weitere Säule der  
3353 Energieforschung ausbauen,

- 3354 • den Zugang zu der Forschungsförderung für Start-ups deutlich erleichtern.  
3355

#### 3356 **4. Verkehr**

3357 Mobilität ist eine zentrale Grundlage für individuelle Freiheit und gesellschaftlichen  
3358 Wohlstand, für wirtschaftliches Wachstum und für Arbeitsplätze in allen Regionen.  
3359 Wir wollen deshalb für alle Menschen in Deutschland eine moderne, saubere, barriere-  
3360 freie und bezahlbare Mobilität organisieren und dabei die gesellschaftlichen Her-  
3361 ausforderungen, wie den demografischen Wandel, die Urbanisierung, Anbindung  
3362 ländlicher Räume und Globalisierung, meistern. Um den Zusammenhalt in Europa zu  
3363 stärken, werden wir die grenzüberschreitende Mobilität verbessern. Wir wollen unse-  
3364 re Infrastruktur weiter ausbauen und modernisieren und die großen Chancen von  
3365 digitalen Innovationen, wie automatisiertes und vernetztes Fahren, und von alternati-  
3366 ven Antrieben auf allen Verkehrsträgern nutzen.

3367

#### 3368 **Finanzierung / Verkehrsinvestition**

3369 Wir werden den Investitionshochlauf auf einem Rekordniveau für die Verkehrsinvesti-  
3370 tionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortführen. Für die Planungs- und Finan-  
3371 zierungssicherheit wird die Überjährigkeit der zur Verfügung gestellten Haushaltsmit-  
3372 tel dauerhaft sichergestellt. Zugleich werden wir Finanzierungsinstrumente imple-  
3373 mentieren, mit denen jährlichen Haushaltsresten entgegengesteuert wird. Wir setzen  
3374 weiterhin unseren Schwerpunkt auf den Erhalt vor dem Neu- und Ausbau.

3375

3376 Die prioritären Projekte des Bundesverkehrswegeplans 2030 wollen wir auskömmlich  
3377 finanzieren. Bis zum 3. Quartal 2018 werden wir die Schienenprojekte des potenziel-  
3378 len Bedarfs unter Berücksichtigung der Berechnungen des Verkehrsressorts bewert-  
3379 en. Im neuen Verkehrsinfrastrukturzustandsbericht werden wir transparent die priori-  
3380 tären Erhaltungsmaßnahmen nach Bundesländern aufführen.

3381

3382 Wir werden die noch nicht fertiggestellten Öffentlich-Privaten Partnerschaften der  
3383 1.-3. Staffel realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit auf Basis der mit dem Bundes-  
3384 rechnungshof abgestimmten Regularien transparent nachgewiesen worden ist. Die  
3385 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die Konzessionsverträge werden wir nach  
3386 Vergabe bei Zustimmung des Konzessionsnehmers im Internet veröffentlichen.

3387

3388 Den Aufbau der Infrastrukturgesellschaft Verkehr werden wir unter Einbindung der  
3389 Gewerkschaften und Personalräte bei den Organisationsentscheidungen eng  
3390 begleiten. Die Möglichkeit, die Planfeststellung weiterhin durch die Länder  
3391 durchführen zu können, ist rechtssicher auszugestalten.

3392

3393 Die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zu einer verbesserten  
3394 Ausgabenpauschale für die Bundesfernstraßen wollen wir umsetzen.

3395

3396 Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr  
3397 bleibt ausgeschlossen.

3398

3399 Wir halten an der zügigen Ausdehnung der Lkw-Maut für Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen  
3400 auf alle Bundesstraßen fest und werden auf Grundlage des neuen  
3401 Wegekostengutachtens eine durchschnittliche Mauthöhe für Lkw auf allen  
3402 Bundesfernstraßen festlegen.

3403

3404 Wir werden die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bis  
3405 2021 auf jährlich eine Milliarde Euro erhöhen und danach jährlich dynamisiert für  
3406 Aus- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung stellen.  
3407

### 3408 **Planungsbeschleunigung**

3409 Wir werden ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschieden. Damit  
3410 wollen wir deutliche Verbesserungen und noch mehr Dynamik in den Bereichen Ver-  
3411 kehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen erreichen. Durch frühzeitige Bürgerbeteili-  
3412 gung, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz wollen wir unsere öffentli-  
3413 chen Verkehrswege schneller planen und bauen. Mit Änderung der rechtlichen Vor-  
3414 gaben wollen wir Erleichterungen für Infrastrukturprojekte erreichen. Dabei orientie-  
3415 ren wir uns an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit sowie an den zwölf Punkten  
3416 der Strategie Planungsbeschleunigung des Verkehrsressorts. Für ausgewählte Pro-  
3417 jekte mit überragendem öffentlichem Interesse werden wir die Planungs- und Ge-  
3418 nehmungsverfahren verkürzen und die Verwaltungsgerichtsverfahren auf eine In-  
3419 stanz beschränken.  
3420

3421 Zudem wollen wir auf Grundlage europäischen Rechts das Verbandsklagerecht in  
3422 seiner Reichweite überprüfen und uns auf EU-Ebene für die Wiedereinführung der  
3423 Präklusion einsetzen.  
3424

3425 Für fünf Pilotprojekte wollen wir Baurecht durch Maßnahmengesetze erproben. Das  
3426 Instrument der Plangenehmigung wollen wir stärken, insbesondere bei Ersatzneu-  
3427 bauten und Lärmschutzmaßnahmen. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir die  
3428 Gewinnung von Fachpersonal gezielt angehen.  
3429

3430 Die digitale Planungsmethode „Building Information Modeling“ (BIM) reduziert Kosten  
3431 und minimiert die Risiken von Kosten- und Terminüberschreitungen. Deshalb werden  
3432 wir die BIM baldmöglichst bei allen neu zu planenden Verkehrsinfrastrukturprojekten  
3433 zur Anwendung bringen.  
3434

### 3435 **Mobilität und Umwelt**

3436 Wir werden eine Kommission unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus  
3437 Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern  
3438 und Regionen einsetzen, die bis Anfang 2019 eine Strategie „Zukunft der  
3439 bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ mit verlässlicher Zeitschiene erarbeitet. Die  
3440 Mobilität – und damit die Automobilwirtschaft – stehen aktuell vor enormen  
3441 Herausforderungen. Klimaschutz, Luftreinhaltung, neue Mobilitäts- und  
3442 Geschäftsmodelle und sich stark divergent entwickelnde Weltmärkte sind hierbei  
3443 bedeutende Aspekte. Die Mobilitätspolitik ist dem Pariser Klimaschutzabkommen und  
3444 dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung verpflichtet. Wir wollen die  
3445 Klimaziele von Paris erreichen und dabei soziale Belange berücksichtigen, die  
3446 Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gewährleisten und bezahlbare Mobilität  
3447 sicherstellen. Dafür bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen, wie z. B. der  
3448 Förderung von Elektromobilität, des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und  
3449 des Schienenverkehrs, effizienteren und saubereren Verbrennungsmotoren inklusive  
3450 Nachrüstungen sowie der Verstetigung der Mittel im Rahmen des Nationalen Forums  
3451 Diesel.  
3452

3453 Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Anstrengungen für eine  
3454 Verbesserung der Luftqualität insbesondere in besonders belasteten Innenstädten

3455 erheblich verstärken. Wir wollen Fahrverbote vermeiden und die Luftreinhaltung  
3456 verbessern. Die Kommunen wollen wir unterstützen, die Emissionsgrenzwerte im  
3457 Rahmen ihrer Luftreinhaltepläne mit anderen Maßnahmen als mit pauschalen  
3458 Fahrverboten einzuhalten.

3459  
3460 Wir wollen insbesondere die Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr an der  
3461 Quelle weiter reduzieren. Dazu gehören – soweit technisch möglich und wirtschaftlich  
3462 vertretbar – technische Verbesserungen von Fahrzeugen im Bestand. Wir werden im  
3463 Jahr 2018 auf Basis der Ergebnisse der laufenden Untersuchungen zu Hardware-  
3464 Nachrüstungsvarianten in der Arbeitsgruppe „Technische Nachrüstung“ und den  
3465 weiteren Entscheidungen des „Diesel-Gipfels“ sowie aller rechtlicher Fragen der  
3466 Zulassung, Gewährleistung und Kostentragung sowie in Kenntnis von  
3467 Gerichtsentscheidungen und den Entscheidungen auf europäischer Ebene über  
3468 weitere Schritte zur NOx-Reduzierung, auch der technischen Nachrüstungen,  
3469 entscheiden. Wir setzen uns dabei für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen  
3470 von Bund, Ländern, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften ein.

3471  
3472 In den besonders betroffenen Städten wollen wir aus dem Fonds „Nachhaltige  
3473 Mobilität für die Stadt“ Mobilitätspläne zur Schadstoffreduktion sowie die darin  
3474 verankerten Maßnahmen fördern. Das Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“  
3475 wollen wir fortschreiben. Bundes- und Landesprogramme sollen kumuliert werden  
3476 können.

3477  
3478 Wir wollen den Umstieg der Fahrzeugparks von Behörden, Taxiunternehmen,  
3479 Handwerksbetrieben sowie des ÖPNV auf emissionsarme bzw. -freie  
3480 Antriebstechnologien durch Aufwertung der Förderprogramme vorantreiben.  
3481 Außerdem wollen wir die Verlagerung der Pendlerverkehre auf die Schiene (u. a.  
3482 Park+Ride) fördern. Zudem wollen wir den Ordnungsrahmen so ändern, dass  
3483 Länder, Städte und Kommunen in der Lage sind, verbindliche Vorgaben und  
3484 Emissionsgrenzwerte für den gewerblichen Personenverkehr wie Busse, Taxen,  
3485 Mietwagen und Carsharing-Fahrzeuge sowie für Kurier-, Express-, Paket-Fahrzeuge  
3486 zu erlassen. Gleichzeitig wollen wir bei Taxen und leichten Nutzfahrzeugen den  
3487 Umstieg auf emissionsarme Antriebe technologieoffen im bestehenden  
3488 Finanzrahmen durch eine Erhöhung der bestehenden Kaufprämie bei  
3489 Elektrofahrzeugen fördern und für weitere Technologien andere Förderinstrumente  
3490 entwickeln.

3491  
3492 Für die Überwachung der bereits im Markt befindlichen Fahrzeuge werden wir eine  
3493 flächendeckende Feldüberwachung sowie ein wirksames Sanktionssystem bei  
3494 Nichteinhaltung von Emissionsvorschriften gegenüber den Herstellern etablieren. Wir  
3495 werden die Gründung des Deutschen Instituts für Verbrauchs- und  
3496 Emissionsmessungen (DIVEM) vorantreiben.

3497  
3498 Wir wollen das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und  
3499 Brennstoffzellentechnologie fortführen. Wir wollen die Mobilitäts- und  
3500 Kraftstoffstrategie (MKS) technologieoffen weiterentwickeln und die Mittel zu deren  
3501 Umsetzung erhöhen. Wir wollen die Sektorenkopplung voranbringen und den  
3502 regulativen Rahmen ändern, so dass „grüner Wasserstoff“ und Wasserstoff als  
3503 Produkt aus industriellen Prozessen als Kraftstoff oder für die Herstellung  
3504 konventioneller Kraftstoffe (z. B. Erdgas) genutzt werden kann. Wir wollen die TMG-

3505 Quote weiterentwickeln, um die Produktion von Biokraftstoffen abfall- und  
3506 reststoffbasiert sowie auf Pflanzenbasis zu unterstützen.

3507

3508 Bei der pauschalen Dienstwagenbesteuerung werden wir für E-Fahrzeuge (Elektro-  
3509 und Hybridfahrzeuge) einen reduzierten Satz von 0,5 Prozent des inländischen Lis-  
3510 tenpreises einführen.

3511

3512 Wir wollen die Elektromobilität (batterieelektrisch, Wasserstoff und Brennstoffzelle) in  
3513 Deutschland deutlich voranbringen und die bestehende Förderkulisse, wo erforder-  
3514 lich, über das Jahr 2020 hinaus aufstocken und ergänzen. Wir wollen den Aufbau  
3515 einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur intensivieren. Ziel ist, bis 2020  
3516 mindestens 100 000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge zusätzlich verfügbar zu ma-  
3517 chen – wovon mindestens ein Drittel Schnellladesäulen (DC) sein sollen. Zudem wol-  
3518 len wir die Errichtung von privaten Ladesäulen fördern. Für eine nachhaltige Umstel-  
3519 lung der Busflotten auf alternative Antriebe sind neben den Fahrzeugen auch eine  
3520 geeignete Ladeinfrastruktur sowie Betriebsmanagementsysteme erforderlich. Den  
3521 Einbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge von Mieterinnen und Mietern sowie  
3522 Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern werden wir rechtlich erleich-  
3523 tern. Außerdem werden wir die gesetzlichen Bedingungen für benutzerfreundliche  
3524 Bezahlssysteme verbessern.

3525

3526 Für gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge führen wir eine auf fünf Jahre befristete  
3527 Sonder-AfA (Abschreibung für Abnutzung) von 50 Prozent im Jahr der Anschaffung  
3528 ein. Wir wollen zudem die Förderung für die Umrüstung und Anschaffung von  
3529 E-Taxen, E-Bussen, E-Nutzfahrzeugen und Carsharing verstetigen.

3530

3531 Wir wollen die bestehende „Nationale Plattform Elektromobilität“ zu einer Plattform  
3532 „Zukunft der Mobilität“ umgestalten, die sich mit der Weiterentwicklung der Automo-  
3533 bilindustrie beschäftigt. Die Ansiedlung einer Batteriezellfertigung ist für Deutschland  
3534 und Europa ein wichtiges wirtschafts- und industriepolitisches Handlungsfeld. Wir  
3535 wollen die Industrie dabei unterstützen, die gesamte Wertschöpfungskette der Elekt-  
3536 romobilität in Deutschland und Europa vorzuhalten.

3537

3538 Für den Schienenverkehr wollen wir ein umfassendes Förderprogramm auflegen, das  
3539 sowohl die Elektrifizierung von Strecken als auch die Anschaffung von Fahrzeugen  
3540 nebst Nachlade-/Tankinfrastruktur umfasst. Den Schienenpersonennahverkehr  
3541 wollen wir mit Investitionszuschüssen für Brennstoffzellen-Hybrid-Triebwagen inkl.  
3542 Ausstattung/Umrüstung der Depots und Bau und Betrieb von Wasserstofftankstellen  
3543 unterstützen. Um die Wirtschaftlichkeit von Elektrobussen zu erhöhen, wollen wir sie  
3544 analog der Schienenbahnen von der EEG-Umlage freistellen.

3545

### 3546 **Schieneverkehr**

3547 Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der  
3548 Eisenbahnen in Deutschland sein. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft  
3549 wollen wir bis 2030 doppelt so viele Bahnkundinnen und Bahnkunden gewinnen und  
3550 dabei u. a. mehr Güterverkehr auf die umweltfreundliche Schiene verlagern. Wir  
3551 wollen die Maßnahmen des Masterplans Schienengüterverkehr dauerhaft umsetzen.  
3552 Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und  
3553 mehr Innovationen investieren.

3554

3555 Die priorisierten Maßnahmen zur Schaffung eines deutschlandweiten  
3556 740-Meter-Netzes für Güterzüge werden wir bis 2020 realisieren.

3557

3558 Wir wollen die Digitalisierung der Schiene, auch auf hochbelasteten S-Bahnstrecken,  
3559 vorantreiben und den Ausbau der europäischen Leit- und Sicherungstechnik ETCS,  
3560 elektronischer Stellwerke und Umrüstung der Lokomotiven durch den Bund  
3561 unterstützen. Die Automatisierung des Güterverkehrs und das autonome Fahren auf  
3562 der Schiene wollen wir durch Forschung und Förderung unterstützen.

3563

3564 Bis 2025 wollen wir 70 Prozent des Schienennetzes in Deutschland elektrifizieren.  
3565 Mit einer neuen Förderinitiative wollen wir regionale Schienenstrecken elektrifizieren.  
3566 Wir wollen zudem mehr hindernisfreie Mobilität ermöglichen. Ein Schlüsselprojekt  
3567 dabei ist das Programm zur Förderung von Barrierefreiheit auf Bahnhöfen.

3568

3569 Wir wollen Bundesmittel für den Betrieb von Schienennebenstrecken zur Verfügung  
3570 stellen sowie ein Programm zur Förderung der Mobilität im ländlichen Raum  
3571 auflegen. Wir wollen Bahnhöfe und -haltstellen in den Regionen halten.

3572

3573 Wir wollen ein Instrumentarium entwickeln, mit dem Aufgabenträger übergreifende  
3574 Schienenverkehrsprojekte von besonderer Bedeutung beschleunigt realisieren  
3575 können (z. B. Schienenverkehrsknoten in Mischnutzung aus S-Bahn, Schienennah-  
3576 und Fernverkehr sowie strategische grenzüberschreitende Schienenverbindungen).

3577

3578 Wir wollen die Förderung für NE-Bahnen für den Ausbau öffnen. Das  
3579 Eisenbahnkreuzungsgesetz wollen wir ändern, um den kommunalen Anteil der  
3580 Finanzierung an TEN-Strecken zu reduzieren.

3581

3582 Für ein „Tausend-Bahnhöfe“-Förderprogramm zur Attraktivitätssteigerung gerade  
3583 kleinerer Bahnhöfe, das Bahnanlagen und das Bahnhofsumfeld einbezieht, wollen  
3584 wir die Länder, Kommunen und die Deutsche Bahn als Partner gewinnen. Damit  
3585 wollen wir u. a. die Sanierung von Bahnhofsgebäuden fördern.

3586

3587 Für uns steht als Eigentümer der Deutschen Bahn AG nicht die Maximierung des  
3588 Gewinns, sondern eine sinnvolle Maximierung des Verkehrs auf der Schiene im  
3589 Vordergrund.

3590

3591 Wir halten am integrierten Konzern Deutsche Bahn AG fest. Eine Privatisierung der  
3592 Bahn lehnen wir ab. Das Schienennetz und die Stationen sind Teil der öffentlichen  
3593 Daseinsvorsorge. Entscheidungen, an welcher Stelle des Netzes in den Erhalt und  
3594 Ausbau der Schieneninfrastruktur investiert wird, müssen durch den Bund frei von  
3595 Gewinninteressen privater Dritter gefällt werden.

3596

3597 Wir werden in den Satzungen der DB Netz AG, der DB Station&Service AG sowie  
3598 des Gesamtkonzerns volkswirtschaftliche Ziele wie die Steigerung des Marktanteils  
3599 der Schiene festschreiben und die Vorstände der Unternehmen auf die Erfüllung der  
3600 Ziele verpflichten.

3601

3602 Die für den Schienenverkehr zuständige Fachabteilung und deren nachgeordnete  
3603 Behörden im für Verkehr zuständigen Ressort wollen wir strukturell und personell  
3604 stärken und eine/n hochrangige/n Beauftragte/n der Bundesregierung für den  
3605 Schienenverkehr einsetzen.

3606  
3607 Zur Kostenentlastung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des  
3608 Schienenverkehrs wollen wir die Senkung der Trassenpreise konsequent  
3609 weiterverfolgen. Wir werden das Eisenbahnregulierungsrecht evaluieren.

3610  
3611 Wir wollen mit der DB AG eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung  
3612 abschließen (LuFV III). Wesentliches Qualitätskriterium ist dabei die  
3613 Netzverfügbarkeit. Zudem wollen wir Anreize für ein nutzerfreundliches  
3614 Baustellenmanagement im Schienennetz schaffen.

3615  
3616 Wir werden prüfen, wie Einzelwagenverkehre wirtschaftlich betrieben werden  
3617 können.

3618  
3619 Wir werden die Umsetzung des Deutschlandtakts vorantreiben. Die dafür  
3620 vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir bevorzugt realisieren. Unser  
3621 Ziel ist, vertakteten Fernverkehr auf der Schiene deutlich zu stärken, das beinhaltet  
3622 auch eine Ausweitung des Angebots auf größere Städte und Regionen, so dass  
3623 mehr Menschen von Direktverbindungen im Fernverkehr profitieren. Den optimierten  
3624 Zielfahrplan bestimmt die Politik. In diesem Fahrplan sind auch die notwendigen  
3625 leistungsfähigen Güterverkehrstrassen enthalten. Unter Federführung des  
3626 Bundesverkehrsministeriums müssen die Infrastrukturunternehmen, die  
3627 Eisenbahnverkehrsunternehmen des Fernverkehrs, die Bundesländer mit den  
3628 Aufgabenträgern des SPNV sowie die Öffentlichkeit inklusive der Fahrgast- und  
3629 Verbraucherverbände an diesem Prozess beteiligt werden. Der weitere Ausbau der  
3630 Infrastruktur muss sich am gewünschten Fahrplan ausrichten.

3631  
3632 Wir werden die gesetzlichen Regelungen zum Vergaberecht so anpassen, dass die  
3633 Landkreise und Kommunen die Weiterbeschäftigung der bisherigen Beschäftigten  
3634 beim Leistungsübergang im ÖPNV auf andere Betreiber zu den bestehenden  
3635 Arbeits- und Sozialbedingungen vorschreiben können.

3636  
3637 Wir werden uns im Mobilitätsbereich an der UN-Behindertenrechtskonvention  
3638 orientieren. Der Bund begleitet den Prozess zum barrierefreien ÖPNV bis 2022.

3639

#### 3640 **Mehr Verkehrssicherheit und Mobilität 4.0**

3641 Wir sehen uns der „Vision Zero“, also der mittelfristigen Senkung der Anzahl der  
3642 Verkehrstoten auf null, verpflichtet. Deshalb wollen wir nach Auslaufen des  
3643 „Verkehrssicherheitsprogramms 2011“ ein Anschlussprogramm auflegen. Die  
3644 Umsetzung von verkehrssicherheitserhöhenden Projekten, wie z. B. „Schutzstreifen  
3645 für Radfahrer außerorts“, wollen wir unterstützen. Die Kontrollbehörden des Bundes  
3646 wollen wir personell besser ausstatten, um die Kontrolldichte zu erhöhen. Wir werden  
3647 zur Steigerung der Verkehrssicherheit den rechtssicheren Einsatz moderner  
3648 technischer Hilfsmittel wie z. B. Alcolocks ermöglichen. Nach der Einführung des  
3649 neuen Punktesystems ist eine Evaluierung des Bußgeldkatalogs notwendig.

3650

3651 Wir werden die großen Chancen von digitalen Innovationen wie automatisiertes und  
3652 vernetztes Fahren nutzen. Die Digitalisierung des Verkehrssystems erfordert neben  
3653 großen Investitionen in die Verkehrstechnik auch den Ausbau der Informations- und  
3654 Kommunikationstechnik. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die  
3655 Breitbandversorgung aller Verkehrsträger in den kommenden Jahren sichergestellt  
3656 und dass schnelles mobiles Internet (5G) durch die Telekommunikations-

3657 Unternehmen ausgebaut wird. Bei der Versteigerung der Frequenzen werden wir  
3658 entsprechende Vorgaben zur Versorgung und flächendeckenden Abdeckung  
3659 vorlegen.

3660  
3661 Damit autonome Fahrzeuge im öffentlichen Raum rechtssicher getestet und  
3662 eingesetzt werden können, werden wir Experimentierklauseln bzw.  
3663 Ausnahmeregelungen schaffen. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir die  
3664 rechtlichen Voraussetzungen für vollautonome Fahrzeuge (Stufe 5) auf geeigneten  
3665 Infrastrukturen schaffen. Wir wollen die Haftungsregelungen beim Einsatz autonomer  
3666 Systeme (z. B. selbstfahrende Kfz, Roboter) mit dem Ziel auf den Prüfstand stellen,  
3667 um gegebenenfalls drohende Haftungslücken zu schließen.

3668  
3669 Den Ausbau der Straßenverkehrstelematik wollen wir weiterführen und intelligente  
3670 Parkleitsysteme aufbauen. Hierfür werden wir ein „digitales Straßengesetz“  
3671 erarbeiten.

3672  
3673 Wir wollen den erfolgreichen Aufbau der „Digitalen Testfelder Autobahnen“  
3674 weiterführen und Digitale Testfelder auf der Straße (insbesondere in den Städten),  
3675 Schiene und Wasserstraße („autonomes Fahren auf der Elbe“ – Elbe 4.0)  
3676 unterstützen. Wir werden Fahrerassistenzsysteme wie nicht abschaltbare  
3677 Notbremssysteme oder Abbiegeassistenten für Lkw und Busse verbindlich  
3678 vorschreiben und eine Nachrüstpflicht für Lkw- Abstandswarnsysteme prüfen.

3679  
3680 Wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV künftig mit einem  
3681 elektronischen Ticket (eTicket) bargeldlos – vorzugsweise mit einer Anwendung im  
3682 Smartphone – über Verkehrsverbünde hinweg, bundesweit fahren können. Wir  
3683 werden die Verknüpfung der Verkehrsträger verbessern, indem wir bessere  
3684 Informationen in Echtzeit zur Verfügung stellen. Im Rahmen der internetbasierten  
3685 Fahrzeugzulassung (i-Kfz) werden wir die internetbasierte Neuzulassung und  
3686 Umschreibung einführen.

3687  
3688 Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Wir wollen durch neue Open-Data-  
3689 Anwendungen die Mobilität der Menschen und den Transport der Waren vereinfachen.  
3690 Gleichzeitig kann durch Open-Data Transparenz hergestellt und Betrug, z. B.  
3691 durch Tachomanipulationen, wirksam bekämpft werden.

3692  
3693 Die Bürgerinnen und Bürger müssen sicher sein, dass ihre Daten jederzeit geschützt  
3694 sind und nicht gegen ihre Interessen eingesetzt werden. Um beim automatisierten  
3695 Fahren Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, werden wir einen Ver-  
3696 ordnungsentwurf im Bundestag vorlegen.

## 3697 3698 **Luftverkehr**

3699 Wir wollen faire Rahmenbedingungen im Einklang mit europäischen und internationa-  
3700 len Regelungen für die Luftverkehrswirtschaft. Dazu gehören die Umsetzung des  
3701 Luftverkehrskonzeptes, die Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen  
3702 von einseitigen nationalen Kosten. Damit haben wir bereits im letzten Jahr begon-  
3703 nen.

3704  
3705 Die bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung der Flughäfen muss auch in Zukunft  
3706 möglich sein. Die Luftverkehrswirtschaft ist aufgefordert, den durch Emissionen ver-  
3707 ursachten Nachteilen wirksam zu begegnen.



3708  
3709 Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe. Daher soll der Staat mehr  
3710 strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten  
3711 für die Sicherheit der Menschen beim Fliegen übernehmen. Wir werden gleichzeitig  
3712 die bestehende Organisation und Aufgabenwahrnehmung und -verteilung für die  
3713 Luftsicherheit begutachten und konzeptionelle Vorschläge erarbeiten lassen, um die-  
3714 se in Deutschland einheitlicher und effizienter zu gestalten.

3715  
3716 Wir befürworten den Beschluss zur weltweiten Einführung des  
3717 Klimaschutzinstruments CORSIA durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation  
3718 (ICAO) ab 2020. Innovative Luftverkehrstechnologien werden wir fördern. Wir werden  
3719 uns national, europäisch und international dafür einsetzen, dass die Emissionen des  
3720 Luft- und insbesondere Seeverkehrs gesenkt werden und beide Sektoren zu den  
3721 internationalen Klimazielen beitragen. Den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug des  
3722 Luftfahrtforschungsprogramms (LUFO) wollen wir weiter ausbauen und mehr  
3723 finanzielle Mittel zur Verbesserung der Erforschung und Erprobung alternativer  
3724 Treibstoffe im Luftverkehr bereitstellen, dazu gehört auch die Ausstattung von  
3725 Flughäfen mit Landstrom. Für den Luftverkehr wollen wir die Forschung und  
3726 Entwicklung zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten  
3727 Kraftstoffen vorantreiben und fördern.

3728  
3729 Wir wollen die industriepolitische Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Luftfahrt und  
3730 Gewerkschaften zur Stärkung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des  
3731 Luftfahrtstandorts Deutschland institutionalisieren und mit einer regelmäßigen Bund-  
3732 Länder-Konferenz begleiten.

3733  
3734 Die Sicherheit der Menschen muss auch bei zunehmender kommerzieller und priva-  
3735 ter Nutzung von Drohnen gegeben sein. Den rechtlichen Rahmen werden wir weiter-  
3736 entwickeln. Wir setzen dabei insbesondere auf eine Registrierungspflicht, vereinfach-  
3737 te Zulassungsverfahren und technische Neuerungen (z. B. Geofencing). Wir wollen  
3738 auf die Deutsche Flugsicherung einwirken, die Treibstoffschnellablässe zeitnah auf  
3739 ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

3740  
3741 Wir halten an der Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn fest. Alle Beteilig-  
3742 ten sind aufgefordert, an einer zügigen Fertigstellung des neuen Hauptstadtflughaf-  
3743 ens BER mitzuwirken.

3744  
3745 Wir werden die Genehmigungsdauer für Ein- und Ausflüge von Ad-hoc-  
3746 Frachtchartern deutlich verkürzen. Hierfür werden wir das Luftfahrtbundesamt stär-  
3747 ken. Für den Flughafen Leipzig-Halle wollen wir die Frachtfluglandrechte erweitern  
3748 und diesen generell als Landepunkt für den Luftfrachtverkehr in die assoziierten Do-  
3749 kumente und damit in die Luftverkehrsabkommen aufnehmen.

3750  
3751 Wir unterstützen den Novellierungsvorschlag der EU-Kommission für die europäische  
3752 Fluggastrechte-Verordnung.

### 3753 3754 **Schifffahrt**

3755 Das Gesamtsystem aus Häfen und Wasserstraßen werden wir durch eine bessere  
3756 konzeptionelle Vernetzung nachhaltig stärken. Zur Förderung des maritimen  
3757 Standortes wollen wir die Förderinstrumente evaluieren und weiterentwickeln. Das

3758 nationale Hafenkonzept wollen wir konsequent umsetzen. Das Deutsche Maritime  
3759 Zentrum (DMZ) wird als zentraler Ansprechpartner etabliert.

3760  
3761 Wir werden das Maritime Bündnis unter Einbeziehung der Gewerkschaften stärken.  
3762 Wir werden in Deutschland maritimes Know-how erhalten und dazu die maritime  
3763 Ausbildung stärken. Die Auswirkungen der Entlastungsoffensive für die deutsche  
3764 Flagge werden evaluiert. Bei Bedarf wollen wir das Gesamtpaket – einschließlich der  
3765 Ausbildungsplatzförderung – anpassen. Die Optimierung und Modernisierung der  
3766 Flaggenstaatverwaltung werden wir weiter voranbringen. Dazu gehört sowohl die  
3767 Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der bisherigen Strukturen als auch die  
3768 komplett elektronische Abwicklung der Verfahren bis 2020 sowie die dringend  
3769 notwendige Modernisierung des Schifffahrtsrechts.

3770  
3771 Auf nationaler Ebene wollen wir unsere technologieoffenen Initiativen zugunsten  
3772 alternativer Antriebe und Energiequellen in der Schifffahrt und in den Häfen (LNG,  
3773 Wasserstoff/Brennstoffzelle, Methanol, Elektromobilität) verstärken und verstetigen.

3774  
3775 Im Hafenbereich gehören die Absenkung der EEG-Umlage und der Einsatz  
3776 energieeffizienter Fahrzeuge dazu. Wir stellen flächendeckend Landstrom für die  
3777 deutschen Häfen zur Verfügung. Wir setzen uns für eine europaweit einheitliche  
3778 Nutzungspflicht ein. Der einheitlichen Rechtsanwendung und dem entsprechenden  
3779 Genehmigungsmanagement beim Thema LNG kommt in den Häfen hohe Bedeutung  
3780 zu.

3781  
3782 Wir wollen digitale Technologien und den automatisierten Betrieb in der Schifffahrt,  
3783 den Häfen und der maritimen Lieferkette vorantreiben (z. B. digitales Testfeld  
3784 Hamburger Hafen).

3785  
3786 Das Förderprogramm Innovative Hafentechnologien wollen wir über 2020 hinaus  
3787 verlängern. Unser Ziel ist, dass die Häfen ihre Stärken künftig gemeinsam noch  
3788 besser nutzen – beispielsweise als „German Ports“.

3789  
3790 Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt wollen wir die  
3791 Befahrensabgaben für die Nutzung der Binnenwasserstraßen (ausgenommen der  
3792 Nord-Ostsee-Kanal – NOK) abschaffen.

3793  
3794 Das Förderprogramm „Nachhaltige Modernisierung von Binnenschiffen“ wollen wir  
3795 fortsetzen und ausbauen. Fördern wollen wir zudem alternative Antriebe in der See-  
3796 und Binnenschifffahrt sowie Pilotprojekte für alternative Antriebskonzepte und  
3797 Kraftstoffe. Gemeinsam mit dem Gewerbe werden wir einen „Masterplan  
3798 Binnenschifffahrt“ entwickeln. Wichtige Bestandteile werden die Modernisierung und  
3799 Umweltfreundlichkeit der Flotte, Anreizsysteme sowie Infrastruktur/Logistik sein. Wir  
3800 wollen ein Konzept einer Gebührenstaffelung zur Förderung einer modernen und  
3801 nachhaltigen Flotte vorlegen. Wir werden die Reform der Wasser- und  
3802 Schifffahrtsverwaltung (WSV) zügig umsetzen.

3803  
3804 Für die Nutzung der Wasserstraßen und Häfen braucht es zudem klare und ver-  
3805 ständliche Rechtsregelungen, die wir u. a. durch ein modernes Schifffahrtsgesetz-  
3806 buch schaffen werden.

3807

3808 Für die ausschließlich dem Tourismus oder Sport dienenden Nebenwasserstraßen  
3809 des Bundes wollen wir entsprechend der Befahrbarkeit neue Prioritäten setzen und  
3810 diese unterstützen. Wir streben an, zusammen mit den Bundesländern und Regionen  
3811 neue Konzepte für die einzelnen Wasserwege zu entwickeln.

3812

### 3813 **Transport und Logistik**

3814 Wir werden uns weiterhin für EU-weit einheitliche und faire Wettbewerbsbedingungen  
3815 in der Logistik einsetzen und entsprechende Kontrollmechanismen optimieren.

3816

3817 Sozialbetrug und Sozialdumping darf es auf unseren Straßen nicht geben. Wir  
3818 werden daher klarere Regelungen der Haftung entlang der Logistikkette entwickeln.  
3819 In diesem Zusammenhang werden wir auch die EU-Initiative „Europe on the Move“  
3820 kritisch begleiten. Wichtige Kriterien dabei sind die Anwendung der Entsenderichtlinie  
3821 für Lkw-Fahrer und der Mindestlohnregelungen. Die Kabotage darf dabei nicht weiter  
3822 ausgeweitet werden. Wir werden wirksame Instrumente zur Kontrolle der Kabotage  
3823 schaffen. Auch Transporter im gewerblichen Güterverkehr mit einem zulässigen  
3824 Gesamtgewicht unter 3,5 Tonnen müssen künftig den Bedingungen des  
3825 Güterkraftverkehrsrechts unterliegen.

3826

3827 Wir wollen den kombinierten Verkehr weiter stärken.

3828

3829 Die führende Position des Güterverkehr- und Logistikstandorts Deutschland wollen  
3830 wir mit einem „Innovationsprogramm Logistik 2030“ sichern. Auch wollen wir das  
3831 Netzwerk Güterverkehr und Logistik stärken und die Vermarktungsoffensive  
3832 „Logistics made in Germany“ fortsetzen. Wir unterstützen eine Ausbildungsinitiative  
3833 für Berufskraftfahrer.

3834

3835 Die Mautharmonisierung bleibt Bestandteil unserer Nutzerfinanzierung. Mit der Bran-  
3836 che werden wir gezielte Maßnahmen ergreifen, um dem Fachkräftemangel wirksam  
3837 zu begegnen. Zur besseren Kontrolle setzen wir uns auf europäischer Ebene für die  
3838 Einführung eines europaweiten elektronischen Frachtbriefs ein. Außerdem wollen wir  
3839 die Kontrollbehörden im Straßengüterverkehr, insbesondere das Bundesamt für Gü-  
3840 terverkehr, aufgabenadäquat besser personell ausstatten.

3841

3842 Die Genehmigungspraxis für Schwer- und Großraumtransporte werden wir be-  
3843 schleunigen und verbessern.

3844

3845 Zur verkehrssicheren Abwicklung des Verkehrs auf unseren Autobahnen gehört auch  
3846 die bedarfsgerechte Bereitstellung von Stellplätzen für den Güterkraftverkehr, damit  
3847 die Lenk- und Ruhezeiten eingehalten werden können. Wir wollen deshalb weiterhin  
3848 in den Ausbau des Parkplatzangebotes für Lkw auf den Rastanlagen der Bundesau-  
3849 tobahnen investieren.

3850

3851 Zudem wollen wir strategische Forschungs- und Demonstrationsprojekte zu innovati-  
3852 ven Mobilitäts- und Logistikkonzepten fördern.

3853

### 3854 **Forschung und Entwicklung**

3855 Die von der Bundesregierung geförderte Mobilitätsforschung wird künftig verstärkt die  
3856 gesamte Breite von Mobilitätsangeboten auch unter klimapolitischen sowie gesell-  
3857 schaftlich- und sozialwissenschaftlichen Aspekten betrachten. Für mehr Effizienz wol-  
3858 len wir Mobilitätsforschung im zuständigen Ministerium für Verkehr bündeln.

3859 Wir wollen ein eigenständiges Forschungsprogramm für den Schienenverkehr schaf-  
3860 fen und ergreifen die Initiative zur Etablierung eines deutschen Zentrums für Schie-  
3861 nenverkehrsforschung, das als eine praxisorientierte, technisch-wissenschaftliche  
3862 Forschungseinrichtungen aufgebaut werden soll. Zudem wollen wir die Lärmfor-  
3863 schung an der Schiene fördern und ein Pilotprojekt „LärmLab 21“ in mehreren lärm-  
3864 belasteten Regionen einrichten, um Verfahren für einen besseren Lärmschutz zu tes-  
3865 ten und einen intensiveren Dialogprozess mit allen Beteiligten anzustoßen.

3866  
3867 Zur Erforschung und Eindämmung von Weltraumwetterrisiken auf unsere technische  
3868 Infrastruktur wollen Bund und Länder am Aufbau eines globalen Weltraumwetterzent-  
3869 rums unter Zuhilfenahme bestehender Strukturen mitwirken.

3870  
3871 **5. Landwirtschaft und Ernährung**  
3872 Unser Ziel ist eine nachhaltige flächendeckende Landwirtschaft – sowohl ökologisch  
3873 als auch konventionell. Nachhaltige Landwirtschaft und Naturschutz sind keine Ge-  
3874 gensätze. Wir wollen eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich-unternehmerische,  
3875 familiengeführte und regional verwurzelte Landwirtschaft erhalten. Der gesellschaft-  
3876 lich geforderte Wandel in der Landwirtschaft und die veränderten Erwartungen der  
3877 Verbraucher bedürfen einer finanziellen Förderung – national wie europäisch.

3878  
3879 **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik**  
3880 Dafür bedarf es einer Weiterentwicklung und Neujustierung der Gemeinsamen Euro-  
3881 päischen Agrarpolitik (GAP). Wir streben eine Haushaltsausstattung im bisherigen  
3882 Volumen auf EU-Ebene an. Aber die Förderstrukturen nach 2020 müssen gezielter  
3883 und einfacher als bisher ausgerichtet werden. Wir wollen weniger Bürokratie und  
3884 mehr Effizienz für eine marktfähige Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel nach-  
3885 haltig produziert. Insofern sind besonders Tier-, Natur- und Klimaschutz sowie die  
3886 Wahrung sozialer Standards im öffentlichen Interesse auch öffentlich zu fördern. Die  
3887 Verwendung der Mittel soll neben der Einkommensstabilisierung besser auf diese  
3888 Ziele ausgerichtet werden. Dabei achten wir auch auf ertragschwache Standorte mit  
3889 geringen Bodenwerten.

3890  
3891 **Förderung der ländlichen Entwicklung**  
3892 Wir wollen lebenswerte und attraktive ländliche Räume. Gerade mit Blick auf die  
3893 Herausforderungen von Demografie und Daseinsvorsorge wird die Gemeinschafts-  
3894 aufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bei fi-  
3895 nanzieller Stärkung um ländliche Entwicklung ergänzt. Die Mittel sind im bisherigen  
3896 Maße übertragbar. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wollen wir mit einem  
3897 erweiterten Förderrahmen erreichen und dabei auch das Ehrenamt stärken. Wir wol-  
3898 len einen GAK-Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ einsetzen.  
3899 Den Sonderrahmenplan Hochwasser- und Küstenschutz wollen wir fortführen und an  
3900 die Herausforderungen des Klimawandels anpassen.

3901  
3902 **Gentechnik**  
3903 Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Ebenso das Klonen von Tieren zur  
3904 Lebensmittelerzeugung. Wir halten an der Saatgutreinheit fest. Ein Gentechnikan-  
3905 bau-Verbot werden wir bundesweit einheitlich regeln (Opt-Out-Richtlinie der EU). Im  
3906 Anschluss an die noch ausstehende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes  
3907 (EuGH) zu den neuen molekularbiologischen Züchtungstechnologien werden wir auf  
3908 europäischer oder gegebenenfalls nationaler Ebene Regelungen vornehmen, die das  
3909 Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleisten.

3910

**3911 Ökologische Landwirtschaft und Eiweißstrategie stärken**

3912 Ausgehend von der Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau werden wir den Öko-  
3913 landbau weiter ausbauen, um einen Flächenanteil von 20 Prozent nachfrageorientiert  
3914 und bei Ausbau der Forschung bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Wir wollen im Rah-  
3915 men der Modell- und Demonstrationsprojekte (Best-Practice) Vorhaben zur regiona-  
3916 len Wertschöpfung und Vermarktung fördern, z. B. Netzwerk Solidarische Landwirt-  
3917 schaft (Solawi).

3918

3919 Die Attraktivität des Anbaus von Eiweißpflanzen wollen wir im Rahmen der Weiter-  
3920 entwicklung der Eiweißpflanzenstrategie erhöhen. Dauergrünland werden wir als Bei-  
3921 trag zum Klimaschutz weiter effektiv schützen. Die Fünfjahresfrist zur Umwandlung  
3922 von Ackergras in Dauergrünland werden wir überprüfen.

3923

3924 Wir wollen Initiativen für nachhaltige, entwaldungsfreie Lieferketten von Agrarrohstof-  
3925 fen, z. B. Palmöl, Kakao und Soja, unterstützen.

3926

3927 Aus Gründen des Klimaschutzes werden wir die Beihilfefähigkeit oder andere For-  
3928 men der finanziellen Unterstützung von klimafreundlichen Paludikulturen prüfen.

3929

**3930 Ackerbaustrategie und Insektenschutz**

3931 Die Umsetzung der Ackerbaustrategie für u. a. umwelt- und naturverträgliche An-  
3932 wendungen von Pflanzenschutzmitteln werden wir gemeinsam mit der Landwirtschaft  
3933 vornehmen und adäquat mit Fördermitteln für Maßnahmen zur Umsetzung der Nati-  
3934 onalen Biodiversitätsstrategie und insbesondere des Insektenschutzes untersetzen.  
3935 Dabei liegt uns der Schutz der Bienen besonders am Herzen. Wir legen diese Stra-  
3936 tegien bis Mitte der Legislaturperiode vor.

3937

3938 Die an der Pflanzenschutzmittel-Zulassung beteiligten Behörden statten wir mit zu-  
3939 sätzlichem Personal aus, um die Zulassungsverfahren zügig durchführen zu können.  
3940 Wir sorgen für eine bessere Transparenz der Zulassungsverfahren für Wirkstoffe und  
3941 Pflanzenschutzmittel auf EU- und nationaler Ebene. Wir werden die Forschung ver-  
3942 stärken, um die Bandbreite innovativer und vorhandener Pflanzenschutzmittel – auch  
3943 im ökologischen Landbau – zu erweitern. Wir beziehen in diese Strategie auch den  
3944 Garten- und Weinbau sowie die Forstwirtschaft mit ein. Wir werden die Ackerbaustra-  
3945 tegie durch ein Innovationsprogramm für digital-mechanische Methoden, z. B. zur  
3946 Unkrautbekämpfung und Bodenlockerung, ergänzen. Dies soll dazu beitragen den  
3947 Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln wirksam zu reduzieren.

3948

**3949 Chancen der Digitalisierung nutzen**

3950 Mit einer fortschrittlichen Digitalisierungspolitik werden wir die Zukunftschancen un-  
3951 serer Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der Fischerei ver-  
3952 bessern. Wir werden die Potenziale der Digitalisierung in der landwirtschaftlichen  
3953 Produktion, beispielsweise zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutz- und  
3954 Düngemitteln, des Medikamenteneinsatzes in der Tierhaltung sowie die Erhebung  
3955 meldepflichtiger Angaben fördern. Hier begleiten wir das Thema Datenschnittstelle  
3956 und standardisierter Datenformate. Die mit öffentlichen Mitteln erzeugten Daten müs-  
3957 sen kostenlos und in geeigneten Formaten zur Verfügung gestellt werden. Dazu  
3958 müssen Rahmenbedingungen für eine gemeinsam getragene Verantwortung von  
3959 Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt werden. Wir werden verhindern, dass

3960 sensible Daten und andere betriebsspezifische Daten unkontrolliert an Dritte weiter-  
3961 gegeben werden.

3962

3963 Grüne Berufe sollen attraktiver und zukunftsfähiger werden. Insbesondere im Bereich  
3964 der Digitalisierung in der Land- und Forstwirtschaft werden wir in Kooperation mit den  
3965 Ländern, dem Berufsstand und den Sozialpartnern eine Aus-, Fort- und Weiterbil-  
3966 dungsstrategie entwickeln.

3967

3968 **Tierschutz, Tierwohllabel und Nutztierhaltung – Deutschland soll beim Tier-**  
3969 **schutz eine Spitzenposition einnehmen.**

3970 Die Erkennbarkeit von tierischen Lebensmitteln, die über die gesetzlichen Vorgaben  
3971 der Haltung hinausgehen, wollen wir verlässlich, einfach und verbraucherfreundlich  
3972 gestalten. Dazu brauchen wir den mehrstufigen Aufbau einer staatlichen Kennzeich-  
3973 nung anhand verbindlicher Kriterien für Fleisch aus besserer Tierhaltung (Tierwohlla-  
3974 bel) und schaffen dafür bis zur Mitte der Legislaturperiode die rechtlichen und organi-  
3975 satorischen Voraussetzungen. Der Mehraufwand soll honoriert werden.

3976

3977 Wir entwickeln die nationale Nutztierstrategie weiter, die den Tier- und Umweltschutz  
3978 genauso beachtet wie die Qualität bei der Erzeugung und Marktorientierung. Um das  
3979 Ziel der Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung zu erreichen, sind Investi-  
3980 tionen und Offenheit für die Modernisierung tierwohlorientierter Ställe der Zukunft  
3981 notwendig. Dabei werden wir die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen. Wir wol-  
3982 len einen Bestandsschutz genehmigter Tierhaltungsanlagen bei Modernisierungs-  
3983 maßnahmen zu Tierwohlzwecken. Wir werden ein bundeseinheitliches Prüf- und Zu-  
3984 lassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Tierhaltungssysteme bei Nutz- und  
3985 Heimtieren vorlegen und dabei auf die Besonderheiten kleiner und mittlerer Hersteller  
3986 und ihre Innovationsfähigkeit Rücksicht nehmen.

3987

3988 Wir werden Lücken in den Haltungsnormen im Tierschutzrecht schließen. Ziel ist es,  
3989 wie beim Schnabelkürzen bei Legehennen, in der Nutztierhaltung auf nicht-kurative  
3990 Eingriffe zu verzichten. Das Töten von Eintagsküken werden wir bis zur Mitte der Le-  
3991 gislaturperiode beenden. Hierzu wollen wir die Beratung und Forschung verstärken  
3992 sowie spezifische Ausstiegsszenarien entwickeln. Zusätzlich zu den bestehenden  
3993 Wegen sollen für weitere tierschutz- und praxisgerechte Alternativen zur Ferkelkast-  
3994 ration die rechtlichen Voraussetzungen auf wissenschaftlicher Grundlage geschaffen  
3995 werden.

3996

3997 Die intensiven Bemühungen zur Erforschung und Anwendung von Ersatzmethoden  
3998 für Tierversuche wollen wir fortführen. Wir haben in verschiedenen Bereichen Her-  
3999 ausforderungen im Tierschutz (Wildtier- und Exotenhaltung, Qualzuchten, Tierbörs-  
4000 en, Internet und Versandhandel von lebenden Heimtieren, illegaler Welpenhandel,  
4001 Situation der Tierheime und Heimtierzubehör). Das für Tierschutzfragen zuständige  
4002 Ministerium wird bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge für konkrete Maß-  
4003 nahmen bis hin zu Verboten zur Verbesserung des Tierschutzes in diesen Bereichen  
4004 vorlegen.

4005

4006 Wir setzen den Weg der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung im  
4007 Sinne der „Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie“ (DART 2020) und des One-  
4008 Health-Ansatzes konsequent fort und nehmen gegebenenfalls Anpassungen auf Ba-  
4009 sis von europäischen Vorgaben und wissenschaftlicher Evaluation vor.

4010

4011 Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass die Tiertransportzeiten ver-  
4012 kürzt werden und fordern die EU-Kommission auf, Lebeltiertransporte effektiver zu  
4013 kontrollieren.

4014  
4015 Wir wollen Einbrüche in Tierställe als Straftatbestand effektiv ahnden.

4016  
4017 Die Zuständigkeit für Angelegenheiten der Tierarzneimittel, einschließlich der Zulas-  
4018 sung von Tierarzneimitteln führen wir zusammen.

4019  
4020 Viele Infektionskrankheiten bedrohen die Tiergesundheit und können erhebliche wirt-  
4021 schaftliche Auswirkungen haben. Die diesbezügliche Forschung werden wir verstär-  
4022 ken. Wir ergreifen die notwendigen Maßnahmen, um diese Krankheitserreger frühzei-  
4023 tig erkennen und bekämpfen zu können. Die Organisation der Tierseuchenvorsorge  
4024 und -bekämpfung in Deutschland werden wir überprüfen und mit den Ländern opti-  
4025 mieren.

4026  
4027 **Flächenschutz**

4028 Unser Ziel ist, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 30 Hektar/Tag  
4029 zu halbieren. Wir prüfen, mit welchen zusätzlichen planungsrechtlichen und ökonomischen Instrumenten das Ziel erreicht werden kann.

4031  
4032 Die Bundesregierung unterstützt die Bundesländer bei der Novellierung bodenrechtlicher Vorgaben mit dem Ziel einer ausgewogenen Agrarstruktur und der Abwehr außerlandwirtschaftlicher Investitionen. In diesem Zusammenhang sind die Regelungen zur Vergabe der noch verbliebenen Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) zu überarbeiten. Junglandwirtinnen und Junglandwirte sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

4039  
4040 Wir prüfen die Grundlage für eine finanzielle Beteiligung betroffener Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer an der Wertschöpfung des Netzausbaus, gegebenenfalls sind wiederkehrende Zahlungen eine Option.

4043  
4044 **Wald und Forstwirtschaft**

4045 Die multifunktionale Forstwirtschaft ist eine wichtige Landnutzungsform in Deutschland. Mit der Charta für Holz 2.0 wollen wir unsere auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Forstpolitik weiter ausbauen. Wir wollen die Waldstrategie 2020 als zentrale Leitlinie, ergänzt durch den Gedanken der Biodiversität, fortführen. Wir wollen ein Kompetenzzentrum für Wald und Holz im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) einrichten. Im Rahmen aller Aktivitäten gegen die Klimaveränderungen muss die Forst- und Holzforschung zukünftig ein Schwerpunkt der öffentlichen Forschungsförderung sein. Gemeinsame internationale Aktivitäten sollen gefördert werden.

4054  
4055 **Jagd**

4056 Wir erkennen die Jagd als nachhaltige Nutzungsform an und wollen sie weiterhin stärken. Wir werden bundeseinheitliche Regelungen für eine Zertifizierung von Jagdmunition mit optimaler Tötungswirkung bei gleichzeitiger Bleiminimierung, einen Schießübungsnachweis, die Jäger- und Falknerausbildung sowie -prüfung schaffen.

4060

**4061 Weinbau**

4062 Damit die deutsche Weinwirtschaft auch in Zukunft gut aufgestellt bleibt und die typi-  
4063 schen deutschen Kulturlandschaften erhalten werden, setzen wir die Änderungen im  
4064 europäischen Weinbezeichnungsrecht um. Vor dem Hintergrund des internationalen  
4065 Wettbewerbs fördern wir die qualitätsorientierte Herkunftsprofilierung, den internatio-  
4066 nalen Schutz dieser Bezeichnungen und die nachhaltige Entwicklung im Weinbau,  
4067 insbesondere in Steil- und Steilstlagen. Die Ausweitung von Rebpfanzrechten soll  
4068 weiterhin restriktiv gehandhabt werden.

4069

**4070 Gartenbau**

4071 Wir stärken die Betriebe im Gartenbausektor, wollen das Bundesprogramm Energie-  
4072 effizienz fortführen und erarbeiten eine Torfschutzstrategie mit dem Ziel, klimafreund-  
4073 liche Alternativen zur Minderung der Torfanteile zur Verfügung zu stellen.

4074

**4075 Fischerei, Angeln und Aquakultur**

4076 Wir wollen auch nach dem Brexit eine nachhaltige Fischerei in der Nord- und Ostsee  
4077 erhalten und legen besonderen Wert auf die Meeresumwelt und den Schutz der Be-  
4078 stände. Wir wollen die nachhaltige Fischerei auf dem Meer und im Binnenland sowie  
4079 die Aquakultur in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken und als moderne nachhaltige  
4080 Nutzung voranbringen.

4081

**4082 Weidetierhaltung**

4083 Die Weidetierhaltung ist aus ökologischen, kulturellen und sozialen Gründen sowie  
4084 zum Erhalt der Artenvielfalt und Kulturlandschaft zu erhalten. Im Umgang mit dem  
4085 Wolf hat die Sicherheit der Menschen oberste Priorität. Wir werden die EU-  
4086 Kommission auffordern, den Schutzstatus des Wolfs abhängig von seinem Erhal-  
4087 tungszustand zu überprüfen, um die notwendige Bestandsreduktion herbeiführen zu  
4088 können. Unabhängig davon wird der Bund mit den Ländern einen geeigneten Krite-  
4089 rien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickeln. Dazu erarbeiten  
4090 wir mit der Wissenschaft geeignete Kriterien für die letale Entnahme. Wir wollen,  
4091 dass Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich  
4092 werden, entnommen werden.

4093

**4094 Bioenergie**

4095 Die Bioenergie trägt zur Erreichung der Klimaziele im Energie- und Verkehrssektor  
4096 bei. Den Bestand von Bioenergieanlagen wollen wir im Zuge der Ausschreibungen  
4097 weiterentwickeln. Die Reststoffverwertung werden wir verstärken und den Einsatz  
4098 von Blühpflanzen erhöhen.

4099

**4100 Milch**

4101 Die Milcherzeugung hat eine herausragende Bedeutung für die deutsche Landwirt-  
4102 schaft, vor allem mit Blick auf eine flächendeckende Grünlandbewirtschaftung. Wir  
4103 wollen Maßnahmen und Instrumente entwickeln, um auf schwere Krisen auf dem  
4104 Milchmarkt zukünftig besser vorbereitet zu sein. Insbesondere die Modernisierung  
4105 der Lieferbeziehungen halten wir hier für einen wichtigen Schritt.

4106

**4107 Agrarsoziale Sicherung**

4108 Wir bekennen uns zum eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystem und wollen  
4109 ein leistungsfähiges, bezahlbares System erhalten.

4110



**4111 Internationaler Agrarhandel**

4112 Etwa ein Drittel der Erzeugung der deutschen Landwirtschaft, des Garten- und Wein-  
4113 baus wird exportiert. Wir wollen deshalb die Unterstützung insbesondere kleiner und  
4114 mittlerer Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung  
4115 kaufkräftiger internationaler Märkte weiter ausbauen.

4116  
4117 Fairer Handel bedingt einen Ausgleich ökonomischer, ökologischer und sozialer Fra-  
4118 gen. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der  
4119 Entwicklungsländer produziert und exportiert werden. Wir wollen die internationale  
4120 land- und ernährungswirtschaftliche Projekt- und Forschungszusammenarbeit sowie  
4121 die Kooperation mit internationalen Organisationen, insbesondere mit der FAO und  
4122 OIE, im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft  
4123 verstärken.

4124

**4125 Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz**

4126 Wir wollen vom Acker bis zum Teller einen gesundheitserhaltenden und nachhaltigen  
4127 Lebensstil fördern, ernährungsmitbedingte Krankheiten bekämpfen und den gesund-  
4128 heitlichen Verbraucherschutz stärken. In Deutschland nehmen gesundheitliche Risi-  
4129 ken wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu. Dies hat  
4130 große negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und verursacht  
4131 hohe Kosten für das Gesundheits- und Sozialsystem. Wir wollen die Wertschätzung  
4132 für Lebensmittel in der Gesellschaft erhöhen. Lebensmittel haben ihren Wert und  
4133 sollten nicht als Lockangebote verkauft werden. Wir wollen dazu beitragen, die Viel-  
4134 falt von Erzeugern – insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen – und  
4135 hochwertigen Lebensmitteln zu erhalten und die Lebensmittelverschwendung einzu-  
4136 dämmen. Neugründungen im Lebensmittelbereich werden wir unterstützend beglei-  
4137 ten. Der Ernährungsbildung messen wir großen Wert bei.

4138

**4139 Gesunde Ernährung**

4140 Der bewährte Aktionsplan „In FORM“ soll auf Grundlage der laufenden Evaluierung  
4141 mit dem Fokus auf die ersten 1000 Tage im Leben und die besonderen Bedürfnisse  
4142 von Kindern sowie Seniorinnen und Senioren weiterentwickelt werden.

4143

4144 Für die Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten  
4145 werden wir 2018 gemeinsam mit den Beteiligten ein Konzept erarbeiten, und dies mit  
4146 wissenschaftlich fundierten, verbindlichen Zielmarken und einem konkreten Zeitplan  
4147 versehen. Gemeinsam mit dem Lebensmittelhandwerk werden wir die Möglichkeiten  
4148 einer praktikablen Umsetzung in diesem Bereich gewährleisten. Wir werden dabei  
4149 gerade die Belange handwerklicher Betriebe im Blick haben.

4150

4151 Transparenz und Information für Verbraucherinnen und Verbraucher soll durch eine  
4152 verständliche und vergleichbare Lebensmittelkennzeichnung gewährleistet werden,  
4153 um eine ausgewogene Ernährung zu erleichtern. Wir werden das Nährwertkenn-  
4154 zeichnungssystem für verarbeitete und verpackte Lebensmittel weiterentwickeln, in-  
4155 dem das Verhältnis zur Referenzzahl gegebenenfalls vereinfacht visualisiert wird. Wir  
4156 lehnen uns dabei an bereits bestehende Systeme an. Dazu werden wir Erkenntnisse  
4157 aus dem Bericht der EU-Kommission zur Evaluierung bestehender freiwilliger Kenn-  
4158 zeichnungssysteme und deren Wirkungen berücksichtigen. Wir werden darauf basie-  
4159 rend ein Modell in Zusammenarbeit mit Lebensmittel- und Verbraucherverbänden  
4160 unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der kleinen und mittleren Unter-

4161 nehmen bis zum Sommer 2019 erarbeiten und unter Beachtung der EU-rechtlichen  
4162 Situation einführen.

4163

4164 Soweit die EU-Kommission im Rahmen ihres REFIT-Programms Nährwertprofile vor-  
4165 legen sollte, müssen diese traditionelle Lebensmittel und Ernährungsgewohnheiten  
4166 der Bevölkerung hinreichend berücksichtigen.

4167

4168 Wir streben auf europäischer Ebene rechtlich verbindliche Kriterien für die Kenn-  
4169 zeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln an.

4170

4171 Bestehende Herkunftskennzeichnungen und das Regionalfenster sollen evaluiert und  
4172 EU-Rechts-kompatibel weiterentwickelt und gegebenenfalls ergänzt werden. Es wird  
4173 geprüft, inwieweit die Herkunftskennzeichnung im Lichte der EU-Entscheidung auf  
4174 alle verarbeiteten tierischen Produkte ausgeweitet werden kann.

4175

4176 Der Bund unterstützt die Länder, damit die Standards der Deutschen Gesellschaft für  
4177 Ernährung (DGE) als Mindeststandards flächendeckend in Schulen, Kitas und in der  
4178 Gemeinschaftsverpflegung eingeführt werden. Dies erfolgt über die stärkere Unter-  
4179 stützung der Schulvernetzungsstellen und den Ausbau des „Nationalen Qualitäts-  
4180 zentrums für Ernährung in Kita und Schule“ (NQZ).

4181

4182 Die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung werden wir gezielt weiterverfolgen  
4183 und dabei die gesamte Wertschöpfungskette einbeziehen. Für die Reduzierung ver-  
4184 meidbarer Lebensmittelabfälle in der Lebensmittelwirtschaft werden wir mit den Be-  
4185 teiligten Zielmarken vereinbaren. Die Initiative „Zu gut für die Tonne“ wird mit den  
4186 Ländern zu einer nationalen Strategie weiterentwickelt. Wir werden das Mindesthalt-  
4187 barkeitsdatum überprüfen, um die Verschwendung von Lebensmitteln zu vermeiden.  
4188 Wir fördern auch die Einführung intelligenter Verpackungen.

4189

### 4190 **Lebensmittelsicherheit**

4191 Wir streben nach dem zu erwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur  
4192 Normenkontrollklage eine rechtssichere Veröffentlichung von festgestellten Verstö-  
4193 ßen gegen die Lebensmittelsicherheit im Sinn von § 40 Abs. 1a Lebensmittel- und  
4194 Futtermittelgesetzbuch (LFGB) auf Grundlage eines einheitlichen Bußgeldkataloges  
4195 an.

4196

4197 Wir werden eine Regelung schaffen, die eine übersichtliche und eindeutige Verbrau-  
4198 cherinformation zu Hygiene und Lebensmittelsicherheit gewährleistet und den Be-  
4199 trieben auf freiwilliger Basis die Möglichkeit bietet, die Kontrollergebnisse darzustel-  
4200 len. Gleichzeitig wird im Rahmen der Änderung des LFGB klargestellt, dass in Bezug  
4201 auf die Veröffentlichung von Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelkontrollen Raum  
4202 für landesrechtliche Regelungen bleibt.

4203

4204 Wir überprüfen auf Basis des Gutachtens des Beauftragten für die Wirtschaftlichkeit  
4205 in der Verwaltung („Engels-Gutachten“) die Organisation des gesundheitlichen Ver-  
4206 braucherschutzes von Bund und Ländern mit dem Ziel, Schwachstellen zu beseiti-  
4207 gen. Die Befugnisse der Lebensmittelkontrolleure müssen an den Internethandel mit  
4208 Lebensmitteln angeglichen werden.

4209

4210 Den Prozess der Vernetzung der Länderkontrollinstanzen mit dem Bund setzen wir  
4211 fort, damit die Entwicklung einheitlicher Standards, einer sachgerechten Kontrolldich-

4212 te sowie die schnelle Reaktion im Krisenfall weiter verbessert werden kann. Die Platt-  
4213 form [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de) wird im Zusammenwirken mit den Ländern ver-  
4214 braucherfreundlich überarbeitet.

4215

### 4216 **Werbung**

4217 An Kinder gerichtete Werbung bedarf der kritischen Beobachtung. Wir unterstützen  
4218 die EU-Kommission bei der Umsetzung der „Audiovisuellen Mediendienste Richtlinie“,  
4219 damit auf europäischer Ebene Verhaltensregeln umgesetzt werden, die einen ver-  
4220 antwortlichen Umgang der Wirtschaft mit an Kinder gerichteter Werbung beinhalten.

4221

### 4222 **Forschung**

4223 Wir wollen eine Bündelung und Verstärkung der Forschungsaktivitäten im Bereich  
4224 gesunde Ernährung. Zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Vergiftungen richten  
4225 wir beim Bundesinstitut für Risikobewertung ein nationales Vergiftungsregister ein.

4226

4227 Das Nationale Referenzzentrum für die Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette  
4228 wollen wir planmäßig ausbauen.

4229

## 4230 **VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten**

4231

### 4232 **1. Rente**

4233 Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Dazu gehören  
4234 die Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut.

4235

4236 Vertrauen in die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein  
4237 hohes Gut in unserem Sozialstaat. Deshalb werden wir die gesetzliche Rente auf  
4238 heutigem Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 absichern und bei Bedarf durch  
4239 Steuermittel sicherstellen, dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen wird.  
4240 Für die Sicherung des Niveaus bei 48 Prozent werden wir in 2018 die Rentenformel  
4241 ändern und parallel dazu eine Rentenkommission „Verlässlicher Generationenver-  
4242 trag“ einrichten, die sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und  
4243 Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Ren-  
4244 tensäulen ab dem Jahr 2025 befassen wird. Sie soll eine Empfehlung für einen ver-  
4245 lässlichen Generationenvertrag vorlegen. Dabei streben wir eine doppelte Haltelinie  
4246 an, die Beiträge und Niveau langfristig absichert. Die Rentenkommission soll ihren  
4247 Bericht bis März 2020 vorlegen. Ihr sollen Vertreter der Sozialpartner, der Politik und  
4248 der Wissenschaft angehören. Die Rentenkommission soll die Stellschrauben der  
4249 Rentenversicherung in ein langfristiges Gleichgewicht bringen sowie einen Vorschlag  
4250 unterbreiten, welche Mindestrücklage erforderlich ist, um die ganzjährige Liquidität  
4251 der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern.

4252

4253 Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen  
4254 und Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Altersein-  
4255 kommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden.

4256

4257 Die Grundrente gilt für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher, die  
4258 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten auf-  
4259 weisen. Voraussetzung für den Bezug der „Grundrente“ ist eine Bedürftigkeitsprüfung  
4260 entsprechend der Grundsicherung.

4261

4262 Die Abwicklung der „Grundrente“ erfolgt durch die Rentenversicherung. Bei der Be-  
4263 dürftigkeitsprüfung arbeitet die Rentenversicherung mit den Grundsicherungsämtern  
4264 zusammen.

4265  
4266 Wir wollen, dass der Bezug sozialer staatlicher Leistungen und der neu geschaffenen  
4267 Grundrente nicht dazu führt, dass selbstgenutztes Wohneigentum aufgegeben wer-  
4268 den muss. Dazu werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensverwertung  
4269 und zum Schonvermögen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsu-  
4270 suchende überarbeiten, angleichen und so ändern, dass Bezieher sozialer staatlicher  
4271 Leistungen in ihrem Wohneigentum wohnen bleiben können.

4272  
4273 Wir werden diejenigen besser absichern, die aufgrund von Krankheit ihrer Erwerbstä-  
4274 tigkeit nicht mehr nachgehen können. Wir wollen die Anhebung der Zurechnungszei-  
4275 ten beschleunigen, indem wir das jetzt vorgesehene Alter von 62 Jahren und drei  
4276 Monaten in einem Schritt auf 65 Jahre und acht Monate anheben. Danach wird die  
4277 Zurechnungszeit in weiteren Monatsschritten entsprechend der Anhebung der Re-  
4278 gelaltersgrenze auf das Alter 67 angehoben.

4279  
4280 Wir halten am Drei-Säulen-Modell fest und wollen in diesem Rahmen die private Al-  
4281 tersvorsorge weiterentwickeln und gerechter gestalten. Es ist ein Dialogprozess mit  
4282 der Versicherungswirtschaft anzustoßen mit dem Ziel einer zügigen Entwicklung ei-  
4283 nes attraktiven standardisierten Riester-Produkts.

4284  
4285 Wir werden eine säulenübergreifende Renteninformation einführen, mit der Bürgerin-  
4286 nen und Bürger über ihre individuelle Absicherung im Alter Informationen aus allen  
4287 drei Säulen erhalten und möglichen Handlungsbedarf erkennen können. Die säulen-  
4288 übergreifende Renteninformation soll unter Aufsicht des Bundes stehen.

4289  
4290 Wir wollen Möglichkeiten und Anreize zum freiwilligen längeren Arbeiten und damit  
4291 auch das Angebot der „Flexi-Rente“ nachhaltig gestalten.

4292  
4293 Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine gründer-  
4294 freundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die  
4295 nicht bereits anderweitig obligatorisch (z. B. in berufsständischen Versorgungswer-  
4296 ken) abgesichert sind. Grundsätzlich sollen Selbstständige zwischen der gesetzli-  
4297 chen Rentenversicherung und – als Opt-out-Lösung – anderen geeigneten insol-  
4298 venzsicheren Vorsorgearten wählen können. Wobei diese insolvenz- und pfändungs-  
4299 sicher sein und in der Regel zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus  
4300 führen müssen. Zudem werden wir die Mindestkrankenversicherungsbeiträge für  
4301 kleine Selbstständige reduzieren. Die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge  
4302 sollen gründerfreundlich ausgestaltet werden.

4303  
4304 Mit dem zweiten Kindererziehungsjahr in der Rente für Geburten vor 1992 haben wir  
4305 einen ersten Schritt getan. Wir wollen die Gerechtigkeitslücke schließen: Mütter und  
4306 Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, sollen künftig auch das dritte  
4307 Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Wir wollen die „Mütterren-  
4308 te II“ einführen. Das ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut. Die-  
4309 se Verbesserungen bei der Mütterrente durch einen 3. Entgeltpunkt pro Kind sollen  
4310 für Mütter und Väter gelten, die drei und mehr Kinder erzogen haben.

4311

4312 Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen für alle Haus-  
4313 halte – in Stadt und Land gleichermaßen – wird bei Minijobs von Zeitungszustellerin-  
4314 nen und Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgebe-  
4315 rinnen und Arbeitgeber zu tragen haben, befristet für die Dauer von fünf Jahren bis  
4316 zum 31. Dezember 2022, von 15 auf 5 Prozent abgesenkt.

4317  
4318 Wir wollen schrittweise einen höheren Anteil bei den Erstattungen an die Rentenver-  
4319 sicherung für die Ansprüche aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der  
4320 ehemaligen DDR übernehmen und damit die ostdeutschen Bundesländer entlasten  
4321 (AAÜG).

4322  
4323 Wir wollen die Rehabilitation in der Rentenversicherung weiter stärken und die in der  
4324 vergangenen Legislaturperiode eingeführten Verbesserungen weiterentwickeln.

4325  
4326 Für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess wollen wir einen  
4327 Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen. Entsprechendes wollen wir auch für die  
4328 Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge prüfen.

4329

## 4330 **2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

4331 Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe  
4332 in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir  
4333 einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan.  
4334 Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und  
4335 gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

4336

### 4337 **Teilhabe an Arbeit**

4338 Wir prüfen die Einführung eines Budgets für Ausbildung. Wir wollen zudem die Assis-  
4339 tierte Ausbildung um zwei Jahre verlängern und weiterentwickeln. Darüber hinaus  
4340 wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik klären, wie Teilquali-  
4341 fizierungen einen Beitrag leisten können, auch Menschen mit Beeinträchtigungen,  
4342 die als nicht ausbildungsfähig gelten, einen schrittweisen Einstieg in eine anerkannte  
4343 Ausbildung nach § 66 Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder § 42m Handwerksordnung  
4344 (HwO) zu ermöglichen. Inklusionsbetriebe werden wir weiter fördern. Wir wollen die  
4345 Werkstätten für behinderte Menschen unterstützen, ihr Profil entsprechend neuer  
4346 Anforderungen weiterzuentwickeln und dem Wunsch der Menschen mit Behinderun-  
4347 gen nach Selbstbestimmung Rechnung zu tragen.

4348

4349 Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurch-  
4350 schnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren  
4351 und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln. Wir wollen die Meldepflicht an  
4352 die Arbeitsagenturen für offene Stellen im öffentlichen Dienst, die von einem Men-  
4353 schen mit Schwerbehinderung besetzt waren, wiedereinführen. Das betriebliche Ein-  
4354 gliederungsmanagement wollen wir stärken. Für alle Menschen mit Behinderungen, ob  
4355 im allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Werkstätten beschäftigt, wollen wir den vollen Zu-  
4356 gang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessern. Wir sehen dabei insbeson-  
4357 dere für Menschen mit psychischer Erkrankung einen Nachholbedarf.

4358

### 4359 **Barrierefreiheit**

4360 Wir wollen behinderungsgerechten, barrierefreien Wohnungsbau und barrierefreie  
4361 Mobilität fördern, damit Menschen mit Behinderungen eine Wahl haben, wo und wie  
4362 sie leben wollen. Wir wollen darüber hinaus Initiativen zu mehr Barrierefreiheit in

4363 Städten und Gemeinden stärken. Wir wollen Anreize auch durch Förderprogramme  
4364 zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Kommunen setzen (z. B. Einsatz leichter  
4365 Sprache und Gebärdendolmetscher, mobile sanitäre Anlagen, barrierefreie Veran-  
4366 staltungen). Im Rahmen der Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehand-  
4367 lungsgesetzes (AGG) werden wir prüfen, wie Private, die Dienstleistungen für die  
4368 Allgemeinheit erbringen, angemessene Vorkehrungen umsetzen können. Ein erster  
4369 Schritt wird den Gesundheitssektor betreffen.

4370  
4371 Die Digitalisierung eröffnet neue Teilhabechancen insbesondere für sinnesbehinderte  
4372 und mobilitätseingeschränkte Menschen. Hier wollen wir einen Schwerpunkt im Nati-  
4373 onalen Aktionsplan setzen.

4374  
4375 Wir werden darauf hinwirken, dass die Produzenten der Medien ihren Verpflichtun-  
4376 gen nachkommen, zugängliche und barrierefreie Angebote in Film, Fernsehen und  
4377 Print anzubieten. Dabei haben die öffentlichen Medien eine Vorbildfunktion.

### 4378 **Unabhängige Teilhabeberatung**

4379 Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir durch eine Weiterführung der Finanzie-  
4380 rung verlässlich schützen.

### 4381 **Politische Partizipation**

4382  
4383 Unser Ziel ist ein inklusives Wahlrecht für alle. Wir werden den Wahlrechtsaus-  
4384 schluss von Menschen, die sich durch eine Vollbetreuung unterstützen lassen, been-  
4385 den. Wir empfehlen dem Deutschen Bundestag, in seinen aktuellen Beratungen zu  
4386 Änderungen am Wahlrecht, dieses Thema entsprechend umzusetzen.

### 4387 **Schutz vor Gewalt**

4388  
4389 Menschen mit Behinderungen werden besonders häufig Opfer von Gewalt in unter-  
4390 schiedlichster Form. Wir wollen die Aufklärung und Stärkung der Menschen fördern  
4391 sowie Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und eine Verbesserung der Unterbrin-  
4392 gungsmöglichkeiten nach Übergriffen, z. B. in barrierefreien oder mit speziell ge-  
4393 schultem Personal besetzten Frauenhäusern.

### 4394 **Schnittstellenklärung eingeschränkte bzw. dauerhafte Erwerbsminderung**

4395  
4396 Die unterschiedliche Gewährung existenzsichernder Leistungen bei Menschen mit  
4397 befristeter und dauerhafter Erwerbsminderung werden wir prüfen.

## 4398 **3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts**

4399  
4400 Wir wollen das Soziale Entschädigungsrecht (SER) reformieren. Dabei werden die  
4401 Regelungen insbesondere an den Bedarfen der Opfer von Gewalttaten einschließlich  
4402 der Opfer von Terrorataten ausgerichtet. Psychische Gewalt wird in den Gewaltbegriff  
4403 einbezogen. Neue Leistungen der Sofort- bzw. Akuthilfen (u. a. Traumaambulanzen)  
4404 werden schnell, niedrighschwellig und unbürokratisch zugänglich gemacht. Entschädi-  
4405 gungszahlungen für Geschädigte und Hinterbliebene werden erhöht. Teilhabelei-  
4406 stungen werden künftig grundsätzlich ohne den Einsatz von Einkommen und Vermö-  
4407 gen erbracht. Bei der Reform wird ein Bestandsschutz für die Kriegsoffer und ihre  
4408 Angehörigen eingehalten.

4409  
4410  
4411 Wir wollen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Opfern des Terrors rea-  
4412 lisieren. Dazu wird ein/e Beauftragte/r der Bundesregierung für die Belange von Ter-  
4413 roropfern benannt.

4414  
4415 Im Zuge der SER-Reform soll auch die Situation der Opfer sexueller Gewalt verbes-  
4416 sert werden.

4417  
4418 **4. Gesundheit und Pflege**

4419 Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen müssen auf die Solidari-  
4420 tät der Gesellschaft vertrauen können. Wir werden sicherstellen, dass alle auch zu-  
4421 künftig eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung von  
4422 Beginn bis zum Ende ihres Lebens erhalten, unabhängig von ihrem Einkommen und  
4423 Wohnort. Das Patientenwohl ist für uns entscheidender Maßstab für gesundheitspoli-  
4424 tische Entscheidungen, die Patientenorientierung ist unser Leitbild für das Gesund-  
4425 heitswesen. Die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen müssen  
4426 ausgebaut und verstärkt werden. Zur Erreichung einer sektorübergreifenden Versor-  
4427 gung wollen wir nachhaltige Schritte einleiten.

4428  
4429 **Pflege**

4430 Eine gute und verlässliche Pflege ist für immer mehr Betroffene und ihre Angehöri-  
4431 gen von zentraler Bedeutung. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die  
4432 Pflegeversicherung mit den Pflegestärkungsgesetzen grundlegend reformiert. Auch  
4433 in den kommenden Jahren werden wir nicht nachlassen, die Pflege und die häusliche  
4434 Versorgung zu verbessern, die Unterstützung für pflegende Angehörige auszubauen  
4435 und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften und Betreuern in der Pflege so attraktiv  
4436 zu machen, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen, beibehalten und  
4437 damit die Versorgung sicherstellen. Dazu werden wir ein Sofortprogramm Pflege und  
4438 darüber hinaus eine „Konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten Weiterent-  
4439 wicklung der Situation in der Pflege auf den Weg bringen.

4440  
4441 Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Kranken-  
4442 pflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere  
4443 Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und  
4444 dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert. In der Altenpflege sollen die Sach-  
4445 leistungen kontinuierlich an die Personalentwicklung angepasst werden.

4446  
4447 In einem Sofortprogramm werden wir 8000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang  
4448 mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen. Der dafür  
4449 erforderliche finanzielle Mehraufwand soll durch eine Vollfinanzierung aus Mitteln der  
4450 Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgen. Dem Sofortprogramm werden  
4451 weitere Schritte folgen.

4452  
4453 Wir wollen in einer „Konzertierten Aktion Pflege“ eine bedarfsgerechte Weiterentwick-  
4454 lung der Situation in der Altenpflege erreichen. Deshalb entwickeln wir verbindliche  
4455 Personalbemessungsinstrumente, auch im Hinblick auf die Pflegesituation in der  
4456 Nacht. Die „Konzertierte Aktion Pflege“ umfasst u. a. eine Ausbildungsoffensive, An-  
4457 reize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm,  
4458 eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizie-  
4459 rung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften.

4460  
4461 Wir wollen die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken. Gemeinsam mit den  
4462 Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächen-  
4463 deckend zur Anwendung kommen. Wir wollen angemessene Löhne und gute Ar-  
4464beitsbedingungen in der Altenpflege. Dafür schaffen wir die gesetzlichen Vorausset-

4465 zungen. Im Krankenhausbereich werden wir eine vollständige Refinanzierung von  
4466 Tarifsteigerungen herbeiführen, verbunden mit der Nachweispflicht, dass dies auch  
4467 tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Wir bitten die Pflegemindestlohn-  
4468 Kommission, sich zeitnah mit der Angleichung des Pflegemindestlohns in Ost und  
4469 West zu befassen.

4470  
4471 Wir werden die ambulante Alten- und Krankenpflege insbesondere im ländlichen  
4472 Raum stärken. Dazu gehört u. a. eine bessere Honorierung der Wegezeiten, wenn  
4473 die Versorgung nur mit längeren Anfahrtswegen sichergestellt werden kann.

4474  
4475 Um Angehörige besser zu unterstützen, gehören insbesondere Angebote in der  
4476 Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie in der Tages- und Nachtpflege, die beson-  
4477 ders pflegende Angehörige entlasten, zu einer guten pflegerischen Infrastruktur. Wir  
4478 wollen die o. g. Leistungen, die besonders pflegende Angehörige entlasten, zu einem  
4479 jährlichen Entlastungsbudget zusammenfassen, das flexibel in Anspruch genommen  
4480 werden kann. Damit können wir erheblich zur Entbürokratisierung in der ambulanten  
4481 Pflege beitragen, die häusliche Versorgung stärken und pflegende Angehörige ent-  
4482 lasten. Wir werden die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem  
4483 wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen. Um die Situation pflegender  
4484 Angehöriger zu verbessern, werden sie einen Anspruch auf medizinisch erforderliche  
4485 Rehabilitationsleistung nach ärztlicher Verordnung erhalten.

4486  
4487 Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab ei-  
4488 nem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

4489  
4490 Wir wollen möglichst frühzeitig Pflegebedürftigkeit vermeiden. Dafür fördern wir den  
4491 präventiven Hausbesuch durch Mittel des Präventionsgesetzes. Kommunen sollen  
4492 mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Ausrichtung der pflegerischen Versor-  
4493 gungsangebote vor Ort im Rahmen der Versorgungsverträge erhalten.

4494  
4495 Pflegebedürftige Menschen haben einen hohen Bedarf an medizinischen Leistungen.  
4496 Die kassenärztlichen Vereinigungen und die Pflegeeinrichtungen werden verpflichtet,  
4497 Kooperationsverträge abzuschließen.

4498  
4499 Den Auftrag an Kassen und Krankenhäuser, Personaluntergrenzen für pflegeintensi-  
4500 ve Bereiche festzulegen, werden wir dergestalt erweitern, dass in Krankenhäusern  
4501 derartige Untergrenzen nicht nur für pflegeintensive Bereiche, sondern für alle bet-  
4502 tenführenden Abteilungen eingeführt werden.

#### 4503 4504 **Sektorübergreifende Versorgung**

4505 Die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen müssen ausgebaut und  
4506 verstärkt werden. Für eine sektorenübergreifende Versorgung wollen wir weitere  
4507 nachhaltige Schritte einleiten, damit sich die Behandlungsverläufe ausschließlich am  
4508 medizinisch-pflegerischen Bedarf der Patientinnen und Patienten ausrichten.

4509  
4510 Wir werden eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Regierungs-  
4511 fraktionen im Deutschen Bundestag einrichten. Diese Arbeitsgruppe wird Vorschläge  
4512 für die Weiterentwicklung zu einer sektorenübergreifenden Versorgung des stationä-  
4513 ren und ambulanten Systems im Hinblick auf Bedarfsplanung, Zulassung, Honorie-  
4514 rung, Kodierung, Dokumentation, Kooperation der Gesundheitsberufe und Qualitäts-



4515 sicherung unter Berücksichtigung der telematischen Infrastruktur bis 2020 vorlegen.  
4516 Dabei sollen Spielräume für regionale Ausgestaltungen ermöglicht werden.

4517

### 4518 **Ambulante Versorgung**

4519 Wir werden in einem Sofortprogramm die Leistungen und den Zugang zur Versor-  
4520 gung für gesetzlich Versicherte verbessern. Dazu werden die Terminservicestellen  
4521 der Kassenärztlichen Vereinigungen unter einer bundesweit einheitlichen, einprä-  
4522 genden Telefonnummer von 8 bis 18 Uhr erreichbar sein und auch haus- und kinder-  
4523 ärztliche Termine vermitteln.

4524

4525 Das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von gesetz-  
4526 lich versicherten Patienten wird von 20 auf 25 Stunden erhöht. Ärztinnen und Ärzte,  
4527 die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren,  
4528 werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Dazu werden die hausärzt-  
4529 liche Versorgung und die „sprechende Medizin“ besser vergütet. Dies beinhaltet auch  
4530 die koordinierenden Leistungen, inklusive der Terminvermittlung zum Facharzt.

4531

4532 Die Möglichkeit der Kassenärztlichen Vereinigungen, die Sicherstellung durch Eigen-  
4533 einrichtungen zu gewährleisten, wird erweitert.

4534

4535 Wir werden weiterhin darauf drängen, dass die Bedarfsplanung zur Verteilung der  
4536 Arztsitze kleinräumiger, bedarfsgerechter und flexibler gestaltet wird. In ländlichen  
4537 oder strukturschwachen Gebieten entfallen Zulassungssperren für die Neuniederlas-  
4538 sung von Ärztinnen und Ärzten. Die Bestimmung der von dieser Regelung erfassten  
4539 Gebiete obliegt den Ländern.

4540

4541 Wir werden die Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen erhöhen, verbind-  
4542 licher ausgestalten und im Verwendungszweck flexibilisieren. Die Länder erhalten ein  
4543 Mitberatungs- und Antragsrecht in den Zulassungsausschüssen der Kassenärztli-  
4544 chen Vereinigungen.

4545

4546 Wir werden den Innovationsfonds über das Jahr 2019 mit einem Volumen von 200  
4547 Millionen Euro jährlich fortsetzen. Wir wollen gewährleisten, dass erfolgreiche Ver-  
4548 sorgungsansätze zügig in die Regelversorgung überführt werden. Eigene Modellpro-  
4549 jekte des Bundesministeriums für Gesundheit wollen wir ermöglichen.

4550

4551 Wir wollen gezielt Volkskrankheiten wie Krebs, Demenz oder psychische Störungen  
4552 bekämpfen. Dabei betonen wir die nationale Diabetesstrategie. Wir werden die  
4553 Disease-Management-Programme weiter stärken, insbesondere durch eine Umset-  
4554 zung der Programme für Rückenschmerz und Depressionen.

4555

4556 Die Festzuschüsse für Zahnersatz werden wir von bisher 50 Prozent auf 60 Prozent  
4557 erhöhen.

4558

4559 Zu einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung gehören für uns neben einer gut  
4560 erreichbaren ärztlichen Versorgung auch eine wohnortnahe Geburtshilfe, Hebammen  
4561 und Apotheken vor Ort.

4562

4563 Um die Apotheken vor Ort zu stärken, setzen wir uns für ein Verbot des Versandhan-  
4564 dels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ein.

4565

4566 Wir werden die Hospiz- und Palliativversorgung weiter stärken, insbesondere durch  
4567 Kostenübernahme für die Koordination von Hospiz- und Palliativversorgungsnetz-  
4568 werken sowie durch Verbesserungen bei der Versorgung von Kindern und in Alten-  
4569 pflegeeinrichtungen. Wir werden zeitnah überprüfen, ob die zuschussfähigen Leis-  
4570 tungen bei den Hospizen angemessen erfasst sind.

4571  
4572 Wir wollen prüfen, ob eine Herausnahme der spezialisierten ambulanten Palliativver-  
4573 sorgung (SAPV) aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes gegen Wettbewerbs-  
4574 beschränkungen durch eine entsprechende Klarstellung in § 69 Abs. 2 Satz 2 Sozi-  
4575 algesetzbuch V erforderlich ist.

4576  
4577 Wir werden die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung stärken, deren Un-  
4578 abhängigigkeit gewährleisten und für bundesweit einheitliche und verbindliche Rege-  
4579 lungen bei ihrer Aufgabenwahrnehmung Sorge tragen.

4580  
4581 Damit medizinische Innovationen schneller in die Regelversorgung gelangen, werden  
4582 wir die Verfahren des Gemeinsamen Bundesausschusses beschleunigen, indem der  
4583 Aufgabenkatalog und die Ablaufstrukturen gestrafft werden. Über neue Untersu-  
4584 chungs- und Behandlungsmethoden soll zukünftig schneller entschieden werden.  
4585 Den Ländern werden künftig in den Beratungen zur Bedarfsplanung und zu allen As-  
4586 pekten der Qualitätssicherung die gleichen Rechte und Pflichten wie den Patienten-  
4587 vertretern eingeräumt.

4588  
4589 Sowohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung  
4590 (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ)  
4591 müssen reformiert werden. Deshalb wollen wir ein modernes Vergütungssystem  
4592 schaffen, das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizini-  
4593 schen Fortschritts abbildet. Dies bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Die Bundes-  
4594 regierung wird dazu auf Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums eine wissen-  
4595 schaftliche Kommission einsetzen, die bis Ende 2019 unter Berücksichtigung aller  
4596 hiermit zusammenhängenden medizinischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen  
4597 Vorschläge vorlegt. Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, wird danach entschie-  
4598 den.

## 4599 **Krankenhäuser**

4600 Um eine gute stationäre Versorgung sicherzustellen, sind deutlich erhöhte Investitio-  
4601 nen in Krankenhäuser für Umstrukturierungen, neue Technologien und Digitalisie-  
4602 rung notwendig. Die Länderkompetenz in der Krankenhausplanung und die Verpflich-  
4603 tung zur Investitionsfinanzierung bleiben erhalten. Um den notwendigen Struktur-  
4604 wandel der Krankenhauslandschaft und die Qualität der stationären Versorgung zu  
4605 befördern, wird der aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds und von den  
4606 Ländern hälftig finanzierte Strukturfonds für weitere vier Jahre in Höhe von einer Mrd.  
4607 Euro/jährlich fortgesetzt.

4608  
4609 Die Qualitätsoffensive für Krankenhäuser soll fortgesetzt werden. Dazu gehören ins-  
4610 besondere eine qualitätsorientierte Arbeitsteilung und Vernetzung zwischen einer gut  
4611 erreichbaren Grund- und Regelversorgung, Zentren für schwerwiegende, komplexe  
4612 oder seltene Erkrankungen sowie damit verbundenen Anbietern des Gesundheits-  
4613 und Pflegewesens. Die Zentren bieten interdisziplinäre Behandlungsteams mit hoher  
4614 medizinischer Kompetenz und sollen auch mit ambulanten Schwerpunktpraxen zu-  
4615 sammenarbeiten, um so spezialmedizinische Kompetenz auch in der Fläche verfüg-  
4616

4617 bar zu machen. Die für die Ausweisung der Zentren notwendigen Instrumente der  
4618 Qualitätssicherung sind weiterzuentwickeln. Wir werden die rechtlichen Anpassungen  
4619 für die entsprechende Weiterentwicklung der Krankenhausplanung vornehmen.

4620  
4621 Als zusätzliche Aufgabe der stationären Grundversorgung sollen die Krankenhäuser  
4622 insbesondere im ländlichen Raum im Verbund mit den Schwerpunktkrankenhäusern  
4623 und örtlichen Pflegeanbietern ergänzende niedrigschwellige Versorgungsangebote  
4624 z. B. in der Nachsorge vorhalten.

4625  
4626 Künftig sollen Pflegepersonalkosten besser und unabhängig von Fallpauschalen ver-  
4627 gütet werden. Die Krankenhausvergütung wird auf eine Kombination von Fallpau-  
4628 schalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Die Pflegepersonal-  
4629 kostenvergütung berücksichtigt die Aufwendungen für den krankenhausindividuellen  
4630 Pflegepersonalbedarf. Die DRG-Berechnungen werden um die Pflegepersonalkosten  
4631 bereinigt.

4632  
4633 Wir werden die bereits eingeleiteten Verbesserungen der Versorgung psychisch  
4634 Kranker mit Nachdruck umsetzen, insbesondere die Schaffung einheitlicher und hin-  
4635 reichender Personalstandards sowie die Einführung stationsersetzender Leistungen.

4636  
4637 Eine qualitativ hochwertige Geburtshilfe auch durch Belegärztinnen und -ärzte ist uns  
4638 ein Anliegen. Wir werden die Finanzierungsgrundlagen dazu überprüfen.

4639  
4640 Wir wollen die Zahl der Organspenden in Deutschland erhöhen. Dazu werden wir  
4641 eine verbindliche Freistellungsregelung für Transplantationsbeauftragte schaffen und  
4642 diese finanzieren. Die Organentnahme wird höher vergütet.

4643  
4644 Zur Infektionsprävention und -bekämpfung wird das Hygienesonderprogramm für  
4645 Krankenhäuser verlängert und evaluiert.

4646  
4647 Zur Verbesserung der Notfallversorgung wird eine gemeinsame Sicherstellung der  
4648 Notfallversorgung von Landeskrankengesellschaften und Kassenärztlichen Ver-  
4649 einigungen in gemeinsamer Finanzierungsverantwortung geschaffen. Dazu sind Not-  
4650 fallleitstellen und integrierte Notfallzentren aufzubauen.

4651  
4652 **Gesundheitsberufe**  
4653 Stärken unseres Gesundheitswesens sind die Freiberuflichkeit der Heilberufe, freie  
4654 Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und gut qualifizierte Gesundheitsbe-  
4655 rufe.

4656  
4657 Wir legen auch in Zukunft Wert darauf, hoch motivierten und hervorragend ausgebil-  
4658 deten Nachwuchs in den Gesundheitsberufen zu gewinnen. Dazu müssen wir attrak-  
4659 tive Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Den Masterplan Medizinstudium 2020  
4660 wollen wir insbesondere im Hinblick auf die Neuregelung des Studienzugangs, die  
4661 Stärkung der Allgemeinmedizin sowie die Landarztquote zügig umsetzen. Dazu ge-  
4662 hören auch mehr Medizinstudienplätze.

4663  
4664 Um die ärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum zu fördern, werden zudem an medizi-  
4665 nischen Fakultäten modellhaft neue Unterrichtskonzepte als Schwerpunkt- bzw. Ver-  
4666 tiefungsprogramme gefördert und evaluiert. Lücken in der Weiterbildung der Allge-  
4667 meinmedizin werden ebenso evaluiert und geschlossen. Darüber hinaus werden wir

4668 zusätzliche Anreize zur Qualifizierung von Weiterbildern durch die regionalen Kom-  
4669 petenzzentren Weiterbildung Allgemeinmedizin setzen.

4670  
4671 Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist eine wichtige Säule des Gesundheitswesens,  
4672 insbesondere bei der Prävention und Gesundheitsförderung. Wir stehen für eine  
4673 Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ein.

4674  
4675 Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sowie die Finanzierungsverordnung des  
4676 Pflegeberufgesetzes werden zeitnah vorgelegt.

4677  
4678 Wir werden die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe im Rahmen eines Gesamt-  
4679 konzeptes neu ordnen und stärken. Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in  
4680 den Gesundheitsfachberufen abschaffen, so wie es in den Pflegeberufen bereits be-  
4681 schlossen wurde. Wir werden die Hebammenausbildung nach den EU-Vorgaben als  
4682 akademischen Beruf umsetzen. Die Novellierungen der Ausbildung der bisherigen  
4683 psychologischen Psychotherapeuten in Form einer Direktausbildung und der Appro-  
4684 bationsordnung für Zahnärzte werden wir zügig abschließen.

4685  
4686 Für die zukünftigen Herausforderungen des Gesundheitswesens ist die Aufgabenver-  
4687 teilung der Gesundheitsberufe neu zu justieren und den Gesundheitsfachberufen  
4688 mehr Verantwortung zu übertragen. Die Ergebnisse der Modellprojekte der Heilberufe  
4689 werden wir berücksichtigen. Im Sinne einer verstärkten Patientensicherheit wollen  
4690 wir das Spektrum der heilpraktischen Behandlung überprüfen.

4691  
4692 **Prävention**

4693 Wir wollen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung und die Prävention in allen  
4694 Lebensbereichen deutlich stärken. Auf Grundlage des Berichtes der Nationalen Prä-  
4695 ventionskonferenz und der anschließenden Beratungen im Deutschen Bundestag  
4696 werden wir ein Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes vor-  
4697 legen.

4698  
4699 Mit einem Nationalen Gesundheitsportal wollen wir, dass sich die Patientinnen und  
4700 Patienten verlässlich schnell und umfassend im Internet über medizinische Fragestel-  
4701 lungen und Strukturen unseres Gesundheitswesens informieren können.

4702  
4703 Wir werden Patientenrechte stärken. Dazu werden wir Vorschläge für einen Patien-  
4704 tenentschädigungsfonds für Schäden in Härtefällen, bei denen die bestehenden Haf-  
4705 tungsregelungen nicht greifen, prüfen.

4706  
4707 Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die notwendigen Impfquoten zum  
4708 Schutz der Bevölkerung zu erreichen.

4709  
4710 Weitere Schwerpunkte werden in der Prävention chronischer Erkrankungen, insbe-  
4711 sondere in der Entwicklung einer nationalen Strategie zur Reduzierung von Übergewicht  
4712 vor allem bei Kindern und Jugendlichen liegen. Wir werden Drogenmissbrauch  
4713 weiterhin bekämpfen und dabei auch unsere Maßnahmen zur Tabak- und Alkohol-  
4714 prävention gezielt ergänzen. Dabei ist uns das Wohl der Kinder von Suchtkranken  
4715 besonders wichtig.

4716  
4717 Wir werden die Forschung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin fördern.

4718

4719 Wir werden uns weiterhin für eine Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs und der  
4720 Verhinderung von Antibiotikaresistenzen einsetzen und dies zusätzlich durch For-  
4721 schung unterstützen.

4722

### 4723 **E-Health und Gesundheitswirtschaft**

4724 Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist eine der größten Herausforderung des  
4725 Gesundheitswesens in den nächsten Jahren.

4726

4727 Wir werden die Telematikinfrastruktur weiter ausbauen und eine elektronische Pati-  
4728 entenakte für alle Versicherten in dieser Legislaturperiode einführen. Wir wollen neue  
4729 Zulassungswege für digitale Anwendungen schaffen, die Interoperabilität herstellen  
4730 und die digitale Sicherheit im Gesundheitswesen stärken. Die einschränkenden Re-  
4731 gelungen zur Fernbehandlung werden wir auf den Prüfstand stellen. Auch die pflege-  
4732 rische Versorgung wollen wir mit den Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwi-  
4733 ckeln, so dass sowohl Pflegekräfte als auch pflegebedürftige Menschen Informations-  
4734 und Kommunikationstechnologien sowie neue technische Anwendungen besser nut-  
4735 zen können. Dazu gehört auch, die Pflege in die Telematikinfrastruktur einzubezie-  
4736 hen. Ziel ist zudem, Bürokratie in Diagnostik und Dokumentation abzubauen.

4737

4738 Die Anwendung und Abrechenbarkeit telemedizinischer Leistungen soll ausgebaut  
4739 werden. Es wird sichergestellt, dass die Datenspeicherung den strengen Anforderun-  
4740 gen des Datenschutzes unterliegt. Die gespeicherten Daten sind Eigentum der Pati-  
4741 entinnen und Patienten.

4742

4743 Wir werden die E-Health-Initiative und den Strategieprozess Medizintechnik weiter-  
4744 führen, um Deutschland als Standort der Gesundheitswirtschaft nachhaltig und zu-  
4745 kunftsorientiert zu gestalten. Wir werden auch den Pharma-Dialog unter Einbezie-  
4746 hung der Regierungsfractionen des Deutschen Bundestags fortsetzen.

4747

4748 Wir werden den Aktionsplan zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit in  
4749 Deutschland (AMTS) entschlossen umsetzen und die Fälschungssicherheit von Arz-  
4750 neimitteln verbessern. Wir wollen die Arzneimittelsicherheit durch weitere Maßnah-  
4751 men von der Produktion über den Transport bis zum Endverbraucher gewährleisten.

4752

### 4753 **Globale Gesundheit**

4754 Deutschland wird eine Strategie zur globalen Gesundheitspolitik erarbeiten, um noch  
4755 stärker seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Schwerpunkte wer-  
4756 den die Gesundheitssicherheit und die Prävention von internationalen Pandemien  
4757 sowie Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern sein. Dafür wer-  
4758 den wir internationale Kooperationen und strategische Partnerschaften weiter auf-  
4759 bauen und ausbauen. Außerdem gilt es, die WHO zu stärken, indem wir auch den  
4760 Reformprozess in der WHO unterstützen.

4761

### 4762 **Finanzierung**

4763 Wir werden die Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung wie-  
4764 derherstellen. Ab 1. Januar 2019 werden die Beiträge zur Krankenversicherung wie-  
4765 der in gleichem Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet. Der bisherige  
4766 Zusatzbeitrag wird paritätisch finanziert.

4767

4768 Wir wollen die schrittweise Einführung von kostendeckenden Beiträgen zur Gesetzli-  
4769 chen Krankenversicherung für die Bezieher von ALG II aus Steuermitteln finanzieren.

4770

4771 Um kleine Selbständige zu entlasten, werden wir die Bemessungsgrundlage für die  
4772 Mindestkrankenversicherungsbeiträge von heute 2283,75 Euro auf 1150 Euro nahe-  
4773 zu halbieren.

4774

4775 Unter Berücksichtigung der Gutachten des Expertenbeirats des Bundesversiche-  
4776 rungsamtes (BVA) werden wir den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich mit  
4777 dem Ziel eines fairen Wettbewerbs weiterentwickeln und ihn vor Manipulation schüt-  
4778 zen. Es wird eine regelmäßige gutachterliche Überprüfung gesetzlich festgelegt.

4779

ENTWURF

## 4780 **VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen**

4781

### 4782 **1. Flüchtlingspolitik**

4783 Deutschland bekennt sich zu seinen bestehenden rechtlichen und humanitären Ver-  
4784 pflichtungen. Wir werden das Grundrecht auf Asyl nicht antasten: Wir bekennen uns  
4785 strikt zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog im Grundgesetz, zur Genfer  
4786 Flüchtlingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen  
4787 zur Bearbeitung jedes Asylantrags sowie zur UN-Kinderrechtskonvention und zur  
4788 Europäischen Menschenrechtskonvention.

4789

4790 Wir sind stolz auf die Integrationsleistung unseres Landes, insbesondere auf das viel-  
4791 fältige ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden. Wir sind uns dar-  
4792 über einig, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordert wer-  
4793 den darf. Integrationsfähigkeit bemisst sich dabei nicht nur daran, wie die Aufnahme  
4794 und Integration zugewanderter Menschen in die Gesellschaft gelingt, vielmehr bein-  
4795 haltet sie auch unseren Anspruch, die Lebensbedingungen der hier lebenden Men-  
4796 schen gerade angesichts der zu bewältigenden Zuwanderung zu berücksichtigen  
4797 (z. B. Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen, Wohnungen).

4798

4799 Deswegen setzen wir unsere Anstrengungen fort, die Migrationsbewegungen nach  
4800 Deutschland und Europa angemessen mit Blick auf die Integrationsfähigkeit der Ge-  
4801 sellschaft zu steuern und zu begrenzen, damit sich eine Situation wie 2015 nicht  
4802 wiederholt.

4803

4804 Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen, die Erfahrungen der letz-  
4805 ten zwanzig Jahre sowie mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen und den unmit-  
4806 telbar steuerbaren Teil der Zuwanderung – das Grundrecht auf Asyl und die Genfer  
4807 Flüchtlingskonvention (GFK) bleiben unangetastet – stellen wir fest, dass die Zuwan-  
4808 derungszahlen (inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzberechtigte, Fami-  
4809 liennachzügler, Relocation, Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwilligen  
4810 Ausreisen künftiger Flüchtlinge und ohne Erwerbsmigration) die Spanne von jährlich  
4811 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden. Dem dient auch das nachfolgende  
4812 Maßnahmenpaket.

4813

4814 Es soll eine Fachkommission der Bundesregierung eingesetzt werden, die sich mit  
4815 den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit befasst und einen entsprechen-  
4816 den Bericht dem Deutschen Bundestag zuleitet. Wir stärken die Migrations- und In-  
4817 tegrationsforschung.

4818

4819 Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge.

4820

4821 Dazu wollen wir:

- 4822 • die Entwicklungszusammenarbeit verbessern;
- 4823 • den Ausbau humanitären Engagements; UNHCR und World Food Programme  
4824 (WFP) angemessen ausstatten und für eine kontinuierliche Finanzierung sorgen;
- 4825 • das Engagement für Friedenssicherung ausweiten (u. a. Stärkung internationaler  
4826 Polizeieinsätze);
- 4827 • eine faire Handels- und Landwirtschaftspolitik (faire Handelsabkommen);
- 4828 • einen verstärkten Klimaschutz;
- 4829 • eine restriktive Rüstungsexportpolitik.

4830

4831 Wir werden eine Kommission „Fluchtursachen“ im Deutschen Bundestag einrichten,  
4832 die der Bundesregierung und dem Bundestag konkrete Vorschläge unterbreiten soll.

4833

4834 Wir treten für ein gemeinsames europäisches Asylsystem ein und beteiligen uns da-  
4835 her aktiv am Prozess der Reform des Dublin-Verfahrens. Ein fairer Verteilmechani-  
4836 smus für Schutzbedürftige, die Frage der Menschenrechte in Drittstaaten sowie das  
4837 Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreiselandes für Asylbewerber müssen hierbei  
4838 eine übergeordnete Rolle spielen. Dabei muss klar sein, dass eine unbefristete Beru-  
4839 fung auf einen anderen Staat der Ersteinreise ausscheidet. Bei der Ausgestaltung  
4840 des Selbsteintrittsrechts wird die Frage der Herstellung der Einheit der Kernfamilie zu  
4841 berücksichtigen sein. Damit eine Verteilung in der Praxis funktioniert, muss es wirk-  
4842 same Mechanismen zur Verhinderung von Sekundärmigration geben. Dazu wollen  
4843 wir insbesondere die Asylverfahren einschließlich der Standards bei der Versorgung  
4844 und Unterbringung von Asylbewerbern harmonisieren und dafür sorgen, dass volle  
4845 Leistungen nur noch im zugewiesenen EU-Mitgliedstaat gewährt werden. In diesem  
4846 Sinne wird sich die Bundesregierung in den Verhandlungen auf EU-Ebene abge-  
4847 stimmt positionieren. Dies gilt auch für eine gemeinsame Durchführung von Asylver-  
4848 fahren überwiegend an den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von  
4849 dort. Dabei werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

4850

4851 Wir unterstützen eine Politik der EU, die verhindern soll, dass kriminelle Schlepper  
4852 und Schleuser entscheiden, wer nach Europa kommt. Wir wollen Anreize ausschlie-  
4853 ßen, die dadurch entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung  
4854 des Kindeswohls zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.

4855

4856 Wir wollen die Zusammenarbeit mit UNHCR, IOM, Herkunfts- und Transitstaaten wei-  
4857 ter ausbauen. Zur Sicherung der Freizügigkeit innerhalb Europas gehört ein wirksa-  
4858 mer Schutz der europäischen Außengrenzen. Dazu wollen wir Frontex zu einer ech-  
4859 ten Grenzschutzpolizei weiterentwickeln. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen effek-  
4860 tiv funktioniert, sind Binnengrenzkontrollen vertretbar.

4861

4862 Wir unterstützen europäische Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen (Relocati-  
4863 on) und leisten einen angemessenen Beitrag zu Aufnahmekontingenten humanitär  
4864 Schutzbedürftiger (Resettlement). Die Größenordnung dieses aus humanitären Moti-  
4865 ven erfolgenden legalen Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs  
4866 humanitär Schutzsuchender insgesamt abhängen.

4867

4868 Für die Frage des Familiennachzugs wird Bezug genommen auf das Gesetz zur Ver-  
4869 längerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.  
4870 Das Nähere regelt ein noch zu erlassendes Bundesgesetz.

4871

4872 Für diese Regelung zum Familiennachzug bei subsidiär Geschützten ab dem 1. Au-  
4873 gust 2018 ist die Festsetzung erfolgt, dass der Zuzug auf 1000 Personen pro Monat  
4874 begrenzt ist und die Härtefallregelung nach §§ 22 und 23 Aufenthaltsgesetz jenseits  
4875 dieses Kontingents Anwendung findet. Die weitere Ausgestaltung des Gesetzes ob-  
4876 liegt den Koalitionsparteien bzw. deren Bundestagsfraktionen.

4877

4878 1. Dieser Familiennachzug wird nur gewährt,

- 4879 • wenn es sich um Ehen handelt, die vor der Flucht geschlossen worden sind,
- 4880 • keine schwerwiegenden Straftaten begangen wurden,
- 4881 • es sich nicht um Gefährder handelt,



- 4882 • eine Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist.  
4883  
4884 2. Mit der gesetzlichen Neuregelung wollen wir Anreize ausschließen, die dadurch  
4885 entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung des Kindeswohls  
4886 zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.  
4887  
4888 3. Mit der gefundenen Lösung zum Familiennachzug werden fortan subsidiär Ge-  
4889 schützte im Rahmen des Kontingents eine ungefährliche Möglichkeit auf Familien-  
4890 nachzug ihrer Kernfamilie haben. Die Einstufung gemäß der GFK soll sachgerecht  
4891 erfolgen  
4892

## 2. Erwerbsmigration

4893 Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Kein Ar-  
4894beitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Den Fachkräftezugang  
4895 nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert  
4896 und vereinfacht. Dieser Bedarf wird voraussichtlich in den nächsten Jahren aufgrund  
4897 unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger  
4898 Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten, weiter steigen.  
4899

4900  
4901 Deshalb werden wir ein Regelwerk zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeits-  
4902 markt und das damit verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem  
4903 Gesetzeswerk erarbeiten, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein  
4904 solches Gesetz wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen, trans-  
4905 parenter machen und, wo nötig, effizienter gestalten.  
4906

4907 Maßgeblich zu berücksichtigen für den Zuzug nach Deutschland sind der Bedarf un-  
4908 serer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie der Nachweis eines konkre-  
4909 ten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts.  
4910

4911 Unter Fachkräften verstehen wir sowohl Hochschulabsolventen als auch Einwande-  
4912 rerinnen und Einwanderer mit qualifizierter Berufsausbildung bzw. ausgeprägten be-  
4913 rufspraktischen Kenntnissen. Eine Gleichwertigkeitsprüfung der beruflichen bzw.  
4914 akademischen Qualifikationen der Fachkräfte soll möglichst ohne lange Wartezeiten  
4915 erfolgen. Auf eine Vorrangprüfung wird verzichtet, soweit die Landesregierungen  
4916 nicht in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit an der Vorrangprüfung festhalten wollen.  
4917 Unberührt hiervon bleibt die Prüfung der Arbeitsbedingungen auf Gleichwertigkeit  
4918 durch die Bundesagentur für Arbeit.  
4919

4920 Mit einer klug gesteuerten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die  
4921 Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität  
4922 von illegaler und ungesteuerter Einwanderung.  
4923

4924 Um angemessen auf Entwicklungen unseres Arbeitsmarktes reagieren zu können,  
4925 achten wir darauf, nationale Regelungsmöglichkeiten für Zuwanderung in den Ar-  
4926beitsmarkt zu erhalten.  
4927

## 3. Gelingende Integration

4928 Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu unserer Gesellschaft und prägen sie  
4929 mit. Ihre Repräsentanz auf allen Ebenen in den Unternehmen, gesellschaftlichen Ein-  
4930 richtungen und vor allem auch im öffentlichen Dienst gilt es weiterhin zu verbessern.  
4931  
4932

4933 Die vielfältigen Integrationsmaßnahmen werden wir in einer bundesweiten Strategie  
4934 nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ bündeln, größere Transparenz in das  
4935 Geflecht der bestehenden Integrationsmaßnahmen bringen, die Koordinierung zwi-  
4936 schen Bund, Ländern und Kommunen deutlich verbessern und dadurch eine effizien-  
4937 tere Wahrnehmung der bestehenden Zuständigkeiten erreichen. Wir wollen mehr  
4938 Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung und -messung im Sinne ei-  
4939 nes echten Integrationsmonitorings intensivieren, um die Erfolge der Integrationspoli-  
4940 tik sichtbar zu machen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu korrigieren.

4941  
4942 So wollen wir z. B. die Teilhabe an den Angeboten der Gesundheitsversorgung (ins-  
4943 besondere in der Pflege) gerade für die erste Generation der Arbeitsmigranten der  
4944 50er und 60er Jahre unabhängig von kultureller Herkunft und Status verbessern. Mit  
4945 Blick auf Vorsorge- und Früherkennungsangebote sowie Rehabilitation sollen die  
4946 Akteure im Gesundheitswesen verstärkt mehrsprachige gesundheitsfördernde Ange-  
4947 bote unterbreiten, die die Betroffenen auch wirklich erreichen.

4948  
4949 Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von  
4950 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten  
4951 der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit  
4952 insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam, wo  
4953 erforderlich, effizienter neu aus. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Anreize bei freiwil-  
4954 ligem Engagement von Kommunen für erfolgreiche Integrationsarbeit.

4955  
4956 Wir bekennen uns zur Integration für diejenigen mit dauerhafter Bleibeperspektive.  
4957 Dazu gehören Sprache und Arbeit. Die im Jahr 2005 eingeführten Integrationskurse  
4958 sind der zentrale Ausgangspunkt für alle weiteren Integrationsschritte. Qualität und  
4959 Effizienz dieser Kurse wollen wir weiter verbessern, insbesondere mit Blick auf eine  
4960 bessere Zielgruppenorientierung. Erforderlich ist eine stärkere Kursdifferenzierung  
4961 nach Vorkenntnissen. Die Mitwirkung beim Spracherwerb werden wir stärker einfor-  
4962 dern. Wir wollen für den Spracherwerb zusätzliche Anreize setzen, Hilfestellungen  
4963 ausbauen und Sanktionsmöglichkeiten konsequent nutzen. Zudem wollen wir auch in  
4964 der Integrationspolitik die Chancen der Digitalisierung nutzen und digitale Angebote  
4965 bei Orientierungs- und Integrationskursen ermöglichen. Schließlich wollen wir die  
4966 Regelungen des Integrationsgesetzes entfristen und die Wohnsitzregelung zeitnah  
4967 evaluieren.

4968  
4969 Die Zugangsvoraussetzungen zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Lei-  
4970 stungen wollen wir vereinheitlichen und für die Gruppe der Geduldeten mit dem recht-  
4971 lichen Arbeitsmarktzugang harmonisieren. Gleichzeitig sollen insbesondere diejeni-  
4972 gen, bei denen die Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote nach dem  
4973 Grundsatz des Förderns und Forderns für Spracherwerb und Beschäftigung bekom-  
4974 men. Dazu soll ein Vorschlag erarbeitet werden, wie für diese Gruppe der Zugang zu  
4975 Sprachkursen und Beschäftigung gewährt werden kann, ohne dass es zu einer Ver-  
4976 festigung von Aufenthaltsrechten und einer Gleichstellung mit denjenigen führt, die  
4977 eine rechtliche Bleibeperspektive haben.

4978  
4979 Für langjährig Geduldete, die die Integrationsanforderungen im Sinne des § 25a  
4980 und b des Aufenthaltsgesetzes erfüllen, wollen wir Verbesserungen und Vereinfach-  
4981 ungen für den Aufenthalt und bei der Ausbildung und Arbeitsmarktintegration erar-  
4982 beiten. Damit wollen wir auch Klarheit für die Betroffenen hinsichtlich ihrer Zukunft in  
4983 Deutschland schaffen.

4984  
4985 Die 3+2-Regelung für Auszubildende wollen wir bundesweit einheitlich anwenden.  
4986 Diese Regelung zielt auf die Ermöglichung eines Zugangs zu einer qualifizierten Be-  
4987 rufsausbildung mit einer Duldung. Dieses Ziel darf nicht durch eine zu enge Anwen-  
4988 dung des Beschäftigungsrechts für Geduldete unterlaufen werden. Diese Regelung  
4989 wollen wir auch auf staatlich anerkannte Helferausbildungen anwenden, soweit daran  
4990 eine qualifizierte Ausbildung in einem Mangelberuf anschlussfähig ist. Eine Ausbil-  
4991 dungszusage muss dabei vorliegen. Bei alledem wollen wir zusätzliche Belastungen  
4992 für die sozialen Sicherungssysteme vermeiden.

#### 4993 4994 **4. Effizientere Verfahren**

4995 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, brauchen Asylverfahren, die schnell,  
4996 umfassend und rechtssicher bearbeitet werden. Deren Bearbeitung erfolgt künftig in  
4997 zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen, in denen  
4998 BAMF, BA, Jugendämter, Justiz, Ausländerbehörden und andere Hand in Hand ar-  
4999 arbeiten. In den AnKER-Einrichtungen sollen Ankunft, Entscheidung, kommunale Ver-  
5000 teilung bzw. Rückführung (AnKER) stattfinden. Eine unabhängige und flächende-  
5001 ckende Asylverfahrensberatung ist zu gewährleisten. Über die Frage von Zuständig-  
5002 keit und Trägerschaft wird eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern getroffen.

5003  
5004 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren in einzigartiger  
5005 Weise humanitär engagiert. Menschen, die von Krieg und Verfolgung betroffen sind,  
5006 bieten wir Schutz. Wir haben das Recht zu wissen, wer in unserem Land leben will;  
5007 dazu bestehen besondere Mitwirkungspflichten durch die Ankommenden. Das betrifft  
5008 zuallererst die umfassende Identitätsfeststellung: Name, Herkunft, Alter, Fingerab-  
5009 druck. Bei ungeklärter Identität wollen wir die behördlichen Möglichkeiten zu deren  
5010 Feststellungen erweitern und Identitätstäuschungen wirksamer begegnen. Die um-  
5011 fassende Identitätsfeststellung findet in den AnKER-Einrichtungen statt.

5012  
5013 Nach der Altersfeststellung werden unbegleitete Minderjährige durch Jugendbehör-  
5014 den in Obhut genommen, Erwachsene verbleiben in den AnKER-Einrichtungen.  
5015 Steht in Zweifel, ob es sich um Jugendliche oder um Erwachsene handelt, erfolgt die  
5016 Altersfeststellung durch das zuständige Jugendamt unter Beteiligung des BAMF in  
5017 den AnKER-Einrichtungen.

5018  
5019 Um die Chance auf eine erfolgreiche Integration zu wahren und europarechtliche  
5020 Vorgaben zu erfüllen, ist die Bleibeverpflichtung in den AnKER-Einrichtungen zeit-  
5021 lich und sachlich zu begrenzen. Sowohl in den Aufnahmeeinrichtungen als auch in  
5022 den AnKER-Einrichtungen soll die Aufenthaltszeit in der Regel 18 Monate nicht über-  
5023 schreiten (§ 47 Abs. 1a und 1b Asylgesetz bleibt davon unberührt), bei Familien mit  
5024 minderjährigen Kindern in der Regel sechs Monate. Insgesamt ist eine geschlechter-  
5025 und jugendgerechte Unterbringung zu gewährleisten.

5026  
5027 Wir streben an, nur diejenigen auf die Kommunen zu verteilen, bei denen eine positi-  
5028 ve Bleibeprognose besteht. Alle anderen sollen, wenn in angemessener Zeit möglich,  
5029 aus diesen Einrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

5030  
5031 Spätestens drei Jahre nach einer positiven Entscheidung ist eine Überprüfung des  
5032 gewährten Schutzes erforderlich. Für dieses Prüfverfahren werden verbindliche Mit-  
5033 wirkungspflichten der Betroffenen gelten. Dazu sollen Belehrungen stattfinden.

5034

5035 Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Freiwillige Rückkehr  
5036 und konsequente Abschiebung sind dabei von wesentlicher Bedeutung. Die freiwilli-  
5037 ge Rückkehr hat Vorrang. Bestehende Hindernisse (z. B. Identitätsfeststellung, Auf-  
5038 nahmewillen der Herkunftsländer, Passersatzbeschaffung, Arbeit der Potsdamer  
5039 Clearingstelle, ZUR) wollen wir weiter verringern. Wir starten eine Qualitätsoffensive  
5040 für die Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

5041  
5042 Gerade im Interesse der wirklich Schutzbedürftigen und der Akzeptanz in der Bevöl-  
5043 kerung wollen wir Ausreisepflichtige stärker danach unterscheiden, ob sie unver-  
5044 schuldet an der Ausreise gehindert sind oder ihnen die fehlende Möglichkeit zur  
5045 Durchsetzung ihrer Ausreisepflicht zugerechnet werden muss. Diese Unterscheidung  
5046 hat auch Konsequenzen, beispielsweise hinsichtlich des Bezugs von Leistungen.  
5047 Entsprechendem Änderungsbedarf werden wir nachkommen.

5048  
5049 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist möglichst frühzeitig über die Einlei-  
5050 tung eines Strafverfahrens zu informieren. Dazu werden wir § 8 Abs. 1a des Asylge-  
5051 setzes ändern.

5052  
5053 Wer sein Aufenthaltsrecht dazu missbraucht, um Straftaten zu begehen, muss unser  
5054 Land verlassen. Das gilt auch bei Fällen von Sozialleistungsbetrug und Verstößen  
5055 gegen das Betäubungsmittelgesetz, soweit diese zu einer Verurteilung von mindes-  
5056 tens einem Jahr geführt haben.

5057  
5058 Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam, einschließlich des Beschwerdeverfahrens,  
5059 werden wir praktikabler ausgestalten, die Voraussetzungen absenken und klarer be-  
5060 stimmen. Ziel ist, die Zuführungsquoten zu Rückführungsmaßnahmen deutlich zu  
5061 erhöhen.

5062  
5063 Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung werden Algerien, Marokko und Tunesi-  
5064 en sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter fünf Pro-  
5065 zent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Der Individualanspruch auf Einzelfall-  
5066 prüfung bleibt unberührt. Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für  
5067 besondere vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksich-  
5068 tigt.

5069  
5070 Wir werden das Ausländerzentralregister (AZR) ertüchtigen, um belastbarere Aus-  
5071 künfte erhalten zu können, allen relevanten Behörden unkomplizierten Zugriff zu er-  
5072 möglichen und es auch zur besseren Steuerung der Rückführung und freiwilligen  
5073 Ausreise einsetzen zu können. Wir werden es in Zusammenarbeit mit den Ländern  
5074 zu einem insgesamt den zeitgemäßen Anforderungen entsprechenden zentralen  
5075 Ausländerdateisystem weiterentwickeln. Im Rahmen dieser Ertüchtigung werden wir  
5076 auch den Bestand der tatsächlich zur Rückführung anstehenden Personen besser  
5077 abbilden.

5078  
5079

**5080 IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen**

5081

5082 Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse im urbanen und ländlichen Raum in  
5083 ganz Deutschland.

5084

5085 Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gerade in wachsenden Städten und Bal-  
5086 lungsräumen ist weiterhin groß. Hier belasten die steigenden Mieten und Kaufpreise  
5087 die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen zunehmend.

5088

**5089 1. Wohnraumoffensive**

5090 Wir wollen erreichen, dass 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime frei finanziert  
5091 und öffentlich gefördert gebaut werden. Hierzu gehört auch, dass der Bestand an  
5092 bezahlbarem Wohnraum gesichert wird.

5093

5094 Wir werden im Rahmen eines „Wohngipfels 2018“ mit Ländern, Kommunen, Vertre-  
5095 tern der Bau- und Immobilienwirtschaft, der Mieter- und Vermieterverbände und der  
5096 Gewerkschaften Eckpunkte eines Gesetzespaketes „Wohnraumoffensive“ vereinba-  
5097 ren.

5098

5099 Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ und die im Rahmen dessen be-  
5100 gründete Innovationspartnerschaft werden fortgesetzt. Beide werden bis 2021 die  
5101 Umsetzung der Vereinbarungen begleiten und gegebenenfalls weitere Initiativen zur  
5102 Zielerreichung beim Wohnungsneubau anstoßen. Für eine „Nachhaltige Baulandmo-  
5103 bilisierung und Bodenpolitik“ werden wir eine Enquête-Kommission einsetzen.

5104

5105 Wir wollen die Gewinnung von Wohnbauland von Landwirten durch steuerlich wirk-  
5106 same Reinvestitionsmöglichkeiten in den Mietwohnungsbau nach einer verfassungs-  
5107 rechtlichen Prüfung verbessern.

5108

5109 Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung den Kommunen durch Schaf-  
5110 fung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Baulandmobilisie-  
5111 rung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Durch die Einführung einer  
5112 Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die  
5113 Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern.

5114

5115 Wir wollen ermöglichen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den  
5116 Ländern und Kommunen zu Zwecken der sozialen Wohnraumförderung bundeseige-  
5117 ne Grundstücke rechtssicher und im beschleunigten Verfahren zu vergünstigten  
5118 Konditionen zur Verfügung stellen kann. Die bestehende Erstzugriffsoption für Kom-  
5119 munen soll im Haushaltsgesetz des Bundes auf alle entbehrlichen Liegenschaften  
5120 des Bundes ausgeweitet werden.

5121

5122 Wir werden die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und Sicherung bezahl-  
5123 baren Wohnens unterstützen und streben dazu weitere Verbesserungen im Baupla-  
5124 nungsrecht an.

5125

5126 Weitere Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentums-  
5127 rechte durch Gestaltung auf Bundesebene werden dabei nicht verfolgt.

5128

5129 Wir wollen das Bauplanungsrecht und die immissionsschutzrechtlichen Vorschriften  
5130 besser aufeinander abstimmen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, mit

5131 Nutzungskonflikten vor Ort umzugehen und eine bessere Nutzungsmischung zu er-  
5132 möglichen.

5133  
5134 Das beschleunigte Bebauungsplanverfahren für den Wohnungsbau werden wir eva-  
5135 luieren und gegebenenfalls weiterentwickeln. Ferner gehört dazu ein vielseitiger Mix  
5136 qualitativ hochwertiger Ausgleichsmaßnahmen, damit Genehmigungsbehörden fle-  
5137 xible Instrumente erhalten, auch bei der Schaffung von Wohnraum die Flächenin-  
5138 spruchnahme gering zu halten.

5139  
5140 Der soziale Wohnungsbau muss mindestens auf heutigem Niveau und langfristig  
5141 verstetigt werden. Dafür ist es erforderlich, dass der Bund auch in Zukunft gemein-  
5142 sam mit den Ländern Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung überneh-  
5143 men kann. Falls erforderlich wird dazu eine Grundgesetzänderung vorgenommen.  
5144 Ungeachtet dessen werden wir in den Jahren 2020/2021 mindestens zwei Milliarden  
5145 Euro für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden bereitstellen.

5146  
5147 Wir schaffen insbesondere für den freifinanzierten Wohnungsneubau im bezahlbaren  
5148 Mietsegment steuerliche Anreize. Dazu werden wir eine bis Ende des Jahres 2021  
5149 befristete Sonderabschreibung einführen. Sie beträgt zusätzlich zur linearen Ab-  
5150 schreibung über vier Jahre fünf Prozent pro Jahr.

5151  
5152 Wir werden die Eigentumsbildung für Familien finanziell unterstützen. Dafür führen  
5153 wir für den Ersterwerb von Neubau oder Bestand ein Baukindergeld als Zuschuss  
5154 aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1200 Euro je Kind und pro Jahr ein, das über  
5155 einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt wird. Das Baukindergeld wird flächende-  
5156 ckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haus-  
5157 haltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt.

5158  
5159 Wir wollen ein Bürgschaftsprogramm der KfW einführen, mit dem ein Anteil des  
5160 Kaufpreises bzw. der Baukosten selbstgenutzten Wohneigentums abgesichert wird.  
5161 Dadurch kann das beim Erwerb notwendige Eigenkapital gesenkt werden. Die Bürg-  
5162 schaft soll für 20 Jahre gelten.

5163  
5164 Wir prüfen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von  
5165 Wohngrundstücken für Familien ohne Rückwirkung beim Länderfinanzausgleich.

5166  
5167 Nach Abschluss der Prüfarbeiten durch Bund und Länder werden wir eine effektive  
5168 und rechtssichere gesetzliche Regelung umsetzen, um missbräuchliche Steuerge-  
5169 staltungen bei der Grunderwerbsteuer mittels Share Deals zu beenden. Die gewon-  
5170 nenen Mehreinnahmen können von den Ländern zur Senkung der Steuersätze ver-  
5171 wendet werden.

5172  
5173 Die Wohnungsbauprämie behalten wir als Anreizinstrument insbesondere für junge  
5174 Menschen, frühzeitig mit der Ansparphase zu beginnen, bei. Wir wollen sie attraktiver  
5175 gestalten. Dazu wollen wir die Einkommensgrenzen an die allgemeine Einkommens-  
5176 und Preisentwicklung anpassen und den Prämiensatz erhöhen.

5177  
5178 Der Bund nimmt für seine Beschäftigten insbesondere in Gebieten mit angespannten  
5179 Wohnungsmärkten die Wohnungsfürsorge verstärkt wahr.

5180

5181 Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen benötigen barrierefreie und bar-  
5182 rierearme Wohnungen und ein Wohnumfeld, in dem sie möglichst lange selbstbe-  
5183 stimmt leben können. Deshalb wollen wir das KfW-Programm „Altersgerecht Umbau-  
5184 en“ verstetigen. Zugleich wollen wir die Wiedereinführung der Kreditvariante des  
5185 KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ mit Bundesmitteln ebenso prüfen wie eine  
5186 finanzielle Unterstützung des KfW-Programms „Barrierearme Stadt“.

5187  
5188 Das erfolgreiche KfW-Förderprogramm „Prävention durch Einbruchssicherung“ wollen  
5189 wir ebenfalls verstetigen. Von der Förderung sollen Eigentümer, Mieter und private  
5190 Kleinvermieter auch von Mehrfamilienhäusern, profitieren. Zudem wollen wir die För-  
5191 derung von Maßnahmen zur Kriminalprävention auf den Neubau ausweiten.

5192  
5193 Wir werden die Regelungen des Wohnungseigentumsrechts reformieren und mit dem  
5194 Mietrecht harmonisieren, um die Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen  
5195 der Wohnungseigentümer über bauliche Maßnahmen insbesondere in den Bereichen  
5196 Barrierefreiheit, energetische Sanierung, Förderung von Elektromobilität und Ein-  
5197 bruchsschutz zu erleichtern.

5198  
5199 Wir wollen das Engagement von Genossenschaften, kommunalen und kirchlichen  
5200 Wohnungsunternehmen, nicht gewinnorientierten Initiativen und Stiftungen für den  
5201 Neubau und eine sozialverträgliche Sanierung im Sinne einer Gemeinwohlorientie-  
5202 rung unterstützen. Wir wollen dazu gezielt langfristige Finanzierungen  
5203 und Bürgschaften über 20 Jahre durch die KfW zur Verfügung stellen. Mit Beratung,  
5204 weiteren innovativen Finanzierungsmodellen und einem Austausch guter Beispiele  
5205 wollen wir auch Neugründungen in diesem Feld unterstützen.

5206  
5207 Wir wollen eine Anpassung des Wohngeldes an die jeweiligen allgemeinen und indi-  
5208 viduellen Lebensbedingungen vornehmen. Die Veränderung der maßgeblichen Krite-  
5209 rien wollen wir regelmäßig prüfen.

5210  
5211 Die Einführung einer Klimakomponente beim Wohngeld erfolgt nach Vorlage eines  
5212 mit den Ländern inhaltlich und finanziell abgestimmten Modells.

5213

## 5214 **2. Mieten**

5215 Wir werden durch gesetzliche Mindestanforderungen eine standardisierte Gestaltung  
5216 qualifizierter Mietspiegel sichern. Unser Ziel ist es, eine repräsentative und differen-  
5217 zierte Qualität dieses Instruments zur rechtssicheren und zuverlässigen Abbildung  
5218 der Vergleichsmiete zu gewährleisten. Wir wollen erreichen, dass die tatsächlichen  
5219 Marktverhältnisse auf zuverlässiger Datengrundlage differenziert dargestellt werden.

5220

5221 Die Ausgestaltung der neuen Vorgaben für qualifizierte Mietspiegel erfolgt so, dass  
5222 die für die Erstellung und Fortschreibung anfallenden Kosten für die Gemeinden  
5223 möglichst gering bleiben.

5224

5225 Dazu werden wir den Bindungszeitraum für einen qualifizierten Mietspiegel von zwei  
5226 auf drei Jahre verlängern. Dadurch wird zugleich der Mietenanstieg gedämpft.

5227

5228 Die Verlängerung des Betrachtungszeitraums wird geprüft.

5229

5230 Der einfache Mietspiegel soll insbesondere in kleineren Städten und Gemeinden als  
5231 Instrument der Orientierung und des Rechtsfriedens stärker zu Anwendung kommen.

5232  
5233 Wir wollen mit einer gesetzlichen Auskunftspflicht des Vermieters bezüglich der Vor-  
5234 miete – wenn sich der Vermieter bei der Begründung des Mietverhältnisses auf diese  
5235 beruft – mehr Transparenz bei der Mietpreisbremse erreichen.

5236  
5237 Die Mietpreisbremse wird frühzeitig bis Ende 2018 auf Geeignetheit und Wirksamkeit  
5238 bewertet. Dabei werden die praktische Bedeutung und die Erkenntnisse aus der  
5239 Rechtsprechung berücksichtigt.

5240  
5241 Wir werden die Anforderungen an eine qualifizierte Rüge des Mieters bezüglich der  
5242 Miethöhe erleichtern. Künftig soll eine einfache Rüge der Miethöhe ausreichen.

5243  
5244 Wir wollen Mieter besser vor bewusstem Missbrauch bei der Ankündigung und der  
5245 Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen schützen. Das gezielte Herausmo-  
5246 dernisieren wird künftig den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllen und für  
5247 Mieter Schadensersatzansprüche begründen.

5248  
5249 In Gebieten geltender Kappungsgrenze für Mieterhöhungen wird die Modernisie-  
5250 rungsumlage auf acht Prozent abgesenkt. Diese Regelung wird auf fünf Jahre befris-  
5251 tet und zum Laufzeitende überprüft.

5252  
5253 Wir wollen verhindern, dass Mieter durch Modernisierungsmaßnahmen unverhält-  
5254 nismäßig belastet werden. Die monatliche Miete darf künftig nach einer Modernisie-  
5255 rung nicht um mehr als drei Euro pro Quadratmeter Wohnfläche innerhalb von sechs  
5256 Jahren erhöht werden (Kappungsgrenze).

5257  
5258 Für kleinere Modernisierungen werden wir ein optionales, vereinfachtes Mieterhö-  
5259 hungsverfahren einführen, bei dem die formellen Anforderungen an die Ankündigung  
5260 abgesenkt werden und ein maximaler Betrag von 10.000 Euro unter Berücksichti-  
5261 gung eines Instandhaltungsanteils von 30 Prozent umgelegt werden kann.

5262  
5263 Wir werden die neuen mietrechtlichen Regelungen innerhalb des Gesetzespaketes  
5264 zur Wohnraumoffensive auf den Weg bringen.

### 5265 5266 **3. Stadtentwicklung und Baukultur**

5267 Wir sorgen dafür, dass zwischen Städten und ländlichen Regionen keine Kluft  
5268 entsteht, dass die Menschen in diesem Land unabhängig von ihrem Wohnort  
5269 gleichwertige Entwicklungschancen haben.

5270  
5271 Unser Ziel ist, die ländlichen Räume weiter zu stärken und Regionen und Städte  
5272 zukunftsfest zu machen. Dazu gehören Investitionen in eine moderne Infrastruktur  
5273 z. B. in den Bereichen Mobilität, Energie und Digitalisierung, in ein qualitativ  
5274 hochwertiges Wohnumfeld und Sicherheit in öffentlichen Räumen.

5275  
5276 Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen an den Prozessen  
5277 der Stadtentwicklung wollen wir stärken und eine bessere Beteiligung von Privaten  
5278 an der Städtebauförderung erreichen.

5279  
5280 Dazu unterstützen wir seit Jahrzehnten die Kommunen mit der Städtebauförderung.  
5281 Mit Blick auf die sich örtlich und inhaltlich stetig verändernden Aufgaben der Stadt-  
5282 entwicklung ist diese Förderung auch zukünftig unverzichtbar. Wir wollen die Städte-



5283 bauförderung daher als ein eigenständiges, eng an lokalen Problemlagen orientiertes  
5284 Förderinstrument neben den Gemeinschaftsaufgaben beibehalten. Wir wollen die  
5285 Städtebauförderung inklusive des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier“  
5286 mindestens auf dem derzeitigen Niveau fortführen. Wir werden die Programme flexi-  
5287 bilisieren, entbürokratisieren und weiterentwickeln.  
5288

5289 Wir werden mit den Ländern die der Städtebauförderung zu Grunde liegende Grund-  
5290 vereinbarung neu verhandeln und wollen dabei den Verfügungsrahmen für gewährte  
5291 Mittel der Städtebauförderung verlängern.  
5292

5293 Zur Vorbereitung einer Weiterentwicklung der Städtebauförderung wollen wir Modell-  
5294 projekte gemeinsam mit einzelnen, unterschiedlich großen Kommunen realisieren,  
5295 die beispielhaft Modernisierungs- und Anpassungsstrategien für den klimagerechten  
5296 Umbau, Infrastruktur für neue Mobilitätsformen, für Nachverdichtung und Nebenei-  
5297 nander von Sport, Wohnen, Freizeit und Gewerbe und den sozialen Zusammenhalt  
5298 entwickeln.  
5299

5300 Vor allem zur Unterstützung von Wohnungsbau prüfen wir die Sanierung und Her-  
5301 richtung von Industriebrachen als eigenen Förderschwerpunkt. Unabhängig davon  
5302 werden wir zur Förderung der Revitalisierung von Industrie- und Konversionsbrach-  
5303 flächen das Bundesimmissionsschutzgesetz und damit in Verbindung stehende  
5304 Technische Anleitungen auf Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Hinder-  
5305 nisse bei der Brachflächenaktivierung überprüfen und bis 2021 bestehende Hemm-  
5306 nisse beseitigen.  
5307

5308 Das Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ wollen wir fortführen.  
5309

5310 Wir werden die ressortübergreifende Zusammenarbeit ausbauen. Gemeinsam mit  
5311 Ländern und Kommunen wollen wir ehrenamtliches Engagement und gemeinwohl-  
5312 orientierte Initiativen stärken. Dafür wollen wir bestehende Rechtsgrundlagen sowie  
5313 Finanzierungs- und Beratungsinstrumente überprüfen und wo nötig verbessern.  
5314

5315 Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wollen wir als Förderinstrument für innovative,  
5316 modellhafte Lösungen in der Stadtentwicklung stärken. Wir wollen Projektförderun-  
5317 gen auf dem Feld der nachhaltigen Stadtentwicklung auch im Rahmen der Internati-  
5318 onalen Klimaschutzinitiative (IKI) erheblich ausweiten. Wir wollen das World Urban  
5319 Forum 2022 in Deutschland ausrichten.  
5320

5321 Wir wollen Städte, Kreise und Gemeinden bei der digitalen Modernisierung und Ent-  
5322 wicklung zu Smart Cities aktiv begleiten. Dazu werden wir die Dialogplattform „Smart  
5323 Cities“ fortsetzen und zukunftsfähige Modellprojekte in Deutschland fördern.  
5324

5325 Die Bundesstiftung Baukultur wollen wir als wichtige Institution zur Förderung der  
5326 Baukultur ausbauen. Mit der Wiedererrichtung der Schinkel'schen Bauakademie  
5327 werden wir ein nationales und internationales Schaufenster für Architektur, Baukunst,  
5328 Handwerk und Stadtentwicklung schaffen. Das zum Erhalt der „Weißen Stadt“ Tel  
5329 Aviv als deutsch-israelische Kooperation in Tel Aviv eingerichtete Architektur- und  
5330 Denkmalschutzzentrum unterstützen wir weiter finanziell und organisatorisch.  
5331

5332 Die Arbeit der unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der NS-  
5333 Vergangenheit der für Stadtentwicklung, Wohnungswesen und Bauen zuständigen

5334 Institutionen werden wir unterstützen und wollen die für das Projekt notwendigen Mit-  
5335 tel bereitstellen.

5336

#### 5337 **4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen**

5338 Der Bausektor ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland und auch im interna-  
5339 tionalen Vergleich leistungs- und innovationsstark. Wir wollen die internationale  
5340 Wettbewerbsfähigkeit des Baubereiches stärken, die Qualifizierung und Ausbildung  
5341 von Fachkräften verbessern, der Bauwirtschaft Planungssicherheit für Kapazitäts-  
5342 und Beschäftigungsaufbau geben, sie unterstützen bei der Suche nach innovativen  
5343 Lösungen und die Bauverwaltungen leistungsfähiger machen. Das Potenzial für  
5344 wettbewerbsfähige und wirtschaftliche Lösungen insbesondere beim klimagerechten,  
5345 ressourcenschonenden und bezahlbaren Bauen wollen wir erschließen.

5346

5347 Wir wollen für die Erreichung der Klimaziele und zur Beschleunigung der Energie-  
5348 wende im Wärmesektor die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien  
5349 im Gebäudebereich weiter voranbringen. Dabei gelten für uns weiterhin die Grund-  
5350 sätze der Wirtschaftlichkeit, der Technologieoffenheit, der Vereinfachung sowie der  
5351 Freiwilligkeit. Die anzustrebenden CO<sub>2</sub>-Einsparungen können auch auf Quartiers-  
5352 ebene bilanziert werden.

5353

5354 Wir werden das Ordnungsrecht entbürokratisieren und vereinfachen und die Vor-  
5355 schriften der EnEV, des EnergieeinsparG und des EEWärmeG in einem modernen  
5356 Gebäudeenergiegesetz zusammenführen und damit die Anforderungen des EU-  
5357 Rechts zum 1. Januar 2019 für öffentliche Gebäude und zum 1. Januar 2021 für alle  
5358 Gebäude umsetzen. Dabei gelten die aktuellen energetischen Anforderungen für Be-  
5359 stand und Neubau fort. Wir wollen dadurch insbesondere den weiteren Kostenauf-  
5360 trieb für die Mietpreise vermeiden. Zusätzlich werden wir den Quartiersansatz einfüh-  
5361 ren. Mögliche Vorteile einer Umstellung künftiger gesetzlicher Anforderungen auf die  
5362 CO<sub>2</sub>-Emissionen werden wir prüfen. Die mögliche Umstellung soll spätestens bis  
5363 zum 1. Januar 2023 eingeführt werden.

5364

5365 Die Förderung der energetischen Gebäudesanierung wollen wir fortführen und die  
5366 bestehenden Programme überarbeiten und besser aufeinander abstimmen. Dabei  
5367 wollen wir erreichen, dass jeder eingesetzte öffentliche Euro dazu beiträgt, möglichst  
5368 viel CO<sub>2</sub> einzusparen.

5369

5370 Wir wollen das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen. Der Austausch von  
5371 alten, ineffizienten Heizungsanlagen gegen moderne, hocheffiziente Heizungen  
5372 (auch Brennwertkessel) wird weiterhin zur Erreichung unserer Klimaziele gefördert.

5373

5374 Wir wollen die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern. Dabei werden wir  
5375 für die Antragsteller ein Wahlrecht zwischen einer Zuschussförderung und einer Re-  
5376 duzierung des zu versteuernden Einkommens vorsehen.

5377

5378 Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Gebäudebereich nehmen wir ernst. Wir  
5379 wollen einen Gebäudeeffizienzplan sowie einen energetischen Sanierungsfahrplan  
5380 Bundesliegenschaften beschließen und im Rahmen der Finanzplanung konsequent  
5381 umsetzen. Dabei sind die Klimaschutzziele unter Beachtung des Wirtschaftlichkeits-  
5382 gebots und der Kosteneffizienz zu erreichen.

5383

5384 Die Energieberatung wollen wir ausbauen und adressatengerechter gestalten.

5385  
5386 Die Innovationen bei der Gebäudetechnik werden immer schneller. Die Technologie  
5387 von morgen muss auch künftig ihre Chance im Wettbewerb haben. Deshalb wollen  
5388 wir bei der Erarbeitung der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Gebäu-  
5389 debereich technologische Innovationen besonders fördern.

5390  
5391 Die öffentlichen Bauleistungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie fördern insbe-  
5392 sondere den Mittelstand. Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen  
5393 (VOB) als faire, wettbewerbsneutrale und von allen Bauverbänden getragene Verfah-  
5394 renregelung garantiert gute Bauleistungen. Sie ist zu sichern und anwenderorien-  
5395 tiert weiterzuentwickeln.

5396  
5397 Die Arbeit der im Rahmen des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“  
5398 eingesetzten Baukostensenkungskommission wird fortgesetzt. An den zur Umset-  
5399 zung ihrer Empfehlungen eingeleiteten Maßnahmen für die Begrenzung der Baukos-  
5400 ten wird weitergearbeitet. Wir werden Maßnahmen vermeiden, die die Schaffung von  
5401 Wohnraum verteuern. Normen müssen auf ihren Nutzen überprüft und auf ihren er-  
5402 forderlichen Umfang reduziert werden. Durch Abschaffung überflüssiger Vorschriften  
5403 auf allen Ebenen wollen wir Kostensenkungspotenziale erschließen. Wir setzen uns  
5404 dafür ein, dass für jede neue Normung im Bereich des Bauens eine Folgeabschät-  
5405 zung für die Kosten des Bauens und Wohnens vorgenommen wird, die zur Entschei-  
5406 dungsgrundlage über die Einführung einer Normung gemacht und öffentlich zugäng-  
5407 lich (Internetportal) dokumentiert wird. Wir streben eine stärkere Harmonisierung des  
5408 Bauordnungsrechts im Einklang mit den Ländern an, insbesondere beim Brand-  
5409 schutz. Das serielle und modulare Bauen soll im Rahmen des Forschungspro-  
5410 gramms „Zukunft Bau“ weiterentwickelt und in Modellprojekten erprobt werden. Wir  
5411 wollen die Länder dabei unterstützen, referenzielle Baugenehmigungen einzuführen.

5412  
5413 Wir wollen eine gemeinsame Initiative mit der Bauwirtschaft und weiteren betroffenen  
5414 Partnern anschieben, um ein Maßnahmenbündel gegen Arbeitskräftemangel zu ent-  
5415 wickeln.

5416  
5417 Das Reformprogramm für den Bundesbau ist zügig umzusetzen. Innerhalb der Bun-  
5418 desregierung ist das Bauministerium zuständig für den Bundesbau und die für den  
5419 Bund tätigen Bauverwaltungen. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
5420 (BBR) soll gestärkt und mit dem für die Qualitätssicherung des Bundesbaus notwen-  
5421 digen Personal ausgestattet werden.

5422  
5423 Der zunehmenden Gefährdung von In- und Auslandsliegenschaften des Bundes wol-  
5424 len wir mit einem verbesserten baulichen Schutz insbesondere bei deutschen Vertre-  
5425 tungen in Ländern mit hohem Gefährdungspotential begegnen.

5426  
5427 Wir wollen die Digitalisierung des Planens und Bauens in der gesamten Wertschöp-  
5428 fungskette Bau vorantreiben und dabei die Interessen des Mittelstands und kleinerer  
5429 Planungsbüros berücksichtigen. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Building In-  
5430 formation Modelling (BIM) für alle Planungs- und Baudisziplinen. Bei Baumaßnah-  
5431 men des Bundes wollen wir BIM verstärkt zum Einsatz bringen.

5432  
5433 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ist ein unverzichtbares  
5434 Instrument zur Sicherung von Bauqualität und Baukultur und Voraussetzung eines  
5435 fairen Leistungswettbewerbs. Wir werden uns für den Erhalt in Deutschland auf eu-

5436 ropäischer Ebene einsetzen. Wir wollen die hohe Qualität der Ausbildung von Archi-  
5437 tekten und Ingenieuren auch künftig sicherstellen.

5438  
5439 Die Forschungsinitiative Zukunft Bau wollen wir fortsetzen und mit Blick auf die The-  
5440 men Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-neutrale Gebäudekonzepte, studentisches Wohnen, be-  
5441 zahlbares Bauen, Digitalisierung und Holzbau entsprechend weiterentwickeln. Beim  
5442 Bauen mit Holz sehen wir weiteres Entwicklungspotenzial und wollen prüfen, mit wel-  
5443 chen Maßnahmen bestehende Hürden und Hemmnisse abgebaut werden können.

## 5444 5445 **5. Heimat mit Zukunft**

5446 Kommunen sind die Heimat der Menschen und das Fundament des Staates. Der  
5447 Bund setzt sich intensiv für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage und eine  
5448 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. In der letzten Legislaturperiode ha-  
5449 ben wir die Kommunen in besonderer Weise unterstützt. Unser Ziel sind gleichwerti-  
5450 ge Lebensverhältnisse in handlungs- und leistungsfähigen Kommunen in städtischen  
5451 und ländlichen Räumen, in Ost und West.

### 5452 5453 **Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen**

5454 Ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte,  
5455 Gemeinden und Kreise richtet sich gegen wachsende Ungleichheit zwischen Städten  
5456 und Regionen und dient dem Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse  
5457 in Deutschland.

5458  
5459 Wir werden die Strukturschwächen in ländlichen Räumen, in Regionen, Städten und  
5460 Kommunen in allen Bundesländern wirkungsvoll bekämpfen und die Kommunen  
5461 beim demografischen Wandel unterstützen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu  
5462 schaffen. Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen einen guten Zugang zu  
5463 Leistungen der Daseinsvorsorge einschließlich der Bildung haben. Sie sollen am  
5464 Aufbau neuer, moderner Infrastrukturen teilhaben. Wir wollen, dass der Strukturwan-  
5465 del in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit gelingt und die wirtschaftlichen Unter-  
5466 schiede weiter abgebaut werden. Wir richten deshalb unsere Maßnahmen zweck-  
5467 und bedarfsgerecht auf ländliche und städtische Räume aus und berücksichtigen  
5468 dabei die gegenseitigen Wechselbeziehungen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen  
5469 der Daseinsvorsorge sowie eine flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversor-  
5470 gung, Infrastruktur, Mobilitätsangebote und -konzepte, Bildung und Kultur, Hochschu-  
5471 le und Forschung, Breitband- und Mobilfunkausbau, Digitalisierung, Unternehmens-  
5472 und Behördenansiedlungen, die Stärkung der regionalen Wirtschafts- und Innovati-  
5473 onskraft und Fachkräftesicherung. Dem dienen auch eine Dezentralisierungsstrategie  
5474 sowie eine Flexibilisierung im Bau-, Planungs- und Raumordnungsrecht.

5475  
5476 Wir werden angespannte Situationen in Städten entlasten und den Auswirkungen  
5477 des demografischen Wandels in ländlichen Regionen und strukturschwachen Städ-  
5478 ten entgegenwirken. Hierzu gehört auch die Bekämpfung der Ursachen und Folgen  
5479 europäischer Armutszuwanderung.

5480  
5481 Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spit-  
5482 zenverbänden eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die  
5483 bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet. Hierbei geht es um alle Aspekte der  
5484 Daseinsvorsorge genauso wie gezielte Strukturverstärkungen in Ländern und Kom-  
5485 munen. Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen zum Beispiel

5486 mit Altschulden und hohen Kassenkrediten ebenso wie die Altschuldenproblematik  
5487 kommunaler Wohnungsbauunternehmen werden in die Prüfung einbezogen.

5488

### 5489 **Stabile Finanzen für unsere Kommunen**

5490 Die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert den Kommunen die Hand-  
5491 lungsfreiheit. Staatliche Leistungen müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebe-  
5492 ne auskömmlich finanziert sein. Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst,  
5493 muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“). Das ist Grundsatz  
5494 allen politischen Handelns der Koalitionspartner.

5495

5496 Wir werden alle bisher kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortfüh-  
5497 ren, sicherstellen und zweck- und bedarfsgerecht anpassen. Dazu gehören u. a. die  
5498 Städtebauförderung sowie die bisherigen Programme im Zusammenhang mit Flucht,  
5499 Zuwanderung und Integration.

5500

5501

### 5502 **Förderprogramme mit neuen Akzenten fortsetzen**

5503 Wir werden die Städtebauförderung fortsetzen und mit Blick auf die Förderung von  
5504 strukturschwachen Regionen, einer Stärkung von interkommunalen Kooperationen  
5505 und Stadt-/Umlandpartnerschaften weiterentwickeln. Ein Schwerpunkt liegt dabei –  
5506 unter Berücksichtigung der ländlichen Regionen – auf der Belebung von Orts- und  
5507 Stadtkernen.

5508

5509 Erfolgreiche Modellvorhaben zur ländlichen Entwicklung werden wir zügig in die Re-  
5510 gelförderung überführen und diese auch für die Unterstützung der Akteure vor Ort  
5511 öffnen. Die Übernahme dieses Verfahrens für städtische Räume werden wir prüfen.

5512

5513 Die im Programm Soziale Stadt begonnene ressortübergreifende Zusammenarbeit  
5514 werden wir mit einer besseren Abstimmung von Förderprogrammen und -  
5515 instrumenten fortsetzen.

5516

### 5517 **Kommunale Daseinsvorsorge sichern**

5518 Wir sind uns der Bedeutung des steuerlichen Querverbundes für die Finanzierung  
5519 kommunaler Daseinsvorsorge bewusst. Wir werden uns deshalb weiterhin, gegebe-  
5520 nenfalls auch durch Anpassung der relevanten Gesetze, für dessen dauerhaften Er-  
5521 halt einsetzen.

5522

5523 Der Bund setzt sich weiterhin für die Absicherung und Stärkung der kommunalen  
5524 Daseinsvorsorge sowie für Chancengleichheit gegenüber privaten Unternehmen in  
5525 den Märkten zur Infrastrukturbereitstellung im Europäischen Binnenmarkt und bei  
5526 Freihandelsabkommen ein.

5527

### 5528 **Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts**

5529 Ein starkes Ehrenamt und ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement sind Mar-  
5530 kenzeichen unseres Landes. Millionen von Menschen sind freiwillig für das Gemein-  
5531 wohl aktiv – vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt, z. B. in Sportverei-  
5532 nen, Kirchen, Stiftungen, Vereinen, Migrantenorganisationen und der Wohlfahrtspfle-  
5533 ge. In ländlichen Regionen ist das Ehrenamt eine tragende Säule eines lebendigen  
5534 und funktionierenden Gemeinwesens. Dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche  
5535 Engagement für alle Generationen verdient Anerkennung und Wertschätzung. Wir

5536 werden es herausgehoben in der Bundesregierung verankern und durch konkrete  
5537 Maßnahmen unterstützen und stärken.

5538

5539 Um diese Kultur des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Ehrenamts zu för-  
5540 dern und zu stärken, wollen wir:

5541 • bestehende Regelungen entbürokratisieren, die digitalen Kompetenzen stärken  
5542 und konkrete Hilfestellungen für eine entsprechende Organisationsentwicklung der  
5543 Verbände, Vereine und Stiftungen leisten. Eine Ehrenamtsstiftung oder eine Ser-  
5544 vice-Agentur kann dabei helfen.

5545 • den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehme-  
5546 rum weiter verbessern sowie

5547 • das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern. Insbesondere streben wir im Hinblick auf  
5548 die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Eintragungsfähigkeit von Verei-  
5549 nen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb im Interesse von bürgerschaftlichen Ini-  
5550 tiativen Verbesserungen im Vereinsrecht an. Zudem werden wir das Stiftungsrecht  
5551 auf Grundlage der Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Stiftungsrecht“  
5552 ändern (mod. Beitrag UAG Stärkung der Zivilgesellschaft).

5553 • Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste in ihrer Bandbreite aus-  
5554 bauen und stärken, ehrenamtliche und gemeinnützige Organisationen mit innova-  
5555 tiven und sozialen Ideen und nachweislichem gesellschaftlichen, ökologischem  
5556 oder wirtschaftlichem Nutzen in ihrer Start- und Wachstumsphase unterstützen.  
5557 Den Zugang für Menschen mit Behinderungen und für Benachteiligte wollen wir in  
5558 den Jugendfreiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst ausweiten.

5559 • initiieren, dass in Kooperation mit den Bundesländern, Wohlfahrtsverbänden und  
5560 Kommunen insbesondere Grundschulkindern in Ganztagsbetreuung gezielt an eh-  
5561 renamtliche Tätigkeit herangeführt werden.

5562 • zur besseren Förderung von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement  
5563 Ehrenamtliche steuerlich entlasten sowie Hauptamtliche zu ihrer Entlastung ver-  
5564 mehrt einsetzen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betäti-  
5565 gung und soziales Unternehmertum weiter verbessern.

5566

5567 Gesellschaft und Demokratie leben von Gemeinschaft. Familiäre Bindung und ein  
5568 stabiles Netz mit vielfältigen sozialen Kontakten fördern das individuelle Wohlerge-  
5569 hen und verhindern Einsamkeit. Angesichts einer zunehmend individualisierten, mo-  
5570 bilen und digitalen Gesellschaft werden wir Strategien und Konzepte entwickeln, die  
5571 Einsamkeit in allen Altersgruppen vorbeugen und Vereinsamung bekämpfen.

5572

5573 Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften stiften Identität und  
5574 vermitteln Werte. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer  
5575 Gesellschaft in Deutschland und Europa. Darüber hinaus sind sie wichtige Stützen im  
5576 Bildungs- und Sozialwesen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen, mit Kranken-  
5577 häusern und Pflegeeinrichtungen.

5578

5579 Wir wollen den Dialog und die Zusammenarbeit des Staates mit den Kirchen, Religi-  
5580 ons- und Weltanschauungsgemeinschaften verstärken. Dies gilt insbesondere auch  
5581 mit Blick auf die Integration der Muslime in Deutschland.

5582

5583 Wir wollen eine teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle Menschen – ob mit  
5584 oder ohne Migrationshintergrund. Deshalb werden wir die Jugendmigrationsdienste  
5585 sowie Zugangsmöglichkeiten und Beteiligungschancen bei zivilgesellschaftlichem  
5586 Engagement auch für Migrantenorganisationen stärken.

5587  
5588  
5589  
5590  
5591  
5592  
5593  
5594  
5595  
5596  
5597  
5598  
5599  
5600  
5601  
5602  
5603  
5604  
5605  
5606  
5607  
5608  
5609  
5610  
5611  
5612  
5613  
5614  
5615  
5616  
5617  
5618  
5619  
5620  
5621  
5622  
5623  
5624  
5625  
5626  
5627  
5628  
5629  
5630  
5631  
5632  
5633  
5634  
5635

## **Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention**

Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie muss allen am Herzen liegen. Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft umsetzen, um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen jede Form von Extremismus weiter zu stärken. Dazu gehören:

- Nachhaltige Absicherung von qualitativ guten Programmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention.
- Ausbau unserer erfolgreichen Programme gegen Rechtsextremismus, gegen Linksextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Islamismus und Salafismus.
- Stärkung politischer und kultureller Bildung. Darüber hinaus unterstützen wir das „Forum Recht“ als dauerhafte Einrichtung des Bundes mit Hauptsitz in Karlsruhe. Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsstaat im Sinne einer gewachsenen Rechtskultur als unverzichtbaren Teil unseres Zusammenlebens näherzubringen.
- Im Jahr 2019 werden wir 100 Jahre Demokratie in Deutschland und 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern sowie an 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche Revolution erinnern.
- Unsere Geschichte mahnt uns, antidemokratischem, rassistischem und nationalistischem Gedankengut entschieden zu begegnen. Die Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse bleiben für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus handlungsleitend. Das Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus wollen wir über das Jahr 2018 hinaus fortführen.
- Ausbau der Koordinierung der Maßnahmen zur Extremismusprävention von Bund und Ländern und Weiterentwicklung auf Grundlage von externen Forschungs- und Evaluierungsergebnissen.
- Wir verurteilen Rassismus und Diskriminierung in jeder Form. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle wird fortgesetzt. Entsprechende Aktionspläne werden wir fortführen und weiterentwickeln.
- Wir werden eine/n Beauftragte/n der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus einsetzen. Ferner wollen wir eine Expertenkommission zum Thema Antiziganismus einsetzen.
- Wir wollen die Erinnerungskultur und die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtregimes weiterentwickeln und die Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen im Einvernehmen mit den Bundesländern aufheben. Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die DDR-Heimkinder verbessert werden können.
- Mit einer Kampagne für den Rechtsstaat wollen wir dessen Bedeutung für jede Einzelne und jeden Einzelnen stärker in das Bewusstsein rücken.
- Die „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.“ leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Rechtsstaatsförderung im Ausland. Ihre Arbeit wollen wir weiter fördern.
- Eine Kampagne initiieren, die private und öffentliche Arbeitgeber ermuntert, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Wahrnehmung des Ehrenamtes zu unterstützen, und dabei bei den Bundesbediensteten mit gutem Beispiel voranzugehen.
- Für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sowie Ehrenamt speziell im Katastrophenschutz Hürden abbauen.

5636 Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und anderen Re-  
5637 präsentantinnen und Repräsentanten des Staates sowie gegen ehrenamtliche Enga-  
5638 gierte muss auf allen Ebenen konsequent entgegengewirkt werden.  
5639

## 5640 **6. Lärmschutz und Bürgerbeteiligung**

5641 Lärm ist in unserem dichtbevölkerten Land ein großes Problem. Den durch Mobilität  
5642 verursachten Lärm wollen wir deutlich reduzieren. Wir werden die Bürger frühzeitiger  
5643 bei Verkehrsprojekten beteiligen und eine Gesamtlärbetrachtung einführen. Wir  
5644 werden ein verkehrsträgerübergreifendes Lärmkonzept erstellen.  
5645

5646 Wir wollen die ausreichende Finanzausstattung des Lärmsanierungsprogramms an  
5647 Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes sicherstellen.  
5648

5649 Wir wollen bei deutlicher Verkehrszunahme auch an Bestandsstrecken der Schiene  
5650 und an Fernstraßen in Baulastträgerschaft des Bundes flexibel erhöhte Lärmschutz-  
5651 maßnahmen ergreifen.  
5652

5653 Der Schienenlärm soll bis 2020 halbiert werden. Wir setzen uns für das Verbot lauter  
5654 Güterwagen auch auf EU-Ebene ein. Das lärmabhängige Trassenpreissystem wer-  
5655 den wir weiterentwickeln. Wir wollen die Forschung, Entwicklung und Markteinfüh-  
5656 rung von innovativen Lärmvermeidungstechniken sowie von lärmarmen Güterwagen  
5657 fördern. In Ergänzung zur Umrüstung von Waggons soll ein Innovationsbonus für die  
5658 Neuanschaffung und den Umbau von Triebwagen und Lokomotiven gewährt werden.  
5659

5660 Bei der Gestaltung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr sollen insbe-  
5661 sondere die jeweiligen Anforderungen an Sanierungsabschnitte mit besonderer Be-  
5662 deutung für die Tourismus- oder Gesundheitswirtschaft berücksichtigt werden. Wir  
5663 prüfen zudem, ob das freiwillige Lärmsanierungsprogramm und die Lärmaktionspla-  
5664 nung nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie stärker miteinander verschränkt werden  
5665 können. Wir wollen die Förderung für freiwilligen Lärmschutz an der Schiene erhö-  
5666 hen. An Bahnstrecken werden weitere Messstationen für ein umfassendes Lärmmo-  
5667 nitoring eingerichtet.  
5668

5669 Wir wollen beim Ausbau des Schienennetzes die Bürger frühzeitig beteiligen und ein  
5670 strukturiertes Verfahren entwickeln, mit dem das Ergebnis der Bürgerbeteiligung au-  
5671 tomatisch dem Deutschen Bundestag vorgelegt wird und der Gesetzgeber die Mög-  
5672 lichkeit erhält, im Einzelfall für das weitere Planungsverfahren über begründete alter-  
5673 native Trassierungen und über das gesetzliche Maß hinausgehende Lärmschutz-  
5674 maßnahmen entscheiden zu können.  
5675

5676 Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flugzeuge auf internatio-  
5677 naler Ebene (ICAO) befürworten wir.  
5678

5679 Wir wollen zusätzliche Mittel für die Forschung und Entwicklung neuer lärmarmer  
5680 Technologien wie für emissionsarme Flugzeugtriebwerke bereitstellen. Für die Fest-  
5681 legung der Flugrouten setzen wir auf eine verbesserte Transparenz in den Verfahren.  
5682 Dabei ist entscheidend, frühzeitig die betroffenen Menschen zu informieren und in  
5683 einen Dialogprozess mit allen Beteiligten einzubinden. Die Fluglärmkommissionen  
5684 werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. Die bestehenden Nachtflugverbote bleiben  
5685 erhalten.  
5686



5687 Wir wollen im Luftverkehr die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren vorantrei-  
5688 ben und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen. Bei allen Planungen an  
5689 Flughafenstandorten müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dabei ist auf  
5690 die Nachtruhe für die Bevölkerung rund um den Flughafen in den Verfahren nach  
5691 dem Luftverkehrsgesetz weiterhin in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.

5692  
5693 Die Lärmgrenzwerte für den Schutz der Menschen rund um die Flughäfen werden wir  
5694 nach den gesetzlichen Vorgaben des Fluglärmschutzgesetzes unter Berücksichti-  
5695 gung des Standes der Lärmwirkungsforschung und der Luftfahrttechnik überprüfen  
5696 und weiterentwickeln.

## 5697 **7. Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum**

5699 Wir wollen die individuelle Mobilität der Menschen stärken, neue Angebotsformen zur  
5700 Verbesserung des Mobilitätsangebots im ländlichen Raum unterstützen und diese mit  
5701 Pilotprojekten erproben.

5702  
5703 Wir werden das Personenbeförderungsrecht modernisieren und die Rahmenbedin-  
5704 gungen für den öffentlichen Verkehr und neue Bedienformen im Bereich geteilter  
5705 Nutzungen (Ride Pooling) an die sich ändernden Mobilitätsbedürfnisse der Men-  
5706 schen und neue technischen Entwicklungen anpassen. Neue plattformbasierte digita-  
5707 le Mobilitätsangebote brauchen eine rechtssichere Grundlage für ihre Zulassung.  
5708 Dabei achten wir darauf, dass ein fairer Ausgleich (level playing field) zwischen den  
5709 unterschiedlichen Beförderungsformen gewahrt bleibt. Kommunen müssen entspre-  
5710 chende Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gute soziale Rahmenbedingungen zum  
5711 Schutz der Beschäftigten sind für uns dabei zentrale Voraussetzung. Sowohl der Ta-  
5712 xi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren.

5713  
5714 Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informa-  
5715 tions- und Vertriebssysteme fördern. Neue Mobilitätsangebote sowie moderne Be-  
5716 dienformen und der ÖPNV müssen sich bestmöglich ergänzen.

5717  
5718 Wir wollen den erfolgreichen Förderfonds mFUND für die frühe Entwicklung digitaler  
5719 Innovationen im Bereich Mobilität fortschreiben und weiterentwickeln. Die mCLOUD  
5720 zur offenen Bereitstellung öffentlicher Mobilitäts-, Geo- und Wetterdaten wollen wir  
5721 ausbauen und bieten damit Startups und Mobilitätsanbietern eine zentrale Plattform.

5722  
5723 An den Festlegungen im Personenbeförderungsgesetz für den Vorrang von eigen-  
5724 wirtschaftlichen Verkehren im Personennahverkehr halten wir fest.

5725  
5726 Im Personenbeförderungsgesetz werden wir klarstellen, dass über die  
5727 Nahverkehrspläne soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative  
5728 und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

5729

5730 Wir wollen die Mittel für den Radverkehr als Testlauf aufstocken. Wir wollen damit in  
5731 den Radwegebau investieren und die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die  
5732 Radwege unabhängig vom Verlauf der Bundesstraßen geführt werden können. Zu-  
5733 dem wollen wir das Programm für den Bau von Radschnellwegen praxisnaher aus-  
5734 gestalten und weitere innovative Projekte fördern, die den Radverkehr in Deutsch-  
5735 land verbessern.

5736  
5737 Wir werden die Straßenverkehrsordnung mit dem Ziel der Radverkehrsförderung  
5738 überprüfen und gegebenenfalls fahrradgerecht fortschreiben einschließlich einer In-  
5739novationsklausel für örtlich und zeitlich begrenzte Pilotprojekte. Wir wollen den Nati-  
5740onalen Radverkehrsplan 2020 fortschreiben.

5741  
5742 Unser Ziel ist eine selbstbestimmte sichere Mobilität von Seniorinnen und Senioren.  
5743 Dies wollen wir mit der Förderung freiwilliger Angebote noch stärker unterstützen.

5744  
5745

ENTWURF

## 5746 **X. Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft**

5747

### 5748 **1. Pakt für den Rechtsstaat**

5749 Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen  
5750 in die rechtsstaatliche Demokratie. Wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat auf  
5751 Ebene der Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern schließen.

5752

#### 5753 **Justiz**

5754 Bestandteil dieses Paktes sind 2000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Län-  
5755 der und des Bundes sowie entsprechendes Folgepersonal. Die Länder haben mit der  
5756 Ausweitung des Justizpersonals bereits begonnen. Die Personalausstattung des Ge-  
5757 neralbundesanwalts wird verbessert. Wir werden die Digitalisierung der Justiz in allen  
5758 Bereichen konsequent und einheitlich vorantreiben. Wir stärken die digitale und in-  
5759 terkulturelle Kompetenz.

5760

5761 Wir wollen das historische Bewusstsein für das nationalsozialistische Unrecht schär-  
5762 fen, um aus den dunklen Kapiteln unserer Vergangenheit lernen zu können. Wir sind  
5763 uns einig, dass die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Justizun-  
5764 recht auch Teil der Juristenausbildung ist.

5765

#### 5766 **Sicherheitsbehörden**

5767 Bund und Länder haben die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden bereits  
5768 vorgebracht. Am Ende dieser Ausbauphase werden insgesamt 15 000 Stellen ge-  
5769 schaffen worden sein. Der Bund wird 7500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir wollen  
5770 das Bundeskriminalamt als zentrales Datenhaus im polizeilichen Informationsver-  
5771 bund etablieren und einen gemeinsamen Investitionsfonds für die IT der deutschen  
5772 Polizei schaffen. Im Bereich der Strafverfolgung werden wir den Datenaustausch  
5773 zwischen Polizei und Justiz verbessern.

5774

#### 5775 **Verfahrensrecht**

5776 Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat, indem wir die Strafprozessordnung  
5777 (StPO) modernisieren und Strafverfahren beschleunigen mit folgenden Maßnahmen:  
5778 Wir modernisieren das Selbstleseverfahren. Wir ermöglichen in besonders umfang-  
5779 reichen Strafverfahren die gebündelte Vertretung der Interessen von Nebenklägern  
5780 durch das Gericht. Wir prüfen die systematische Kodifizierung der Regeln zur Zuläs-  
5781 sigkeit von Beweiserhebung und -verwertung. Wir prüfen gesetzgeberischen Hand-  
5782 lingsbedarf einer Rechtsgrundlage für die Tatprovokation. Wir unterstützen Einrich-  
5783 tungen, in denen Opfer von Gewalttaten ihre Verletzungen anonym dokumentieren  
5784 lassen können. Wir vereinfachen weiter die Ablehnungsmöglichkeiten von miss-  
5785 bräuchlichen Befangenheits- und Beweisanträgen. Besetzungsrügen sollen künftig in  
5786 einem Vorab-Entscheidungsverfahren entschieden werden. Die DNA-Analyse wird im  
5787 Strafverfahren auf äußerliche Merkmale (Haar, Augen, Hautfarbe) sowie Alter aus-  
5788 geweitet (§ 81e StPO). Wir führen gesetzliche bundeseinheitliche Qualitätsstandards  
5789 für Gerichtsdolmetscherinnen und -dolmetscher ein.

5790

#### 5791 **Musterfeststellungsklage**

5792 Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage werden wir die Rechtsdurchset-  
5793 zung für die Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

5794

5795 Wir wollen die Klagebefugnis auf festgelegte qualifizierte Einrichtungen beschränken,  
5796 um eine ausufernde Klageindustrie zu vermeiden. Bewährte wirtschaftliche Struktu-  
5797 ren sollen nicht zerschlagen werden.

5798  
5799 Wir werden drohende Verjährungen zum Jahresende 2018 verhindern und deshalb  
5800 das Gesetz (spätestens) zum 1. November 2018 in Kraft treten lassen.

5801  
5802 Wir werden für die Einleitung des Verfahrens die schlüssige Darlegung und Glaub-  
5803 haftmachung einer Mindestzahl von zehn individualisierten Betroffenen sowie für die  
5804 Durchführung des Verfahrens von 50 Anmelderinnen und Anmeldern zum Klagereg-  
5805 ister in einer Frist von zwei Monaten festsetzen, um die Effektivität des Verfahrens  
5806 für Gerichte und Parteien zu gewährleisten.

5807  
5808 Die Feststellungen des Urteils sind für die Beklagte oder den Beklagten und die im  
5809 Klageregister angemeldeten Betroffenen bindend. Die Bindungswirkung entfällt nur,  
5810 wenn die Anmeldung bis zum Beginn der ersten mündlichen Verhandlung zurückge-  
5811 nommen ist.

5812  
5813 Mit Blick auf kleine „Streuschäden“ prüfen wir einen Ausschluss von Abtretungsver-  
5814 boten für Forderungen in AGB.

5815  
5816 **Rechtsdurchsetzung und Schlichtung im Verbraucherschutz**  
5817 Wir wollen die vorhandenen Marktwächter durch eine finanzielle Förderung versteti-  
5818 gen und auf eine rechtliche Grundlage stellen.

5819  
5820 Wir wollen den Missbrauch des bewährten Abmahnrechts verhindern, z. B. durch die  
5821 Einschränkung des fliegenden Gerichtsstandes, und so kleine und mittlere Unter-  
5822 nehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Zudem wollen wir die  
5823 Aufsicht über die Inkassounternehmen verstärken und die Regelungen zum Inkasso-  
5824 recht verbraucherfreundlich weiterentwickeln.

5825  
5826 Wir erleichtern Verbraucherinnen und Verbrauchern die Rechtsdurchsetzung durch  
5827 Digitalisierung, insbesondere bei smart contracts. Deshalb werden wir die Entwick-  
5828 lung der automatischen Vertragsentschädigung fördern und rechtssicher gestalten.

5829  
5830 Die allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle wird dauerhaft zentral vom Bund ge-  
5831 tragen werden. Mit den Ländern sollen Gespräche über eine Beteiligung geführt wer-  
5832 den.

5833  
5834 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor telefonisch untergescho-  
5835 benen Verträgen und Kostenfallen schützen.

5836  
5837 Wir wollen von der Möglichkeit Gebrauch machen, eine Reparaturklausel im Design-  
5838 recht einzuführen und Verbraucherinnen und Verbraucher besser gegen Tachomani-  
5839 pulationen schützen.

5840  
5841 Im Bauträgerrecht wollen wir vorhandene Schutzlücken durch wirksame Absicherung  
5842 des Erwerbers eines Bauträgerobjekts für den Fall der Insolvenz des Bauträgers und  
5843 eine Erleichterung der Abnahme bei Gemeinschaftseigentum schließen.

5844  
5845 **Weitere Verfahren**

5846 Damit Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten künftig zügiger durchgeführt wer-  
5847 den können, werden wir Gesetzesänderungen zur weiteren Verfahrensbeschleuni-  
5848 gung, -vereinfachung und -vereinheitlichung prüfen.

5849  
5850 Wir wollen Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir werden deshalb das Verwal-  
5851 tungsverfahrenrecht auf Möglichkeiten zur Beschleunigung von Genehmigungsver-  
5852 fahren prüfen.

5853  
5854 Wir erweitern die Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten der oder des freige-  
5855 sprochenen Angeklagten in Bezug auf die nicht verjähbaren Straftaten.

5856  
5857 Wir werden uns dafür einsetzen, dass der EU Rechtsrahmen für „Justice in Cyber-  
5858 space/E-Evidence“, sowohl die schützenswerten Interessen der Dateninhaberinnen  
5859 und -inhaber, der Netzgemeinde und der Provider berücksichtigt als auch dem Be-  
5860 dürfnis der Strafverfolgungspraxis nach Beschleunigung Rechnung trägt. Insbeson-  
5861 dere werden wir uns für die Transparenz der Verfahren und dafür einsetzen, dass  
5862 hohe rechtsstaatliche Standards gewährleistet sind.

5863  
5864 Wir schaffen eine ausdrückliche gesetzliche Regelung, dass Verfahrensbeteiligte in  
5865 Gerichtsverhandlungen ihr Gesicht weder ganz noch teilweise verdecken dürfen, au-  
5866 ßer medizinische Gründe sprechen dem entgegen, wenn es zur Identitätsfeststellung  
5867 oder zur Beurteilung des Aussageverhaltens notwendig ist.

5868  
5869 **Digitales / Cybersicherheit**

5870 Eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie setzt Datensicherheit voraus. Wir wollen,  
5871 dass gemeinsam zwischen Bund und Ländern, möglichst sogar in ganz Europa, Si-  
5872 cherheitsstandards für die IT-Strukturen und den Schutz der kritischen Infrastruktur  
5873 entwickelt werden. Den mit dem IT-Sicherheitsgesetz eingeführten Ordnungsrahmen  
5874 werden wir in einem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 weiterentwickeln und ausbauen. In die-  
5875 sem Zusammenhang werden wir die Herstellerinnen und Hersteller sowie Anbieterin-  
5876 nen und Anbieter von IT-Produkten, die neben den kritischen Infrastrukturen von be-  
5877 sonderem nationalem Interesse sind, stärker in die Pflicht nehmen.

5878  
5879 **Keine Toleranz bei Wirtschaftskriminalität, Einbruchdiebstahl und organisierter**  
5880 **Kriminalität.**

5881 Wir bekämpfen konsequent jede Form von Kriminalität, insbesondere die organisierte  
5882 Kriminalität. Wohnungseinbrüche führen nicht nur zu materiellen Schäden, sondern  
5883 häufig zu einer Traumatisierung der Opfer. Unseren Kampf gegen Einbrecher inten-  
5884 sivieren wir deshalb weiter, indem wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen  
5885 Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stellen und die in der vergangenen Legislatur-  
5886 periode beschlossenen Maßnahmen zur Ahndung und Bekämpfung von Einbruchs-  
5887 kriminalität konsequent anwenden. Darüber hinaus unterstützen wir die Bürger dabei,  
5888 Einbrüche in ihre Wohnungen oder Häuser zu verhindern.

5889  
5890 Das KfW-Förderprogramm „Prävention durch Einbruchssicherung“ ist ein Beispiel für  
5891 gelungene Prävention. Diese Förderung wollen wir aufstocken und auf Mehrfamilien-  
5892 häuser erweitern, um flächendeckend Einbruchsschutz von Wohnungen und Häu-  
5893 sern zu erreichen. Wir werden in Abstimmung mit den Ländern Möglichkeiten prüfen,  
5894 um den Einbau von Einbruchsschutz bei Neubauten zu fördern.

5895

**5896 Unternehmenssanktionen**

5897 Wir wollen sicherstellen, dass Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgt und angemessen geahndet wird. Deshalb regeln wir das Sanktionsrecht für Unternehmen neu. Wir  
5898 werden sicherstellen, dass bei Wirtschaftskriminalität grundsätzlich auch die von  
5899 Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern profitierenden Unternehmen  
5900 stärker sanktioniert werden. Bislang liegt es im Ermessen der zuständigen Behörde,  
5901 ob auch das betreffende Unternehmen verfolgt wird. Durch die Abkehr vom Opportu-  
5902 nitätsprinzip des bislang einschlägigen Ordnungswidrigkeitenrechts sorgen wir für  
5903 eine bundesweit einheitliche Rechtsanwendung. Durch klare Verfahrensregelungen  
5904 erhöhen wir zudem die Rechtssicherheit der betroffenen Unternehmen. Zugleich  
5905 werden wir spezifische Regelungen über Verfahrenseinstellungen schaffen, um der  
5906 Justizpraxis die notwendige Flexibilität in der Verfolgung einzuräumen. Wir werden  
5907 das Sanktionsinstrumentarium erweitern: Die geltende Bußgeldobergrenze von bis  
5908 zu zehn Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne  
5909 zu niedrig. Wir werden sicherstellen, dass sich die Höhe der Geldsanktion künftig an  
5910 der Wirtschaftskraft des Unternehmens orientiert. Bei Unternehmen mit mehr als 100  
5911 Millionen Euro Umsatz soll die Höchstgrenze bei zehn Prozent des Umsatzes liegen.  
5912 Zudem schaffen wir weitere Sanktionsinstrumente. Weiterhin schaffen wir konkrete  
5913 und nachvollziehbare Zumessungsregeln für Unternehmensgeldsanktionen. Die  
5914 Sanktionen sollen auf geeignetem Weg öffentlich bekannt gemacht werden.

5915  
5916  
5917 Um Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, werden wir gesetzliche Vorga-  
5918 ben für „Internal Investigations“ schaffen, insbesondere mit Blick auf beschlagnahmte  
5919 Unterlagen und Durchsuchungsmöglichkeiten. Wir werden gesetzliche Anreize zur  
5920 Aufklärungshilfe durch „Internal Investigations“ und zur anschließenden Offenlegung  
5921 der hieraus gewonnenen Erkenntnisse setzen.

5922  
5923 Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und anderen Re-  
5924 präsentantinnen und Repräsentanten des Staates muss auf allen Ebenen konse-  
5925 quent entgegengewirkt werden.

5926  
5927 Die Schutzlücken des § 201a Strafgesetzbuch (StGB) hinsichtlich bloßstellender  
5928 Bildaufnahmen (Herstellung und Verbreitung) von verstorbenen Personen werden wir  
5929 schließen. Wir erweitern den veralteten Schriftenbegriff in § 11 Abs. 3 StGB hin zu  
5930 einem modernen Medienbegriff.

**5931 Sicherheitsarchitektur / Operative Fähigkeiten**

5932 Wir wollen keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland. Dazu gehört die  
5933 Erarbeitung eines gemeinsamen Musterpolizeigesetzes (gemäß Innenministerkonfe-  
5934 renz-Beschluss).

5935  
5936  
5937 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bundespolizei bundesweit im Rahmen der  
5938 bestehenden Zuständigkeiten und Aufgaben eingesetzt wird, so auch zur Bekämp-  
5939 fungung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten wie z. B. Bahnhöfen, insbesonde-  
5940 re von Alltagskriminalität. Die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie des Bundes  
5941 sind eine tragende Säule der inneren Sicherheit und sehen sich einer erhöhten Ein-  
5942 satzbelastung flächendeckend ausgesetzt. Die erforderliche Verbesserung der Aus-  
5943 stattung wird intensiviert.

5944  
5945 Die Menschen sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher bewegen können.  
5946 Deshalb wollen wir die Videoüberwachung an Brennpunkten einsetzen, sie verhält-

5947 nismäßig und mit Augenmaß effektiv ausbauen und dabei auch technisch verbes-  
5948 sern. Intelligente Videoüberwachung kann dabei eine Weiterentwicklung sein. Des-  
5949 wegen werden wir den laufenden Modellversuch abwarten, prüfen und bewerten.

5950

5951 Private Sicherheitsbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Durch die  
5952 Neuordnung der Regelungen für das private Sicherheitsgewerbe in einem eigen-  
5953 ständigen Gesetz werden wir die Sicherheitsstandards in diesem Gewerbebereich ver-  
5954 bessern und so für noch mehr Sicherheit und Verlässlichkeit sorgen.

5955

5956 Bei der Bekämpfung des Terrorismus wollen wir im Rahmen eines zeitgemäßen und  
5957 effektiven Rechts gemeinsame Standards, verbindlichen Umgang, einheitliche Praxis  
5958 und klare Zuständigkeitsregelungen. Die Standorte der Bundessicherheitsbehörden  
5959 sollen bestehen bleiben. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) wer-  
5960 den wir gemeinsam mit den Ländern als Kooperations- und Kommunikationsplattform  
5961 so weiterentwickeln, dass dort Informationen reibungslos ausgetauscht und ver-  
5962 bindliche Absprachen auch zur Bearbeitung des Einzelfalls getroffen werden.

5963

5964 Zur Verbesserung der Sicherheit in unserem Land wird das Bundesamt für Verfas-  
5965 sungsschutz (BfV) im Bereich der zentralen Auswertung und Analyse in Angelegen-  
5966 heiten des islamistischen Terrorismus sowie bei länderübergreifenden extremisti-  
5967 schen Phänomenen von bundesweiter Bedeutung seine Steuerungsfunktion ver-  
5968 stärkt wahrnehmen, auch bei solchen, die zunächst keinen unmittelbaren Gewaltbe-  
5969 zug aufweisen. Aufgrund des ständigen technischen Fortschrittes und des damit ein-  
5970 hergehenden personellen und finanziellen Ressourceneinsatzes soll das BfV als  
5971 zentrale Servicedienststelle für den Einsatz operativer Technik im Verbund gestärkt  
5972 werden. Zudem wollen wir die Befugnisse des Verfassungsschutzes des Bundes und  
5973 der Länder vereinheitlichen, insbesondere bei der Datenerhebung und Datenspei-  
5974 cherung. Zu diesem Zwecke werden wir das Bundesverfassungsschutzgesetz auf  
5975 Grundlage eines einheitlichen Rechtsrahmens der Innenministerkonferenz novellie-  
5976 ren. Wir sind uns bewusst, dass auch maßvolle und sachgerechte Kompetenzerwei-  
5977 terungen des BfV eine gleichzeitige und entsprechende Ausweitung der parlamenta-  
5978 rischen Kontrolle erfordern.

5979

5980 Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die gesetzliche Grundlage für eine effek-  
5981 tivere Kontrolle der Nachrichtendienste geschaffen. Die Bundesregierung wird diese  
5982 Kontrolle durch eine umfassende Wahrnehmung der Unterrichts- und Vorlage-  
5983 pflichten gegenüber den gesetzlich vorgesehenen Kontrollorganen unterstützen.

5984

5985 Wir werden die europäische Sicherheitskooperation unter Einbeziehung und Stär-  
5986 kung internationaler und europäischer Organisationen (Europol, Interpol, Europäi-  
5987 sche Staatsanwaltschaft) verbessern und vertiefen. Ziel muss es sein, durch struktu-  
5988 relle Maßnahmen und mit einer leistungsfähigen IT-Struktur sicherzustellen, dass  
5989 Straftäterinnen und Straftäter sowie Gefährderinnen und Gefährder überall in Europa  
5990 identifiziert und relevante Erkenntnisse ausgetauscht werden können. Zu diesem  
5991 Zwecke werden wir auf eine effektive Vernetzung und Verbesserung der für die Si-  
5992 cherheitsbehörden relevanten Datenbanken hinwirken. Den Informationsaustausch  
5993 und die Koordinierung von präventiven und operativen Maßnahmen zwischen den  
5994 EU-Mitgliedstaaten bei Europol im Rahmen des „European Counter Terrorism Cen-  
5995 ter“ und auch die internationale Zusammenarbeit, u. a. im Rahmen von Interpol, wol-  
5996 len wir intensivieren und verbessern. Wir wollen dabei in Absprache mit den Ländern  
5997 auch die europäische und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der

5998 organisierten Kriminalität intensivieren und ebenso die Bekämpfung der Organisier-  
5999 ten Kriminalität beim Bundeskriminalamt stärken, um etwa organisierten Einbrecher-  
6000 banden noch besser zu begegnen.

6001  
6002 Wir bekennen uns zum deutschen Engagement in internationalen Polizeimissionen.  
6003 Wir werden Möglichkeiten finden, dies auszubauen, etwa durch Einrichtung eines  
6004 Stellenpools für Auslandsverwendungen und Polizeimissionen.  
6005

## 6006 **Befugnisse**

6007 Die Sicherheitsbehörden brauchen gleichwertige Befugnisse im Umgang mit dem  
6008 Internet wie außerhalb des Internets. Das bedeutet im Einzelnen: Es darf für die Be-  
6009 fugnisse der Polizei zu Eingriffen in das Fernmeldegeheimnis zum Schutz der Bevöl-  
6010 kerung keinen Unterschied machen, ob die Nutzer sich zur Kommunikation der klas-  
6011 sischen Telefonie oder klassischer SMS bedienen oder ob sie auf internetbasierte  
6012 Messenger-Dienste ausweichen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der  
6013 Cyberabwehr soll ausgebaut, verbessert und strukturell neu geordnet werden. Die  
6014 Rolle des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird gestärkt.  
6015

6016 Wo Strafbarkeitslücken bestehen, werden wir eine Strafbarkeit für das Betreiben kri-  
6017 mineller Infrastrukturen einführen, um speziell im Internet eine Ahndung von Delikten  
6018 wie z. B. das Betreiben eines Darknet-Handelsplatzes für kriminelle Waren und  
6019 Dienstleistungen einzuführen.

6020  
6021 Wir wollen Angriffe aus dem Cyberraum gegen unsere kritischen Infrastrukturen ab-  
6022 wehren und verhindern.

6023  
6024 Wir wollen die Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung und Prävention von Cyber-  
6025 kriminalität durch die Schaffung notwendiger rechtlicher, organisatorischer sowie  
6026 technischer Rahmenbedingungen stärken.

6027  
6028 Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden ihre bestehenden Befugnisse auch in der  
6029 digitalen Welt anwenden und tatsächlich durchsetzen können.

6030  
6031 Wir werden einen neuen Verlusttatbestand in das Staatsangehörigkeitsgesetz einfü-  
6032 gen, wonach Deutsche, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, die deutsche  
6033 Staatsangehörigkeit verlieren können, wenn ihnen die konkrete Beteiligung an  
6034 Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland nachgewiesen werden kann.

## 6035 6036 **2. Moderner Staat**

### 6037 6038 **Öffentlicher Dienst**

6039 Wir bekennen uns zu einem modernen öffentlichen Dienst, der mit bestens ausgebil-  
6040 deten und hochmotivierten Beschäftigten seine Aufgabe gut, zuverlässig und effizient  
6041 erledigt. Wir werden uns um die Nachwuchsgewinnung kümmern. Der öffentliche  
6042 Dienst muss unter Beibehaltung seiner Qualifikationsanforderungen attraktiv sein,  
6043 damit der Staat im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Tarifabschlüsse  
6044 (TVöD) wollen wir grundsätzlich gleich auf die Bundesbeamtenbesoldung übertragen.  
6045 Das Bundespersonalvertretungsrecht wird novelliert.  
6046



6047 Wir wollen Arbeitszeitkontenmodelle im öffentlichen Dienst einführen, die einen plan-  
6048 baren Überstunden- und Mehrarbeitsabbau unter Berücksichtigung besonders belas-  
6049 teter Bereiche ermöglichen.

6050  
6051 Der Bund nimmt für seine Beschäftigten, insbesondere auch für die Beamtinnen und  
6052 Beamten der Bundespolizei, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die  
6053 Wohnungsfürsorge verstärkt wahr. Dazu soll der Wohnungsbestand der Bundesan-  
6054 stalt für Immobilienaufgaben genutzt und weiterentwickelt werden.

6055  
6056 Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zent-  
6057 rum. Der Bund wird mit der Region Bonn sowie den Bundesländern Nordrhein-  
6058 Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung („Bonn-  
6059 Vertrag“) schließen.

6060

6061

### 6062 **Digitale Verwaltung**

6063 Der digitale Zugang zu Verwaltungsleistungen soll zur Regel, Schriftform und das  
6064 persönliche Erscheinen soweit möglich durch gleichwertige digitale Lösungen ersetzt  
6065 werden (Digital First).

6066

6067 Wir wollen ein digitales „Bürgerportal“ für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
6068 schaffen, indem wir zentrale und dezentrale Verwaltungsportale miteinander vernet-  
6069 zen.

6070

6071 Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten grundsätzlich nur ein-  
6072 mal angeben müssen. Mit ihrer Zustimmung sollen bestimmte zur Verfügung gestell-  
6073 te Daten unter den Behörden weitergegeben werden. Wir wollen damit auch errei-  
6074 chen, dass berechnete Leistungsansprüche, wie z. B. das Kindergeld nach der Mel-  
6075 dung einer Geburt, künftig antragslos und proaktiv gewährt werden können. Dabei  
6076 sorgen wir für sichere Kommunikationswege, sowie vollständige Transparenz und  
6077 Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über ihre Daten.

6078

6079 Wir stehen zu unseren Verpflichtungen aus dem internationalen Open Government  
6080 Partnership. Im Bereich „Open Data“ wollen wir erreichen, dass die Bundesregierung  
6081 internationaler Vorreiter wird. Die entsprechende Veröffentlichung von Daten soll ent-  
6082 sprechend dem Prinzip „Open by default“ Teil des täglichen Verwaltungshandelns  
6083 werden. Der digitale Wandel der öffentlichen Verwaltung wird auch in der Aus- und  
6084 Fortbildung und der Organisationsentwicklung vorangetrieben.

6085

### 6086 **Datenschutz**

6087 Bei der Plattformregulierung soll ein sektorspezifischer Ansatz verfolgt werden.

6088

6089 Die Mitte 2020 anstehende Evaluierung der Datenschutz-Grundverordnung (DS-  
6090 GVO) wollen wir intensiv begleiten und dabei alle Regelungen auf ihre Zukunftsfä-  
6091 higkeit und Effektivität überprüfen. Wir wollen eine sichere, mobile, digitale Authenti-  
6092 fizierung.

6093

6094 Wir wollen die Arbeit der Stiftung Datenschutz fördern.

6095

6096 Die Frage, ob und wie ein Eigentum an Daten ausgestaltet sein kann, müssen wir  
6097 zügig angehen. Wir wollen die Öffnungsklausel in Artikel 88 der Datenschutz-

6098 Grundverordnung nutzen und prüfen die Schaffung eines eigenständiges Gesetzes  
6099 zum Beschäftigtendatenschutz, das die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten am  
6100 Arbeitsplatz schützt und Rechtssicherheit für den Arbeitgeber schafft.

6101

### 6102 **Zivil- und Katastrophenschutz**

6103 Wir wollen den Zivil- und Katastrophenschutz sachgemäß und den heutigen Anforde-  
6104 rungen entsprechend strukturieren und ausstatten.

6105

6106 Einen wichtigen Beitrag für unser funktionierendes Hilfeleistungssystem für Katastro-  
6107 phen leisten die vielen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer bei den  
6108 Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk (THW). Wir  
6109 wollen das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken. Wir wollen die Arbeit der  
6110 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW durch einen weiteren Aus-  
6111 bau des hauptamtlichen Personals unterstützen – auch beim Bundesamt für Bevölke-  
6112 rungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) – und entlasten sowie weiter darin fortfah-  
6113 ren, den Investitionsstau bei der Fahrzeugbeschaffung und den Liegenschaften des  
6114 THW abzubauen. Der Bund wird seiner Verpflichtung im Rahmen des ergänzenden  
6115 Katastrophenschutzes gerecht werden.

6116

6117 Um Anerkennung und Wertschätzung für ehrenamtlich Tätige zu erhöhen und die  
6118 Nachwuchsgewinnung zu stärken, wollen wir bei öffentlichen wie privaten Arbeitge-  
6119 bern dafür werben, bei gleicher Qualifizierung ehrenamtlich Tätige (z. B. aktive Mit-  
6120 glieder Freiwilliger Feuerwehren oder des THW) bevorzugt einzustellen.

6121

### 6122 **3. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft**

6123 Eine moderne Gesellschaft braucht modernes Recht.

6124

#### 6125 **Opferschutz**

6126 Wir werden den Opferschutz weiter stärken. Die Empfehlungen des Opferbeauftrag-  
6127 ten für die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags auf dem Breitscheidplatz wer-  
6128 den wir zügig umsetzen, die Erfahrungen nach den Morden und Sprengstoffanschlä-  
6129 gen der Terrorgruppe NSU berücksichtigen und zentrale Strukturen auf Bundesebe-  
6130 ne schaffen. Dazu werden wir innerhalb der Bundesregierung als dauerhafte Struktur  
6131 eine/n ständige/n Opferbeauftragte/n einrichten, um Opfern sofort einen direkten An-  
6132 sprechpartner an die Seite zu stellen.

6133

6134 Wir werden die Opferentschädigung neu regeln, erhöhen die Härteleistungen des  
6135 Bundes signifikant und stellen die für die Betreuung der Opfer und Abwicklung der  
6136 Hilfeleistungen erforderlichen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung.

6137

6138 Mit einer Informations-Kampagne werden wir die Angebote der Opferhilfe und des  
6139 Opferschutzes in der Öffentlichkeit bekannter machen.

6140

6141 Wir werden alles Notwendige tun, um Kindesmissbrauch und Kinderpornografie mög-  
6142 lichst zu verhindern und entschieden zu bekämpfen. Präventionsprogramme wie  
6143 „Kein Täter werden“ sind dabei ein wichtiges Element. Wir führen eine Strafbarkeit  
6144 für den Versuch des Cybergroomings ein, um Kinder im Internet besser zu schützen  
6145 und die Effektivität der Strafverfolgung pädophiler Täter, die im Netz Jagd auf Kinder  
6146 machen, zu erhöhen.

6147

6148 Die Befugnis der Bewährungshelferinnen und -helfer sowie Führungsaufsichtsstellen,  
6149 zur Gefahrenabwehr in Eilfällen unmittelbar die zuständigen Behörden zu informie-  
6150 ren, wird im Gesetz unmissverständlich klargestellt. Zudem wird eine eindeutige und  
6151 umfassende gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit Polizei und anderen  
6152 Verwaltungsbehörden im Rahmen runder Tische geschaffen.

6153  
6154 Wir prüfen, wie kindliche Zeuginnen und Zeugen in Verfahren wegen sexuellen Miss-  
6155 brauchs außerhalb des Gerichtssaals durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden  
6156 vernommen und diese Vernehmung in den Sitzungssaal übertragen werden kann.

6157  
6158 **Rechtsfolgen der Digitalisierung**  
6159 Wir setzen uns für eine europäische Harmonisierung der Regelungen über die  
6160 grenzüberschreitende Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften („Sitzverlegungs-  
6161 Richtlinie“) und die Europäische Privatgesellschaft (SPE) unter Wahrung der Rechte  
6162 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der Unternehmensmitbe-  
6163 stimmung, der Gläubiger und der Minderheitsgesellschafter ein.

6164  
6165 Bei Onlineregistrierungen von Gesellschaften setzen wir uns – auch auf europäischer  
6166 Ebene – für effektive präventive Kontrollen und zuverlässige Identitätsprüfungen ein,  
6167 um die Richtigkeit der Eintragungen und den Vertrauensschutz öffentlicher Register  
6168 zu gewährleisten; einfache Online-Anmeldungen lehnen wir ab.

6169  
6170 Wir werden das Personengesellschaftsrecht reformieren und an die Anforderungen  
6171 eines modernen, vielfältigen Wirtschaftslebens anpassen; wir werden eine Experten-  
6172 kommission einsetzen, die gesetzliche Vorschläge für eine grundlegende Reform  
6173 erarbeitet.

6174  
6175 Im aktienrechtlichen Beschlussmängelrecht werden wir im Interesse des Minderhei-  
6176 tenschutzes und der Rechtssicherheit Brüche und Wertungswidersprüche beseitigen.  
6177 Ferner werden wir das langwierige und teure Spruchverfahren unter besonderer Be-  
6178 rücksichtigung der Interessen von Minderheitsaktionärinnen und -aktionären sowie  
6179 Kleinanlegerinnen und -anlegern evaluieren. Wir prüfen, ob zur Erleichterung von  
6180 Forschungsk Kooperationen eine neue Rechtsform für diese Art der Zusammenarbeit  
6181 eingeführt werden sollte.

6182  
6183 Wir werden die Vererbbarkeit des digitalen Eigentums (z. B. Nutzer Accounts, Da-  
6184 tenbestände) rechtssicher gesetzlich regeln.

6185  
6186 Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist ein richtiger und wichtiger Schritt zur Bekämp-  
6187 fung von Hasskriminalität und strafbaren Äußerungen in sozialen Netzwerken. Wir  
6188 werden auch weiterhin den Schutz der Meinungsfreiheit sowie der Persönlichkeits-  
6189 rechte der Opfer von Hasskriminalität und strafbaren Äußerungen sicherstellen. Die  
6190 Berichte, zu denen die Plattformbetreiber verpflichtet sind, werden wir sorgfältig aus-  
6191 werten und zum Anlass nehmen, um das Netzwerkdurchsetzungsgesetz insbesonde-  
6192 re im Hinblick auf die freiwillige Selbstregulierung weiterzuentwickeln.

6193  
6194 Wir werden das AGB-Recht für Verträge zwischen Unternehmen auf den Prüfstand  
6195 stellen mit dem Ziel, die Rechtssicherheit für innovative Geschäftsmodelle zu verbes-  
6196 sern. Kleine und mittelständische Unternehmen, die Vertragsbedingungen ihres Ver-  
6197 tragspartners aufgrund der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse faktisch akzeptieren  
6198 müssen, sollen im bisherigen Umfang durch das AGB-Recht geschützt bleiben. Sozi-

6199 alen Netzwerken kommt eine immer größere Bedeutung in unserer Gesellschaft zu,  
6200 sie behalten sich aber einseitig alle Rechte und Nutzungseinschränkungen vor. Wir  
6201 wollen die vertraglichen Rechte der Nutzer stärken, z. B. gegen unberechtigte Lö-  
6202 schungen und Sperrungen. Im Insolvenzrecht werden wir den Grundsatz der Gleich-  
6203 behandlung aller Gläubiger ohne Einschränkung bewahren. Wir werden gesetzliche  
6204 Rahmenbedingungen für die Berufszulassung und -ausübung von Insolvenzverwalte-  
6205 rinnen und Insolvenzverwalter sowie Sachwallerinnen und Sachwaltern regeln, um  
6206 im Interesse der Verfahrensbeteiligten eine qualifizierte und zuverlässige Wahrneh-  
6207 mung der Aufgaben sowie effektive Aufsicht zu gewährleisten. Zudem werden wir die  
6208 Digitalisierung des Insolvenzverfahrens konsequent vorantreiben.

6209  
6210 Zur Stärkung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Deutschland wollen wir die  
6211 Rechte des Lizenznehmers im Insolvenzfall des Lizenzgebers besser schützen.  
6212 Wir werden die Insolvenzantragspflichten im Lichte der europäischen Vorgaben zum  
6213 Restrukturierungs- und Insolvenzrecht sowie unter Berücksichtigung der besonderen  
6214 Bedingungen bei Naturkatastrophen reformieren.

6215

### 6216 **Urheberrecht**

6217 Im Urheberrecht unterstützen wir nachdrücklich eine zeitnahe Regelung zur Verle-  
6218 gerbeteiligung bei den Verwertungsgesellschaften und stärken die Position der Ver-  
6219 leger auf europäischer Ebene durch eine eigene Rechtsposition. Wir werden die  
6220 Rechtsposition der Urheberinnen und Urheber stärken und uns hierbei für einen ge-  
6221 rechten Interessenausgleich zwischen Kreativen und den Unternehmen der Kultur-  
6222 wirtschaft, Plattformen und Nutzern einsetzen. Zudem wollen wir die Stellung von  
6223 Rechteinhabern gegenüber Internet Providern verbessern, die sich an der öffentlichen  
6224 Zugänglichmachung von Werken beteiligen. Den Vertrag von Marrakesch zugunsten  
6225 blinder und sehbehinderter Menschen setzen wir zügig um.

6226

6227 Wir wollen das System der Vergütung für gesetzlich erlaubte Nutzungen auf eine  
6228 neue Grundlage stellen, indem moderne Nutzungsformen einbezogen werden und  
6229 die an Urheberinnen und Urheber sowie Leistungsschutzberechtigte zu zahlende  
6230 angemessene Vergütung effizient, berechenbar und zeitnah bestimmt wird. Wo im-  
6231 mer möglich soll die Vergütung direkt bei der nutzenden Einrichtung erhoben wer-  
6232 den. Wir streben an, das gegenwärtig zeitaufwändige Schiedsstellenverfahren in ei-  
6233 nen schnelleren Entscheidungsprozess zu überführen.

6234

6235 Wir greifen den Wunsch des Deutschen Bundestages auf und werden einen struktu-  
6236 rierten Dialog führen, wie möglichst rasch innerhalb der nächsten fünf Jahre der Zu-  
6237 gang zu wissenschaftlichen Publikationen im Interesse aller Beteiligten – der Auto-  
6238 rinnen und Autoren, der vielfältigen deutschen Verlagslandschaft und der nutzenden  
6239 Wissenschaft – über eine Lizenzierungsplattform praktisch verbessert werden kann.

6240

### 6241 **Familien- und Abstammungsrecht**

6242 Im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Ver-  
6243 änderungen in der Gesellschaft werden wir Anpassungen des Abstammungsrechts  
6244 unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Arbeitskreises Abstammungsrecht  
6245 prüfen.

6246

6247 Wir werden unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Vorgaben prü-  
6248 fen, ob sich das anwendbare Recht insbesondere im Bereich des Familienrechts  
6249 stärker nach dem gewöhnlichen Aufenthalt der Beteiligten bestimmen sollte.

6250

6251 Zumeist wollen beide Elternteile nach Trennung und Scheidung intensiv in die Erzie-  
6252 hungsverantwortung für ihre Kinder eingebunden bleiben. Dies wollen wir bei Um-  
6253 gang und Unterhalt stärker berücksichtigen, wenn die Eltern sich einig sind oder  
6254 Gründe des Kindeswohls vorliegen. Dabei muss das Kindeswohl stets im Mittelpunkt  
6255 stehen. Wir prüfen, inwieweit Unterhaltsbedarf und Selbstbehalt verbindlich geregelt  
6256 werden könnten.

6257

6258 Wir befürworten Fortbildungen für Richterinnen und Richter insbesondere an Famili-  
6259 engerichten und streben verbindliche Regelungen in Abstimmung mit den Ländern  
6260 an. Wir wollen Ehepartnern ermöglichen, im Betreuungsfall füreinander Entscheidun-  
6261 gen über medizinische Behandlungen zu treffen, ohne dass es hierfür der Bestellung  
6262 einer Betreuerin bzw. eines Betreuers oder der Erteilung einer Vorsorgevollmacht  
6263 bedarf.

6264

### 6265 **Betreuungsrecht und Selbstbestimmung**

6266 Wir werden das Vormundschaftsrecht modernisieren und das Betreuungsrecht unter  
6267 Berücksichtigung der Ergebnisse der jüngst durchgeführten Forschungsvorhaben in  
6268 struktureller Hinsicht verbessern. Im Einzelnen wollen wir den Vorrang sozialrechtli-  
6269 cher Hilfen vor rechtlicher Betreuung, die Qualität der Betreuung sowie Auswahl und  
6270 Kontrolle von Betreuerinnen und Betreuern, das Selbstbestimmungsrecht der Be-  
6271 troffenen („Unterstützen vor Vertreten“), sowie die Finanzierung der unverzichtbaren  
6272 Arbeit der Betreuungsvereine in Zusammenarbeit mit den Ländern stärken. Für eine  
6273 angemessene Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer wollen wir ebenfalls  
6274 zeitnah Sorge tragen.

6275

### 6276 **Gleichberechtigung und Vielfalt**

6277 Wir werden die erforderlichen Anpassungen und Ergänzungen, die sich durch die  
6278 Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts ergeben, zügig vornehmen.

6279

6280 Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben kön-  
6281 nen – mit gleichen Rechten und Pflichten.

6282

6283 Die Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist für die Förderung der Akzeptanz  
6284 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Deutschland unverzichtbar. Wir wollen die  
6285 Bundesstiftung daher weiterhin über eine institutionelle Förderung in ihrer Aufgaben-  
6286 wahrnehmung absichern.

6287

6288 Illegale Paralleljustiz werden wir nicht dulden.

6289

## 6290 **4. Prävention**

6291 Wir betonen die Bedeutung der sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Si-  
6292 cherheitsforschung, u. a. die hohe Relevanz von Dunkelfeldstudien und anderer em-  
6293 pirischer Forschung z. B. zu organisierter Kriminalität, und wollen diese wissenschaft-  
6294 lichen Bereiche beim Bundeskriminalamt und in der wissenschaftlichen Forschung  
6295 durch Universitäten und Dritte stärken.

6296

6297 Wir treten für eine evidenzbasierte Kriminalpolitik ein. Wir wollen, dass kriminologi-  
6298 sche Evidenzen sowohl bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen als auch bei deren  
6299 Evaluation berücksichtigt werden. Wir unterstützen das unabhängige Deutsche Fo-  
6300 rum für Kriminalprävention. Um ein Gesamtbild der langfristigen Kriminalitätsentwick-

6301 lung zu bekommen, streben wir eine zügige Aktualisierung des Periodischen Sicher-  
6302 heitsberichts an. Um die Aussagekraft der Strafrechtspflegestatistiken zu erhöhen,  
6303 werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Strafrechtspflegestatistikgesetz  
6304 schaffen. Die Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken sollen langfristig zu einer Ver-  
6305 laufsstatistik zusammengeführt werden. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie in Auf-  
6306 trag gegeben werden.

6307  
6308 Gerade im weiter wachsenden Bereich des islamistischen Extremismus und Terro-  
6309 rismus wollen wir Prävention und Deradikalisierung weiter stärken, national und auf  
6310 EU-Ebene.

6311  
6312 Wir werden den radikalen Islam in Deutschland zurückdrängen. Wir erwarten, dass  
6313 Imame aus dem Ausland Deutsch sprechen. Radikalisierte Moscheen werden wir  
6314 beobachten und gegebenenfalls schließen. Hierzu werden wir die Praxis zwischen  
6315 Bund und Ländern abstimmen.

6316  
6317 Wir stellen sicher, dass öffentliche Gelder des Bundes nicht an Einrichtungen und  
6318 Initiativen vergeben werden, die verfassungsfeindliche Tendenzen aufweisen.

6319  
6320 Wir werden die Deutsche Islam Konferenz fortsetzen. Die in dem Vertrag zwischen  
6321 der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland vor-  
6322 gesehene Staatsleistungen werden angepasst.

6323  
6324 Wir bekennen uns weiterhin zur besonderen Verpflichtung gegenüber den Deutschen  
6325 in Mitteleuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die als Aussiedler und  
6326 Spätaussiedler zu uns kamen oder als deutsche Minderheiten in den Herkunftsgebieten  
6327 leben. Wir wollen die nationalen Minderheiten in Deutschland und die deutschen  
6328 Minderheiten in Dänemark, in Mittele- und Südosteuropa und den Nachfolgestaa-  
6329 ten der Sowjetunion weiter fördern. Wir wollen die Maßnahmen zum Erhalt des kultu-  
6330 rellen Erbes der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und der deutschen Minderheiten  
6331 unter ihrer Einbeziehung – gegebenenfalls auch strukturell – weiterentwickeln.

## 6332 6333 **5. Verbraucherschutz**

6334 Die Bundesregierung wird zur leichteren und schnelleren Auffindbarkeit von Verbrau-  
6335 cherinformation und -beratung ein einheitliches bundesweites Portal Verbraucherlot-  
6336 se anbieten. Mit bestehenden Einrichtungen und Behörden wird kooperiert.

6337  
6338 Gemeinsam mit Bundesländern und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren wol-  
6339 len wir die Unterstützungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher in ländli-  
6340 chen Räumen ausbauen und verbessern. Zudem werden wir die Initiative des „auf-  
6341 suchenden Verbraucherschutzes“ im Rahmen des Projekts soziale Stadt weiterent-  
6342 wickeln.

6343  
6344 Die Grundversorger von Strom, Gas, Wärme und Wasser werden verpflichtet, säu-  
6345 migen Kundinnen und Kunden eine Versorgung auf Basis von Vorauszahlungen an-  
6346 zubieten, wenn die Kundin oder der Kunde Ratenzahlungen auf Altschulden leistet  
6347 oder eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat.

6348  
6349 Wir werden die Verbraucherrechte bei ambulanten Pflegeverträgen stärken. Wir wol-  
6350 len eine bessere Kooperation von Unabhängiger Patientenberatung, Verbraucher-  
6351 zentralen und Stiftung Warentest.

- 6352  
6353 Vorfälligkeitsentschädigungen bei Immobilienkrediten müssen angemessen, nach-  
6354 vollziehbar und objektiv überprüfbar sein.  
6355
- 6356 Wir werden zur Herstellung einer einheitlichen und qualitativ hochwertigen Finanz-  
6357 aufsicht die Aufsicht über die freien Finanzanlagevermittler schrittweise auf die Bun-  
6358 desanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übertragen. Dabei wollen wir sicherstel-  
6359 len, dass die dadurch bei den Ländern freiwerdenden Aufsichtskapazitäten zur Stär-  
6360 kung der Geldwäscheaufsicht im Nichtfinanzbereich verwendet werden.  
6361
- 6362 Wir wollen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher Algorithmen- und KI-  
6363 basierte Entscheidungen, Dienstleistungen und Produkte überprüfbar machen, ins-  
6364 besondere im Hinblick auf mögliche unzulässige Diskriminierungen, Benachteiligun-  
6365 gen und Betrügereien. Wir werden Mechanismen entwickeln, um bei bedenklichen  
6366 Entwicklungen tätig werden zu können.  
6367
- 6368 Dynamische Preisbildung muss Verbraucherinnen und Verbrauchern nach klaren  
6369 Regeln transparent dargestellt werden.  
6370
- 6371 Wir wollen Anbieter digitaler Kommunikationssysteme mit hohem Verbreitungsgrad  
6372 dazu verpflichten, den verlustfreien Wechsel in andere Systeme zu ermöglichen.  
6373
- 6374 Anbieter des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs werden dazu verpflichtet, eine  
6375 Schnittstelle für Portale bereitzustellen, die Information und Buchung integrierter Mo-  
6376 bilität (wie z. B. Tickets) deutschlandweit ermöglicht. Diese soll auch anderen Anbie-  
6377 tern offenstehen.  
6378
- 6379 Wir werden das Produktsicherheitsrecht novellieren, um die IT-Sicherheit in verbrau-  
6380 chernahen Produkten zu erhöhen. Dazu werden wir u. a. das Produkthaftungsrecht  
6381 anpassen, Mindeststandards vorschreiben und die Einführung einer gewährleist-  
6382 ungsähnlichen Herstellerhaftung prüfen. Darüber hinaus werden wir ein europaweit  
6383 gültiges IT-Sicherheits-Gütesiegel etablieren.  
6384
- 6385 Auf Vermittlungs-, Buchungs- und Vergleichsplattformen wollen wir die Transparenz  
6386 hinsichtlich ihrer Bewertungssysteme, der Gewichtung ihrer Ergebnisse, der Provisi-  
6387 onen und Marktabdeckung sowie der Zusammenhänge zwischen Portalen und wirt-  
6388 schaftliche Verflechtungen erhöhen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen bes-  
6389 ser vor gefälschten Bewertungen, Datenmissbrauch und elementaren Risiken abge-  
6390 sichert werden. Vermittlungsplattformen sollen den Nutzerinnen und Nutzern gegen-  
6391 über transparent machen müssen, ob Angebote privat oder gewerblich sind.  
6392
- 6393 Die Verbraucherzentralen werden mit der Fortsetzung der Bereitstellung von Materi-  
6394 alkompassen in den Bereichen Verbraucherschutz, Verbraucherbildung, digitale  
6395 Kompetenzen und nachhaltiger Konsum für die Bildungscloud beauftragt.  
6396
- 6397 Die Arbeit des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen wird fortgesetzt, um rele-  
6398 vante und praxisnahe Politikberatung sowie Impulse für die Verbraucherpolitik zu  
6399 gewährleisten.  
6400

6401 Wir wollen den Verbraucherschutz auch in der digitalen Welt sicherstellen. Gleiches  
6402 Recht für alle muss durch Netzneutralität und diskriminierungsfreien Netzzugang ge-  
6403 währleistet werden.  
6404

## 6405 **6. Sport**

6406 Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration, die  
6407 Inklusion und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Der Sport erhält auf-  
6408 grund seiner gesellschaftlichen Kraft auch in Zukunft unsere Unterstützung, sowohl  
6409 im Breiten- wie auch im Leistungssport.  
6410

6411 Die beschlossene Reform zur Förderung des Leistungssports werden wir im Dialog  
6412 mit allen Beteiligten umsetzen und wollen dafür deutlich mehr Mittel bereitstellen. Die  
6413 Förderung und die Absicherung der Bedürfnisse der Athletinnen und Athleten, insbe-  
6414 sondere im Hinblick auf die Altersversorgung und die Duale Karriere, sollten dabei  
6415 besonders im Mittelpunkt stehen.  
6416

6417 Der Aufbau und die Umsetzung einer langfristig angelegten Strategie für Sportgroß-  
6418 veranstaltungen, insbesondere olympische und paralympische Spiele sowie Univer-  
6419 siaden, wird die Spitzensportreform begleiten. Hierfür wollen wir übergeordnete Leit-  
6420 linien entwickeln. Darüber hinaus werden wir dem Modernisierungs- und Sanierungs-  
6421 stau in der Infrastruktur der Sportanlagen, die dem Spitzensport dienen, entgegen-  
6422 wirken. Insbesondere wollen wir uns stärker an den Unterhaltskosten der Spitzen-  
6423 sportanlagen, die in kommunaler Trägerschaft liegen, beteiligen.  
6424

6425 Zugleich setzen wir uns für eine insgesamt moderne und bedarfsgerechte Sportstät-  
6426 teninfrastruktur in Deutschland ein.  
6427

6428 Die effektive Bekämpfung von Doping im Sport ist die Grundlage für die Zukunft und  
6429 den Erfolg des Sports. Die wichtige Arbeit der Nationalen Anti Doping Agentur  
6430 (NADA) wollen wir weiterhin unterstützen und fördern, sowohl von öffentlicher Seite  
6431 als auch vom Sport selbst.  
6432

6433 Wir sind uns darin einig, Gewalt jeglicher Art bei und im Umfeld von Sportereignissen  
6434 zu verurteilen und zu verfolgen. Der Bund wird sich in diesem Zusammenhang mit  
6435 den Sportverbänden, den Ländern und anderen Akteuren für eine zielgerichtete Prä-  
6436 ventionsarbeit einsetzen. Die Integrität des Sports und seiner Spitzenorganisationen  
6437 ist unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Förderung. Darauf werden wir unter  
6438 Achtung der Autonomie des Sports in seinem Interesse achten.  
6439

6440 Sport leistet einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag, er verbindet Men-  
6441 schen mit und ohne Behinderung und trägt dazu bei, Barrieren und Vorurteile abzu-  
6442 bauen. Bei jeder von Deutschland unterstützten Bewerbung um Austragung olympi-  
6443 scher und paralympischer Spiele sowie anderer internationaler Sportveranstaltungen  
6444 soll der paralympische Sport gleichberechtigt berücksichtigt und gefördert werden.  
6445

6446 Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration,  
6447 Inklusion und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Neben der wichtigen Aufgabe  
6448 des Breitensports werden wir die beschlossene Reform der Förderung des Leis-  
6449 tungssports mit allen Beteiligten umsetzen und wollen dafür deutlich mehr Mittel be-  
6450 reitstellen.



## 6451 **XI. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen**

6452

### 6453 **1. Umwelt und Klima**

6454 Wir wollen für unsere Kinder und Enkelkinder eine intakte Natur bewahren. Eine saubere Umwelt und der Schutz der Biodiversität sind unser Ziel. Dafür werden wir das Prinzip der Nachhaltigkeit umfassend beachten und wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Artenschwund zu stoppen, die Landnutzung umweltgerechter zu gestalten, Wasser und Böden besser zu schützen, die Luft sauberer zu halten und unsere Ressourcen im Kreislauf zu führen.

6460

6461 Wir stehen für eine Umwelt- und Klimapolitik, die die Bewahrung der Schöpfung und den Schutz natürlicher Ressourcen mit wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung erfolgreich verbindet. Wir treten für eine effiziente, technologieoffene und innovationsfördernde Umweltpolitik ein, die wir gemeinsam mit den gesellschaftlichen Partnern gestalten. EU-Recht setzen wir 1:1 um.

6466

6467 Wir werden zeigen, dass anspruchsvoller Klimaschutz, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Ausgleich erfolgreich vereinbar sind. Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und dem bereits weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie haben wir wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt. Wir werden nun ein neues integriertes Energiesystem schaffen aus Erneuerbaren, Energieeffizienz, einem beschleunigten Ausbau der Stromnetze, einer schrittweisen Reduzierung der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und einer forcierten Nutzung der Digitalisierung. Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind die Eckpfeiler dieser Energiepolitik. Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes ist Grundbedingung einer erfolgreichen Energiewende und dafür, dass sie auch international zum Erfolgsmodell wird.

6478

### 6479 **Umwelt**

6480 Umweltschutz als Teil einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik

6481

6482 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sind Maßstab des Regierungshandelns. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.

6485

6486 Wir wollen das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum weiterentwickeln sowie das „Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum“ weiter stärken. Wir werden auf die Stärkung der ökologischen Standards in der EU-Öko-Design-Richtlinie hinwirken.

6489

6490 Um der Vorbildwirkung der öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden, soll die Bundesregierung ihr „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ umsetzen und weiterentwickeln.

6493

6494 Wir werden alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspolitischen Leitlinien und dem Prinzip der Nachhaltigkeit einer stetigen Überprüfung unterziehen.

6496

### 6497 **Internationaler und europäischer Umweltschutz**

6498 Die globalen Umweltbedrohungen brauchen eine starke internationale Umweltpolitik. Deshalb werden wir uns – in besonderer und enger Zusammenarbeit mit Frankreich – für eine Stärkung der internationalen Umweltinstitutionen einsetzen. Wir wollen die Mittel für die internationale Umweltpolitik aufstocken. Wir setzen uns gegen den fort-

6501

6502 schreitenden Verlust an biologischer Vielfalt, die Zerstörung von Wäldern und den  
6503 zunehmenden Verlust an fruchtbaren Böden ein. Unser Engagement im internationa-  
6504 len Artenschutz und gegen die Wilderei sowie den illegalen Wildtierhandel werden  
6505 wir ausweiten. Sauberes Wasser ist die wichtigste Lebensgrundlage aller Menschen.  
6506 Zur Krisenprävention und Bekämpfung der Fluchtursachen wollen wir insbesondere  
6507 in Afrika in einer gemeinsamen Initiative mit der deutschen Wasserwirtschaft Maß-  
6508 nahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Wasser auf lokaler Ebene ermögli-  
6509 chen.

6510  
6511 Wir werden die EU-Präsidentschaft im Jahr 2020 nutzen, um das Ambitionsniveau  
6512 des europäischen Umweltschutzes weiter zu steigern. Dabei bekennen wir uns zum  
6513 europäischen Vorsorgeprinzip. Wir wollen Europa auf dem Weg zu einem nachhalti-  
6514 gen Wirtschaften voranbringen.

6515

### 6516 **Internationaler Meeresschutz**

6517 Wir werden der übermäßigen Nutzung der Ozeane entgegenwirken und den Schutz  
6518 der Meere insbesondere vor Vermüllung verbessern. Wir setzen uns für ein Schutz-  
6519 gebietsnetz für Hochseegebiete und für ein internationales Durchführungsüberein-  
6520 kommen zum Schutz der biologischen Vielfalt im Bereich der Hohen See ein und un-  
6521 terstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Antarktis. Um Nord- und  
6522 Ostsee besser zu schützen, werden wir ein wirksames Management der Freizeitfi-  
6523 scherei in den Schutzgebieten in Kraft setzen und uns für wirksame Fischereirege-  
6524 lungen auf EU-Ebene sowie eine bessere Förderung ökosystemgerechter Fangtech-  
6525 niken und -methoden einsetzen. Für einen umweltverträglichen Tiefseebergbau sol-  
6526 len internationale Regeln entwickelt werden.

6527

### 6528 **Hochwasserschutz, Gewässerschutz**

6529 Wir werden das Nationale Hochwasserschutzprogramm umsetzen und stärken es,  
6530 indem wir es über die derzeit vorgesehenen zehn Jahre hinaus dauerhaft ausstatten.  
6531 Zudem werden wir dieses Programm zum vorbeugenden Hochwasserschutz aus-  
6532 bauen und den Küstenschutz sicherstellen. Die Interessen der Flächeneigentümer  
6533 werden wir wie bisher berücksichtigen.

6534

6535 Wir werden für einen verbesserten Hochwasserschutz bis 2021 länderübergreifende  
6536 Raumordnungspläne zum Schutz der Menschen und Umwelt entlang unserer Ge-  
6537 wässer entwickeln.

6538

6539 Im Dialog mit der Landwirtschaft werden wir auf eine gewässerschonende Bewirt-  
6540 schaftung hinwirken. Die Abwasserabgabenregelung wollen wir mit dem Ziel der Re-  
6541 duzierung von Gewässerverunreinigungen weiter entwickeln. Wir wollen mit einer  
6542 Öffentlichkeitskampagne auf die Gefahren einer falschen Entsorgung von Arzneimit-  
6543 teln über das Abwasser hinweisen, auf eine sachgerechte Handhabung abzielen und  
6544 damit insbesondere den Schutz unserer Wasserressourcen vor Chemikalieneinträ-  
6545 gen verbessern.

6546

6547 Wir wollen die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel fortentwickeln  
6548 und dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

6549

**6550 Schutz der biologischen Vielfalt**

6551 Den Schutz der biologischen Vielfalt werden wir als Querschnittsaufgabe zu einem  
6552 starken Pfeiler unserer Umweltpolitik machen. Dazu wollen wir die Umsetzung der  
6553 Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt forcieren.

6554  
6555 Das erfolgreiche Programm „Nationales Naturerbe“ werden wir mit einer vierten  
6556 Tranche über 30 000 Hektar, darunter 20 000 Hektar von der Bodenverwertungs-  
6557 und -verwaltungs GmbH, fortsetzen.

6558  
6559 Wir wollen das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ fortführen und werden die Mit-  
6560 tel für „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“ erhöhen. In Zusammenarbeit  
6561 mit den Ländern werden wir einen Aktionsplan Schutzgebiete erarbeiten. Wir werden  
6562 einen „Wildnisfonds“ zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Länder bei der Umset-  
6563 zung des Zwei-Prozent-Ziels Wildnis zu unterstützen. Das Bundesprogramm „Blaues  
6564 Band Deutschland“ werden wir weiter umsetzen. Wir wollen eine Moorschutzstrategie  
6565 erarbeiten und die ersten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umsetzen.  
6566 Zur Erhöhung der Arten- und Biotopvielfalt in den Städten wollen wir einen Master-  
6567 plan zur Umsetzung des Weißbuchs „Grün in der Stadt“ entwickeln und umsetzen.

6568  
6569 Wir werden das Insektensterben umfassend bekämpfen. Mit einem „Aktionspro-  
6570 gramm Insektenschutz“ wollen wir die Lebensbedingungen für Insekten verbessern.  
6571 Wir wollen ein wissenschaftliches Monitoringzentrum zur Biodiversität unter Einbe-  
6572 ziehung des Bundesumwelt- sowie des Bundeslandwirtschaftsministeriums aufbau-  
6573 en.

6574  
6575 Wir werden uns in der EU für mehr Mittel für den Naturschutz, die sich am Bedarf von  
6576 Natura 2000 orientieren, und einen eigenständigen EU-Naturschutzfonds einsetzen.

6577  
6578 Wir initiieren einen Dialog zwischen Landwirten, Jägern, Fischern, den Naturschutz-  
6579 verbänden und der Wissenschaft, um den Schutz der heimischen Flora und Fauna  
6580 vor sich zunehmend ausbreitenden nicht-heimischen Tier- und Pflanzenarten zu ver-  
6581 bessern.

6582  
6583 Unser Ziel ist, Eingriffe in Natur und Landschaft möglichst zu vermeiden. Dort, wo  
6584 dies nicht möglich ist, sind entstandene Beeinträchtigungen wieder auszugleichen,  
6585 um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes auf Dauer zu sichern. Wir wollen eine  
6586 Bundeskompensationsverordnung mit einem vielseitigen Mix qualitativ hochwertiger  
6587 Maßnahmen schaffen, damit Genehmigungsbehörden Spielraum erhalten, auch bei  
6588 der Errichtung Erneuerbarer-Energien-Anlagen und beim Netzausbau die Flächenin-  
6589 anspruchnahme möglichst gering zu halten.

6590  
6591 Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft haben große Potenziale für den Klimaschutz  
6592 und die Bewahrung der Biodiversität. Schutzmaßnahmen wollen wir deshalb ver-  
6593 stärkt in Zusammenarbeit mit diesen Sektoren voranbringen und die vorhandenen  
6594 Instrumente verstärkt nutzen. Wir wollen international Schutz, Erhaltung und Wieder-  
6595 aufbau von Wäldern und die Finanzierung dafür voranbringen.

**6596  
6597 Kreislaufwirtschaft**

6598 Wir stehen für eine Weiterentwicklung des erfolgreichen deutschen Modells der  
6599 Kreislaufwirtschaft. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktver-  
6600 antwortung sollen dabei auch künftig die Leitplanken sein. Wir wollen, auch im Rah-

6601 men des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets und der weiteren Arbeiten an der  
6602 europäischen Plastikstrategie, Abfallvermeidung und Recycling stärken, die Einsatz-  
6603 möglichkeiten für recycelte Materialien verbessern und entsprechende Anreize sowie  
6604 mögliche gesetzliche Pflichten prüfen. Daneben wollen wir die Produktverantwortung  
6605 weiterentwickeln, d.h. Hersteller müssen Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wieder-  
6606 verwendbarkeit stärker berücksichtigen.

6607  
6608 Wir werden die Recyclingpotenziale weiterer relevanter Abfallströme wie Altholz, Alt-  
6609 textilien oder Altreifen evaluieren und verstärkt nutzen. Bei der Einweg-Mehrweg-  
6610 Diskussion setzen wir auf Wissenschaftlichkeit und den größten ökologischen Nut-  
6611 zen. Deshalb werden wir für Ökobilanzen als Entscheidungsgrundlage zügig die ein-  
6612 heitliche Methodik weiterentwickeln. Wir werden eine „Nationale Forschungs- und  
6613 Innovationsstrategie für Ressourcenschutztechnologie“ gemeinsam mit der Wirt-  
6614 schaft erarbeiten.

6615  
6616 Wir wollen den Bodenschutz in der Praxis voranbringen und einen bundeseinheitli-  
6617 chen und rechtsverbindlichen Rahmen für die Verwertung mineralischer Abfälle  
6618 schaffen. Die Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz muss ein ho-  
6619 hes Schutzniveau für Mensch, Boden und Grundwasser gewährleisten, gleichzeitig  
6620 aber praxistauglich und kosteneffizient ausgestaltet sein sowie Entsorgungsengepäs-  
6621 se vermeiden. Wir wollen den Ländern bei entsprechenden Änderungsanträgen des  
6622 Bunderates mit der Aufnahme einer Öffnungsklausel die Möglichkeit einräumen, be-  
6623 reits bestehende und bewährte länderspezifische Regelungen bei der Verfüllung von  
6624 Gruben, Brüchen und Tagebauen gesetzlich abzusichern.

### 6625 6626 **Luftreinhaltung**

6627 Wir werden die Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)  
6628 zügig verabschieden und damit an den Stand der Technik anpassen.

### 6629 6630 **Umwelt und Gesundheit**

6631 Wir werden auch aus Wettbewerbsgründen auf EU-Ebene dafür eintreten, dass Er-  
6632 zeugnisse, die besonders besorgniserregende Stoffe enthalten und freisetzen kön-  
6633 nen, im Rahmen der bestehenden Chemikalienverordnung REACH geregelt werden,  
6634 wenn sie nicht in der EU hergestellt werden. Eine geeignete und bewährte Maßnah-  
6635 me zur Regelung von Stoffen in Erzeugnissen ist das REACH-  
6636 Beschränkungsverfahren. Die Regulierung dieser Erzeugnisse soll beschleunigt und  
6637 erleichtert werden. Regelungslücken, die europäische Unternehmen benachteiligen,  
6638 sollen bei künftigen Anpassungen der bestehenden REACH-Vorschriften geschlos-  
6639 sen werden.

6640  
6641 Wir wollen das ressortübergreifende „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit“  
6642 weiterentwickeln, um den Schutz der Menschen vor umweltbedingten Gesundheitsri-  
6643 siken weiter zu verbessern.

6644  
6645 Wir wollen zur Verbesserung des Schutzes der Gesundheit vor ionisierender Strah-  
6646 lung das Strahlenschutzgesetz 2017 auf der Verordnungsebene konkretisieren. Im  
6647 Bundesamt für Strahlenschutz wollen wir ein Kompetenzzentrum „Strahlenschutz und  
6648 Stromnetze“ einrichten. Wir wollen den Schutz vor elektromagnetischen Feldern bei  
6649 der Digitalisierung, insbesondere auch bei dem Aufbau des zukünftigen Mobilfunk-  
6650 standards, sicherstellen.

6651

**6652 Atompolitik**

6653 Wir werden den beschlossenen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis Ende  
6654 2022 zielgerichtet vorantreiben. Auch für den verbleibenden Nutzungszeitraum bleibt  
6655 bestmögliche Sicherheit das oberste Gebot und muss von den Betreibern jederzeit  
6656 gewährleistet werden.

6657  
6658 Wir wollen ein In-camera-Verfahren im Hauptsacheverfahren einführen, so dass ge-  
6659 heimhaltungsbedürftige Unterlagen zum Zwecke des Nachweises der Genehmi-  
6660 gungsvoraussetzungen in ein verwaltungsgerichtliches Hauptsacheverfahren bei  
6661 gleichzeitiger Wahrung des Geheimsschutzes eingeführt werden können.

6662  
6663 In der EU werden wir uns dafür einsetzen, dass die Zielbestimmungen des EU-  
6664 RATOM-Vertrages hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie an die Herausforderun-  
6665 gen der Zukunft angepasst werden. Wir wollen keine EU-Förderung für neue Atom-  
6666 kraftwerke. Wir wollen eine konsequente Beendigung aller Beteiligungen staatlicher  
6667 Fonds an AKWs im Ausland umsetzen.

6668  
6669 Wir stehen für eine zügige Umsetzung bei der Suche nach einem Endlager für hoch-  
6670 radioaktive Abfälle gemäß Standortauswahlgesetz. An dem gesetzlich festgelegten  
6671 Ziel, bis 2031 den Standort für ein Endlager festzulegen, halten wir fest. Dafür ist als  
6672 nächster Schritt die schnellstmögliche Festlegung der übertägigen Erkundungs-  
6673 standorte erforderlich. Die Zugänglichkeit und Veröffentlichung der hierfür benötigten  
6674 wissenschaftlichen Daten ist durch die rasche Verabschiedung des Geowissen-  
6675 schaftsdatingesetzes zu ermöglichen. Ein zügiges Verfahren ist auch im Interesse  
6676 der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, in denen sich derzeit atomare Zwi-  
6677 schenlager befinden. Diese dürfen nicht zu faktischen Endlagern werden.

6678  
6679 Um die sichere Entsorgung der bereits angefallenen erheblichen Mengen schwach-  
6680 und mittelradioaktiver Abfälle und einen zügigen Rückbau der Atomkraftwerke zu  
6681 ermöglichen, wollen wir eine möglichst rasche Fertigstellung und Inbetriebnahme von  
6682 Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wie auch die  
6683 zuvor erforderliche Produktkontrolle vorantreiben. Für einen zügigen Einlagerungsbe-  
6684 trieb ist die Errichtung eines Bereitstellungslagers unverzichtbar. Wir wollen deshalb  
6685 ein solches Bereitstellungslager einrichten und mit den Planungen dafür unverzüglich  
6686 beginnen.

6687  
6688 Wir werden ein Konzept zum perspektivischen Erhalt von Fachwissen und -personal  
6689 für Betrieb, Rückbau und zu Sicherheitsfragen bei Nukleuranlagen sowie für Zwi-  
6690 schen- und Endlagerung erarbeiten.

6691  
6692 Wir wollen, dass Deutschland bei der Reaktorsicherheit in Europa dauerhaft Einfluss  
6693 ausübt – auch nach dem Ausstieg aus der nationalen Nutzung der Kernenergie. Etli-  
6694 che Nachbarländer nutzen die Kernenergie weiter. Angesichts des alternden Be-  
6695 stands der Atomkraftwerke in Europa wollen wir uns weiterhin für umfassende Si-  
6696 cherheitsüberprüfungen, ambitionierte verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein  
6697 System wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für  
6698 die Sicherheit einsetzen. Wer in Sicherheitsfragen mitreden will, der muss das auch  
6699 können. Dafür ist der Know-how-Erhalt unverzichtbar.

6700

6701 Die Arbeiten zur Rückholung der Abfälle aus dem Forschungsbergwerk Asse sind mit  
6702 hoher Priorität fortzusetzen. Auch die sichere Stilllegung des Endlagers Morsleben  
6703 muss schnellstmöglich vorangebracht werden.

6704  
6705 Wir wollen verhindern, dass Kernbrennstoffe aus deutscher Produktion in Anlagen im  
6706 Ausland, deren Sicherheit aus deutscher Sicht zweifelhaft ist, zum Einsatz kommen.  
6707 Wir werden deshalb prüfen, auf welchem Wege wir dieses Ziel rechtssicher errei-  
6708 chen.

6709  
6710 **Biodiversitätsschutz**

6711 Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von  
6712 glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die An-  
6713 wendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden. Dazu werden wir ge-  
6714 meinsam mit der Landwirtschaft Alternativen im Rahmen einer Ackerbaustrategie  
6715 entwickeln und u. a. umwelt- und naturverträgliche Anwendungen von Pflanzen-  
6716 schutzmitteln regeln. Die dazu notwendigen rechtlichen Maßnahmen werden wir in  
6717 einem EU-konformen Rahmen verankern.

6718  
6719 **Klima**

6720 Wir bekennen uns zu den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klima-  
6721 schutzabkommens vereinbarten Klimazielen 2020, 2030 und 2050 für alle Sektoren.  
6722 Deutschland setzt sich gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen dafür ein, die  
6723 Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Cel-  
6724 sius zu begrenzen und spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit  
6725 weitgehende Treibhausgasneutralität zu erreichen.

6726  
6727 Wir setzen das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und den Klimaschutzplan 2050  
6728 mit den für alle Sektoren vereinbarten Maßnahmenpaketen und Zielen vollständig  
6729 um und werden Ergänzungen vornehmen, um die Handlungslücke zur Erreichung  
6730 des Klimaziels 2020 so schnell wie möglich zu schließen. Das Minderungsziel 2030  
6731 wollen wir auf jeden Fall erreichen. Dies soll unter Beachtung des Zieldreiecks Ver-  
6732 sorgungssicherheit, Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit sowie ohne Strukturbrüche  
6733 und mithilfe einer deutlichen Steigerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien  
6734 und der Energieeffizienz realisiert werden. Wir stehen weiterhin für eine wissen-  
6735 schaftlich fundierte, technologieoffene und effiziente Klimapolitik.

6736  
6737 Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter  
6738 Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbän-  
6739 den, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die auf  
6740 Basis des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Klimaschutzplans 2050 bis  
6741 Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

- 6742 • Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis  
6743 2020 so weit wie möglich zu reduzieren,
  - 6744 • Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, ein-  
6745 schließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,
  - 6746 • einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung,  
6747 einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirt-  
6748 schaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und
  - 6749 • die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffe-  
6750 nen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes.
- 6751

6752 Ein zeitlich paralleles Vorgehen soll für den Bau- und Verkehrssektor erfolgen. Damit  
6753 schaffen wir die Grundlagen dafür, dass die Sektorziele 2030 erreicht werden. Auf  
6754 dieser Grundlage wollen wir ein Gesetz verabschieden, das die Einhaltung der Kli-  
6755 maschutzziele 2030 gewährleistet. Wir werden 2019 eine rechtlich verbindliche Um-  
6756 setzung verabschieden.

6757  
6758 Der Bund wird sich mit den betroffenen Regionen auch über die Fortführung der  
6759 Braunkohlesanierung nach 2022 abstimmen.

6760  
6761 Die Nationale Klimaschutzinitiative wird fortgesetzt.

6762  
6763 Den EU-Emissionshandel wollen wir als Leitinstrument weiter stärken. Unser Ziel ist  
6764 ein CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystem, das nach Möglichkeit global ausgerichtet ist, jedenfalls  
6765 aber die G20-Staaten umfasst. Wir werden die Impulse der gemeinsamen Resoluti-  
6766 on von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag zum 55. Jahrestag des  
6767 Élysée-Vertrags am 22. Januar 2018 aufgreifen und im Rahmen der deutsch-  
6768 französischen Freundschaft die enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Pari-  
6769 ser Klimaschutzabkommens von 2015 und der Verpflichtungen des „One Planet  
6770 Summit“ von 2017 fortsetzen.

6771  
6772 Wir gewährleisten die internationale Wettbewerbsfähigkeit insbesondere energiein-  
6773 tensiver Industrien, sichern damit unsere integrierten Wertschöpfungsketten und  
6774 sorgen für einen umfassenden Schutz vor carbon leakage.

6775  
6776 Wir bekennen uns zur deutschen Verantwortung für den internationalen Klimaschutz  
6777 und sorgen für einen weiteren Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung  
6778 durch Deutschland im Rahmen der Erhöhung der ODA-Mittel.

6779  
6780 **2. Raumordnung**

6781 Bis 2021 werden wir auch die Raumordnungspläne für die Außenwirtschaftszonen in  
6782 Nord- und Ostsee anpassen, um vor dem Hintergrund der zu erwartenden klimati-  
6783 schen Veränderungen die nachhaltige Nutzung der Meere sicherzustellen.

6784

## 6785 **XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der** 6786 **Welt**

6787  
6788 Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Natio-  
6789 nen und der Europäischen Union verankert. Wir setzen uns für eine dauerhaft friedli-  
6790 che, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein. Gemeinsam mit unseren Partnern  
6791 verfolgen wir einen umfassenden und vernetzten Ansatz. Dabei setzen wir auf Dip-  
6792 lomatie, Dialog und Kooperation sowie Entwicklungszusammenarbeit. In diesem  
6793 Rahmen bleibt die Bundeswehr – wie im Weißbuch von 2016 dargelegt – ein unver-  
6794 zichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik. Unsere Politik basiert auf unseren  
6795 Werten und dient unseren Interessen.

6796  
6797 In den vergangenen Jahren ist die Welt unberechenbarer und unsicherer geworden –  
6798 auch für Deutschland und Europa. Internationale Ordnungen und fundamentale Prin-  
6799 zipien wie Multilateralismus, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Men-  
6800 schenrechten sind unter Druck und drohen zu erodieren. Die Folgen des Klimawan-  
6801 dels, Risiken von Handelskriegen, Rüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten,  
6802 Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen, sowie neue aggressive  
6803 Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas fordern uns heraus und wirken bis  
6804 in unsere Gesellschaften hinein.

6805  
6806 In dieser Lage ist es die überragende Aufgabe deutscher Politik, auf Regeln basie-  
6807 rende internationale Kooperationen, Institutionen und Organisationen als Grundlage  
6808 von Frieden, Sicherheit und Stabilität zur stärken und weiter zu entwickeln. Unser  
6809 Ziel ist eine gerechte Gestaltung der Globalisierung im Sinne der Agenda 2030, die  
6810 allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit bietet. Wir setzen auf starke  
6811 Partnerschaften und Allianzen. Dabei steht die Stärkung gemeinsamen europäischen  
6812 Handelns und der Gestaltungskraft der EU im Mittelpunkt.

6813  
6814 Europa wird nur dann politisch und wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn es seiner  
6815 Verantwortung in der Welt gerecht wird. Europa nutzt heute sein politisches und wirt-  
6816 schaftliches Potenzial zu wenig und mit zu geringem Selbstbewusstsein. Wir brau-  
6817 chen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Part-  
6818 ner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden  
6819 Mächten stärkt.

6820  
6821 In dieser Lage verfolgt Deutschland zwei zentrale Ziele: Europa muss international  
6822 eigenständiger und handlungsfähiger werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an  
6823 die USA festigen. Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.

6824  
6825 Wir brauchen eine entschlossene und substanzielle Außen-, Sicherheits-, Entwick-  
6826 lungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss. Wir wollen die dafür zur Verfü-  
6827 gung stehenden Mittel deutlich stärken, um die immensen internationalen Herausfor-  
6828 derungen zu bewältigen.

6829  
6830 Die Zunahme von weltweiten Krisen stellt auch Deutschland vor enorme Herausfor-  
6831 derungen - sowohl in der Außen- und Verteidigungspolitik wie in der Entwicklungszu-  
6832 sammenarbeit. Unser Land wird gemeinsam mit unseren Nachbarn in Europa in Zu-  
6833 kunft mehr eigene Verantwortung für seine Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit  
6834 übernehmen müssen. Zugleich werden wir noch mehr als bisher bei gemeinsamen  
6835 Initiativen in den Vereinten Nationen, in der EU oder auch im bilateralen Verhältnis zu



6836 anderen Staaten gefordert werden. Humanitäre Hilfe zu leisten bei Krieg, Bürger-  
6837 krieg, Hunger und Not gehört zu unserem politischen Selbstverständnis. Aber wir  
6838 verfolgen dabei auch ein umfassendes Konzept für Sicherheit. Wir wissen, dass mili-  
6839 tärliche Mittel zur Abwehr von Gewalt und Terror notwendig sein können. Zugleich  
6840 wissen wir aber auch, dass für eine Befriedung von Konflikten insbesondere die  
6841 nachhaltige Schaffung von Lebensperspektiven in den betroffenen Ländern von zent-  
6842 raler Bedeutung ist. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Deshalb will  
6843 Deutschland die für diese Aufgaben bereitgestellten Mittel angemessen erhöhen.

6844  
6845 Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ab 2018 bis 2021 wird die Koalition  
6846 zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Ver-  
6847 teidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, aus-  
6848 wärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von  
6849 der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins  
6850 zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Kri-  
6851 senprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwick-  
6852 lungszusammenarbeit). Diese Erhöhungen dienen der Schließung von Fähigkeitslück-  
6853 en der Bundeswehr und der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Ver-  
6854 teidigungsbereich wie auch gleichermaßen der Stärkung der zivilen Instrumente der  
6855 Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer umfassenden ge-  
6856 meinsamen Friedens- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird verbindlich mit dieser  
6857 Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-  
6858 quotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO  
6859 folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der  
6860 ODA-Quote nachkommen, deren beider Absinken bereits 2018 verhindert werden  
6861 muss.

6862  
6863 Die weitere (nicht ODA-quotenfähige) angemessene Mittelausstattung des Auswärtig-  
6864 en Dienstes einschließlich des Konsularwesens, z. B. zum Schutz der Auslandsver-  
6865 tretungen, zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst,  
6866 sowie für den Aufbau einer einheitlichen Auslands-IT für alle Bundesbehörden, ins-  
6867 besondere die diplomatischen Auslandsvertretungen, bleibt davon unberührt.

## 6868 6869 **1. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

6870 Wir wollen eine Europäische Union, die nach Innen erfolgreich ist und zugleich in der  
6871 globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt. Hier-  
6872 zu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und  
6873 Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut  
6874 ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten  
6875 arbeitet.

6876  
6877 Dafür müssen die außenpolitischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU  
6878 fortentwickelt werden. Analog zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im mili-  
6879 tärischen Bereich (PESCO) wollen wir auch im zivilen Bereich eine vergleichbare  
6880 Struktur schaffen und werden hierzu eine Initiative anstoßen. Ebenso notwendig ist  
6881 auch die Weiterentwicklung der Strukturen der EU-Entwicklungspolitik.

6882  
6883 Wir werden die Europäische Verteidigungsunion mit Leben füllen. Dabei werden wir  
6884 die in die PESCO eingebrachten Projekte vorantreiben und das neue Instrument des  
6885 Europäischen Verteidigungsfonds nutzen. Wir setzen uns für ein angemessen aus-  
6886 gestattetes Hauptquartier der EU zur Führung der zivilen und militärischen Missionen

6887 ein. Wir wollen, dass die Planungsprozesse innerhalb der EU effizienter abgestimmt  
6888 und mit denen der NATO harmonisiert werden. Auch im Rahmen dieser Kooperation  
6889 bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Wir werden weitere Schritte auf dem  
6890 Weg zu einer „Armee der Europäer“ unternehmen.

6891  
6892 Gemeinsam mit Frankreich werden wir die vereinbarten Projekte des deutsch-  
6893 französischen Arbeitsplans („Feuille de Route“) engagiert fortsetzen. Gleiches gilt für  
6894 die deutsch-niederländische und die deutsch-norwegische Kooperationen, die wir  
6895 ausbauen wollen.

6896  
6897 Damit die Fähigkeits- und Rüstungskooperation innerhalb Europas künftig effizienter  
6898 wird, wollen wir in Zukunft militärische Fähigkeiten stärker gemeinsam planen, entwi-  
6899 ckeln, beschaffen und betreiben. Dabei soll ein einheitliches Design auf Basis ein-  
6900 heitlicher Fähigkeitsforderungen entwickelt werden und ein Staat die Federführung  
6901 der Umsetzung des Projektes übernehmen. Ferner soll die Wertschöpfung dort erfol-  
6902 gen, wo die beste unternehmerische und technologische Kompetenz in Industrie und  
6903 Mittelstand liegt.

6904  
6905 **Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Handlungs- und Strategiefä-**  
6906 **higkeit sicherstellen**

6907 Angesichts der internationalen Herausforderungen muss Deutschland seine Kapazi-  
6908 täten zur strategischen Analyse stärken und seine strategische Kommunikation in-  
6909 tensivieren. Deshalb wird die Bundesregierung in den Ausbau des außen-, sicher-  
6910 heits- und entwicklungspolitischen Sachverstands investieren und bestehende Ein-  
6911 richtungen wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Deutsche  
6912 Institut für Entwicklungspolitik (DIE), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik  
6913 (DGAP), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), das German Institute of  
6914 Global and Area Studies (GIGA), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktfor-  
6915 schung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg  
6916 (IFSH), die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), das Zentrum für Osteuropa- und  
6917 internationale Studien (ZOIS) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stär-  
6918 ken.

6919  
6920 Zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit wollen wir die Idee eines „European  
6921 Council on Global Responsibilities“ unterstützen, die in EU-Mitgliedstaaten wie  
6922 Frankreich und Polen diskutiert wird. Der Council soll als unabhängige Institution Ini-  
6923 tiativen formulieren, die Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ermutigen  
6924 und dazu beitragen, unsere Interessen bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung  
6925 selbstbewusster zur Geltung zu bringen.

6926  
6927 Die Ertüchtigung von Partnern in fragilen Regionen ist ein zentrales Ziel deutscher  
6928 Sicherheitspolitik. Wir wollen darum den nationalen, von Auswärtigem Amt und Bun-  
6929 desministerium der Verteidigung verantworteten Mittelansatz ausbauen und auch  
6930 weiterhin den Bedarf unserer Partner an Beratung, Ausbildung und Ausstattung ab-  
6931 decken. Wir setzen uns dafür ein, dass für Ertüchtigungsprojekte im Sicherheitsbe-  
6932 reich auf EU-Ebene (CBSD) rasch ein gesondertes Finanzinstrument außerhalb der  
6933 EU-Entwicklungsfinanzierung eingerichtet wird.

6934

## 6935 **2. Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften**

6936

### 6937 **Vereinte Nationen stärken**

6938 Die Vereinten Nationen (VN) sind Fundament einer regelbasierten Internationalen  
6939 Ordnung. Deutschland will mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit überneh-  
6940 men, auch mit Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Für die Jahre  
6941 2019/2020 streben wir einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat an. Für die Zu-  
6942 kunft streben wir einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

6943

6944 Wir sind bereit, unsere freiwilligen VN-Beiträge strategischer auszurichten und zu  
6945 erhöhen. Wir werden die Vereinten Nationen weiterhin in der Friedenssicherung en-  
6946 gagierte und verlässlich unterstützen, indem wir insbesondere Hochwertfähigkeiten für  
6947 Friedensmissionen nach dem Rotationsprinzip bereitstellen. Zudem wollen wir den  
6948 VN-Standort Bonn auf Grundlage eines neuen Gaststaatsgesetzes stärken.

6949

### 6950 **Transatlantische Partnerschaft als Werte- und Interessengemeinschaft festigen**

6951 Mit den USA und Kanada verbindet uns eine starke Werte- und Interessengemein-  
6952 schaft. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in unserer Nachbarschaft  
6953 und die der Globalisierung bewältigen. Davon lassen wir uns in unseren Beziehun-  
6954 gen leiten. Diese bleiben auch wirtschaftlich von herausragender Bedeutung für  
6955 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland und Europa.

6956

6957 Die USA durchlaufen einen tiefgreifenden Wandel, der uns vor große Herausforde-  
6958 rungen stellt. Darauf werden wir unsere Politik entsprechend ausrichten. Wir wollen  
6959 darauf mit Dialog und verstärkten Kooperationsangeboten reagieren. Wir setzen uns  
6960 für einen offenen, intensiven Dialog mit der US-Administration, dem Kongress und  
6961 Vertretern der US-Bundesstaaten ein und intensivieren unsere Anstrengungen, deut-  
6962 schen und europäischen Positionen in Washington Gehör zu verschaffen. Hierzu ge-  
6963 hört eine stärkere, regelmäßige Präsenz deutscher und europäischer Entscheidungs-  
6964 trägerinnen und Entscheidungsträger in den USA.

6965

6966 Um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen der kommenden Generationen in-  
6967 einander zu festigen, streben wir einen intensiveren Austausch mit der amerikani-  
6968 schen Bevölkerung auch außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Zentren der  
6969 USA an, und wir wollen gezielt Institutionen fördern, die eine Plattform für diesen Dia-  
6970 log bieten.

6971

6972 Wir werden das Deutschlandjahr in den USA in den Jahren 2018/2019 nutzen, um  
6973 den gesellschaftlichen Dialog in aller Breite zu verstärken und die Kontaktmöglichkei-  
6974 ten auszubauen.

6975

6976 Wir wollen faire und belastbare Handelsbeziehungen zu den USA. Protektionismus  
6977 ist nicht der richtige Weg.

6978

### 6979 **Deutschland als verlässlicher Partner in NATO, OSZE und Europarat**

6980 Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit.  
6981 Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der Allianz.

6982

6983 Wir wollen den europäischen Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft stärken und  
6984 setzen uns für eine engere Zusammenarbeit der NATO und der EU ein. Wir wollen  
6985 die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.  
6986

6987 Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Ab-  
6988 schreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und zu einer starken euro-  
6989 päischen Verteidigung leisten. Zugleich bleibt die NATO dialogbereit.  
6990

6991 Wir begrüßen die Wiederaufnahme von regelmäßigen Konsultationen im Rahmen  
6992 des NATO-Russland-Rats und werden uns auch künftig dafür einsetzen, dieses In-  
6993 strument verstärkt zur Vertrauensbildung und Konfliktreduzierung zu nutzen.  
6994

### 6995 **OSZE**

6996 Wir bekräftigen die zentrale Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenar-  
6997 beit in Europa (OSZE) für die gesamteuropäische Sicherheit und Vertrauensbildung  
6998 und für die Beilegung bewaffneter Konflikte in Europa. Wir setzen uns für eine Stär-  
6999 kung der Sonderbeobachtermission SMM als zentrales Element zur Umsetzung der  
7000 Minsker Vereinbarungen in der Ukraine ein.  
7001

### 7002 **Europarat**

7003 Gerade in einer Zeit neuer Herausforderungen wollen wir, dass der Europarat Hüter  
7004 und Bewahrer elementarer Grund- und Menschenrechte bleibt. Für die effiziente Be-  
7005 wältigung der Aufgaben benötigt er eine ausreichende finanzielle Grundlage, zu der  
7006 wir beitragen wollen. Wir wirken daran mit, dass eine klare wertebasierte Arbeit des  
7007 Europarats stets möglich ist. Die gleichberechtigte Mitarbeit aller Mitglieder ist lang-  
7008 fristig unser Ziel.  
7009

### 7010 **3. Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik**

7011 Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Si-  
7012 cherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf  
7013 unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüs-  
7014 tungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltwei-  
7015 te verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.  
7016

7017 Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir unterstützen daher regionale  
7018 Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind. Wir setzen auf die  
7019 Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs-  
7020 und Kontrollregime.  
7021

7022 Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages (In-  
7023 termediate Range Nuclear Forces) ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essenti-  
7024 ell. Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche  
7025 Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.  
7026

7027 Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der  
7028 NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen  
7029 Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgesprä-  
7030 che schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa sta-  
7031 tionierten taktischen Nuklearwaffen.  
7032

7033 Wir wollen den „Strukturierten Dialog“ der OSZE intensivieren, um Bedrohungs-  
7034 perceptionen zu erörtern, Sicherheitskooperation wiederzubeleben und die konventi-  
7035 onelle Rüstungskontrolle zu stärken.

7036  
7037 Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten  
7038 Gebieten, wie wir ihn mit der grausamen Kriegsführung mit Fassbomben in Syrien  
7039 erleben mussten, in aller Deutlichkeit geächtet wird.

7040  
7041 Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen  
7042 wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.

7043  
7044 Deutschland wird auch künftig für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luft-  
7045 fahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten.

7046

#### 7047 **Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik**

7048 Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch  
7049 EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffen-  
7050 grundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer  
7051 exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien  
7052 aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten.

7053

7054 Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmit-  
7055 telbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie  
7056 nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland  
7057 verbleiben. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit  
7058 unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden.

7059

7060 Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsex-  
7061 portpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.

7062

### 7063 **4. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt**

7064

#### 7065 **Westlicher Balkan**

7066 Wir stehen zur EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans. Es ist  
7067 Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bzw. einen EU-Beitritt,  
7068 dass die Staaten der Region die dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen.  
7069 Dazu gehören insbesondere umfassende, nachhaltige und unumkehrbare Reformen  
7070 beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und bei der Bekämpfung von Organisierter Kri-  
7071 minalität und Korruption.

7072

7073 Wir setzen uns dafür ein, die Reformbemühungen der Westbalkan-Staaten noch  
7074 stärker als bisher zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Zu-  
7075 sammenarbeit innerhalb der Region, insbesondere im Rahmen des „Berliner Prozes-  
7076 ses“, auch in Zukunft entschieden unterstützen.

7077

#### 7078 **Russland**

7079 Deutschland hat ein nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland  
7080 und an enger Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und zur Regelung wichti-  
7081 ger internationaler Herausforderungen.

7082

7083 Russland ist unser größter europäischer Nachbar, mit dem wir Frieden in Europa, die  
7084 Integrität nationaler Grenzen und die Souveränität aller Staaten nur auf Grundlage  
7085 der OSZE-Prinzipien garantieren wollen. Es besteht im wirtschaftlichen Austausch  
7086 ein großes Potenzial und im zivilgesellschaftlichen Bereich ein starkes Kooperations-  
7087 interesse.

7088  
7089 Deshalb bedauern wir, dass Russlands Politik, einschließlich der Menschenrechtsla-  
7090 ge, einen erheblichen Rückschritt bedeutet. Russland verletzt durch seine völker-  
7091 rechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäi-  
7092 sche Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns  
7093 besondere Achtsamkeit und Resilienz.

7094  
7095 Deutschland und Frankreich werden sich weiter intensiv für die Lösung des Konflikts  
7096 in der Ostukraine und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzen. Im Mit-  
7097 telpunkt dieser Anstrengungen stehen zunächst die Einhaltung des Waffenstillstands  
7098 im Osten der Ukraine und der Rückzug aller schweren Waffen und aller bewaffneten  
7099 Einheiten aus diesem Gebiet. Diese Entwicklungen sollen durch eine Mission der  
7100 Vereinten Nationen abgesichert werden. Sowohl Russland als auch die Ukraine  
7101 müssen ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllen.

7102  
7103 Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind wir zu einem Abbau der Sanktio-  
7104 nen bereit und werden darüber einen Dialog mit unseren europäischen Partnern füh-  
7105 ren.

7106  
7107 Wir halten an der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis  
7108 Wladiwostok fest. Beide Seiten und ganz Europa können davon profitieren.

7109  
7110 Ziel unserer Politik gegenüber Russland bleibt eine Rückkehr zu auf gegenseitigem  
7111 Vertrauen und friedlichem Interessenausgleich basierenden Beziehungen, die wieder  
7112 eine enge Partnerschaft ermöglichen.

7113  
7114 Wir werden die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen  
7115 Partnerschaft und mit Russland, u. a. im Petersburger Dialog, stärken und wollen die  
7116 Mittel dafür erhöhen.

### 7117 7118 **Ukraine**

7119 Wir werden die Ukraine bei der Wiederherstellung voller territorialer Integrität sowie  
7120 Stärkung der Stabilität und gesellschaftlicher Fortentwicklung engagiert unterstützen.  
7121 Wir erwarten und fördern die konsequente Implementierung der Reformagenda in der  
7122 Ukraine, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, mit dem Ziel einer umfassen-  
7123 den Modernisierung des Landes. Unsere Finanztransfers werden wir nur unter strik-  
7124 ten Konditionalitäten gewähren.

7125  
7126 Deutschland ist bereit, sich substantiell am Wiederaufbau des Donbass zu beteiligen,  
7127 sobald wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen dies  
7128 ermöglichen.

### 7129 7130 **Türkei**

7131 Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und Nachbar der EU, zu dem wir  
7132 vielfältige Beziehungen haben. Deshalb haben wir ein besonderes Interesse an ei-  
7133 nem guten Verhältnis zur Türkei.

7134  
7135 Die Lage der Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Tür-  
7136 kei hat sich seit längerem verschlechtert. Deshalb wollen wir bei den Beitrittsverhand-  
7137 lungen keine Kapitel schließen und keine neuen öffnen.

7138  
7139 Visa-Liberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion sind erst dann möglich,  
7140 wenn die Türkei die notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

7141

### 7142 **Region des Nahen und Mittleren Ostens, Golfregion und Nordafrika**

7143 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel  
7144 als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht  
7145 Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik. Unser Ziel ist ein  
7146 Leben aller Menschen im Nahen und Mittleren Osten ohne Angst und in Würde.

7147

7148 Deutschland wird sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer  
7149 Zweistaatenlösung einsetzen. Der Status von Jerusalem wird genauso wie andere  
7150 abschließende Statusthemen erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um  
7151 dauerhaft akzeptiert und haltbar zu sein. Die aktuelle Siedlungspolitik Israels wider-  
7152 spricht geltendem Völkerrecht und findet nicht unsere Unterstützung, weil sie eine  
7153 Zwei-Staatenlösung erschwert.

7154

7155 Wir werden in der EU eine Initiative sowohl zur ausreichenden und nachhaltigen Fi-  
7156 nanzierung als auch der Reform des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-  
7157 Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ergreifen. Zugleich verurteilen wir jegliche  
7158 Aufrufe zu Gewalt und Hetze. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt  
7159 werden. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen  
7160 Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. In den palästinensischen  
7161 Gebieten sind auf allen Ebenen demokratische Fortschritte nötig.

7162

7163 Der Nahe und Mittlere Osten ist von politischer Instabilität, innerstaatlichen Konflikten  
7164 und regionalen Spannungen geprägt. Der Krieg in Syrien ist nicht beendet, der Terror  
7165 des IS ist nicht überwunden. Diese Krisen betreffen Deutschland und Europa direkt  
7166 durch Fluchtbewegungen sowie durch Terroranschläge.

7167

7168 Es ist unser zentrales Interesse, den politischen Prozess zur Überwindung des syri-  
7169 schen Konflikts in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern mitzugestalten.  
7170 Dabei halten wir am Prinzip der territorialen Integrität Syriens und des Iraks fest. Wir  
7171 sind bereit, unser stabilisierendes, humanitäres und entwicklungspolitisches Enga-  
7172 gement in beiden Staaten weiter zu intensivieren. Deutschland wird sich u. a. auch  
7173 durch den Ausbau freiwilliger Rückkehrprogramme dafür engagieren, dass die Men-  
7174 schen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

7175

7176 Wir werden in diesem Rahmen auch unser Engagement im Rahmen der Anti-IS-  
7177 Koalition fortsetzen und anpassen.

7178

7179 Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, Spannungen und Rivalitäten innerhalb  
7180 der Region abzubauen. Dort, wo unsere Partner in der Region Reformen zur Moder-  
7181 nisierung und Öffnung voranbringen (z. B. „Vision 2030“ in Saudi-Arabien“), begrü-  
7182 ßen wir dies. Gleichzeitig erwarten wir insbesondere die Verbesserung der besorg-  
7183 niserregenden Menschenrechtsslage.

7184

7185 Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPOA) bewahrt  
7186 und vollständig umgesetzt wird. Dazu gehört u. a. die strikte Beachtung ihrer nuklear-  
7187 technischen Bestimmungen ebenso wie der Abbau spezifischer Hindernisse, die die  
7188 wirtschaftliche Aktivität Irans belasten.

7189  
7190 Die Rolle Irans im Nahen- und Mittleren Osten bleibt problematisch. Wir haben Sorge  
7191 wegen des ballistischen Raketenprogramms und Irans Aktivitäten in seiner Nachbar-  
7192 schaft. Hierzu wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern Politikansätze entwickeln.

7193  
7194 In Ländern wie Jordanien, Libanon, Ägypten und Tunesien werden wir die wirtschaft-  
7195 liche und politische Stabilisierung fördern und die Resilienz gegen Gefahren terroris-  
7196 tischer Strukturen stärken. Zudem werden wir die Einheitsregierung Libyens und den  
7197 dortigen VN-Prozess und Institutionenaufbau auch im Rechtsbereich unterstützen.

7198  
7199 **Afrika**

7200 In keiner Region der Welt zeigen sich die Veränderungen der internationalen Politik  
7201 so drastisch wie in Afrika. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten  
7202 Afrikas ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Es liegt in unserem eigenen wirt-  
7203 schaftspolitischen, sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse, zu ei-  
7204 nem Abbau des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles beizutragen.

7205  
7206 Unsere Afrika-Politik folgt inzwischen einem breiten Ansatz, an dem mehrere Res-  
7207 sorts beteiligt sind. Das wird seinen Ausdruck auch in der Fortschreibung und Wei-  
7208 terentwicklung unserer afrikapolitischen Leitlinien finden, an der alle betroffenen  
7209 Ressorts unter Federführung des Auswärtigen Amtes beteiligt werden.

7210  
7211 Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode müssen  
7212 wir durch entschlossene, weitreichende Maßnahmen in zentralen Bereichen unsere –  
7213 deutschen wie europäischen – Handlungsansätze ausbauen: mit neuen Ansätzen für  
7214 gute Regierungsführung, für den Auf- und Ausbau der afrikanischen Friedens- und  
7215 Sicherheitsarchitektur, bei der Förderung von nachhaltigen und entwicklungsförder-  
7216 den Privatinvestitionen, dem Aufbau der Infrastruktur, unserer Unterstützung im Bil-  
7217 dungssektor und bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie bei der Förde-  
7218 rung im Bereich der Sicherheitssektoren.

7219  
7220 Anstrengungen der Afrikanischen Union (AU) und regionaler Organisationen zur ver-  
7221 stärkten Integration wollen wir, auch finanziell, unterstützen.

7222  
7223 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die Zusammenarbeit mit  
7224 der Region der G5 Sahel im Rahmen eines umfassenden Politikansatzes die zivile  
7225 und sicherheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren. Wir unterstützen den Aufbau  
7226 der neu gegründeten Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten.

7227  
7228 **Lateinamerika**

7229 Lateinamerika und Europa haben vieles gemeinsam und teilen strategische Interes-  
7230 sen. Wir wollen insbesondere unsere Handelsbeziehungen intensivieren und dabei  
7231 die laufenden Verhandlungen der EU mit Mexiko und dem MERCOSUR zu einem  
7232 baldigen Abschluss bringen. Neben Handelsfragen sind für uns Klimapolitik, Umwelt-  
7233 schutz, soziale Gerechtigkeit, eine faire Globalisierung sowie Sicherheit und Frieden  
7234 zentrale Punkte unserer Kooperation.

7235



**7236 Asien**

7237 Die ungebrochene Dynamik Asiens bietet weiterhin große Chancen für Deutschland  
7238 und Europa. Gleichzeitig zeichnen sich in der Region massive Veränderungen der  
7239 internationalen Ordnung ab. Asien birgt durch eine Vielzahl ungelöster Konflikte gro-  
7240 ßes Konfliktpotenzial. Wir setzen uns daher ein für ein starkes wirtschafts-, gesell-  
7241 schafts- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands und Europas in Asien.

7242  
7243 Wir wollen unsere seit Jahrzehnten mit Japan bestehende enge und bewährte  
7244 Freundschaft und Wertepartnerschaft pflegen und weiterentwickeln. Dies gilt auch für  
7245 Südkorea.

7246  
7247 Aufgrund Indiens geostrategischer Lage, seiner Größe und seiner dynamischen Ent-  
7248 wicklung haben wir ein herausragendes Interesse an der Vertiefung unserer strategi-  
7249 schen Partnerschaft.

7250  
7251 Chinas Politik und künftige Entwicklung ist auch für uns von großer Bedeutung. Seine  
7252 geostrategische Rolle wird weiter wachsen. Dazu werden wir unsere strategische  
7253 Partnerschaft ausbauen. Chinas ökonomische Entwicklung ist besonders für die  
7254 deutsche Wirtschaft eine große Chance. Zugleich verlangt die Gestaltung unserer  
7255 Beziehungen große Aufmerksamkeit. Deutschland und Europa müssen bei der Öff-  
7256 nung ihrer Märkte auf das Prinzip der Gegenseitigkeit setzen und definieren, wo un-  
7257 sere gemeinsamen strategischen Interessen liegen und wie sie gesichert werden  
7258 können. Exemplarisch für Chancen und Risiken steht die Seidenstraßen-Initiative  
7259 Chinas. Wir wollen hierzu eine europäische Antwort entwickeln, um unsere Interes-  
7260 sen zu wahren, und deutsche und europäische Finanzinstrumente besser ausstatten  
7261 und bündeln.

7262  
7263 Zugleich werden wir im Dialog mit China angesichts der vielfältigen chinesischen  
7264 Macht- und Einflussprojektionen die Bedeutung einer regelbasierten internationalen  
7265 Ordnung für Stabilität und eine funktionierende Weltwirtschaft betonen. Dabei wer-  
7266 den wir ebenso auf Wahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit behar-  
7267 ren.

7268  
7269 Nordkoreas militärisches Nuklearprogramm ist aktuell eine der größten Gefahren für  
7270 den Weltfrieden. Deshalb ist das Land zu Recht mit Sanktionen belegt. Wir sind da-  
7271 von überzeugt, dass es nur eine diplomatische Lösung geben kann.

**7272 Afghanistan**

7273 Wir sind überzeugt, dass Afghanistan weiter unterstützt werden muss, damit es zu-  
7274 künftig mit funktionierenden Sicherheitsstrukturen selbst für Sicherheit im eigenen  
7275 Land sorgen kann. Unser Ziel ist ein afghanisch geführter Friedens- und Versöh-  
7276 nungsprozess und eine konstruktive Einbindung der regionalen Akteure, insbesonde-  
7277 re Pakistans. Wir sind bereit, gemeinsam und in Abstimmung mit unseren Verbünde-  
7278 ten unser ziviles und auch unser militärisches Engagement insbesondere im Norden  
7279 des Landes fortsetzen.

**7281 5. Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7282 Deutschlands Wirtschaftskraft ist die Grundlage für unseren Wohlstand und zugleich  
7283 Voraussetzung für unser außenpolitisches Gewicht. Die Stärke der deutschen Wirt-  
7284 schaft beruht auf ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit und internationalen Verflechtung.

7285  
7286

7287 In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, welche Standards und Regeln in  
7288 Handel, Klima- und Energiepolitik die internationale Ordnung prägen werden. Inter-  
7289 nationale Handels- und Wirtschaftspolitik hat in Zeiten von zunehmendem Protektio-  
7290 nismus eine gestiegene außenpolitische Bedeutung. Deshalb wollen wir die zentra-  
7291 len Institutionen eines regelbasierten, multilateralen Wirtschafts- und Handelssys-  
7292 tems wie Welthandelsorganisation, OECD und Internationale Energieagentur, Inter-  
7293 nationaler Währungsfonds und die Weltbank stärken und weitere Freihandelsab-  
7294 kommen mit hohen, verbindlichen Standards und unter Einbeziehung der Zivilgesell-  
7295 schaft schließen.

7296

### 7297 **Politische Stiftungen unterstützen**

7298 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen  
7299 Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir  
7300 wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-  
7301 zen und rechtlich sichern.

7302

### 7303 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausbauen**

7304 Der härter werdende globale Wettbewerb um Köpfe, Ideen und Werte verdeutlicht die  
7305 wichtige Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) für Deutsch-  
7306 lands Ansehen und Einfluss in der Welt. Sie ist integraler Bestandteil unserer Außen-  
7307 politik. Wir wollen in dieser Legislaturperiode die Mittel für die Auswärtige Kultur- und  
7308 Bildungspolitik erhöhen.

7309

7310 Wir wollen die Chancen der AKBP noch besser nutzen, indem wir den internationalen  
7311 Austausch, insbesondere im Bereich Wissenschaft, Kultur, Bildung, Sprache und  
7312 Sport ausbauen. Das Netzwerk des Goethe-Instituts soll insbesondere in deutsch-  
7313 französischer Zusammenarbeit ausgebaut, im digitalen Bereich modernisiert und  
7314 durch eine Öffnung gegenüber neuen Kooperationsformen weiterentwickelt werden.  
7315 Das Netzwerk deutscher Auslandsschulen und internationaler Schulpartnerschaften  
7316 soll ausgebaut und gestärkt werden. Unsere Mittler, wie etwa den Deutschen Aka-  
7317 demischen Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das  
7318 Institut für Auslandsbeziehungen, unterstützen wir in ihrem Wirken.

7319

7320 Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deshalb soll die europäische Dimension der  
7321 AKBP auf allen Ebenen auch mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2020  
7322 noch stärker berücksichtigt werden.

7323

7324 Gerade in Krisengebieten werden wir unseren Einsatz für Kulturgüterschutz und den  
7325 Erhalt kulturellen Erbes insbesondere durch das Deutsche Archäologische Institut,  
7326 sowie Programme zum Schutz von verfolgten Künstlern, Wissenschaftlern und Jour-  
7327 nalistinnen verstärken.

7328

7329 Wir wollen die strategische Auslandskommunikation und insbesondere die Zusam-  
7330 menarbeit mit der Deutschen Welle verstärken und auf die digitale Zukunft ausrich-  
7331 ten, um ein realistisches Bild von Deutschland zu befördern. Dies ist auch notwendig,  
7332 um im Wettbewerb der Narrative und Werte zu bestehen und in verschiedenen Regi-  
7333 onen der Welt gegen hybride Informationsverfälschung vorgehen zu können.

7334

7335 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika verstärken und einen stärkeren  
7336 Kulturaustausch befördern, insbesondere durch die Aufarbeitung des Kolonialismus  
7337 sowie den Aufbau von Museen und Kultureinrichtungen in Afrika.

7338  
7339 Wir wollen Mittel bereitstellen u. a. für die Ausstellung des Flugzeugs „Landshut“ im  
7340 Gedenken an die Entführung im Jahr 1977 und für die dringend notwendige Sanie-  
7341 rung der Abtei Dormitio in Jerusalem.

7342  
7343 Wir wollen die notwendigen Reformen der UNESCO aktiv unterstützen. Dazu werden  
7344 wir die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission weiterentwickeln und sie adä-  
7345 quat ausstatten.

7346  
7347 **Deutsche Volksgruppen und Minderheiten**

7348 Die deutschen Volksgruppen und Minderheiten sind Teil unserer kulturellen und his-  
7349 torischen Identität, bereichern die kulturelle Vielfalt in ihren Ländern und stellen ein  
7350 wichtiges Band der Verbindung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern  
7351 dar. Wir wollen sie weiter fördern und unterstützen.

7352  
7353 **6. Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7354 Die Menschenrechte sind universell und unteilbar.

7355  
7356 Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung  
7357 von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaat-  
7358 lichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

7359  
7360 Wir treten weiterhin konsequent ein für die Abschaffung der Todesstrafe und das  
7361 Verbot von Folter, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsa-  
7362 men Konflikten, den Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, für Arbeitnehmerin-  
7363 nen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaftsrechte. Wir kämpfen gegen Menschen-  
7364 handel, illegalen Organhandel sowie Ausgrenzung und Gewalt aufgrund sexueller  
7365 Orientierung.

7366  
7367 Die Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der  
7368 Europäischen Union sowie des Europarates wollen wir konsequent stärken. Wir en-  
7369 gagieren uns mit Nachdruck für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und  
7370 der Ad-hoc-Tribunale der Vereinten Nationen sowie deren Unterstützung durch die  
7371 internationale Staatengemeinschaft und beteiligen uns an der Weiterentwicklung des  
7372 humanitären Völkerrechts. Wir bekennen uns zur Europäischen Menschenrechtskon-  
7373 vention. Darüber hinaus werden wir die menschenrechtliche Kohärenz zwischen den  
7374 einzelnen Politikfeldern verbessern und die Menschenrechtsarchitektur in Deutsch-  
7375 land stärken.

7376  
7377 Zum Schutz von verfolgten Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Men-  
7378 schenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern wollen wir das erfolgreiche parlamen-  
7379 tarische Patenschaftsprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deut-  
7380 schen Bundestags stärken.

7381  
7382 Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nati-  
7383 onen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an.

7384  
7385 Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das weltweit zunehmend einge-  
7386 schränkt oder komplett infrage gestellt wird. Das gilt für zahlreiche religiöse Minder-  
7387 heiten weltweit. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten.

7388 Dazu zählt der beharrliche Einsatz für viele Millionen verfolgter Christinnen und  
7389 Christen.

7390

7391 Wir werden das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religi-  
7392 onsfreiheit schaffen. Wir werden den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten  
7393 Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus und systematischen Länderan-  
7394 satz fortschreiben.

7395

7396 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirt-  
7397 schaft und Menschenrechte (NAP) ein, einschließlich des öffentlichen Beschaffungswesens. Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem  
7398 Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht aus-  
7399 reicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung ein-  
7400 setzen.

7401

7402

### 7403 **Krisenprävention und humanitäre Hilfe**

7404 Wir werden die im Jahr 2017 beschlossenen Leitlinien für Krisenprävention, Konflikt-  
7405 bearbeitung und Friedensförderung als Referenzrahmen für Deutschlands Engage-  
7406 ment zur Krisenverhütung und Friedensförderung konsequent umsetzen.

7407

7408 Wir setzen den zweiten Nationalen Aktionsplan zur VN-Resolution 1325 für eine  
7409 gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung  
7410 und Friedenskonsolidierung um.

7411

7412 Wir werden den Zivilen Friedensdienst und das Zentrum für Internationale Friedens-  
7413 einsätze (ZIF) als Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze stärken. Mittelfristig stre-  
7414 ben wir an, das ZIF auch für Aufbau und Unterhaltung einer kurzfristig verfügbaren  
7415 zivilen Einsatzreserve zu befähigen.

7416

7417 Wir werden uns entsprechend der wachsenden Bedeutung humanitärer Hilfe enga-  
7418 gieren und diese weiter ausbauen sowie die Wahrung der internationalen humanitären  
7419 Prinzipien und das VN-System stärken. Dieses ist sowohl im Sinne der konkreten  
7420 Hilfe zum Überleben von Menschen als auch der Konfliktminimierung. Wir werden die  
7421 humanitäre Hilfe stärker und effizienter mit den Aufgaben der Krisenprävention, der  
7422 Stabilisierung, der Katastrophenrisikovorsorge sowie der Friedensförderung abstim-  
7423 men und in Umsetzung der Beschlüsse des Humanitären Weltgipfels 2016 stärker  
7424 mit der strukturbildenden Entwicklungszusammenarbeit vernetzen.

7425

### 7426 **7. Moderne Bundeswehr**

7427 Die Bundeswehr ist Garant unserer Sicherheit. Gemeinsam mit unseren Partnern  
7428 leistet sie entscheidende Beiträge zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes  
7429 und unserer Verbündeten. Innerhalb des umfassenden und vernetzten Ansatzes en-  
7430 gagiert sie sich weltweit für Frieden und Sicherheit.

7431

7432 Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Sie unterliegt der  
7433 Kontrolle des Deutschen Bundestages, der damit eine besondere Verantwortung für  
7434 unsere Soldatinnen und Soldaten trägt. Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Auf-  
7435 träge in allen Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen  
7436 und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur Verfü-  
7437 gung stellen – dies gilt insbesondere auch für den Bereich der persönlichen Ausstat-  
7438 tung.

7439

7440 Hierzu werden wir die in der Bundeswehr eingeleiteten Trendwenden Personal, Ma-  
7441 terial und Finanzen konsequent fortführen. Dabei erfordert die sicherheitspolitische  
7442 Lage eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Grund-  
7443 aufstellung der Bundeswehr muss dem Rechnung tragen.

7444

#### 7445 **Aktuelle Auslandseinsätze der Bundeswehr anpassen**

7446 Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets im Rahmen eines politischen Kon-  
7447 zepts, das fortlaufender Evaluierung unterliegt.

7448

7449 Die Bundeswehrmission im Nordirak war erfolgreich, der IS ist dort weitgehend militä-  
7450 risch zurückgedrängt. Deshalb können wir das Ausbildungsmandat im Nordirak aus-  
7451 laufen lassen und beenden. Die Obergrenze des Anti-IS-Mandats zur Unterstützung  
7452 und Entlastung unserer Verbündeten, insbesondere Frankreichs, kann deutlich ab-  
7453 gesenkt werden. In einem weiteren Schritt wollen wir dieses Mandat zur umfassen-  
7454 den Stabilisierung und zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors insbesondere  
7455 durch capacity building weiterentwickeln.

7456

7457 Unsere Beteiligung am RSM-Mandat (Resolute Support Mission) in Afghanistan wol-  
7458 len wir bei unverändertem Auftrag fortsetzen. Im Rahmen des multilateral vereinbar-  
7459 ten Schutzkonzepts für Nordafghanistan werden wir die Zahl der eingesetzten Solda-  
7460 tinnen und Soldaten zum Schutz der Ausbilder erhöhen.

7461

7462 Die UN-mandatierte Mission MINUSMA in Mali wird fortgesetzt. Zur Übernahme der  
7463 Feldlagerverantwortung von den Niederländern werden wir die Obergrenze im gerin-  
7464 gen Umfang heraufsetzen.

7465

#### 7466 **Für die Menschen in der Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber**

7467 Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und der Soldatin und des Soldaten als  
7468 „Staatsbürger in Uniform“ ist und bleibt Maßstab. Diese Fundamente wollen wir mit  
7469 dem Prozess „Innere Führung heute“ stärken. Die politische Bildung ist dabei von  
7470 entscheidender Bedeutung. Ein zukunftsweisender Traditionserlass wird vornehmlich  
7471 die eigene Geschichte der Bundeswehr in den Mittelpunkt stellen.

7472

7473 Kern der Einsatzbereitschaft und aller Fähigkeiten der Bundeswehr ist ausreichen-  
7474 des, qualifiziertes und hochmotiviertes militärisches und ziviles Personal. Deswegen  
7475 muss die Bundeswehr auch in den kommenden Jahren ein moderner, wettbewerbs-  
7476 fähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber bleiben, der jederzeit über ent-  
7477 sprechende Kräfte verfügt. Gute Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzung für  
7478 arbeitszufriedene und leistungsstarke Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbei-  
7479 terinnen und Mitarbeiter.

7480

7481 Wir werden dazu die Gedanken der Agenda Attraktivität und die Personalstrategie  
7482 der Bundeswehr weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

7483

7484 Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen  
7485 Gesetzentwurf zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der  
7486 Bundeswehr mit dem Ziel vorlegen, die Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbe-  
7487 werbsgerecht zu gestalten, das Dienstrecht zu flexibilisieren, die mit den hohen Mobi-  
7488 litätsanforderungen verbundenen hohen Belastungen besser auszugleichen und eine  
7489 bessere soziale Absicherung von Bundeswehrangehörigen, insbesondere auch beim

7490 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung nach Ende der Dienstzeit von Solda-  
7491 tinnen und Soldaten auf Zeit zu erreichen und dadurch Versorgungslücken zu schlie-  
7492 ßen und die Berufsförderung zu stärken.

7493  
7494 Unterkünfte müssen bedarfsgerecht auch für nicht unterkunftspflichtige Soldatinnen  
7495 und Soldaten bereitgestellt werden.

7496  
7497 Wir werden die Ausbildungsstrukturen der Bundeswehr sowie ihre Führungs- und  
7498 Ausbildungskultur in einer „Trendwende Ausbildung“ evaluieren, überprüfen und wei-  
7499 terentwickeln. Dort, wo es sinnvoll ist, wollen wir die Strukturen der bisher in weiten  
7500 Teilen zentralen Ausbildung wieder in die Truppe zurückführen. Dabei wird der Ver-  
7501 teidigungsausschuss eingebunden.

7502  
7503 Die Verantwortung des Dienstherrn, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen  
7504 Dienst ein Leben lang verbunden sind, endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der  
7505 Bundeswehr. Dies gilt gleichermaßen für die engsten Angehörigen der Soldatinnen  
7506 und Soldaten, die im Einsatz für unser Land zu Schaden gekommen sind. Dazu ge-  
7507 hört auch, dass Anträge auf Wehrdienstbeschädigung im Rahmen der gesetzlichen  
7508 Regelungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden.

7509  
7510 Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für Frie-  
7511 den und Freiheit gebührt diesen eine besondere gesellschaftliche Anerkennung. Die-  
7512 ser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.

7513  
7514 Infrastruktur muss insgesamt schnell zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur sachge-  
7515 rechten Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Dabei arbeitet die Bundeswehr mit  
7516 den Länderbehörden eng zusammen. Dazu sind Prozesse zu evaluieren, zu optimie-  
7517 ren, Zuständigkeiten zu entflechten und die Handlungskompetenz der Bundeswehr  
7518 zu stärken.

7519  
7520 Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor  
7521 dem Hintergrund der Trendwenden jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prü-  
7522 fen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren  
7523 Abgabe bereits vollzogen ist.

7524  
7525 Die Bundesregierung wird dem Verteidigungsausschuss zeitnah einen umfassenden  
7526 Bericht zum Militärischen Nachrichtenwesen vorlegen.

### 7527 7528 **Für eine modern ausgerüstete Bundeswehr**

7529 Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird.

7530  
7531 Ein transparentes, effektives und in seinen Prozessen optimiertes Rüstungswesen ist  
7532 die Grundlage für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten.  
7533 Wir werden darum die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Erneuerung,  
7534 Modernisierung und Erweiterung der Bundeswehr fortführen und dabei für eine Be-  
7535 schleunigung der Prozesse, insbesondere des Beschaffungswesens, sorgen.

7536  
7537 Dazu bedarf es einer Anpassung der zum Teil seit Jahrzehnten unveränderten Rah-  
7538 menbedingungen des Rüstungswesens in Deutschland.

7539

7540 Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisa-  
7541 tion der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst wer-  
7542 den sollte.

7543  
7544 Wir werden neben der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Bundeswehr  
7545 die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Pla-  
7546 nungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.

7547  
7548 Durch die differenzierte Darstellung von Rüstungsprojekten im Haushaltsplan und die  
7549 halbjährlichen Rüstungsberichte ist die Transparenz für das Parlament deutlich ge-  
7550 stiegen.

7551  
7552 Um den Bedarf für Einsätze bzw. einsatzgleiche Verpflichtungen schneller decken zu  
7553 können, werden wir Auslegungshilfen für den Verzicht auf den EU-weiten Teilnah-  
7554 mewettbewerb (§ 12 Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit) zur Verfügung  
7555 stellen. Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir  
7556 bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequenter nutzen, Auslegungshilfen  
7557 zur Verfügung stellen und prüfen, inwieweit der Ausnahmetatbestand des Art. 346  
7558 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Beschaffungs-  
7559 praxis stärker herangezogen werden kann. Wir werden darüber hinaus notwendige  
7560 gesetzliche Anpassungen vornehmen.

7561  
7562 Zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft werden wir unter Feder-  
7563 führung des Bundesministerium der Verteidigung und des Bundesministerium des  
7564 Innern eine „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüs-  
7565 selstechnologien“ (ADIC) sowie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrele-  
7566 vanter Schlüsseltechnologien einrichten.

7567  
7568 Chancen und Risiken der Digitalisierung sind auch für die Bundeswehr das entschei-  
7569 dende Zukunftsthema. Die Digitalisierung der Bundeswehr ist dabei konsequent zu  
7570 verfolgen und mit den erforderlichen Ressourcen zu hinterlegen. Kennzeichen der  
7571 Digitalisierung ist hohes Innovationstempo – diesem gilt es auch in der Bundeswehr  
7572 gerecht zu werden. Die im Weißbuch 2016 festgelegten Entwicklungslinien der Bun-  
7573 deswehr im Bereich Cybersicherheit werden dabei konsequent weiter verfolgt.

7574  
7575 Wir werden im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der  
7576 Euro-Drohne weiterführen. Als Übergangslösung wird die Drohne HERON TP ge-  
7577 least. Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach  
7578 ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung ge-  
7579 sondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage er-  
7580 stellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten.

7581  
7582 Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die kon-  
7583 zeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen.

7584  
7585 Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen.

## 7586 7587 **8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung**

7588 Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen arm und reich  
7589 weltweit darf nicht weiter auseinanderlaufen.

7590

7591 Unser Auftrag ist die ambitionierte Umsetzung der entwicklungspolitischen Gipfelzu-  
7592 sagen (G7 und G20), der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhal-  
7593 tigkeitszielen und des Pariser Klimaabkommens unter Beteiligung der Zivilgesell-  
7594 schaft.

7595  
7596 Die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung  
7597 sind Maßstab des Regierungshandelns. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wol-  
7598 len wir kontinuierlich und ambitioniert weiterentwickeln.

7599  
7600 Um die vor uns liegenden globalen Herausforderungen bewältigen zu können, brau-  
7601 chen wir einen Dreiklang aus öffentlichen Mitteln, nachhaltigen und entwicklungsför-  
7602 dernden Privatinvestitionen und einer neuen fairen Handelspolitik. Eine gute Regie-  
7603 rungsführung bei unseren Partnern ist Grundvoraussetzung für das Gelingen.

7604  
7605 Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungs-  
7606 länder in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik ein, für nachhaltige Finanzie-  
7607 rungsmechanismen und den Aufbau von effektiven und gerechten Steuersystemen.

7608  
7609 **Fairer Handel**

7610 Fairer und nachhaltiger Handel braucht gemeinsame Regeln und klare Leitplanken.  
7611 Der beste Rahmen dafür sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für  
7612 Handel (UNCTAD) und Entwicklung (UNIDO) sowie die Welthandelsorganisation  
7613 (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Gemeinsam mit unseren  
7614 Partnern werden wir neue Initiativen für einen entwicklungspolitisch wirksamen Ab-  
7615 schluss der WTO-Welthandelsrunde und einen neuen Vorstoß für faire Handelsbe-  
7616 ziehungen einbringen.

7617  
7618 Wir wollen Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika sein. Wir werden die Wirt-  
7619 schaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) da-  
7620 raufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Dar-  
7621 über hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und  
7622 -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-  
7623 Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete  
7624 Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies  
7625 gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Die Afrikanische  
7626 Union unterstützen wir beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Frei-  
7627 handelszone.

7628  
7629 Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien werden wir zügig in nationales  
7630 Recht mit starken Durchsetzungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer  
7631 Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Liefer-  
7632 kette einsetzen.

7633  
7634 **Marshallplan mit Afrika umsetzen**

7635 Wir werden im Rahmen des Marshallplans mit Afrika die Zusammenarbeit mit Re-  
7636 formpartner- und G20-Compactländern verstärken und konditionieren. Zur Umset-  
7637 zung wird ein Ressortkreis unter Federführung des Bundesministeriums für wirt-  
7638 schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebildet. Schwerpunkte werden ein  
7639 Mittelstandsförder- und Startup-Programm, um mehr Chancen und menschenwürdige  
7640 Arbeitsplätze zu schaffen und zu einer Stärkung afrikanischer Angebote beizutra-



7641 gen, ein Programm für Ausbildungspartnerschaften und zur Errichtung und Förde-  
7642 rung von dezentralen erneuerbaren Energien sein.

7643

7644 Wir unterstützen die Transformationsprozesse der südlichen Mittelmeeranrainer und  
7645 wollen die Maghreb-Staaten schrittweise weiter in den europäischen Wirtschaftsraum  
7646 integrieren.

7647

7648 In den Verhandlungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäi-  
7649 schen Union streben wir eine Erhöhung der Mittel für unsere Zusammenarbeit mit  
7650 Afrika an. Wir werden die Post-Cotonou-Verhandlungen aktiv und unter Einbindung  
7651 der Zivilgesellschaft gestalten.

7652

### 7653 **Gleichberechtigung und Bildung als Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwick-** 7654 **lung**

7655 Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Förderung der Rechte  
7656 von Mädchen und Frauen bleiben Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit.

7657 Wir wollen für alle gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten entlang der gesam-  
7658 ten Bildungskette fördern. Wir bauen deshalb diesen Bereich in allen Partnerländern  
7659 aus und wollen bis zum Ende der Legislaturperiode unsere entsprechenden Haus-  
7660 haltsmittel wesentlich steigern. Wir wollen darüber hinaus als neue Initiative Investi-  
7661 tionsprojekte der regionalen Entwicklungsbanken mit beruflicher Ausbildung verbind-  
7662 en. Ferner erhöhen wir die Mittel für die entwicklungspolitische Bildung im Inland.

7663 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für Entwicklungssprünge nutzen.  
7664 Schwerpunkte werden die Unterstützung beim Aufbau von Digitalzentren, die Förde-  
7665 rung von E-Learning und E-Health-Maßnahmen sein.

7666

### 7667 **Den Ausbau von sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen fördern**

7668 Wir werden uns für die erfolgreiche Umsetzung des Auf- und Ausbaus universeller  
7669 sozialer Basisschutzsysteme unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Nichtreg-  
7670 tierungsorganisationen einsetzen. Hierzu gehören insbesondere auch Gesundheits-  
7671 systeme.

7672

7673 Wir wollen in die öffentliche Forschung investieren, um insbesondere vernachlässigte  
7674 und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen. Internationale Partnerschaften wie  
7675 den Globalen Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die  
7676 globale Impfallianz (GAVI) wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und unse-  
7677 re gegebenen Zusagen erfüllen.

7678

### 7679 **Für eine Welt ohne Hunger und Armut**

7680 Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt ist ein wesentliches Ziel unserer  
7681 Entwicklungspolitik. Wir wollen die ländlichen Räume auch im Rahmen der Sonder-  
7682 initiative „Eine Welt ohne Hunger“ stärken und stellen die Förderung von Kleinbäue-  
7683 rinnen und -bauern, lokale nachhaltige Lösungen und genossenschaftliche Ansätze  
7684 in den Vordergrund. Die Förderung soll vorrangig der Lebensmittelproduktion für die  
7685 lokalen und regionalen Märkte dienen.

7686

7687 Jeglichen Formen unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln werden wir  
7688 entgegentreten. Wir bekräftigen unsere Zusage (G7-Gipfel 2015 in Elmau), 500 Milli-  
7689 onen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu führen. Wir setzen uns für ei-  
7690 nen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölke-  
7691 rung ein und werden „Landgrabbing“ nicht akzeptieren.

7692

**7693 Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stärken**

7694 Entwicklungs- und Schwellenländer wollen wir bei ihren Anstrengungen im Klima-  
7695 schutz und bei der Anpassung an den Klimawandel sowie beim Schutz der biologi-  
7696 schen Vielfalt unterstützen. Wir setzen konsequent auf die Förderung erneuerbarer  
7697 Energien, auf eine dezentrale Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, so-  
7698 wie auf den Zugang zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energie. Wir werden dazu  
7699 weitere Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen.

7700

7701 Wir wollen Investitionsanreize für Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwick-  
7702 lungsländern setzen, die Strukturen für eine Green-Economy und den Ausbau Er-  
7703 neuerbarer Energien verbessern. Wir wollen durch multi- und bilaterale Entwick-  
7704 lungszusammenarbeit den Aus- und Aufbau von Kreislaufwirtschaftssystemen unter-  
7705 stützen.

7706

**7707 Fluchtursachen bekämpfen – Zukunftsperspektiven schaffen**

7708 Existentielle Notlagen führen zu Flucht und Migration. Wir wollen akute und struktu-  
7709 relle Fluchtursachen mindern, einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau leis-  
7710 ten, zur Rückkehr von Flüchtlingen beitragen und Aufnahmeländer bei der Bewälti-  
7711 gung ihrer Herausforderungen weiter unterstützen. Darum bauen wir insbesondere  
7712 unser „Cash for Work“-Programm und weitere Programme weiter aus.

7713

**7714 Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Investitionen ausbauen**

7715 Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit,  
7716 Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der  
7717 ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.

7718

7719 Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die  
7720 ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen.

7721

7722 Wir werden Möglichkeiten prüfen, um Fondsgründungen mit Sitz in Deutschland mit  
7723 privatem Kapital für entwicklungspolitische Zwecke zu realisieren.

7724

7725 Wir wollen die Instrumente der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft  
7726 anpassen.

7727

7728 Der Einsatz staatlicher Mittel zur Mobilisierung und Absicherung privaten Kapitals  
7729 kann nur dann gewährt werden, wenn die Vorhaben überprüfbar im Einklang mit den  
7730 international anerkannten Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards stehen. Für die  
7731 Förderung von nachhaltigen privaten Investitionen des Mittelstandes prüfen wir mit  
7732 enger parlamentarischer Begleitung die Erarbeitung eines Entwicklungsinvestitions-  
7733 gesetzes. Dabei wollen wir die besonderen Herausforderungen in fragilen und am  
7734 wenigsten entwickelten Ländern berücksichtigen.

7735

**7736 Unsere Kooperationspartner stärken**

7737 Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere  
7738 Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stif-  
7739 tungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Aus-  
7740 tauschprogramme wie den „Weltexpertenservice“ und das Programm „weltwärts“ wol-  
7741 len wir weiter ausbauen.

7742

- 7743 **Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit**  
7744 Wir wollen die Wirksamkeit erhöhen, indem wir Umsetzungsvorschriften überprüfen,  
7745 zeitgemäß anpassen und uns besser über ODA-relevante Vorhaben abstimmen.

ENTWURF

### 7746 **XIII. Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben**

7747

#### 7748 **1. Bürgerbeteiligung**

7749 Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob  
7750 und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie  
7751 durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt wer-  
7752 den kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbei-  
7753 tet werden.

7754

#### 7755 **2. Kunst, Kultur und Medien**

7756

##### 7757 **Kulturelle Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

7758 Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. In ihrer Freiheit und Viel-  
7759 falt bereichern sie unser Leben, prägen unsere kulturelle Identität, leisten einen Bei-  
7760 trag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zur Integration und schaffen Freiräu-  
7761 me für kritischen Diskurs. Kultur ist ein Spiegel unseres Selbstverständnisses, das  
7762 auf der christlich-jüdischen Prägung, der Aufklärung und dem Humanismus sowie  
7763 den Grundwerten der Menschenwürde, der Freiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität  
7764 beruht. Eigensinn und Eigenwert künstlerischer und kultureller Produktion bereichern  
7765 unser Zusammenleben, ermöglicht kritische Debatten und fördert die persönliche  
7766 Entwicklung jeder und jedes Einzelnen.

7767

7768 Kunst und Kultur sind frei. Sie sind Grundlage unserer offenen, demokratischen Ge-  
7769 sellschaft und damit wichtiger Teil unseres Landes, das sich seit seiner Gründung im  
7770 Herzen Europas nicht nur als Wirtschaftsmacht und Sozialstaat, sondern gerade  
7771 auch als starker Kulturstaat versteht. Die kulturelle und religiöse Vielfalt Deutsch-  
7772 lands bereichert uns, ist aber nicht frei von Spannungen. Gemeinsame Werte, Res-  
7773 pekt vor dem Anderen und die Bereitschaft, Widersprüche auszuhalten, sind Voraus-  
7774 setzungen für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander. Gerade in Zeiten des  
7775 Wandels sind eine starke und vielfältige Kunst- und Kulturszene sowie eine moderne  
7776 und ermöglichende Kulturpolitik unverzichtbar. Sie besitzen die Kraft, Verständnis  
7777 und Verständigung zu fördern, durch die wir souveräner im Umgang mit Konflikten  
7778 und Bewährungsproben sind.

7779

7780 Im Sinne des kooperativen Kulturföderalismus stimmen wir die Kulturförderung des  
7781 Bundes verstärkt mit den Ländern ab. Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern.

7782

7783 Mit einer fortschrittlichen Kulturpolitik nach innen und außen fördern wir Dialog, Aus-  
7784 tausch, Verständigung und Kooperation und stärken den Zusammenhalt in einer of-  
7785 fenen und demokratischen Gesellschaft. Mit einer „Agenda für Kultur und Zukunft“  
7786 wollen wir die Kulturförderung des Bundes angesichts gesellschaftlicher Herausfor-  
7787 derungen wie Integration, Inklusion, Demografie, Digitalisierung, Gleichstellung, Po-  
7788 pulismus, Zukunft von Arbeit und Kommunikation gemeinsam mit den Ländern,  
7789 Kommunen und der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Auf diese Weise bekennt sich  
7790 der Bund zu seiner kultur- und medienpolitischen Verantwortung für ganz Deutsch-  
7791 land und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern. Wir  
7792 wollen die Kultur in ihrer föderalen Vielfalt fördern.

7793

7794 Zur Verbesserung der Abstimmung zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spit-  
7795 zenverbänden wollen wir das kulturpolitische Spitzengespräch weiterentwickeln und  
7796 strukturieren. Deshalb erachten wir es als sinnvoll, dieses einmal jährlich auch auf

7797 Einladung der für Kultur zuständigen Fachministerinnen und Fachminister der Länder  
7798 durchzuführen.

7799

7800 Wir werden in der Legislaturperiode einen Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen  
7801 Situation der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen zur Gleichstellung und Diversität  
7802 im Kultur- und Medienbereich in Deutschland vorlegen. Im Rahmen dieses Berichts  
7803 werden wir weitere Instrumente der Kulturförderung des Bundes prüfen, die auch  
7804 Bildende Künstlerinnen und Künstler in ihrer besonderen Produktionssituation unter-  
7805 stützen. Flankierend soll im Deutschen Bundestag eine Orientierungsdebatte zur La-  
7806 ge von Kunst und Kultur in unserem Land stattfinden. Darüber hinaus setzen wir uns  
7807 für eine Berücksichtigung der Kultur in Debatten zur nachhaltigen Entwicklung auf  
7808 nationaler und internationaler Ebene ein.

7809

7810 Wir wollen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst, Kultur und Medien  
7811 weiter ausbauen: Mehr Frauen müssen Führungsverantwortung in Kultur- und Medi-  
7812 einrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig  
7813 honoriert werden. Die Besetzung von z. B. Jurys, Gremien hat ausgewogener zu er-  
7814 folgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen wie Männern angemessen ein-  
7815 bezogen werden kann. Wir beziehen bei Stipendienvergaben und Förderentschei-  
7816 dungen auch das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit ein. Wir wollen den mit dem  
7817 „Runden Tisch Frauen in Kultur und Medien“ begonnenen Prozess zur Herstellung  
7818 von Geschlechtergerechtigkeit sowie der Verbesserung gleicher Chancen für Frauen  
7819 und Männer fortführen. Wir unterstützen Maßnahmen für ein diskriminierungs- und  
7820 gewaltfreies Arbeitsumfeld für Künstlerinnen und Künstler.

7821

7822 Die Koalitionsparteien würdigen das Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaf-  
7823 ten. Sie sind wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft und Partner des Staates. Auf Ba-  
7824 sis der christlichen Prägung unseres Landes setzen wir uns für ein gleichberechtigtes  
7825 gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Wir suchen das Gespräch mit den Kir-  
7826 chen und Religionsgemeinschaften und ermutigen sie zum interreligiösen Dialog,  
7827 denn das Wissen über Religionen, Kulturen und gemeinsame Werte ist Vorausset-  
7828 zung für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wir werden Antise-  
7829 mitismus entschieden bekämpfen und ebenso anti-islamischen Stimmungen entge-  
7830 gentreten.

7831

### 7832 **Kulturelle Infrastruktur und Kulturförderung**

7833 Indem wir Kultur und (kulturelle) Bildung für alle zugänglich machen, im urbanen und  
7834 ländlichen Gebiet, unabhängig von Einkommen und Herkunft, ermöglichen wir echte  
7835 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Deshalb wollen wir einen besseren Zu-  
7836 gang zu kulturellen Einrichtungen und Inhalten im analogen wie im digitalen Raum  
7837 und gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass die kulturelle Infra-  
7838 struktur und das kulturelle Erbe erhalten, gestärkt und modernisiert werden. Die auf  
7839 ganz Deutschland gerichteten Programme zur Förderung von Investitionen, zur zeit-  
7840 genössischen Kunst- und Kulturproduktion, zur kulturellen Infrastruktur und insbe-  
7841 sondere zur freien Kultur sollen mit dem Ziel einer größeren Verteilungsgerechtigkeit  
7842 gestärkt sowie für Kultur- und Bildungseinrichtungen auf dem Weg ins digitale  
7843 21. Jahrhundert geöffnet werden.

7844

7845 Um die kulturelle Infrastruktur in ganz Deutschland zu erhalten und weiter zu entwi-  
7846 ckeln, sowie bestehende Förderprogramme und bundesgeförderte Einrichtungen für

7847 eine stärkere Wirkung in der Fläche zu ertüchtigen, wollen wir gemeinsam mit den  
7848 Ländern folgende Maßnahmen umsetzen:

7849

7850 In einem gesamtdeutschen Katalog werden die durch den Bund geförderten, überre-  
7851 gional und gesamtstaatlich bedeutsamen Kultureinrichtungen und -veranstaltungen  
7852 aufgenommen und damit ihr nationaler und internationaler Rang herausgestellt. Der  
7853 Bund bekennt sich dazu, kulturelle Projekte von nationaler Bedeutung in allen Teilen  
7854 Deutschlands maßgeblich zu unterstützen.

7855

7856 Wir wollen das Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ost-  
7857 deutschland – Invest Ost“ als gesamtdeutsches Programm erweitern. Um eine Stär-  
7858 kung der kulturellen Orte in Städten, Gemeinden und im ländlichen Gebiet, im analo-  
7859 gen wie im digitalen Raum zu erreichen, wollen wir die Förderung auch für kommer-  
7860 zielle kulturelle Veranstaltungsorte prüfen.

7861

7862 Es wird eine umfassende Digitalisierungsstrategie des Bundes entwickelt, die auch  
7863 eine mit substanziellen finanziellen Mitteln unterlegte Strategie für die Zukunft von  
7864 Kultureinrichtungen und ihre digitale Transformation umfasst, unterstützt und fördert.  
7865 Die Deutsche Digitale Bibliothek ist ein national bedeutsames Projekt, das in enger  
7866 Vernetzung mit entsprechenden Angeboten der Länder und der EUROPEANA das  
7867 kulturelle Erbe in Deutschland erschließt. Das Förderkonzept zur Digitalisierung des  
7868 nationalen Filmerbes setzen wir gemeinsam mit den Ländern und der Filmwirtschaft  
7869 zügig um.

7870

7871 Mit einem Programm „Kultur in den Regionen“ fördern wir zeitgenössische Kunst und  
7872 Kultur. Insbesondere der freien Kultur ermöglichen wir damit deutschlandweit und  
7873 auch grenzüberschreitend innovative kulturelle und künstlerische Einzelprojekte und  
7874 Veranstaltungen.

7875

7876 Für eine zeitgemäße und auf die Bedarfe der Kulturszene ausgerichtete Zuwen-  
7877 dungspraxis wollen wir eine Vereinfachung und Entbürokratisierung erwirken. Zudem  
7878 werden wir bewährte Förderinstrumente, wie die Bundeskulturförderfonds, entspre-  
7879 chend ausbauen und die Förderung der internationalen Produktionshäuser nach  
7880 Evaluierung substantiell stärken.

7881

7882 Das Programm LandKULTUR wollen wir weiterführen und mit anderen kulturpoliti-  
7883 schen Zielen, wie z. B. der kulturellen Vermittlung und Integration, noch stärker ver-  
7884 knüpfen.

7885

7886 Mit der Förderung von national und international relevanten Festivals wollen wir die  
7887 vielfältigen Kulturschätze in unserem Land unterstützen.

7888

7889 Die von der Kulturstiftung des Bundes entwickelten erfolgreichen Initiativen zur Stär-  
7890 kung der Kulturarbeit außerhalb der Metropolen sollen fortgesetzt und, wenn möglich,  
7891 bundesweit ausgebaut werden. Wir werden prüfen, wie der Bund zum Erhalt der viel-  
7892 fältigen Bibliothekslandschaft und ihrer zunehmend gesellschaftlichen Bedeutung  
7893 beitragen kann. Bibliotheken sollten auch im digitalen Zeitalter ihre zentralen Funkti-  
7894 onen für Bildung und Kultur erfüllen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
7895 Bibliotheksnutzern unter Wahrung der Vertragsfreiheit ein noch besserer Zugang  
7896 zum Repertoire von E-Books ermöglicht wird.

7897

7898 Die komplementäre Finanzierung von Projekten in besonders finanzschwachen  
7899 Kommunen kann auf einen Finanzierungsanteil von zehn Prozent reduziert werden.

7900  
7901 Eine Initiative soll Literatur und deutsche Sprache und deren Bedeutung für unsere  
7902 Gesellschaft unterstreichen.

7903  
7904 Wir bekennen uns zum Schutz und zur Förderung der vier nationalen Minderheiten in  
7905 Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie Sinti und Roma.

7906  
7907 **Soziale Lage von Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen**

7908 Weil es diejenigen braucht, die Kunst und Kultur schaffen, erarbeiten wir weitere Lö-  
7909 sungen für die besondere soziale Schutzbedürftigkeit der Künstlerinnen und Künstler  
7910 und Kreativen. Deshalb setzen wir uns für die verbesserte soziale Absicherung von  
7911 Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen ein.

7912  
7913 2018 schaffen wir eine sachgerechte Anschlussregelung beim Arbeitslosengeld für  
7914 überwiegend kurzbefristet Beschäftigte, die den Besonderheiten der Erwerbsbiogra-  
7915 fien der in der Kultur Beschäftigten hinreichend Rechnung trägt.

7916  
7917 Wir setzen uns für den Erhalt der Künstlersozialversicherung ein und werden prüfen,  
7918 wie dort der wechselnde Erwerbsstatus vieler Akteure des Kultur- und Medienbe-  
7919 reichs besser berücksichtigt werden kann. Dabei ist eine Erweiterung der abgabe-  
7920 pflichtigen Verwerter um digitale Plattformen, die eine kommerzielle Verwertung  
7921 künstlerischer Leistungen ermöglichen, anzustreben.

7922  
7923 **Hauptstadtkultur**

7924 Im kulturellen Selbstverständnis des Landes spielt die Hauptstadt Berlin eine bedeu-  
7925 tende, repräsentative Rolle. Die Kulturpolitik des Bundes in und für Berlin ist Aus-  
7926 druck der Anerkennung der besonderen Rolle und Aufgabe der Hauptstadt, die auch  
7927 im Grundgesetz ihre Verankerung gefunden hat. Angesichts der aktuellen Heraus-  
7928 forderungen wollen wir gemeinsam mit den Ländern die Stiftung Preußischer Kultur-  
7929 besitz strukturell an die Anforderungen eines modernen Kulturbetriebs mit internatio-  
7930 naler Ausstrahlung auf Grundlage einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat an-  
7931 passen. Wir streben an, dass sich das Humboldt Forum weit über seine Museums-  
7932 und Ausstellungsarbeit hinaus zu einer internationalen Dialogplattform für globale  
7933 kulturelle Ideen entwickelt.

7934  
7935 **Kulturelle Bildung**

7936 Wir wollen ein gesamtstaatliches Bündnis für kulturelle Bildung und Vermittlung so-  
7937 wie Medienkompetenz schließen, um den Zugang zu Kunst, Kultur, Bildung und Me-  
7938 dien zu stärken. Kulturelle Bildung hat eine überragende Bedeutung für die individu-  
7939 elle Persönlichkeitsentfaltung wie auch für das Selbstverständnis und die Teilhabe an  
7940 unserer Gesellschaft. Kulturelle Bildung ist auch ein Schlüsselfaktor der Integration,  
7941 sie erschließt den Zugang zum gesellschaftlichen Leben.

7942  
7943 Wir wollen ein gesamtstaatliches Bündnis der inklusiven kulturellen Bildung. Dieses  
7944 wollen wir mit anderen bestehenden Initiativen zur kulturellen Bildung, wie etwa dem  
7945 Preis für kulturelle Bildung, wo es sinnvoll ist, bündeln und stärken. Um jedem von  
7946 Kindesbeinen an Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, unterstützen wir  
7947 mit Bundesmitteln die Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ mit außer-  
7948 schulischen Angeboten wie Vorlesepaten, Theatern, Musikschulen oder Bibliotheken.

7949 Die Mittel für kulturelle Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes, für das Frei-  
7950 willige Soziale Jahr Kultur, den Bundes- und den internationalen Freiwilligendienst  
7951 „Kulturweit“ wollen wir verstärken.

7952  
7953 Soziokulturelle Zentren spielen eine zentrale Rolle für Integration und Teilhabe vor  
7954 Ort und sollen gestärkt werden.

7955  
7956 Wir wollen mehr Menschen für kulturelle Angebote interessieren und begeistern. Der  
7957 Bund ist daher bestrebt, ausgehend vom Modellversuch eines kostenfreien Eintritts  
7958 zur Dauerausstellung im Humboldt Forum, in den vom Bund geförderten Kulturein-  
7959 richtungen vermehrt und regelmäßig den freien Eintritt zu ermöglichen.

7960  
7961 Die vom Bund geförderten Kultureinrichtungen sollen das Ziel umfassender kulturel-  
7962 ler Teilhabe als Kern- und Querschnittsaufgabe in der Organisationsstruktur veran-  
7963 kern und nach Möglichkeit in den Bereichen Gremien und Personal, Ansprache des  
7964 Publikums, Programmgestaltung und Zugänglichkeit ihrer Angebote berücksichtigen.  
7965 Wir begrüßen, dass Einrichtungen der kulturellen und politischen Bildung des Bun-  
7966 des, auch vor dem Hintergrund der erinnerungspolitischen Arbeit der Geschichtsmu-  
7967 seen des Bundes sowie der Gedenk- und Erinnerungsorte, stärker zusammenarbei-  
7968 ten. Wir wollen die pädagogische Vermittlungsarbeit bei den vom Bund geförderten  
7969 Museen, Gedenkstätten und anderen Kultureinrichtungen personell und finanziell  
7970 deutlich stärken.

7971  
7972 **Gedenken und Erinnern**

7973 Ohne Erinnerung keine Zukunft – zum demokratischen Grundkonsens in Deutsch-  
7974 land gehören die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, der  
7975 deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratiege-  
7976 schichte.

7977  
7978 Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte besonders dafür verantwortlich, die Erin-  
7979 nerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Dies ist Teil  
7980 unseres nationalen Selbstverständnisses. Das Gedenken an die beiden deutschen  
7981 Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweilige andere zu einer Relativierung der  
7982 NS-Terrorherrschaft noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts führen.

7983  
7984 Wir wollen die dezentrale Erinnerungskultur mit ihrem zivilgesellschaftlichen Enga-  
7985 gement stärken und zukünftig auch kleinere Initiativen und Gedenkstätten im In- und  
7986 Ausland besser unterstützen. Wir wollen den Erhalt der authentischen Gedenkort  
7987 und Zeugnisse kontinuierlich fördern und Steigerungen der Bundesbeteiligungen bei  
7988 den Investitionen im Bereich der Erinnerungskultur erreichen. Die Bundesregierung  
7989 unterstützt vielfältige Aktivitäten und Projekte der Aufarbeitung der NS-  
7990 Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, die Toleranz fördern, Sozialkompetenz und  
7991 Demokratieverständnis stärken, gerade auch in der Arbeit mit Jugendlichen und Er-  
7992 wachsenen und im Zusammenwirken mit Zeitzeugen.

7993  
7994 Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen.  
7995 Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer  
7996 pädagogischen, digitalen und audio-visuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch  
7997 und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfor-  
7998 dert dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Stärkung der pädagogischen  
7999 Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm „Jugend erinnert“ ins



8000 Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit  
8001 entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden  
8002 Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.

8003  
8004 Wir bekennen uns zur Unterstützung der jüdischen Gemeinden. Wir sind dankbar,  
8005 dass sich in Deutschland nach der Shoah wieder ein reichhaltiges jüdisches Leben  
8006 entfaltet hat. Nach der Entrechtung und der Ermordung von sechs Millionen europäi-  
8007 schen Juden haben wir Deutschen eine immerwährende Verantwortung im Kampf  
8008 gegen Antisemitismus.

8009  
8010 Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir aner-  
8011 kennen und ihre Geschichte aufarbeiten. Wir stärken in der Hauptstadt das Geden-  
8012 ken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den  
8013 osteuropäischen Nachbarn.

8014  
8015 Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas soll noch besser in die Lage  
8016 versetzt werden, Initiativen, insbesondere in Osteuropa, zu bestehenden Gedenk-  
8017 orten bei ihrer Aufarbeitungsarbeit zu unterstützen oder Initiativen für die Erforschung  
8018 noch unbekannter Orte des Holocaust zu fördern.

8019  
8020 Auch die fortgesetzte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien, Bundes-  
8021 behörden sowie des Deutschen Bundestags wird weiter unterstützt.

8022  
8023 In Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Gedenkstätten wollen wir insbesonde-  
8024 re die nachwachsenden Generationen ohne eigene Diktaturerfahrung für das Un-  
8025 recht der SED-Diktatur sensibilisieren.

8026  
8027 Das Stasiunterlagengesetz hat sich bewährt. Die Überprüfungsmöglichkeit auf eine  
8028 hauptamtliche oder inoffizielle Stasitätigkeit im öffentlichen Dienst soll für einen wei-  
8029 ter zu beschränkenden Personenkreis bis zum 31. Dezember 2030 verlängert wer-  
8030 den. Im Lichte der Ergebnisse der Expertenkommission und im Benehmen mit den  
8031 Opferverbänden werden wir die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest machen.

8032  
8033 Den durch SED-Unrecht Geschädigten steht auch in Zukunft eine gesellschaftliche  
8034 Anerkennung und Rehabilitierung zu. Deshalb wird die Koalition die Fristen in den  
8035 Rehabilitationsgesetzen streichen.

8036  
8037 Die Koalitionsparteien werden eine vom Deutschen Bundestag zu beschließende  
8038 Konzeption zur Förderung der Orte deutscher Demokratiegeschichte erarbeiten. Auf  
8039 Grundlage der Bundestagsbeschlüsse wollen wir mit einem Freiheits- und Einheits-  
8040 denkmal in Berlin und in Leipzig an die positiven Momente unserer Demokratiege-  
8041 schichte erinnern.

8042  
8043 In dieser Legislaturperiode begehen wir u. a.: 70 Jahre Grundgesetz, 100 Jahre En-  
8044 de des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 100 Jahre Frau-  
8045 enwahlrecht, 100 Jahre Weimarer Republik, 30 Jahre Friedliche Revolution und 30  
8046 Jahre Deutsche Einheit. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn wollen wir  
8047 daran erinnern. Nicht nur angesichts dieser wiederkehrenden Anlässe des Geden-  
8048 kens soll Geschichts- und Erinnerungspolitik verstärkt und auch als Thema der Aus-  
8049 wärtigen Kulturpolitik etabliert werden.

8050

**8051 Kulturelles Erbe, Kolonialismus, Flucht und Vertreibung**

8052 Das immaterielle und materielle Erbe, welches in unseren Museen, Bibliotheken und  
8053 Archiven bewahrt wird, ist bedeutsam für die integrierende Kraft der Kultur sowie  
8054 Ausdruck unserer Identität. Dies ist auch über das Europäische Kulturerbejahr 2018  
8055 hinaus Motivation, es für nachkommende Generationen zu erhalten.

8056  
8057 Wir werden auch künftig mit Nachdruck eine umfassende Provenienzforschung in  
8058 Deutschland vorantreiben. Wir begrüßen, dass das Deutsche Zentrum Kulturgutver-  
8059 luste seine Ergebnisse zunehmend öffentlich macht.

8060  
8061 Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Washingtoner Erklärung von 1998 appel-  
8062 lieren wir an alle öffentlichen kulturbewahrenden Einrichtungen und auch an Privat-  
8063 personen in Deutschland, sich einem Begehren auf Anrufung der „Beratenden Kom-  
8064 mission“ für die Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter nicht zu  
8065 verschließen.

8066  
8067 Die Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen  
8068 und Sammlungen wollen wir – insbesondere auch über das Deutsche Zentrum Kul-  
8069 turgutverluste und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Museumsbund – mit ei-  
8070 nem eigenen Schwerpunkt fördern. Der Ankaufetat von Kulturgut, das für die deut-  
8071 sche Kunst und Geschichte von besonderer Bedeutung ist, soll fortgeführt werden.

8072  
8073 Wir setzen die Programme zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes fort. Unser kultu-  
8074 relles Gedächtnis muss im wahrsten Sinne des Wortes vor dem Zerfall gerettet wer-  
8075 den.

8076  
8077 Wir wollen die Aufgabe der Sicherung der schriftlichen Überlieferung der Bundesre-  
8078 publik für Wissenschaft, Forschung und Öffentlichkeit durch das Bundesarchiv för-  
8079 dern, indem wir, wo erforderlich, in Bundesgesetzen mit Löschungsvorschriften eine  
8080 Anbietungspflicht für Unterlagen prüfen.

8081  
8082 Es soll ein Programm kultureller Denkmalschutz aufgelegt werden, das unter ange-  
8083 messener Kofinanzierung die Sanierung und Restaurierung von Gebäuden und  
8084 Denkmälern in der Fläche weiterhin fördert. Den Erhalt des baukulturellen Erbes über  
8085 die Förderung von Denkmalschutz und -pflege wollen wir im Zusammenwirken mit  
8086 den Ländern und unter Einbezug von Stätten der Industriekultur fortsetzen und aus-  
8087 bauen, ebenso wie die Förderung der UNESCO-Welterbestätten im Inland sowie das  
8088 Kulturerhalt-Programm im Ausland. Der Masterplan für die Stiftung Preußische  
8089 Schlösser und Gärten soll weitergeführt werden.

8090  
8091 Das kulturelle Erbe der Deutschen in Mittel- und Osteuropa und das Kulturgut der  
8092 Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sind wichtige Bestandteile der kulturel-  
8093 len Identität Deutschlands. Wir wollen die im Sinne des § 96 des Bundesvertriebe-  
8094 nengesetzes tätigen Einrichtungen gemeinsam mit den Heimatvertriebenen, Aus-  
8095 siedlern und deutschen Minderheiten als Träger dieses Erbes sowie im Sinne der  
8096 europäischen Verständigung für die Zukunft ertüchtigen und die Kulturstiftung der  
8097 deutschen Vertriebenen stärken. Wir wollen außerdem dafür Sorge tragen, dass die  
8098 Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in der aktuellen Legisla-  
8099 turperiode erfolgreich umgesetzt und weiterhin europäisch ausgerichtet wird. Die  
8100 Koalitionsparteien sehen die historische Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht  
8101 und Vertreibung als gesamtgesellschaftliches Anliegen. Um dem Anspruch einer

8102 gemeinsamen europäischen Aufarbeitung des von Diktaturen und Gewalterfahrungen  
8103 geprägten 20. Jahrhunderts gerecht zu werden, will die Koalition das Europäische  
8104 Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärker unterstützen und profilieren.

8105

### 8106 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

8107 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht nur Beschäftigungs- und Wachstumstreiber,  
8108 sondern auch Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung und zukünftige Entwick-  
8109 lungen in unserer Arbeitswelt, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Gesellschaft.

8110

8111 Wir streben eine Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft und die Erweiterung der  
8112 Innovations- und Außenwirtschaftsförderung und die Weiterentwicklung von Finan-  
8113 zierungs- und Förderinstrumenten an, um inhaltebezogene und immaterielle Innova-  
8114 tionen, Leistungen und Produkte der Kreativwirtschaft anzusprechen. Weiterhin wol-  
8115 len wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für künstlerisches und kreatives  
8116 Schaffen im Urheberrecht verbessern. Die Verbindung kultureller Angebote mit der  
8117 Kreativwirtschaft trägt dazu bei, Städte und Regionen attraktiver zu machen.

8118

8119 Mit Blick auf die kulturellen und medialen Herausforderungen unserer Zeit brauchen  
8120 wir ein starkes Urheberrecht zum Schutz des geistigen Eigentums, das bestehende  
8121 Rechtspositionen im digitalen Umfeld besser schützt, zugleich aber auch die Rah-  
8122 menbedingungen für kreatives Schaffen, Verwerten und Nutzen verbessert und die  
8123 Verantwortlichkeit der Plattformen verbindlich beschreibt. Die europäischen Bemü-  
8124 hungen um eine Urheberrechtsreform dürfen nicht hinter den deutschen Rechtsstan-  
8125 dard zurückfallen.

8126

8127 Wir wollen digitale Plattformen und Intermediäre an der Refinanzierung der kulturel-  
8128 len und medialen Inhalteproduktion angemessen beteiligen. Hierzu streben wir mit  
8129 Blick auf Art. 13 der Urheberrechts-Richtlinie einen Ausgleich der Interessen von Ur-  
8130 hebern, Nutzern und Plattformbetreibern an und werden einen Vorstoß zur Überar-  
8131 beitung des Haftungsprivilegs in der E-Commerce-Richtlinie prüfen.

8132

8133 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für die Anwendung des ermäßigten  
8134 Mehrwertsteuersatzes bei gewerblich gehandelten Kunstgegenständen, E-Books, E-  
8135 Papers und anderen elektronischen Informationsmedien ein. Wir wirken darauf hin,  
8136 dass der ursprüngliche gesetzgeberische Wille für den Kunsthandel aus dem Jahr  
8137 2014 verwirklicht wird.

8138

### 8139 **Film, Games und Musikwirtschaft**

8140 Der Film ist ein bedeutendes Kultur- und Wirtschaftsgut. Wir wollen die internationale  
8141 Wettbewerbsfähigkeit des Film- und Medienstandortes Deutschland in seiner thema-  
8142 tischen und regionalen Vielfalt nachhaltig sicherstellen. Wir wollen eine Gesamtbe-  
8143 trachtung der audiovisuellen Industrien von Bund und Ländern.

8144

8145 Wir wollen die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung mindestens auf dem aktu-  
8146 ellen Niveau fortsetzen. Wir wollen die Förderinstrumente, insbesondere den Deut-  
8147 schen Filmförderfonds I und II sowie den German Motion Picture Fund, besser aufei-  
8148 nander abstimmen und mit den Möglichkeiten von German Films, der Außenkultur-  
8149 und Außenwirtschaftsförderung besser verzahnen. Wir wollen eine umfassende För-  
8150 derung audiovisueller Inhalte (Kino, Serien, High-End TV, VFX, Animation, Virtual  
8151 Reality) einführen, um den Produktionsstandort Deutschland weiter zu stärken und  
8152 eine Abwanderung deutscher Produktionen ins Ausland zu verhindern.

8153

8154 Wir prüfen die Einbeziehung weiterer Verwertungsformen audiovisueller Inhalte, wie  
8155 z. B. Streaming-Dienste, in die solidarische Filmförderung (FFG).

8156

8157 Damit der kulturell anspruchsvolle Kinofilm in der Fläche wirkt, wollen wir den Kultur-  
8158 ort Kino auch außerhalb von Ballungsgebieten durch ein kofinanziertes „Zukunfts-  
8159 programm Kino“ stärken und erhalten.

8160

8161 Wir wollen seitens des Bundes eine Förderung von Games zur Entwicklung hochwer-  
8162 tiger digitaler Spiele einführen, um den Entwicklerstandort Deutschland zu stärken.  
8163 Den Deutschen Computerspielpreis wollen wir unter Beteiligung der Games-Branche  
8164 weiterentwickeln und stärken.

8165

8166 Die Musikwirtschaft hat insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung neuer Ge-  
8167 schäftsmodelle in der Digitalisierung eine wesentliche Vorbildfunktion innerhalb der  
8168 Kreativwirtschaft. Wir wollen ihre kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen festi-  
8169 gen, ihre gemeinsamen Plattformen ausbauen und ihre internationale Wahrnehm-  
8170 barkeit stärken.

**8171 Medien, Medienvielfalt und Medienkompetenz**

8172 Demokratie braucht eine informierte und vielfältige Öffentlichkeit. Presse- und Medi-  
8173 enfreiheit, Medienvielfalt und -qualität sind für uns grundlegende Werte, die wir ins-  
8174 besondere im digitalen Zeitalter stärken müssen. Nur ein freier Zugang zu Medien  
8175 und Informationen, qualitativ hochwertige journalistisch-redaktionelle Angebote und  
8176 die notwendige Medienkompetenz ermöglichen kommunikative Chancenfreiheit und  
8177 gleichberechtigte Teilhabe aller.

8178  
8179 Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen  
8180 Medienordnung. Wir brauchen einen starken öffentlich-rechtlichen und privaten  
8181 Rundfunk und eine starke und vielfältige Presselandschaft.

8182  
8183 Wir sind uns einig, dass der Bund unter Wahrung der Länderkompetenz die Länder  
8184 dabei unterstützt, Medienplattformen und Intermediäre wie Suchmaschinen, Video-  
8185 plattformen oder soziale Netzwerke in die gemeinsamen Anstrengungen zur Siche-  
8186 rung von Medienvielfalt, fairem Wettbewerb und Meinungs- und Persönlichkeits-  
8187 rechtsschutz national und europäisch stärker einzubeziehen.

8188  
8189 Eine freie Presse und freie Medien brauchen auch in Zukunft einen wirksamen Be-  
8190 rufungsheimnis- und Informantenschutz.

8191  
8192 Verlage und Journalistinnen und Journalisten brauchen verlässliche Rahmenbedin-  
8193 gungen seitens der Politik. Wir wollen diese dadurch verbessern, dass eine bessere  
8194 Rechtsdurchsetzung für journalistische Inhalte ermöglicht, das Presse-Grosso gesi-  
8195 chert, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz erhalten und weitergehende Instrumente  
8196 wie neue Finanzierungsmodelle oder indirekte Fördermaßnahmen geprüft werden.

8197  
8198 Um gute Rahmenbedingungen für eine vielfältige Medienlandschaft sicherzustellen,  
8199 werden wir künftige nationale und europäische Gesetzgebungsvorhaben noch stär-  
8200 ker hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf privatwirtschaftliche Medienangebote, wie  
8201 z. B. durch Werbeverbote, prüfen.

8202  
8203 Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass es in einem gemeinsamen  
8204 Binnenmarkt auch für Medien und Plattformen weder Steuer- noch Abgabeosen  
8205 gibt.

8206  
8207 Wir werden das Buchpreisbindungsgesetz anpassen, damit internetgestützte Ver-  
8208 tribsarten (Affiliate-Programme) die Buchpreisbindung nicht aushebeln können.

**8209 Kultur und Medien in Europa und der Welt**

8210  
8211 Wir wollen eine Stärkung der Kultur- und Bildungspolitik und den Ausbau unserer  
8212 kulturellen Infrastruktur im In- und Ausland, um die Werte unseres Landes im globa-  
8213 len Wettbewerb der Narrative auch im digitalen Raum erfolgreich zu vertreten.

8214  
8215 Bei der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit ist die Deutsche Welle ein un-  
8216 verzichtbarer Akteur, den wir, wie in den letzten Jahren begonnen, finanziell deutlich  
8217 weiter stärken wollen. Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das vergleich-  
8218 barer europäischer Auslandssender anheben. Wir begrüßen die eingeleiteten Koope-  
8219 rationen der Deutschen Welle mit europäischen Rundfunkpartnern.

8220

8221 Wir setzen uns ein für eine Stärkung des Beitrags von Kultur und Bildung für ein ge-  
8222 meinsames Europa. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten  
8223 Halbjahr 2020 setzen wir auf den Beitrag von Kultur und Bildung, aber auch Presse-  
8224 freiheit und Medienvielfalt, um unsere gemeinsame europäische Identität und den  
8225 Zusammenhalt in einem freiheitlichen und demokratischen Europa zu fördern. Daher  
8226 unterstützen wir den Ausbau des grenzüberschreitenden europäischen Kultur- und  
8227 Jugendaustauschs sowie die Entfaltung einer europäischen Öffentlichkeit und einer  
8228 starken Zivilgesellschaft.

8229

8230 Wir wollen die kulturelle Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch nicht nur in  
8231 der Europäischen Union, sondern in ganz Europa deutlich stärken.

8232

8233 Politik für Kultur und Wissenschaft, Medien und Bildung ist eine Politik für die offene  
8234 Gesellschaft, für die Freiheit von Meinungen, Wissenschaft und Kunst. Angesichts  
8235 der weltweiten Bedrohung kritischer Künstlerinnen, Intellektueller, Journalistinnen  
8236 und Wissenschaftler, aber auch aus unserer historischen Verantwortung heraus un-  
8237 terstützen wir eine Initiative für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Presse und  
8238 Meinungsfreiheit, auch im Hinblick auf Exilerfahrungen.

8239

ENTWURF

**8240 XIV. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen**

8241

**8242 1. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen**

8243 Wir wollen das Vertrauen in die Demokratie und in unsere staatlichen Institutionen  
8244 stärken. Im Fall einer Koalitionsbildung werden wir durch unsere Arbeitsweise in der  
8245 Regierung und zwischen den Fraktionen deutlich machen, dass wir uns als Bündnis  
8246 der Demokratie für die Menschen in unserem Land verstehen. Wir stärken die Ent-  
8247 scheidungsfindung in Bundestag und Bundesrat.

8248

**8249 2. Kooperation der Parteien**

8250 Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 19. Wahlperiode. Die Koalitions-  
8251 partner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen.  
8252 Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

8253

8254 Die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD werden ihre Arbeit in Parlament und Re-  
8255 gierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach-  
8256 und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich im Konflikt-  
8257 fall und zur Lösung streitiger grundsätzlicher Probleme zu Koalitionsgesprächen im  
8258 Koalitionsausschuss.

8259

8260 Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Koalitionspartners  
8261 zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen  
8262 den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen. Die Koalitionsparteien werden  
8263 sich einvernehmlich auf die Besetzung des Koalitionsausschusses verständigen.

8264

8265 Bei übergeordneten Personalfragen streben die Koalitionspartner eine insgesamt  
8266 ausgewogene Lösung an, die beiden gerecht wird und eine faire Verteilung abbildet.  
8267 Für Personalfragen nachgeordneter Behörden gilt das Ressortprinzip.

8268

**8269 3. Kooperation der Fraktionen**

8270 Wir wollen den Bundestag wieder zum zentralen Ort der gesellschaftlichen und politi-  
8271 schen Debatte machen.

8272

8273 Die Fraktionen werden zweimal im Jahr zu internationalen und nationalen gesell-  
8274 schaftlichen Themen im Plenum Orientierungsdebatten führen. Wir wollen, dass die  
8275 Bundeskanzlerin dreimal jährlich im Deutschen Bundestag befragt werden kann, und  
8276 die Regierungsbefragung neu strukturiert wird. Diese Vorschläge werden wir mit den  
8277 anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag besprechen.

8278

8279 Die Tagesordnung der Kabinettsitzungen soll den Fraktionen vorab mitgeteilt werden.

8280

8281 Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfrak-  
8282 tionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten  
8283 Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.

8284

8285 Über das Verfahren und die Arbeit im Parlament wird Einvernehmen zwischen den  
8286 Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge und Gesetzesinitiativen auf Fraktionsebene  
8287 werden gemeinsam oder, im Ausnahmefall, im gegenseitigen Einvernehmen einge-  
8288 bracht. Die Koalitionsfraktionen werden darüber eine Vereinbarung treffen.

8289

**8290 4. Arbeit in der Bundesregierung**

8291 Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Be-  
8292 deutung sind, keine Seite überstimmt. In allen Ausschüssen des Kabinetts und in  
8293 allen vom Kabinett beschickten Gremien, Beiräten und Ausschüssen sind die Koaliti-  
8294 onsfractionen nach ihren Kräfteverhältnissen vertreten. Die Besetzung erfolgt im ge-  
8295 genseitigen Einvernehmen. Grundsätzlich sind alle Koalitionspartner vertreten, sofern  
8296 es die Anzahl der Vertreter des Bundes zulässt.

8297

**8298 5. Europapolitische Koordinierung**

8299 Um eine bestmögliche Vertretung deutscher Interessen auf europäischer Ebene zu  
8300 erreichen, wird die Bundesregierung ein geschlossenes Auftreten gegenüber den  
8301 europäischen Partnern und Institutionen sicherstellen. Dazu werden sich die Koaliti-  
8302 onspartner unter Beibehaltung der bewährten Zuständigkeitsverteilung innerhalb der  
8303 Bundesregierung und mit den Koalitionsfraktionen vorher eng abstimmen. Diese Ab-  
8304 stimmungsverantwortung wird durch die Bundesministerinnen und Bundesminister im  
8305 Rahmen ihrer Fach- und Koordinierungszuständigkeiten und im engen Zusammen-  
8306 wirken mit der Bundeskanzlerin und dem Vizekanzler wahrgenommen. Die Koordi-  
8307 nierung gilt auch für die Räte der Europäischen Union und den Europäischen Rat.

8308

8309 Die Koalitionspartner treten bei der Europawahl gemäß der Zugehörigkeit zu ihren  
8310 jeweiligen europäischen Parteienfamilien sowie in den kommenden Kommunal- und  
8311 Landtagswahlen in einem fairen Wettbewerb gegeneinander an.

8312

**8313 6. Evaluierung**

8314 Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages  
8315 erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller  
8316 Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.

8317



**8318 Ressortverteilung**

8319 Die Ressortverteilung der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD wird wie folgt  
8320 festgelegt:

8321  
8322 Die CDU, CSU stellt die Bundeskanzlerin.

8323  
8324 Die SPD stellt den Stellvertreter der Bundeskanzlerin.

8325  
8326 Die CDU, CSU stellt die Leitung folgender Ministerien:

- 8327 • Innen, Bau und Heimat (CSU)
- 8328 • Verteidigung (CDU)
- 8329 • Wirtschaft und Energie (CDU)
- 8330 • Gesundheit (CDU)
- 8331 • Bildung und Forschung (CDU)
- 8332 • Verkehr und digitale Infrastruktur (CSU)
- 8333 • Ernährung und Landwirtschaft (CDU)
- 8334 • Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (CSU)

8335  
8336 Der Chef des Bundeskanzleramtes im Range eines Bundesministers wird von der  
8337 CDU, CSU gestellt.

8338  
8339 Die SPD stellt die Leitung folgender Ministerien:

- 8340 • Auswärtiges Amt
- 8341 • Finanzen
- 8342 • Arbeit und Soziales
- 8343 • Justiz und Verbraucherschutz
- 8344 • Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 8345 • Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

8346  
8347 Den Staatsminister für Kultur und Medien, den Staatsminister im Kanzleramt sowie  
8348 den Staatsminister für Migration, Flüchtlinge und Integration stellt die CDU.

8349  
8350 Die beiden Staatsminister im Auswärtigen Amt stellt die SPD.

8351  
8352 Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Parteien.

8353  
8354 Berlin, den 07. Februar 2018

8355